Wachholtz

Trotzdem: Was uns zusammenhält
Berichte zur Lage der Nation

Christoph Bertram/ Thomas Mirow (Hrsg.)

doi: 10.23797/9783529097171

Christoph Bertram / Thomas Mirow (Hrsg.)

Trotzdem: Was uns zusammenhält
Berichte zur Lage der Nation

Wachholtz Verlag, Kiel/Hamburg
Veröffentlicht: Februar 2022

Abstract
Die überparteiliche, unabhängige und gemeinnützige Deutsche Nationalstiftung wurde 1993 von Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt und einigen seiner Freunde wie Michael Otto, Kurt Körber, Gerd Bucerius und Reimar Lüst in Weimar gegründet. Jährlich bittet die Deutsche Nationalstiftung herausragende Wissenschaftler und Experten, die großen Entwicklungslinien unseres Landes zu vermessen. Zu Wort kommen Historiker, Sozialwissenschaftler bis hin zu Digitalpraktikern und Wirtschaftswissenschaftlern.
In diesem Jahrbuch zur Lage der Nation bilden die Beiträge ein breites Panoptikum größter Expertise zu den wichtigsten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen unser Land im Jahr 2021 steht.
Mit Beiträgen von Marina Weisband, Susanne Schröter, Sylvie Goulard, Kerstin Faber, Michael Hüther, Heinrich A. Winkler, Reiner Klingholz und Richard Schröder.

Christoph Bertram war langjähriger Diplomatischer Korrespondent der Wochenzeitung DIE ZEIT sowie Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Thomas Mirow war Senator in Hamburg, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Präsident der Osteuropa-Bank in London. Heute nimmt er eine Reihe von Aufsichtsrats-Mandaten wahr und ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Nationalstiftung.

OPEN ACCESS © Christoph Bertram/Thomas Mirow, published by Wachholtz.

This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International License.

Christoph Bertram /
Thomas Mirow / Hrsg.

Trotzdem: Was uns zusammenhält

Berichte zur Lage der Nation

Wachholtz

Christoph Bertram /
Thomas Mirow / Hrsg.

Trotzdem: Was uns zusammenhält

Berichte zur Lage der Nation

Wachholtz

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

DOI 10.23797/9783529097171

Copyright © 2022 Wachholtz Verlag, Kiel/ Hamburg
Lektorat: Evelin Schultheiß, Kirchwalsede

Besuchen Sie uns im Internet:
www.wachholtz-verlag.de

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 5
Christoph Bertram und Thomas Mirow

Zusammenhalt und Spaltung in der deutschen Geschichte 9
Heinrich August Winkler

Rivalität und Zusammenhalt über den Rhein 39
Sylvie Goulard

Die deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte 71
Richard Schröder

Stadt versus Land?! 101
Kerstin Faber

Marktwirtschaft und demokratischer Zusammenhalt – Gegensatz oder notwendige Ergänzung? 131
Michael Hüther

Meinungsvielfalt braucht Meinungsfreiheit 159
Susanne Schröter

Migration als Demokratietest 185
Reiner Klingholz

Soziale Medien im demokratischen Diskurs 213
Marina Weisband

Über die Herausgeber und die Autor*innen 231

Vorwort
Von Christoph Bertram und Thomas Mirow

Immer häufiger und intensiver öffnen sich in einst wetterfest geglaubten Demokratien tiefe Klüfte, die den Zusammenhalt gefährden: in den USA vor und unter Trump, in Großbritannien im erbitterten Streit um den Brexit, in Frankreich verkörpert durch die Rebellion der Gelbwesten, in Polen während der jüngsten Präsidentschaftswahlen. Allerorten ist das politische Klima rauer geworden, sind Beleidigungen und Hass gang und gäbe. Das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit schwindet, ein großer Teil der Gesellschaft fühlt sich vom anderen vernachlässigt, ja verachtet.

Die Gesellschaft in Deutschland scheint – noch? – auf mehr Zusammenhalt vertrauen zu können. Aber auch bei uns im Land sind die Gräben tiefer geworden, werden Trennlinien entlang bekannter Muster immer sichtbarer: zwischen Demokraten und Populisten, zwischen Arm und Reich, Stadt und Land, West und Ost.

Die Deutsche Nationalstiftung hat vor diesem Hintergrund acht Persönlichkeiten mit ganz unterschiedlicher Lebenserfahrung und Expertise gebeten, über die Gründe für diese Spaltungen nachzudenken, aber auch über das, was uns zusammenhält – oder zusammenhalten könnte.

Der Historiker Heinrich August Winkler beleuchtet das durch Spaltung und Versöhnung geschichtlich gewachsene Fundament der Einheit

Deutschlands. Sylvie Goulard, eine führende französische Europapolitikerin mit großer Nähe zu Deutschland, zeigt die Unterschiede im Staatsverständnis beider Nationen auf und destilliert, welche Folgen dies auch für die Einheit Europas nach sich zieht. Richard Schröder, hochgeachteter Protagonist der Wiedervereinigung, bringt Ordnung in die deutschen Ost-West-Debatten. Kerstin Faber, Projektleiterin der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen StadtLand, entwickelt konkrete Perspektiven für lebenswerte ländliche Räume. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, befasst sich mit den gesellschaftlichen Folgen des tiefen ökonomischen Umbruchs, den wir gegenwärtig erleben. Susanne Schröter, Ethnologin und Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, analysiert – auch mit Blick auf eigene Erfahrungen – die Gefahren für die Meinungsfreiheit in unserem Land. Reiner Klingholz, langjähriger Chef des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, nimmt die Auswirkungen von Migration und Zuwanderung auf das Leben in Deutschland unter die Lupe. Marina Weisband, Autorin und ehemalige Geschäftsführerin der Piratenpartei, entwickelt Vorschläge, was getan werden sollte, um erfolgreich gegen Hass und Hetze im Netz vorzugehen.

Alle Beiträge sind vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie entstanden, die auch bei uns das öffentliche (und private) Leben beherrscht. Welche gesellschaftlichen Folgen diese schwere Krise weltweit und für uns in Deutschland haben wird, lässt sich gewiss noch nicht fundiert beurteilen. Was sich bislang gezeigt hat, wirkt durchaus ambivalent: Viele Menschen haben den Wert funktionierender öffentlicher Institutionen und ziviler Solidargemeinschaften neu wahrgenommen, haben unter oft schwierigen Bedingungen konkrete Mitverantwortung für ihre Nächsten übernommen. Aber auch das Gegenteil war zu beobachten: Menschen, die sich persönlich für stärker halten als das

Virus und die die eigene Gesundheit wie die anderer missachten; wachsende Ressentiments zwischen denen, die im Homeoffice ihren Beruf weiter erfolgreich ausüben können, während andere – unter ihnen viele Tausende Selbstständige und Betreiber kleiner, für unser städtisches Leben schwer verzichtbarer Geschäfte und Restaurants – von einem Tag auf den anderen vor dem Nichts stehen. Wie sieht die Zukunft aus für die zahlreichen Leiharbeiter und die anderen bislang »prekär« Beschäftigten, die auf den meisten Entlassungslisten weit vorne stehen? Vor welchem Werdegang stehen Kinder aus »bildungsfernen« Haushalten, denen der Fernunterricht als – oft kümmerlicher – Ersatz für geschlossene Schulen und Kindergärten besonders zu schaffen macht?

Wie wird all das die Gesellschaft prägen oder verändern? Und ist es wirklich realistisch, darauf zu setzen, wir könnten die schweren wirtschaftlichen Folgen der Pandemie hier recht schnell überwinden, während das Virus in vielen Teilen der Welt weiter wütet und tiefe wirtschaftliche Wunden schlägt, die lange nicht vernarben werden? Ist das Wiedererstarken des Willens zu konstruktiver Zusammenarbeit unter den demokratischen Parteien hierzulande einigermaßen stabil oder werden populistische und extremistische politische Kräfte sehr bald neuen Honig aus einer länger anhaltenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise saugen?

Alles spricht jedenfalls dafür, dass die in diesem Band beschriebenen Spaltungen und Herausforderungen von der Pandemie nicht unberührt bleiben, sondern eher noch verstärkt werden. *Trotzdem*, wie es im Titel unseres Bandes heißt: Aus den Beiträgen dieses Buches ist keine weinerliche Klageschrift, sondern ein zuversichtliches Dokument geworden. Wir müssen die Herausforderungen für unser Land nüchtern erkennen, entschlossen handeln – und die gefährlichen Spaltungen unserer Gesellschaft überwinden.

Die Deutsche Nationalstiftung legt erstmals diese *Berichte zur Lage der Nation* vor – in der Hoffnung, damit eine gute Tradition zu begründen, vergleichbar mit der jährlichen Verleihung des Deutschen Nationalpreises seit zweieinhalb Jahrzehnten. Mit beidem wollen wir mitwirken an dem, was wir als Vermächtnis von Helmut Schmidt, dem Gründer unserer Stiftung, betrachten und als Verantwortung unserer Generation: das Zusammenwachsen Deutschlands zu fördern und die Idee der deutschen Nation als Teil eines vereinten, freiheitlichen Europas zu stärken.

Mit Blick auf die Vielfalt von Meinungen zu einer gendergerechten Sprache haben die Herausgeber auf die Vorgabe einheitlicher Richtlinien verzichtet. Die Texte spiegeln auch insofern das individuelle Sprachgefühl der Autorinnen und Autoren wider.

Zusammenhalt und Spaltung in der deutschen Geschichte

Von Heinrich August Winkler

Vom Alten Reich zum deutschen Föderalismus

Zu jeder Nationalgeschichte gibt es bestimmte Grundtatsachen. Die ältere deutsche Nationalgeschichte ist durch drei solcher Grundtatsachen geprägt: erstens das Reich, das den Zusammenhalt der Deutschen verbürgen sollte und über Jahrhunderte hinweg verbürgte; zweitens die Glaubensspaltung im 16. Jahrhundert, die im Jahrhundert darauf im Dreißigjährigen Krieg, der Urkatastrophe der deutschen Geschichte, kulminierte; drittens den Dualismus zwischen Österreich und Preußen, der mit der konfessionellen Spaltung eng verbunden war und entscheidend dazu beitrug, dass das Heilige Römische Reich Deutscher Nation sich 1806 unter dem Druck Napoleons auflöste.

Das mittelalterliche Reich sah sich selbst als den einzigen wahren Erben des Imperium Romanum, als Schutzmacht der Christenheit und als Träger des heilsgeschichtlichen Auftrags, die Herrschaft des Antichrist aufzuhalten. Das Reich wollte mehr repräsentieren als eine Nation unter anderen und rief damit den Widerspruch der westlichen

Königreiche Frankreich und England hervor, die sich seit dem hohen Mittelalter in Nationalstaaten zu verwandeln begannen.

In Deutschland erfolgte die Staatsbildung im landesherrlichen, nicht im nationalen Rahmen: eine Entwicklung, die mit der Schwächung von Reich und Kaisertum und damit des Zusammenhalts der Deutschen einherging und im deutschen Föderalismus bis heute fortwirkt.

In Deutschland hingegen erfolgte die Staatsbildung im landesherrlichen, nicht im nationalen Rahmen: eine Entwicklung, die mit der Schwächung von Reich und Kaisertum und damit des Zusammenhalts der Deutschen einherging und im deutschen Föderalismus bis heute fortwirkt.

Die Reformation des 16. Jahrhunderts war in Deutschland, wie der Universalhistoriker Eugen Rosenstock-Huessy in seinem Buch über die europäischen Revolutionen schreibt, politisch betrachtet eine Fürstenrevolution, angetrieben von dem Wunsch der Landesherren, »Papst im eigenen Lande« und damit souverän zu werden.[1] Der große Zusammenstoß zwischen den Anhängern des alten und des neuen Glaubens, der 1555 im Augsburger Religionsfrieden noch einmal verhindert werden konnte, nahm über sechs Jahrzehnte später die Form eines großen europäischen Krieges an, der vorwiegend auf deutschem Boden ausgefochten wurde. In der kollektiven Erinnerung der Deutschen lebte der Dreißigjährige Krieg als *die* nationale Katastrophe schlechthin fort. Erst die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts und namentlich der Zweite haben ihm diesen Rang streitig gemacht.

Die innenpolitischen Gewinner des großen Mordens waren die Reichsstände. Infolge des Westfälischen Friedens von 1648 konnten sie

den entscheidenden Schritt zur Erlangung der vollen Souveränität tun. Unter den Reichsständen war das katholische Österreich der mächtigste. Aus seiner Dynastie, dem Hause Habsburg, gingen seit 1438 ununterbrochen die Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation hervor. Zu ihrem einflussreichsten Widersacher stieg seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts Brandenburg-Preußen unter der Herrschaft des Hauses Hohenzollern auf. Unter Friedrich dem Großen, dem zweiten der Hohenzollernkönige, nahm der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich über Jahre hinweg kriegerische Formen an.

Auf deutschem Boden gab es fortan zwei Großmächte. Das Reich wurde darüber mehr und mehr zu einer bloßen Fassade. Als Kaiser Franz II. am 6. August 1806 unter dem Eindruck eines Ultimatums des Kaisers der Franzosen die römisch-deutsche Kaiserwürde niederlegte und damit das Heilige Römische Reich Deutscher Nation auflöste, war die Zahl derer, die diesen Schritt bedauerten, nicht allzu groß.

Neun Jahre später, im Juni 1815 – Napoleon war inzwischen endgültig geschlagen – trat an die Stelle des untergegangenen Alten Reiches ein staatenbundartiges Gebilde, das für ein Mindestmaß an organisatorischem Zusammenhalt in Deutschland sorgen sollte: der Deutsche Bund. Seine Mitglieder waren neben den Freien Städten alle souveränen Fürsten Deutschlands, darunter der Kaiser von Österreich und der König von Preußen. Ob es dem Deutschen Bund gelingen würde, eine Antwort auf die seit 1806 offene »deutsche Frage« zu geben, darüber entschieden in erster Linie die beiden deutschen Großmächte, die Präsidialmacht Österreich und das Königreich Preußen. Von erheblicher Bedeutung war sodann, ob die größeren Mittelstaaten, die Königreiche Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover, ihr Gewicht gemeinsam in die Waagschale werfen würden, um gegebenenfalls zwischen Wien und Berlin zu vermitteln. Und schließlich hing vieles davon ab,

wie sich der Deutsche Bund zum populären Streben nach Freiheit und Einheit stellen würde.

Seit dem Mai 1848 standen die Themen Einheit und Freiheit auf der Tagesordnung. Bei Freiheit ging es vor allem um die feste Etablierung des Rechts- und Verfassungsstaates. Die Frage der Einheit hingegen war mit dem Problem verbunden, wo Deutschland lag, wo seine Grenzen verliefen, was dazugehörte und was nicht.

Was das letztgenannte Problem betraf, gab es spätestens seit den Karlsbader Beschlüssen von August und September 1819 keinen Zweifel mehr: Die Antwort auf alles, was »liberal« oder gar »revolutionär« klang, hieß schärfste Unterdrückung. Knapp drei Jahrzehnte später aber, im Frühjahr 1848, versagte die Repression. Der Pariser Februarrevolution folgten die deutschen Märzrevolutionen. Seit dem Mai 1848 standen die Themen Einheit und Freiheit auf der Tagesordnung des ersten freigewählten gesamtdeutschen Parlaments, der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Was unter Freiheit zu verstehen war, ließ sich vergleichsweise leicht beantworten: Es ging vor allem um die Sicherung der Bürgerrechte, um die feste Etablierung des Rechts- und Verfassungsstaates, um das Verhältnis von Volksvertretung und Regierung. Die Frage der Einheit hingegen war mit dem Problem verbunden, wo Deutschland lag, wo seine Grenzen verliefen, was dazu gehörte und was nicht.

Großdeutsch oder kleindeutsch?

Für die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung gab es zunächst keinen Zweifel daran, dass Österreich auch künftig einen Teil Deutschlands bilden sollte und zwar möglichst nicht nur das deutschsprachige Österreich, sondern auch Böhmen und Mähren, die zum Alten Reich gehört hatten und einen Teil des Deutschen Bundes bildeten, desgleichen »Welschtirol« um Trient und das Gebiet um Triest, für die dasselbe galt.

Bis Ende 1848 machten sich die meisten Parlamentarier nicht klar, was die von ihnen erstrebte »großdeutsche Lösung«, die Einheit *mit* Österreich, praktisch bedeutet hätte. Die Errichtung eines großdeutschen Nationalstaates war unvereinbar mit dem Fortbestehen des habsburgischen Vielvölkerreiches. Sich diesem Ansinnen zu beugen waren die Regierenden in Wien nicht bereit – erst recht nicht, nachdem im Oktober 1848 in Österreich die Konterrevolution gesiegt hatte. Sie dachten auch nicht daran, auf den Kompromissvorschlag des Präsidenten der Deutschen Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, einzugehen, einem »engeren Bund« des nichtösterreichischen Deutschland zuzustimmen und gleichzeitig einen »weiteren«, die österreichische Gesamtmonarchie umfassenden, Bund zu bilden. Am 12. Januar 1849 sprach der deutsche Reichsfinanzminister Hermann von Beckerath, ein Abgeordneter der rechtsliberalen Fraktion »Casino«, im Plenum der Paulskirche aus, was nicht mehr zu leugnen war: »Das Warten auf _ Österreich ist das Sterben der deutschen Einheit.«[2]

Das Nein des preußischen Königs Friedrich Wilhelm zum deutschen Erbkaisertum, endgültig ausgesprochen am 28. April 1849, bedeutete das Scheitern des Versuchs, aus Deutschland gleichzeitig einen Verfassungs- und einen Nationalstaat zu machen.

Anfang 1849 hatte aber auch die »kleindeutsche Lösung«, die vor allem von evangelischen und norddeutschen Abgeordneten befürwortete Reichseinigung ohne Österreich und unter preußischer Führung, kaum noch Chancen. In der Nationalversammlung fand sich zwar schließlich im März 1849 eine Mehrheit für den Vorschlag, König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die Würde eines deutschen Erbkaisers zu übertragen, doch jener wollte lieber preußischer König von Gottes Gnaden bleiben, als ein deutscher Kaiser von Volkes Gnaden werden. Wäre er auf das Ansinnen der Paulskirche eingegangen, hätte er sich damit auf den Boden der von der Deutschen Nationalversammlung verabschiedeten, vom Geist des bürgerlichen Liberalismus geprägten Reichsverfassung gestellt und vermutlich einen Krieg mit Österreich und Russland ausgelöst. Das Nein Friedrich Wilhelms zum deutschen Erbkaisertum, endgültig ausgesprochen am 28. April 1849, bedeutete das Scheitern des Versuchs, aus Deutschland gleichzeitig einen Verfassungs- und einen Nationalstaat zu machen.

Der gescheiterten Revolution von unten folgte in den 1860er-Jahren eine Revolution von oben: die Reichseinigung unter dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck. Sie ging einher mit einer Spaltung des historischen Deutschland. Im »Deutschen Krieg« von 1866 besiegte Preußen Österreich und seine deutschen Verbündeten, obenan die Königreiche Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover. Im Gefolge dieses Krieges schied Österreich aus dem Deutschen Bund aus, der gleichzeitig zu bestehen aufhörte. Deutschland, soweit es nördlich des Mains lag, schloss sich unter preußischer Führung im Norddeutschen Bund zusammen. Ein Mehr an deutscher Einheit wollte Napoleon III., der Kaiser der Franzosen, Preußen nicht zugestehen, und Bismarck fügte sich einstweilen dem Pariser Veto.

Vier Jahre später folgte dem Deutschen Krieg der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71. Es war ein von Bismarck gewollter, aber

nicht nur *sein* Krieg. Der Leiter der preußischen Politik hatte den Krieg bewusst provoziert, weil er die einmalige Gelegenheit bot, mit der Unterstützung ganz Deutschlands das französische Veto gegen die deutsche Einheit außer Kraft zu setzen. Das Nein, das Frankreich der Vereinigung Deutschlands entgegenstellte, ließ sich nur machtpolitisch, nicht aber mit dem von Napoleon III. sonst immer beschworenen Selbstbestimmungsrecht der Völker begründen. Der Krieg, den Frankreich Preußen am 19. Juli 1870 erklärte, war deshalb auch ein Krieg Napoleons III. – sein letzter, wie sich bald herausstellen sollte.

Bismarck löste die deutsche Frage, soweit sie die Frage der Einheit betraf, im kleindeutschen Sinn. Die Freiheitsfrage wurde durch die Errichtung des Deutschen Kaiserreichs aber nur zum Teil gelöst. Durch die militärische Kommandogewalt des Königs von Preußen ragte ein Stück Absolutismus in die Gegenwart hinein.

Bismarcks Reich: eine vielfach gespaltene Nation

Mit der Reichseinigung von 1871 endete Bismarcks Revolution von oben. Bismarck löste die deutsche Frage, soweit sie die Frage der Einheit betraf, im kleindeutschen Sinn. Für das übrige Europa war diese Lösung allemal erträglicher als das Großdeutschland, das die Paulskirche ursprünglich erstrebt hatte und von dem überzeugte Großdeutsche auch noch lange nach 1848/49 träumten. Die Freiheitsfrage wurde durch die Errichtung des Deutschen Kaiserreichs aber nur zum Teil gelöst.

Der Reichstag ging zwar, wie schon sein Vorgänger, der Reichstag des Norddeutschen Bundes, aus Wahlen aufgrund des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Männer hervor. Der Reichskanzler war jedoch

nicht den Abgeordneten, sondern dem Monarchen, dem Deutschen Kaiser und König von Preußen, verantwortlich. Überdies blieb das Militär der parlamentarischen Kontrolle weithin entzogen. Durch die militärische Kommandogewalt des Königs von Preußen, deren Ausübung nicht der ministeriellen Gegenzeichnung bedurfte, ragte ein Stück Absolutismus in die Gegenwart hinein. Dieser Widerspruch von modernen und archaischen Elementen prägte das politische System Deutschlands bis in die letzten Monate des Kaiserreiches im Herbst 1918.

Die Gründung des deutschen Nationalstaates bedeutete weder den Beginn noch das Ende der Nationsbildung in Deutschland. Im weiteren Sinn gehörte zu diesem Prozess alles, was den Deutschen seit dem hohen Mittelalter ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit über die Grenzen des Territorialstaates hinweg vermittelte: obenan Sprache, Kultur und Geschichte. Für die »kleindeutsche« Nation von 1871 waren diese Gemeinsamkeiten notwendige, aber keine ausreichenden Voraussetzungen ihrer Identität.

Dass sich aus der größeren deutschen »Kulturnation« eine kleindeutsche »Staatsnation« entwickeln konnte, hing eng mit einer anderen »Herausentwicklung« zusammen: derjenigen des Habsburgerreiches, das seinen Schwerpunkt seit Langem nicht mehr in Deutschland, sondern im südöstlichen Mitteleuropa hatte. Das nicht-österreichische Deutschland war geprägt von der konfessionellen Auseinandersetzung. Österreich hatte sich mit Erfolg vom Protestantismus abgeschottet; Preußen war zur Vormacht des evangelischen Deutschland geworden. *Dieses* Deutschland beanspruchte nach 1871 die kulturelle Hegemonie im neuen Reich. Gelegentlich hörte man auch von Bismarck selbst das Wort vom »evangelischen Kaisertum« der Hohenzollern.[3] Die Katholiken bekamen die Folgen schon bald, im »Kulturkampf« der 1870er-Jahre, zu spüren.

Die Reichseinigung ging mit einer politischen Spaltung einher: der von oben gewollten Aufteilung der Bevölkerung des Deutschen Reiches in Freunde und Feinde. Die politischen Folgen dieser Diskriminierung sollten das Kaiserreich überleben.

Sie waren nicht die Einzigen, die Bismarck mit dem diffamierenden Etikett der »Reichsfeinde« belegte. Unter denselben Begriff fielen die Elsässer und Lothringer, die 1871 ungefragt Angehörige des Deutschen Reiches geworden waren, die Polen im preußischen Großherzogtum Posen, die dänischsprachigen Nordschleswiger und die Sozialdemokraten, deren beide Reichstagsabgeordneten, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, sich im Mai 1871 als Einzige gegen die Annexion von Elsass-Lothringen ausgesprochen hatten. Die Reichseinigung ging also mit einer politischen Spaltung einher: der von oben gewollten Aufteilung der Bevölkerung des Deutschen Reiches in Freunde und Feinde. Die politischen Folgen dieser Diskriminierung sollten das Kaiserreich überleben.

Die deutsche Gesellschaft des Kaiserreichs war vielfach in sich gespalten, was sich auch in ihrem Parteiensystem widerspiegelte. Die Konservativen hatten ihre Hochburgen im großagrarisch geprägten Ostelbien; das Zentrum war die Partei der kirchentreuen Katholiken; das evangelische Bürgertum wählte konservativ, national- und linksliberal; die klassenbewussten Arbeiter scharten sich hinter den Fahnen der Sozialdemokratie. Nichts förderte deren Zusammenhalt so sehr wie die staatliche Unterdrückung in den Jahren 1878 bis 1890, der Zeit des Sozialistengesetzes. In den Reichstagswahlen vom Februar 1890 – den ersten seit der Nichtverlängerung dieses Gesetzes – stieg die SPD zur wählerstärksten Partei auf. Zur stärksten Fraktion des Reichstags wurde sie durch die Wahlen vom Januar 1912.

Zwei Monate zuvor, am 9. November 1911, hatte der Vorsitzende der Sozialdemokraten, August Bebel, im Reichstag über die Ängste gesprochen, die der Aufstieg seiner Partei auf der politischen Rechten hervorrief, und in diesem Zusammenhang konservative Zeitungen zitiert, die sich im Sommer desselben Jahres, während der zweiten Marokkokrise, für einen Krieg als Ausweg aus der inneren Krise ausgesprochen hatten. Bebel forderte: »Man weiß nicht mehr, wie man mit der Sozialdemokratie fertig werden soll. Da wäre ein auswärtiger Krieg ein ganz vortreffliches Ablenkungsmittel gewesen.« Auf der Rechten wurde die Rede mit Lachen und Zurufen wie »Nach jedem Krieg wird es besser« quittiert.[4]

Als der Erste Weltkrieg im August 1914 tatsächlich ausbrach, zeigten die Sozialdemokraten, dass sie alles andere als »vaterlandslose Gesellen« waren. Sie sahen Deutschland vom russischen Zarenreich, der Vormacht der europäischen Reaktion, bedroht und stimmten darum den von der Reichsleitung beantragten Kriegskrediten zu. Im Zeichen des »Burgfriedens« schienen zeitweilig alle gesellschaftlichen Spaltungen – die konfessionellen, regionalen und sozialen – an Bedeutung zu verlieren. Aber je länger der Krieg dauerte und je deutlicher wurde, dass die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten keineswegs nur defensive Ziele verfolgten, desto stärker wuchs innerhalb der Sozialdemokratie der Widerstand gegen die im August 1914 eingeschlagene Parteilinie.

Im April 1917 sammelten sich die Gegner weiterer Kriegskredite in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der USPD. Ihre Gründer und Unterstützer entstammten zum größten Teil dem linken, orthodox marxistischen Flügel der Vorkriegspartei, der unbeirrt am Dogma des proletarischen Klassenkampfes festhielt. Daraus erklärt sich der oft übersehene, paradoxe Effekt der Parteispaltung von 1917: Sie ermöglichte es der Führung der Mehrheitspartei, ihre Zu-

sammenarbeit mit den Parteien der bürgerlichen Mitte, dem Zentrum und der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei, zu intensivieren und so den Übergang erst von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie im Oktober 1918 und dann, nach dem Sturz der Monarchie im Monat darauf, zur parlamentarischen Demokratie von Weimar vorzubereiten. Die Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war mithin beides: eine schwere Vorbelastung und zugleich eine Vorbedingung der ersten deutschen Demokratie, wie sie aus der Revolution von 1918/19 hervorging.

Weimar: die vorbelastete Republik

Zu den großen, den klassischen Revolutionen der Weltgeschichte gehört die deutsche Staatsumwälzung von 1918 nicht. Es konnte auch nicht anders sein. Deutschland war eine hochdifferenzierte arbeitsteilige Industriegesellschaft mit dem für solche Gesellschaften typischen Bedarf an administrativer Kontinuität, dem Fortbestand der alltäglichen öffentlichen Dienstleistungen und dem hieraus resultierenden »Anti-Chaos-Reflex« (Richard Löwenthal).[5] Eine Politik der »Tabula rasa« nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki kam für Deutschland schon deshalb nicht infrage.

Für die große Mehrheit der Deutschen ging es 1918/19 um *mehr* Demokratie: um das Frauenwahlrecht, das allgemeine gleiche Wahlrecht auch in den Einzelstaaten, Kreisen, Gemeinden und Kommunen, um die volle Durchsetzung der parlamentarischen Verantwortung der Regierungen.

Deutschland kannte zudem seit rund einem halben Jahrhundert, wenn auch nur auf Reichsebene, die Tradition des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Männer und damit ein kräftiges Stück Demokratie. In den Ruf »Alle Macht den Räten«, eine Umschreibung der Diktatur des Proletariats, stimmte deshalb nur eine Minderheit der Arbeiter ein. Für die große Mehrheit der Deutschen, einschließlich der Sozialdemokraten, ging es 1918/19 um *mehr* Demokratie: um das Frauenwahlrecht, das allgemeine gleiche Wahlrecht auch in den Einzelstaaten, Kreisen, Gemeinden und Kommunen, um die volle Durchsetzung der parlamentarischen Verantwortung der Regierungen. Es war das Programm, für das sich die Mehrheitssozialdemokraten und die gemäßigten Parteien der bürgerlichen Mitte einsetzten, die nach den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die erste Koalitionsregierung der Weimarer Republik bildeten.

Als stärkste Vorbelastung des jungen Staates erwies sich seine Geburt aus der Niederlage. Die anfängliche Popularität der Demokratie erklärte sich aus der Hoffnung der meisten Deutschen, durch den Bruch mit der Monarchie in den Genuss eines milderen Friedens zu gelangen. Der Vertrag von Versailles enttäuschte diese Hoffnung. Die nationalistische Rechte begann bereits 1919, Kräfte zu sammeln für den Kampf gegen die angeblich undeutsche Demokratie, die Staatsform der westlichen Siegermächte, die diese den Deutschen nur infolge marxistischen oder jüdischen Verrats, eines »Dolchstoßes« in den Rücken des »im Felde unbesiegten« Heeres, hätten aufnötigen können. Am extremsten betrieb diese Propaganda die 1920 in München gegründete Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die jedoch bis Ende der 1920er-Jahre über den Status einer Splitterpartei nicht hinauskam. Ihr Aufstieg zur Massenpartei begann erst, als die Zeit der guten Konjunktur im Herbst 1929 zu Ende ging und die Welt in eine lang anhaltende tiefe Depression zu schlittern begann.

Ende März 1930 scheiterte die letzte parlamentarische Mehrheitsregierung der Weimarer Republik – ein Kabinett der Großen Koalition, das von den Sozialdemokraten bis zur unternehmerfreundlichen Deutschen Volkspartei reichte – an einem Streit um die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Der Bruch der Großen Koalition bedeutete die Selbstentmachtung des Reichstags. Zum eigentlichen Gesetzgeber wurden seit dem Sommer 1930 Präsidialkabinette, die mithilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten regierten.

Mithilfe eines extremen Nationalismus versuchte Hitler, alle gesellschaftlichen Spaltungen vergessen zu machen. Der pluralistischen Demokratie stellte er die von einem starken Führer gelenkte Volksgemeinschaft entgegen: ein Versprechen, das vor allem in den Mittelschichten Zustimmung fand, die sich von den Klassenkampfparolen der Linken wie von der Macht des Großkapitals bedroht fühlten.

Aus den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 gingen Adolf Hitlers Nationalsozialisten als die zweitstärkste Partei hervor. Ihr »Führer« verstand es höchst wirkungsvoll, an die verbreiteten Ressentiments gegenüber der gescheiterten parlamentarischen Demokratie und gleichzeitig an den seit Bismarcks Zeiten verbrieften Teilhabeanspruch des Volkes in Gestalt des allgemeinen Wahlrechts zu appellieren, das von den Präsidialkabinetten weithin um seine Wirkung gebracht wurde. Hitler wurde damit zum Hauptnutznießer der ungleichzeitigen Demokratisierung Deutschlands vor 1918: der frühen Demokratisierung des Reichstagswahlrechts und der späten Parlamentarisierung im Zeichen der Niederlage. Mithilfe eines extremen Nationalismus versuchte er, alle gesellschaftlichen Spaltungen – die konfessionellen wie die sozialen und die regionalen – vergessen zu machen. Der pluralistischen

Demokratie stellte er die nationalsozialistische, von einem starken Führer repräsentierte und gelenkte Volksgemeinschaft entgegen: ein Versprechen, das vor allem in den Mittelschichten Zustimmung fand, die sich von den Klassenkampfparolen der Linken wie von der Macht des Großkapitals bedroht fühlten.

Seine Ernennung zum Reichskanzler verdankte Hitler aber nicht einem überragenden Wahlsieg. Bei der zweiten Reichstagswahl des Jahres 1932, die am 6. November stattfand, hatte seine Partei gegenüber der vorangegangenen Wahl vom 31. Juli sogar über zwei Millionen Stimmen und von 230 Abgeordneten 34 verloren, während die Kommunisten rund 700 000 Stimmen hinzugewannen und auf die magische Zahl von 100 Mandaten kamen. Seitdem wuchs in Deutschland die Angst vor der roten Revolution und dem Bürgerkrieg, und diese Angst spielte eine große Rolle bei den Bemühungen von Teilen der alten Machtelite – darunter konservative Politiker, ostelbische Rittergutsbesitzer und führende Schwerindustrielle –, den greisen Reichspräsidenten von Hindenburg von der Notwendigkeit einer Kanzlerschaft Hitlers zu überzeugen.

Am 30. Januar 1933 waren sie am Ziel. Mit der Berufung Hitlers zum Chef einer »nationalen Regierung«, in der die konservativen Minister in der Mehrheit waren, endete nicht nur die Weimarer Demokratie. Die Machtübertragung an den Führer der NSDAP bedeutete auch den radikalen Bruch mit dem, was Deutschland schon lange vor 1918 gewesen war: ein Rechts- und Verfassungsstaat. Es begannen die zwölf Jahre einer totalitären Diktatur, an deren Ende im Mai 1945 nichts so ungewiss war wie die Antwort auf die Frage, ob die Deutschen jemals wieder in einem gemeinsamen Staat zusammenleben würden.

Die gespaltene Nation 1945–1990

Dass Deutschland in den Jahren nach 1945 in zwei Staaten geteilt wurde, war *keine* Folge der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die das Land unter der Führung der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg begangen hatte, also auch nicht des schrecklichsten dieser Verbrechen, der Ermordung der europäischen Juden. Deutschland wurde vielmehr geteilt, weil die vier Alliierten – die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich – sich nicht über die Zukunft Deutschlands einigen konnten.

Die Spaltung Deutschlands bewirkte die Entstehung von zwei extrem unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und politischen Kulturen. Die westlichen Besatzungszonen, die spätere Bundesrepublik Deutschland, erhielten die Chance, aus den Fehlern von Weimar zu lernen und eine neue, funktionstüchtige, wehrhafte, pluralistische Demokratie aufzubauen, die sich auf den breiten antitotalitären Konsens der Schöpfer des Grundgesetzes von 1949 stützen konnte. In der Sowjetischen Besatzungszone, der späteren Deutschen Demokratischen Republik, wurde ein Antifaschismus kommunistischer Prägung zur Staatsdoktrin. Sie diente der Rechtfertigung eines Systems, das sich demokratisch nannte, in Wirklichkeit aber eine Parteidiktatur nach dem Vorbild der Sowjetunion war.

Zu den Lehren aus Weimar, die 1945 zunächst in allen Besatzungszonen gezogen wurden, gehörte die Überwindung traditioneller Spaltungen im bürgerlichen Parteiensystem. In der Christlich-Demokratischen Union schlossen sich katholische und evangelische Christen zusammen, die sich vor 1933 in getrennten Parteien organisiert hatten; das wiedergegründete katholische Zentrum kam über eine Kümmerexistenz nicht mehr hinaus. Als interkonfessionelle Partei verstand sich auch die Christlich-Soziale Union in Bayern, die das Erbe der Bayerischen Volkspartei antrat. Die Liberalen überwanden die Spaltung in

eine rechts- und eine linksliberale Partei. In der Freien Demokratischen Partei, die sich in der Sowjetischen Besatzungszone Liberaldemokratische Partei Deutschlands nannte, waren beide Flügel des deutschen Liberalismus vereint.

Zu einem Zusammenschluss früher getrennter Parteien kam es auch auf der Linken. Im April 1946 vereinigten sich unter massivem sowjetischem Druck die Sozialdemokraten und Kommunisten der Sowjetischen Besatzungszone zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In den westlichen Bestatzungszonen hatte der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kurt Schumacher, der zunächst nur faktische Vorsitzende der SPD in der britischen Zone, wesentlichen Anteil daran, dass die Sozialdemokraten ihre Selbstständigkeit bewahrten. Seine konsequente Absage an irgendeine Form der Unterordnung unter den Willen der Sowjetunion trug entscheidend dazu bei, dass sich der Westen Deutschlands seit 1946 radikal anders entwickelte als der Osten. Schumacher drückte damit der deutschen Nachkriegszeit auf ähnlich markante Weise seinen Stempel auf wie sein bürgerlicher Kontrahent Konrad Adenauer, der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, der im September 1949 zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde.

Dass Adenauer seine Politik der Westintegration durchsetzen konnte, verdankte er nicht zuletzt der Tatsache, dass die »nationale Opposition«, mit der er es zu tun hatte, anders als in Weimar nicht von der antidemokratischen Rechten, sondern von der demokratischen Linken gestellt wurde: eine Konstellation, die mit dazu beitrug, der zweiten deutschen Demokratie zu innerer Stabilität und breiter gesellschaftlicher Legitimation zu verhelfen.

Gegenüber der Weimarer Republik verkehrten sich in der jungen Bundesrepublik die innenpolitischen Fronten. Vor 1933 waren die Rechte nationalistisch und die Linke internationalistisch gewesen; nach 1949 übernahmen die Kräfte der rechten Mitte unter Führung der CDU/CSU den supranationalen Part, indem sie die Einigung Westeuropas vorantrieben, während die Sozialdemokraten sich für den Vorrang der Wiedervereinigung Deutschlands aussprachen und sich dadurch ein nationales Profil gaben.[6] Dass Adenauer seine Politik der Westintegration durchsetzen konnte, verdankte er nicht zuletzt der Tatsache, dass die »nationale Opposition«, mit der er es zu tun hatte – anders als in Weimar – nicht von der antidemokratischen Rechten, sondern von der demokratischen Linken gestellt wurde. Es war diese Konstellation, die das erste Jahrzehnt der Bundesrepublik prägte und mit dazu beitrug, der zweiten deutschen Demokratie zu innerer Stabilität und breiter gesellschaftlicher Legitimation zu verhelfen.

Die Spaltung Deutschlands aber vertiefte sich währenddessen immer mehr; durch den Bau der Berliner Mauer wurde sie seit dem 13. August 1961 im Wortsinn betoniert. Für den Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, den Sozialdemokraten Willy Brandt, und seinen engsten Berater, den Senatspressesprecher Egon Bahr, wurde der Mauerbau zum Anlass, über eine grundsätzliche Revision der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik nachzudenken. Im Hinblick auf die fehlende demokratische Legitimation der DDR waren sich Christ- und Sozialdemokraten bislang prinzipiell einig gewesen. Die damit begründete Nichtanerkennung des anderen deutschen Staates aber reichte offensichtlich nicht aus, die Vertiefung der Spaltung zu verhindern. »Wandel durch Annäherung« lautete die Devise, die Egon Bahr am 14. Juli 1963 in einem Vortrag im Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing ausgab.[7] Über alles Trennende hinweg galt es demnach, durch Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und DDR den Weg

für zwischenmenschliche Erleichterungen im geteilten Deutschland zu öffnen und trotz fortdauernder staatlicher Spaltung den Zusammenhalt der Deutschen als Nation zu sichern.

Willy Brandt legte die Grundrichtung seiner neuen Ost- und Deutschlandpolitik in seiner ersten Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 fest. 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR gelte es, über ein »geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander« zu kommen.

Ihre erste praktische Anwendung fand die von Brandt propagierte »Politik der kleinen Schritte« in einem Passierscheinabkommen vom Dezember 1963, das West-Berlinern Verwandtenbesuche in der »Hauptstadt der DDR« gestattete. Auf größerer Bühne konnte Brandt seit 1969 als erster sozialdemokratischer Bundeskanzler fortsetzen, was er in Berlin begonnen hatte. Die Grundrichtung seiner neuen Ost- und Deutschlandpolitik legte er in seiner ersten Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 fest. 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR gelte es, ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern, also zu versuchen, über ein »geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander« zu kommen. Der DDR bot er Verhandlungen ohne Diskriminierung mit dem Ziel einer vertraglichen Zusammenarbeit an. »Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.«[8]

Die Neugestaltung des innerdeutschen Verhältnisses konnte die Regierung der sozialliberalen Koalition nur in Angriff nehmen, weil sie

jeden ihrer Schritte eng mit den westlichen Verbündeten und mit der Sowjetunion abstimmte. Dem Grundlagenvertrag mit der DDR von 1973 gingen drei weitere Verträge voraus: die Verträge mit der Sowjetunion und mit Polen, die für das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Staaten des Ostblocks grundlegende Bedeutung hatten, und das Viermächteabkommen über Berlin, das den künftigen Status der Westsektoren von Berlin und ihre Beziehungen zur Bundesrepublik regelte.

Der deutsch-deutsche Vertrag von 1973 war ein zwischenstaatlicher, aber kein völkerrechtlicher Vertrag. Die beiden deutschen Staaten vereinbarten einen wechselseitigen Gewaltverzicht und hielten unterschiedliche Auffassungen in grundsätzlichen Fragen, darunter der nationalen Frage, fest. Dass der Vertrag dem Grundgesetz nicht widersprach, stellte das von der Bayerischen Staatsregierung angerufene Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 ausdrücklich fest. Das Gericht machte es den Verfassungsorganen aber zur Pflicht, am Ziel der staatlichen Einheit festzuhalten und alles zu unterlassen, was eine Wiedervereinigung vereiteln würde.[9]

Bonn: die postnationale Demokratie?

Das Karlsruher Urteil band die Verfassungsorgane, aber nicht die Gesellschaft und nicht die Parteien. Seit Beginn der 1980er-Jahre mehrten sich links der Mitte die Stimmen, die einen Verzicht auf das Staatsziel der Wiedervereinigung forderten. Im Januar 1981 regte der Publizist Günter Gaus kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik in der DDR in einem Interview mit der Hamburger Wochenzeitung *DIE ZEIT* an, im Umgang mit der DDR künftig tunlichst auf den Begriff »Nation« zu verzichten.[10] Gaus kam damit der SED weit entgegen, die seit 1970 die These von der Herausbildung einer neuen »sozialistischen Nation« in der DDR und damit

von der Existenz von zwei deutschen Nationen vertrat. Das Theorem der »Binationalisierung« fand in der Bundesrepublik nur bei wenigen Politologen und Historikern Anklang, wohingegen das von dem Bonner Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher erstmals 1976 formulierte Verdikt von der Bundesrepublik als »postnationaler Demokratie unter Nationalstaaten« auf verbreitete Zustimmung stieß.[11]

Die erste Partei, die dem Ziel der Wiedervereinigung eine klare Absage erteilte, waren die 1979 gegründeten Grünen. Aber auch unter den Sozialdemokraten und unter linksliberalen Intellektuellen gab es viele, die in den Ruf nach der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates nicht mehr einstimmen mochten. Nach dem Anteil, den das Deutsche Reich an der Auslösung der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts hatte, wollten sie Europa eine neuerliche deutsche Machtzusammenballung in der Mitte des Kontinents nicht mehr zumuten.[12] 1988 meinte Oskar Lafontaine, damals Ministerpräsident des Saarlandes und stellvertretender Vorsitzender der SPD, in seinem Buch *Die Gesellschaft der Zukunft*, gerade weil die Deutschen mit einem pervertierten Nationalismus schrecklichste Erfahrungen gemacht hätten, sollte ihnen der Verzicht auf Nationalstaatlichkeit leichter fallen als anderen Nationen: »Aufgrund ihrer jüngsten Geschichte sind die Deutschen geradezu prädestiniert, die treibende Rolle in dem Prozess der supranationalen Vereinigung Europas zu übernehmen.«[13] Knapp vier Jahrzehnte nach der Gründung der Bundesrepublik hatte sich im Westen Deutschlands so etwas wie eine posthume Adenauer'sche Linke herausgebildet: eine Ironie der deutschen Nachkriegsgeschichte, an der der erste Bundeskanzler vermutlich seine Freude gehabt hätte.

In den 1960er-Jahren rückte der Holocaust in den Mittelpunkt der deutschen Beschäftigung mit dem »Dritten Reich«. Bundespräsident Richard von Weizsäcker nannte den 8. Mai 1945 den »Tag der Befreiung … von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft«.

Die westdeutsche Debatte über Nation und Nationalstaat konnte sich nur in einer Gesellschaft entwickeln, die gelernt hatte, selbstkritisch mit ihrer Geschichte umzugehen. In den ersten eineinhalb Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatten sich die Bundesbürger nach dem Urteil des Philosophen Hermann Lübbe in einem »kommunikativen Beschweigen« der jüngsten Vergangenheit geübt: Vom eigenen »Mitmachen« und dem der Nächsten in der Zeit des Nationalsozialismus wurde zunächst nicht gesprochen.[14] 1961 löste das Buch *Griff nach der Weltmacht* des Hamburger Geschichtsprofessors Fritz Fischer einen Historikerstreit über die Rolle der deutschen Machteliten vor dem und im Ersten Weltkrieg aus.[15] Damit begann eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Kontinuität nationalistischer und imperialistischer Politik im Deutschland des 20. Jahrhunderts. In die erste Hälfte der 1960er-Jahre fielen der Jerusalemer Eichmann-Prozess, der Frankfurter Auschwitz- und der Düsseldorfer Treblinka-Prozess, die den Holocaust in den Mittelpunkt der deutschen Beschäftigung mit dem »Dritten Reich« rückten. Anlässlich des vierzigsten Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa nannte Bundespräsident Richard von Weizsäcker, ein aus der CDU hervorgegangener Politiker, den 8. Mai 1945 einen »Tag der Befreiung«: »Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.«[16]

Der Verzicht auf die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates war eine mögliche, aber keine zwingende Folgerung aus der

deutschen Geschichte vor 1945. Eine solche Verzichtleistung fiel Westdeutschen leichter als Ostdeutschen. Die Bürger der Bundesrepublik hatten unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs in viel geringerem Maß leiden müssen als ihre Landsleute in der DDR. Im Gegensatz zu diesen genossen sie alle Vorteile einer freiheitlichen Demokratie und einer florierenden Marktwirtschaft. Problematischer noch war der Rückschluss von Deutschland auf Europa, den manche Intellektuelle und Politiker der Linken, unter ihnen Oskar Lafontaine, zogen. Die Deutschen hatten *ihren* ersten Nationalstaat zugrunde gerichtet, daran gab es nichts zu deuteln. Daraus ergab sich aber noch kein Recht, den Nationalstaat schlechthin für obsolet zu erklären, anderen Nationen also das Recht auf ihren Staat und damit auf nationale Selbstbestimmung abzusprechen. Es war der Umschlag von Selbstkritik in Anmaßung, der die europäischen Nachbarn irritieren musste – sofern sie denn von der westdeutschen Debatte der 1980er-Jahre Notiz nahmen.

Es waren nicht nur Angehörige der politischen Elite, die im letzten Jahrzehnt der »alten« Bundesrepublik mit dem Begriff der deutschen Nation und der Idee eines deutschen Nationalstaates haderten. Ein Drittel der Bundesbürger bejahte, zwei Drittel verneinten, dass die DDR für sie Ausland sei.

Es waren nicht nur Angehörige der politischen Elite, die im letzten Jahrzehnt der »alten« Bundesrepublik mit dem Begriff der deutschen Nation und der Idee eines deutschen Nationalstaates haderten. Eine Umfrage im Juli 1986 erbrachte, dass 37 Prozent der westdeutschen Bevölkerung unter »Nation« die Bundesrepublik und 35 Prozent die Bundesrepublik und die DDR zusammen verstanden. Auf die Frage, ob die Deutschen beider Staaten ein Volk oder zwei Völker seien, ent-

schieden sich im Frühjahr 1978 78 Prozent für die erste und 21 Prozent für die zweite Lesart. Ein Drittel der Bundesbürger bejahte, zwei Drittel verneinten, dass die DDR für sie Ausland sei.

Bei den jüngeren Deutschen im Westteil des Landes sahen die Proportionen allerdings anders aus. Von den Bundesbürgern im Alter von 14 bis 29 Jahren fühlten sich nur 65 Prozent als Angehörige *eines* deutschen Volkes. Immerhin 34 Prozent der jungen Bundesbürger gingen von der Existenz zweier deutscher Völker aus. Während in der Gruppe der über 60-Jährigen zwischen 1967 und 1987 im Durchschnitt nur 15 Prozent die DDR als ausländischen Staat empfanden, war es bei den jungen Bundesbürgern gut die Hälfte. Eine Auswertung der entsprechenden Daten im *Deutschland Archiv* mündete in die nüchterne Schlussfolgerung, die DDR werde von einem großen Teil der jüngeren Generation als fremder Staat mit einer anderen Gesellschaftsordnung und nicht mehr als Teil Deutschlands wahrgenommen: »Dies führt zu einem Abbau des Bewusstseins einer nationalen Gemeinsamkeit und macht stetiger Entfremdung Platz.«[17] Veröffentlicht wurde die Untersuchung im Oktober 1989 – im Monat vor dem Fall der Berliner Mauer.

1990: Uneinig-einig Vaterland

Fünfeinhalb Wochen nach dem Mauerfall hielt die SPD in Berlin ihren Bundesparteitag ab. Am 18. Dezember 1989, seinem 76. Geburtstag, sprach der Ehrenvorsitzende der ältesten deutschen Partei, der frühere Bundeskanzler Willy Brandt, in seiner Rede einen Satz aus, der nur bei einem Teil der Delegierten Beifall fand: »Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden.«[18]

Brandts Bemerkung richtete sich nicht nur gegen einen Kritiker eines deutschen Nationalstaates wie Oskar Lafontaine – den noch uner-

klärten Kanzlerkandidaten für 1990 –, sondern auch gegen einen prominenten Gastredner des Parteitags, den Dichter Günter Grass, der auf dem Kongress eine leidenschaftliche Rede gegen die Wiedervereinigung hielt. Ein gutes Dreivierteljahr später *war* Deutschland wiedervereinigt. Die historische Bedeutung des 3. Oktober 1990, des Tages der deutschen Einheit, fasste Bundespräsident von Weizsäcker beim Festakt zur Wiedervereinigung in der Berliner Philharmonie in einem einzigen, inhaltsschweren Satz zusammen: »Der Tag ist gekommen, an dem zum ersten Mal in der Geschichte das ganze Deutschland seinen dauerhaften Platz im Kreis der westlichen Demokratien findet.«[19]

Die Wiedervereinigung Deutschlands bedeutete die Lösung der deutschen Frage. Es gab kein Spannungsverhältnis mehr zwischen Einheit und Freiheit; durch die Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis und die europäische Integration hörte das Land auf, ein Problem der europäischen Sicherheit zu sein. Das wiedervereinigte Deutschland war nun ein postklassischer Nationalstaat wie die anderen Mitgliedstaaten der EU.

Die Wiedervereinigung Deutschlands bedeutete die Lösung der deutschen Frage in dem dreifachen Sinn, den dieses Jahrhundertproblem seit dem frühen 19. Jahrhundert gehabt hatte: Es gab kein Spannungsverhältnis mehr zwischen Einheit und Freiheit; als territoriales Problem wurde die deutsche Frage dadurch gelöst, dass die Grenzen von 1945 und damit der Verzicht auf die Ostgebiete des Deutschen Reiches in völkerrechtlich verbindlicher Form festgeschrieben wurden; durch die Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis und die europäische Integration hörte das Land auf, ein Problem der europäischen Sicherheit

zu sein. Das wiedervereinigte Deutschland war keine »postnationale Demokratie unter Nationalstaaten«, sondern ein postklassischer Nationalstaat wie die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch – bereit, einige Hoheitsrechte gemeinsam mit anderen auszuüben und andere auf supranationale Einrichtungen zu übertragen.

Drei Jahrzehnte nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit erscheint nicht mehr so sicher, ob die deutsche Frage 1990 wirklich endgültig gelöst worden ist. Mal ist es das starke wirtschaftliche Gewicht Deutschlands in der Europäischen Union und der Eurozone, das die Rede von einer neuen deutschen Frage aufkommen lässt, mal die Neigung vieler Deutscher, ihr Land – etwa in Sachen Asyl und Migration – zur moralischen Leitnation Europas zu erheben, und der Hang deutscher Politiker, die Europäische Union auf eine sehr deutsch anmutende föderalistische und postnationale Vorstellung von der Finalität des europäischen Einigungsprozesses einzuschwören.

1986, vier Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, entbrannte in der »alten« Bundesrepublik, ausgelöst durch einen Zeitungsaufsatz des Berliner Historikers Ernst Nolte, der »Historikerstreit« über die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung.[20] Noltes Versuch, den Rassenmord durch die Nationalsozialisten aus dem Klassenmord der Bolschewiki abzuleiten, also historisch zu relativieren, stieß auf verbreiteten Widerspruch. In einer Entgegnung auf Nolte formulierte der Philosoph Jürgen Habermas eine These, die seitdem immer wieder zitiert worden ist: »Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein konnte.«[21]

Dreißig Jahre nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands erscheint die »vorbehaltlose Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens« nicht mehr als eine Errungenschaft, die

auf Dauer gesichert ist. Erfolgen konnte die Öffnung nur dort, wo es die Möglichkeit der freien selbstkritischen Auseinandersetzung mit der nationalen und namentlich der nationalsozialistischen Vergangenheit gab: im Westen des geteilten Deutschland. Die DDR hat, herrschaftssoziologisch betrachtet, einen viel radikaleren Bruch mit der deutschen Geschichte vollzogen als die Bundesrepublik, die ehemaligen Nationalsozialisten in großer Zahl die Fortsetzung oder den Beginn neuer beruflicher Karrieren ermöglichte. Der »verordnete Antifaschismus« der SED erreichte aber nicht dieselbe gesellschaftliche Tiefenwirkung wie die offen ausgetragenen Geschichtskontroversen im Westen Deutschlands. Unter der Decke der offiziellen Ideologie konnten in der DDR deutschnationale Geschichtsdeutungen und Ressentiments überleben, die in der Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren weithin verpönt waren. Die radikale Ungleichzeitigkeit der deutschen Nachkriegsgeschichte wirkt bis heute fort. Sie erklärt zu einem guten Teil auch, warum eine nationalistische Partei wie die Alternative für Deutschland in den neuen Bundesländern sehr viel mehr Zulauf hat als in den alten.

Ein verantwortlicher Umgang mit der Geschichte zielt darauf ab, verantwortliches Handeln in der Gegenwart möglich zu machen. Daraus folgt zum einen, dass sich die Deutschen durch eine Betrachtung ihrer Geschichte nicht lähmen lassen dürfen. Zum anderen gilt es, politische Entscheidungen nicht dadurch zu überhöhen, dass man sie als die jeweils richtige Lehre aus der deutschen Vergangenheit ausgibt.

Die Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens wird nicht nur durch Nachwirkungen der deutschen Teilung, sondern auch durch

alles infrage gestellt, was auf eine politische Instrumentalisierung des Holocaust hinausläuft: die Berufung auf ein vermeintlich vorbildliches Lernen aus den nationalsozialistischen Verbrechen in der Absicht, der eigenen Politik eine höhere Legitimation zu verschaffen, ja für Deutschland eine überlegene Sondermoral zu beanspruchen. Ein verantwortlicher Umgang mit der Geschichte zielt darauf ab, verantwortliches Handeln in der Gegenwart möglich zu machen. Daraus folgt zum einen, dass sich die Deutschen durch eine Betrachtung ihrer Geschichte nicht lähmen lassen dürfen. Zum anderen gilt es, politische Entscheidungen nicht dadurch zu überhöhen, dass man sie als die jeweils richtige Lehre aus der deutschen Vergangenheit ausgibt.

Deutschland ist erst spät, im Gefolge des katastrophalen Scheiterns seiner Auflehnung gegen die politischen Ideen des Westens, zu einer liberalen westlichen Demokratie geworden. Aus seiner Geschichte lässt sich ableiten, dass es hinter die nach 1945 gewonnenen Einsichten nicht zurückfallen darf. Die deutsche Spaltung wird erst dann wirklich überwunden sein, wenn sich diese Erkenntnis in beiden Teilen des vereinigten Deutschland gleichermaßen durchgesetzt hat.

Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung gilt es aber auch, eine andere, neue Spaltung zu überwinden: die Spaltung der deutschen Gesellschaft, hervorgerufen durch die Corona-Pandemie von 2020. Der soziale Zusammenhalt der Deutschen wird sich nur sichern lassen, wenn die, die materiell weniger oder gar nicht unter dem Virus zu leiden haben, mit denen zu teilen bereit sind, deren berufliche Existenz durch Corona bedroht oder bereits vernichtet ist.

Auf Deutschland könnte eine Umverteilung in den Dimensionen des Lastenausgleichs zugunsten der Heimatvertriebenen und Ausgebombten in der »alten« Bundesrepublik oder der wirtschaftlichen Anstrengungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit nach 1990 zukommen. Doch die deutsche Verantwortung für die Bewältigung der

Folgen der Corona-Krise endet nicht an den Grenzen der Bundesrepublik. Von dem, was Deutschland tut oder nicht tut, hängt in hohem Maß die Zukunft der Europäischen Union und ihrer gemeinsamen Währung ab. Eine größere Herausforderung der deutschen Politik als die im Zeichen von Corona lässt sich kaum denken.

Anmerkungen

1 Eugen Rosenstock-Huessy: *Die europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen*. 3. Auflage. Stuttgart 1961, S. 90, 235.
2 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Hrsg. auf Beschluss der Nationalversammlung durch die Redactions-Commission und in deren Auftrag von Franz Wigard. 9 Bde. Leipzig 1848/49, Bd. 6, S. 4596.
3 Vgl.: Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*. Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. 5. Auflage. München 2012, S. 214 f.
4 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 268, S. 7728.
5 Richard Löwenthal: »Bonn und Weimar. Zwei deutsche Demokratien«, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.): *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953. Geschichte und Gesellschaft*. Sonderheft 5 (1979), S. 9–25, hier S. 11.
6 Fritz René Allemann: *Bonn ist nicht Weimar*. Köln 1956, S. 274.
7 Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*. München 1996, S. 152 ff.
8 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 5. Sitzung, Bd. 71, S. 21.
9 Bundesverfassungsgericht: Entscheidungen der amtlichen Sammlung, Bd. 36, Grundlagenvertrag Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Tübingen 1974, S. 1–36.
10 Carl-Christian Kaiser, Hermann Rudolph und Theo Sommer: »Die Elbe – ein deutscher Strom, nicht Deutschlands Grenze. Ein Interview mit Günter Grass«, in: *DIE ZEIT*, Nr. 6, 30.1.1981.
11 Karl Dietrich Bracher: *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*. 6. Auflage. Köln 1979, S. 544 (Nachwort zur 5. Auflage).
12 Vgl.: Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung. 5. Auflage. München 2012, S. 431 ff., 470 ff.
13 Oskar Lafontaine: *Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt*. Hamburg 1988, S. 188 f.

14 Hermann Lübbe: »Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart«, in: Martin Broszat u.a. (Hrsg.): *Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll*. Berlin 1983, S. 329–349 (bes. S. 333 ff.).

15 Fritz Fischer: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland*. Düsseldorf 1961.

16 Richard von Weizsäcker: »Der 8. Mai 1945 – 40 Jahre danach«, in: Ders.: *Reden und Interviews. 1. Juli 1984–30. Juni 1985*. Berlin 1986, S. 279–295, hier S. 280.

17 Silke Jansen: »Zwei deutsche Staaten – zwei deutsche Nationen? Meinungsbilder zur deutschen Frage im Zeitablauf«, in: *Deutschland Archiv* 22 (1989), S. 1132–1143, hier S. 1139.

18 Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd. 10: *Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992*. Bearb. v. Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt. Bonn 2009, S. 417–423, hier S. 422.

19 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe III, Bd. 8b. Bonn 1991, S. 717–731, hier S. 718.

20 Ernst Nolte: »Vergangenheit, die nicht vergehen will«, in: *»Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*. München 1987, S. 13–35.

21 Jürgen Habermas: »Eine Art Schadensabwicklung«, in: *»Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*. München 1987, S. 62–77, hier S. 75 f.

Rivalität und Zusammenhalt über den Rhein

Deutschland und Frankreich, durch Europa vereint

Von Sylvie Goulard[1]

Über die Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland, ihre jeweiligen, vielfach einander entgegengesetzten und sich doch ergänzenden Traditionen und Kulturen ist schon viel geschrieben worden. Die poetischste Formulierung stammt wohl von Robert Picht, dem bereits verstorbenen ehemaligen Direktor des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, dessen Buch über das Verhältnis unserer beiden Länder zueinander den *Garten der Missverständnisse*[2] im Titel trägt.

Unsere beiden Nationen sind im Laufe allmählicher historischer Prozesse entstanden und trotz ihrer jeweils eigenen Traditionen und Narrative zusammengewachsen. Manche davon prägen auch heute den gesellschaftlichen Konsens in beiden Ländern. Aber ob das wohl von Dauer sein wird? Immerhin bedeutet die Hartnäckigkeit dieser Diskurslinien nicht, dass sie unabänderlich sind – ganz im Gegenteil.

In seinem bemerkenswerten Buch vom März 2019, *L'archipel français – naissance d'une nation multiple et divisée – où allons nous?* (Dt.: *Der französische Archipel – Geburt einer vielfältigen und geteilten Nation –*

worauf steuern wir zu?)[3], zeichnet der französische Politologe Jérôme Fourquet viele der gesellschaftlichen Veränderungen nach, die die Franzosen in den letzten Dekaden haben auseinanderdriften lassen: Er erzählt vom Rückgang katholischer Religionsbindung, dem Ende der Kommunistischen Partei, über die Urbanisierung und das Zusammenkommen von Gruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft bis zum neuen Körperbewusstsein, das sich derzeit verbreitet. Fourquet untersucht die neue Vielfalt von Vornamen oder die zunehmende Akzeptanz von Tätowierungen und analysiert die Ablehnung von Eliten und traditionellen Lebenswelten. Viele dieser Entwicklungen spiegeln sich auch in der neueren Literatur.

Es ist nicht einfach, das ganze Ausmaß der verschiedenartigen, oft tiefgreifenden Veränderungen auszuloten, die häufig nur einen Teil des Landes betreffen. Ohne die heftigen Proteste leugnen zu wollen, die Frankreich jeden Samstag Ende 2018 beziehungsweise Anfang 2019 lahmlegten, darf man nicht vergessen, dass die *gilets jaunes*, die Gelbwesten, wie sie in Deutschland heißen, immer nur eine Minderheit der französischen Bevölkerung ausmachten.[4] Auch wenn die Fernsehbilder den Anschein erweckten, ganz Paris sei unter brennenden Autos und gewalttätigen Ausschreitungen begraben, blieb die Gesamtzahl der Demonstranten gering. Das zu konstatieren, heißt nicht, die offensichtliche Frustration dahinter herunterzuspielen, sondern auf ihre tatsächliche Dimension in Relation zur Gesamtbevölkerung hinzuweisen – eine Sichtweise, die in einer Demokratie angemessen scheint.

In Deutschland geben gesellschaftliche Veränderungen nur selten Anlass zu derart wütenden Ausschreitungen, auch wenn es vergleichbare Erscheinungen gibt, etwa die antiislamischen PEGIDA-Demonstrationen, die Wahlerfolge der extremen Rechten, den Anstieg von Gewalttaten und antisemitischen Angriffen und – jüngst – den An-

sturm rechtsnationaler Demonstranten auf den Reichstag. Nicht zuletzt wegen der Wahlerfolge der Alternative für Deutschland und der damit verbundenen Zersplitterung der Parteienlandschaft erwies sich die Regierungsbildung 2017 als mühsam. Ein erfolgreiches Rezept gegen die gewachsene Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft lässt weiterhin auf sich warten. Eine Lösung wird zusätzlich davon belastet, dass sich viele angesichts der seit 2015 gestiegenen Flüchtlingszahlen bedroht fühlen, wie auch davon, dass die Unterschiede in Ost und West nach wie vor ein Thema in und für Deutschland sind.

Unsere beiden Länder suchen auf ihre jeweilige Art Antworten auf die genannten Probleme. Ob es sich um die Rolle des Staates handelt, das Verhältnis zur Nation und den Streitkräften, den Stellenwert des Rechts im öffentlichen Bewusstsein oder ob es um die Hierarchie zwischen wirtschaftlichen und politischen Sachzwängen, die Rolle der Religion oder die Verwaltungsstrukturen des Landes geht: Deutschland und Frankreich sind singuläre Gemeinwesen, die die Problembewältigung immer schon auf der Grundlage ihrer je eigenen Tradition und politischen Kultur angehen.

Die Umstände, die den inneren Zusammenhalt unserer Länder ausmachen, sind oft zugleich jene, die sie voneinander trennen.

Frankreich: Traditionen und Erfahrungen

Für das Thema dieses Essays ist die Antrittsrede des neuen französischen Premierministers Jean Castex vom 15. Juli 2020 besonders interessant, denn sie gleicht einer Momentaufnahme, in der ein Politiker einen ihm zur Verfügung stehenden Hebel nutzt, um die Franzosen wieder zusammenzubringen und ihr Vertrauen zurückzugewinnen[5]. Für

Castex spielen dabei drei Säulen eine tragende Rolle: ein handlungsfähiger Staat, staatliche Wirtschaftsförderung und das Prinzip der *laicité*, der strengen Trennung von Staat und Religion.

Frankreich und der Staat – ein und dasselbe

Ein Kernsatz in dieser Rede vor der *Assemblée nationale* lautet: »Frankreich, das ist der Staat.« Überall auf der Welt hat die Corona-Pandemie einen außergewöhnlich weitreichenden Einsatz staatlicher Mittel gefordert, um ihre Eindämmung zu organisieren, den Zugang der Bevölkerung zu medizinischer Versorgung sicherzustellen und den Ausnahmezustand zu meistern. Dort, wo die Politik zögerlich oder und zu spät eingegriffen hat – etwa in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien oder in Brasilien –, kämpft die Bevölkerung besonders schwer mit den Folgen. Ein gut organisierter, handlungsfähiger Staat hat deshalb Lob verdient. Allerdings dürfte man außerhalb Frankreichs dafür eine weniger emotionale Formulierung gewählt haben.

»Die Krise hat ein Frankreich getroffen, das zweifelt, zerstritten, verkrampft und verzweifelt ist. Und das schon viel zu lange. Ein Frankreich, oder zumindest ein Teil davon, das von der Angst vor sozialer Herabstufung erfüllt ist. Ein Frankreich, das sich manchmal im Stich gelassen fühlt.«

Dabei verschweigt der Premierminister auch die Versäumnisse des Staates nicht: »Die Krise hat unsere Probleme und Unzulänglichkeiten oft brutal offenbart, auch innerhalb des Staatsapparates.« Die Franzosen lassen sich nichts vormachen. Der Ruf nach staatlicher Rettung scheint umso lauter zu werden, je zerrissener die Nation ist. Castex

nimmt kein Blatt vor den Mund: »Die Krise hat ein Frankreich getroffen, das zweifelt, zerstritten, verkrampft und verzweifelt ist. Und das schon viel zu lange. Ein Frankreich, oder zumindest ein Teil davon, das von der Angst vor sozialer Herabstufung erfüllt ist. Ein Frankreich, das sich manchmal im Stich gelassen fühlt. (…) Es gibt große Teile Frankreichs, die sich abgehängt fühlen: das Frankreich der Vorstädte, das ländliche Frankreich, das Frankreich der Täler, das Frankreich der überseeischen Gebiete, das sogenannte periphere Frankreich, das Frankreich derer, die selbst mitten in unseren Städten nicht das Recht auf gesellschaftliche Mitsprache haben.«

Castex' Einstellung ist geprägt von seiner Erfahrung als Bürgermeister einer südfranzösischen Stadt mit 6000 Einwohnern. Er setzt auf eine neue, bürgernahe staatliche Verwaltung. Für deren wichtige Aufgaben fordert er Anerkennung und Respekt, will sie stärker auf die Gebiete außerhalb von Paris orientieren und macht deutlich, dass bei der Durchsetzung der Pariser Entscheidungen wirtschaftliche Erwägungen – anders als früher – nicht länger eine untergeordnete Rolle spielen werden.

Das wechselseitige deutsch-französische Unverständnis über die Haushaltsdefizite und öffentliche Verschuldung geht teilweise darauf zurück, dass die deutsche Seite auf europäische Verträge und festgelegte finanzielle Höchstgrenzen pocht, während in Frankreich andere Argumente Gewicht haben, vor allem aus Rücksicht auf die Empfindlichkeiten der Bürger. In Paris geht es immer um »politische« Vorhaben, die möglichst nicht von materiellen, rechtlichen oder finanziellen Hindernissen beschränkt werden sollten, aber die Auslegung der Vorschriften richtet sich auch nach anderer Maßgabe. Alexis de Tocqueville hatte schon vor 200 Jahren auf dieses Paradox unter der absoluten Monarchie hingewiesen, die zwar vorgab, alles zu regeln, aber bei der Umsetzung scheiterte: »Das Ancien Régime beruhte auf starren Regeln und flexibler Praxis.«[6]

Schon 2017 hatte der damalige Präsidentschaftskandidat Emmanuel Macron für einen weniger »jakobinischen«, von oben verordnenden, Staat geworben. Und die Vorschläge von Castex klingen wie ein Echo auf die Worte eines seiner Amtsvorgänger, Jean-Pierre Raffarin, der in Matignon bereits 2002 von Jacques Chirac beauftragt war, der »Stimme Frankreichs von unten« Gehör zu verschaffen. Raffarins Antrittsrede ging damals ebenfalls von der Zentralität des Staates aus, um davon die »Dezentralisierung« seiner Aufgaben abzuleiten. Auch Castex moniert, der Staat »habe manchmal so getan, als ob er alles bestimmen könne, obwohl er doch vor allem den Akteuren unserer Gesellschaft die Mittel in die Hand geben muss, selbst tätig zu werden und in ihrem Leben voranzukommen.« Deshalb will der Premierminister den kreativen Kräften im Land die Macht zurückzugeben, auch wenn er die Rolle des Zentralstaates bei der Erreichung dieses Ziels weiter betont.

Jenseits des Rheins stößt die Zentralisierung Frankeichs weiterhin auf Unverständnis. Und es ist in der Tat der augenfälligste Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland und seinem föderalistischen System: Dort hat das Wort »Staat« bei Weitem nicht die gleiche Aura wie in Frankreich (außer vielleicht in Bayern, das seinen Status als Freistaat stolz demonstriert).

»Die gleichheitsbesessene Nation«

Die tiefe Verbundenheit der Franzosen zu ihrem Staat erklärt sich aus dem kollektiven Verständnis der Gleichheit aller Bürger und der daraus resultierenden Wertschätzung staatlicher Daseinsvorsorge. So würdigt Castex die Anstrengungen des ganzen Landes in der Covid-19-Krise, nennt aber »die Kontinuität der öffentlichen Verwaltung« noch vor »dem wirtschaftlichen Wohlergehen der Nation«.

Wo immer sie wohnen, sorgen sich die Franzosen vor allem um Gleichheit und sehen sich so veranlasst, den unteilbaren Charakter der Republik hochzuhalten, den auch Castex so eingehend beschwört. Tocqueville beschrieb seinerzeit, wie sehr Frankreich schon vor der Abschaffung der monarchischen Privilegien im August 1789 eine »gleichheitsbesessene Nation«[7] war. In der Gleichstellung der Lebensumstände sah er übrigens die entscheidende Antriebskraft einer Gesellschaft. Man kann die Kraft des egalitären Mythos auch an dem Platz bemessen, den Albert Camus – das arme Kind aus Algier, aber ein Produkt französischer Eliteausbildung – im Pantheon der französischen Literaten einnimmt.

Die Rechte der Bürger sind in den Augen der Franzosen umso wertvoller, als die intermediären Staatsinstanzen weitgehend fehlen. Der Premierminister will den gesellschaftlichen Dialog wiederbeleben und seine Relevanz untermauern. Auch neue Initiativen zur Bürgerbeteiligung sind denkbar, wofür die »große nationale Debatte« nach der Gelbwesten-Krise 2019 und 2020 die Bürgerkonvention zum Klimawandel erste Beispiele waren.

In Deutschland hingegen wird weniger das Gleichheits- als vielmehr das Subsidiaritätsprinzip hochgehalten, auch auf die Gefahr hin, dass nicht alle überall die gleichen Rechte und Chancen haben. Die Lehrpläne der Schulen unterscheiden sich von einem Bundesland zum nächsten, genauso wie die Löhne oder die Modalitäten während des Corona-Lockdowns. Deshalb ist bemerkenswert, dass auch Castex sich nun für mehr »Differenzierung« einsetzen will. Schon Präsident Macron hat oft gewarnt, die abstrakte Verehrung von Gleichheit bedeute in der Praxis oft deren Verlust. Ohne positive Differenzierung sei es unmöglich, den Rückstand vieler in der Gesellschaft aufzuholen.

Neben die Liebe zum Staat tritt in Frankreich ein ausgeprägter Hang zu vertikalen Autoritätsstrukturen. Der Präsident der Republik

verdankt seine demokratische Legitimität der direkten Wahl durch die Bürgerinnen und Bürger und der unmittelbaren Verbindung mit der Nation, die er daraus herleitet. Er ist dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich und vertritt zum Beispiel Frankreich im Europäischen Rat ohne vorherige Unterrichtung der *Assemblée nationale*, ganz anders als die deutsche Kanzlerin und oder italienische Ministerpräsident. Seit der Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre beherrscht die Präsidentschaftswahl die politische Diskussion mehr denn je. Während der Premierminister der Gesprächspartner des Parlaments ist, bleibt seine Position prekär, da er nicht unbedingt der Chef der Mehrheitspartei ist, sondern allein vom Präsidenten ernannt wird, wie eben jetzt der vorher in der Öffentlichkeit unbekannte Jean Castex. So überraschend diese Ernennung war, entspricht sie doch dem Wort und dem Geist der französischen Verfassung.

Der Präsident kann innerhalb weniger Stunden entscheiden, Truppen auf Antrag der malischen Regierung zu entsenden, um den Vormarsch islamischer Terroristen dort zu stoppen. Trotz der Zahl der Todesopfer, die bei solchen Einsätzen zu beklagen sind, bestreiten die Franzosen nicht deren Berechtigung. Ganz im Unterschied zu Deutschland.

Dieses direkte Vertikalisieren hat aber auch seine Vorteile. Es erlaubt der französischen Armee, im Bedarfsfall rasch einzugreifen. Der Präsident kann innerhalb weniger Stunden entscheiden, Truppen zur Verstärkung der malischen Regierung zu entsenden, wie es sein Vorgänger François Hollande tat, um den dortigen Vormarsch islamischer Terroristen zu stoppen. Trotz der Zahl der Todesopfer, die bei solchen Einsätzen zu beklagen sind, bestreiten die Franzosen nicht deren Berechtigung. Im Gegensatz zu dem von seiner jüngeren Geschichte geprägten

Deutschland, das mehrheitlich jeder militärischen Gewaltanwendung gegenüber ablehnend eingestellt ist und ohnehin bei militärischen Einsätzen durch das Erfordernis vorheriger Bundestagszustimmung erheblich eingeschränkt wird. Die französischen Hoffnungen darauf, dass Deutschland seine Handlungsfähigkeit in dieser Hinsicht überdenkt, bestehen weiter fort.

Die über 15-jährige Regierungszeit der ersten deutschen Kanzlerin, die sich mit Kompromissen und in Koalitionen wohlfühlt, hat deutliche Spuren hinterlassen. Angela Merkels nüchterne, wissenschaftsbasierte Auftritte zu Beginn der Covid-19-Pandemie stehen in eklatantem Kontrast zu den martialischen Äußerungen des französischen Präsidenten Macron. Natürlich spielen hierbei die unterschiedlichen Temperamente der beiden eine Rolle, aber auch die jeweiligen nationalen Umstände. Vor Macron hatte schon François Hollande vom »Krieg« gegen den islamischen Terrorismus gesprochen. Wann immer ein französischer Präsident den »Krieg« – und sei es gegen ein Virus – als Metapher fasst, schwingen für Franzosen Assoziationen an die Schlacht von Valmy 1792, an Georges Clemenceau und Charles de Gaulle mit. Bei dem Ruf »Das Heimatland ist in Gefahr« werden kollektive Empfindungen wachgerufen.

Ökonomie im Prisma der Souveränität

Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie und dem – in einigen Branchen – brutalen Shutdown für Produktion und Konsum haben die meisten Staaten ihre eigene Wirtschaft aktiv unterstützt. Regierungen und Zentralbanken (in Europa die EZB) haben massiv eingegriffen, um die Marktliquidität sicherzustellen, Kredite an Unternehmen zu garantieren oder Kurzarbeit auszugleichen. In dieser Hinsicht ist Frankreich kein Sonderfall. Auch die deutsche Bundesregierung und die

Landesregierungen haben sich energisch für das Funktionieren der Wirtschaftsabläufe eingesetzt.

Der Ton der politischen Debatte in Frankreich zeigt, wie sehr diese Interventionen gutgeheißen werden, nachdem es vielen Franzosen jahrzehntelang so schien, als habe sich der Staat aus seiner wirtschaftlichen Verantwortung zurückgezogen. Auch hier ist die Rede von Castex aufschlussreich: Zwar betont er, dass »in der Wirtschaft alles auf Initiative und Unternehmertum ankommt«, aber Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und das Erschließen neuer Märkte finden kaum Erwähnung. Wenn Castex das Team seines Vorgängers Édouard Philippe für dessen Arbeitsmarktpolitik lobt, erweist er sich – was Franzosen wichtig ist – klar als Befürworter nationaler Industriepolitik und Eigenständigkeit.

Wohlstand wird auch als Produkt staatlicher Verwaltung betrachtet: »Die Krise hat auch die Schwächen unserer Wirtschaft aufgezeigt. Wir haben einen Produktionsapparat, der unfähig ist, unseren Bedarf an strategischen Gütern und Ressourcen zu decken. Wir sind in unerträglichem Maße von außen abhängig geworden.«

Obwohl die Parole der Französischen Republik mit »Freiheit« beginnt (*liberté, égalité, fraternité*, also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit), wagen es nur wenige politisch Verantwortliche, den negativ belasteten Begriff »libéral« zu verwenden oder für die Selbstverantwortung von privatem Wohlstand einzutreten. 2017 hatte Macron das noch riskiert, aber das heutige Meinungsklima ist für das Gedeihen von Visionen wie »French Tech« oder »Start-up-Nation« nicht unbedingt günstig. Trotz der Dynamik der französischen Banken und der immensen Investitionen, die für die die ökologische Wende und die Digitalisierung notwendig sind, fehlt auch die private Finanzierung im öffentlichen Diskurs. Wenn das Wort »Finanzen« in der Erklärung des Premierministers vorkommt, gilt es vornehmlich in Bezug auf die öffentliche Hand.

Selbst wenn die Corona-Krise Anstoß gibt zu einer stärkeren Rückverlagerung der Produktionsstätten in nahe Regionen, wäre die Umleitung der Wertschöpfungsketten nach Jahrzehnten internationaler Öffnung und Spezialisierung nicht einfach.

Die Pandemie hat auch die Schwachstellen der Globalisierung deutlich aufgezeigt. Schon vor ihr hätte das Wissen um den Klimawandel dazu führen müssen, die Kosten der CO_2-Emissionen, die durch lange Transportwege und soziale Ausbeutung an anderen Orten der Erde verursacht werden, in Güter und Dienstleistungen einzupreisen. Doch selbst wenn die Corona-Krise zu einer stärkeren Rückverlagerung der Produktionsstätten in nahe Regionen Anstoß gibt, wäre die Umleitung der Wertschöpfungsketten nach Jahrzehnten internationaler Öffnung und Spezialisierung nicht einfach, geschweige denn wünschenswert: Die Globalisierung hat Hunderte von Millionen Menschen in den Schwellenländern aus der Armut geholt und bietet riesige Absatzmärkte für unsere eigenen Produkte (allein 35 Millionen Arbeitsplätze in der EU hängen vom Export ab). Zudem fehlt es in Europa überall an qualifizierten Arbeitskräften und Know-how. Wenn wir die Wirtschaft also ent-globalisieren, müssen wir uns auf höhere Preise einstellen.

Castex weiß um das französische Misstrauen gegenüber marktwirtschaftlichem Wettbewerb. Die wichtigste Erwähnung der EU in seiner Rede bezieht sich auf das Versprechen, »auf eine Anpassung der europäischen Wettbewerbsregeln hinzuarbeiten, um das Entstehen europäischer Champions zu fördern«. Das EU-Verbot für staatliche Beihilfen und die EU-Fusionskontrolle werden in Frankreich heftig kritisiert. Seit Langem lenkt das Verhalten von Ländern wie China, die massiv in ihre Unternehmen investieren und von Staats wegen große Industriekonzerne und globale Holdings gründen, in der Zusammenschau

mit der protektionistischen Haltung der Trump-Regierung Wasser auf diese dirigistische Mühle.

Auch in Deutschland, wo Wettbewerbspolitik traditionell als Garant für Wettbewerbsfähigkeit angesehen und besser aufgenommen wird, ändern sich die Einstellungen: Kürzlich haben die Bundeskanzlerin und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier Unterstützung für den französischen Wunsch nach Änderung der europäischen Wettbewerbsregeln signalisiert. Das Dossier in Brüssel ist geöffnet. Die Franzosen haben ja ohnehin eine Schwäche für staatliche Planung: 1946 hatte de Gaulle das *Commissariat général du Plan* gegründet, das unter der Leitung von Jean Monnet für strategische Vorausschau und den Wiederaufbau nach dem Krieg zuständig war. Präsident Macron beabsichtigt nun, wie von Castex angekündigt, dieses *Commissariat* wieder zu beleben, auch wenn dessen Aufgaben im Jahr 2020 noch ungeklärt sind.

Laicité toujours

Der Laizismus – der Grundsatz, dass der Staat sich streng aus allen religiösen Fragen herauszuhalten hat – ist die dritte Säule im französischen Selbstverständnis. Auch Castex versäumt nicht, sich feierlich darauf zu berufen: »Für die Republik ist die *laicité* zentral als Garantie für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Meine Regierung wird sie mit Unnachgiebigkeit verteidigen. Keine Religion, keine Ideologie und keine Bewegung dürfen sich den öffentlichen Raum aneignen und die Gesetze der Republik infrage stellen. Wir müssen die Dinge beim Namen nennen; die Bekämpfung des radikalen Islamismus in all seinen Formen ist und bleibt eine unserer Hauptsorgen.«

»Keine Religion, keine Ideologie und keine Bewegung dürfen sich den öffentlichen Raum aneignen und die Gesetze der Republik infrage stellen. Wir müssen die Dinge beim Namen nennen; die Bekämpfung des radikalen Islamismus in all seinen Formen ist und bleibt eine unserer Hauptsorgen.«

Das Gesetz der Trennung von Staat und Kirche geht auf das Jahr 1905 zurück und stand damals am Ende des Kampfes zwischen der Republik und der katholischen Kirche, die lange Zeit als reaktionäre Partei die Monarchie unterstützte. Wenn der Laizismus heute zum Zusammenhalt des französischen Volkes beiträgt, hat er doch auch Anlass zu unzähligen Streitigkeiten gegeben, früher über den Klang der Kirchenglocken, heute über den Burkini, den islamischen Badeanzug, oder das Schleiertragen in Schulen und Kinderkrippen. In dem eingangs erwähnten Buch beschreibt Jérôme Fourquet den Katholizismus heute als »eine Insel, die im französischen Archipel eine Minderheit darstellt«. Das Gesetz zur Zulassung homosexueller Verbindungen, die »Ehe für alle«, wurde im Parlament verabschiedet, obgleich der katholische Episkopat gespalten war und an den konservativen Rändern massiv dagegen mobilisiert wurde.

Heute dient das Prinzip der *laicité* vor allem als »Schutzschild« gegen den Islam. Aus diesem Grund ist auch die rechtsextreme Partei *Rassemblement National*, die lange Zeit der katholischen Rechten und dem fundamentalistischen Rand der Kirche nahestand, kürzlich zum Laizismus »konvertiert«, nicht ohne ihn fälschlicherweise als antimuslimische Ideologie umzudeuten. Denn *laicité* soll nicht etwa die Ausübung einer Religion verhindern, sondern ihre Dogmen dem politisch-öffentlichen Raum fernhalten.

In einem Land, in dem Statistiken über die Religionszugehörigkeit verboten sind, hilft meist die Literatur weiter: Michel Houellebecqs

Unterwerfung, ein Roman, der kurz vor dem Angriff auf das Satireblatt *Charlie Hebdo* veröffentlicht wurde, beschwört die Möglichkeit eines Bündnisses skrupelloser Moderater mit politisch islamistischen Strömungen herauf. Die staatliche *laicité*-Beobachtungsstelle, die das Gesetz vor Ort erklären soll, wird daher nicht müde, immer neue Berichte über deren praktische Umsetzung zu veröffentlichen. Die »*laicité*«, schreibt sie, »ist nicht eine Meinung von vielen, sondern die Freiheit, eine Meinung zu haben. Sie ist keine Überzeugung, sondern das Prinzip, das alle ermächtigt, vorausgesetzt sie respektieren die öffentliche Ordnung.«[8] Tatsächlich werden, abgesehen von einigen wenigen Fällen, die in den Medien viel erörtert und manchmal auch zur Illustration der Aushebelung des Laizismus instrumentalisiert werden, viele Konflikte im Dialog aufgelöst.

In Deutschland ist die Trennung von Staat und Kirche flexibler organisiert. Dennoch gibt es in der deutschen Gesellschaft nach wie vor öffentliche Auseinandersetzungen, etwa bei Gerichtsentscheidungen zur Ermordung junger islamischer Frauen durch ihre Familien oder Versuche, das Kruzifix als politisches Mittel einzusetzen. Die Einstellung der beiden großen Kirchen trägt zur Entspannung bei. Man braucht nur einmal zum Evangelischen Kirchentag zu gehen, um die Unterschiede im Verhältnis zwischen Kirche und Staat auf der anderen Rheinseite zu ermessen.

Veränderte Gesellschaft, veränderte Welt

Diese Ausführungen könnten nun vermuten lassen, dass unsere beiden Länder, trotz mancher Veränderungen, bleiben, was sie schon immer waren. Aber – ist man versucht zu fragen – wo bleibt Europa dabei? Castex bezieht sich, wie gesagt, kaum darauf, obgleich sich beide Länder seit Jahrzehnten auf einen Integrationsprozess eingelassen haben, der

ihr politisches und gesellschaftliches Dasein freiwillig in einen breiteren Rahmen stellen wollte. Gerade die Europäische Union erlaubt beiden Ländern, gelassener auf globale Schocks zu reagieren. Um den Premierminister zu paraphrasieren: Der Staat ist Frankreich, aber Frankreich ist auch, zusammen mit anderen, die Europäische Union.

Frankreich und Deutschland erleben tiefgreifende und ähnliche Umwälzungen. Neben den bereits erwähnten sozialen Verschiebungen sind sie demografischen, geopolitischen, klimatischen und digitalen Änderungsprozessen ausgesetzt, die Handlungsfähigkeit in einem ganz anderen Maßstab erfordern, als die je eigene Nation bieten könnte. Aus dieser Perspektive sind der Binnenmarkt und die europäische Gesetzgebung von großem Vorteil, ganz zu schweigen von dem wirtschaftlichen Gewicht, das wir gemeinsam auf die Waage bringen.

Bereits 2012 forderte Bundeskanzlerin Merkel die Europäer auf, hart zu arbeiten, um genug Wohlstand zum Erhalt ihres weltweit führenden Sozialsystems aufzubringen. Heute produzieren ganze 7 Prozent der Weltbevölkerung 25 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts, machen aber 50 Prozent der Sozialausgaben aus. Angesichts der Gefahr, an internationalem Einfluss zu verlieren, haben die Länder der EU es dringend nötig, ihre europäische Karte auszuspielen. Wenn sie sich in einen Zentralstaat *à la française* mit 67 oder in eine Bundesrepublik mit 83 Millionen Einwohnern (2050 laut Eurostat 70 beziehungsweise 82 Millionen) zurückziehen, werden die Europäer gegenüber rasch wachsenden Staaten wie China, Indien oder den USA nicht lange in der Lage sein, globale Entscheidungen zu beeinflussen.

Gleichzeitig altert die Bevölkerung Europas, in Frankreich wird der Anteil der über 65-Jährigen 2050 voraussichtlich bei über 25 Prozent der Bevölkerung liegen. Diese demografischen Verschiebungen sind durchaus positiv – immerhin sind sie das Resultat medizinischen Fortschritts. Aber sie verändern das Verhalten der Menschen. Sie befördern

etwa den Fokus auf finanzielle Sicherheit, führen zu exzessiver Anhäufung von Ersparnissen und wirken abschreckend vor finanziellen Risiken. Sie erhöhen die Gesundheitskosten im Zusammenhang mit Alterung und Pflegebedürftigkeit. Dies ist, wie Merkel hervorhob, der entscheidende Grund dafür, dass wir immer unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mitdenken müssen.

Der demografische Wandel ist auch nicht ohne Folgen für das Nationalgefühl, das Verhältnis zu Menschen anderer ethnischer Herkunft oder – im Speziellen – den Antisemitismus. Keine Überlegung über die Zukunft unserer Nationen darf diese Veränderungen unterschätzen. Und tatsächlich nimmt das Problembewusstsein zu.

So hat Macron etwa eine Kommission mit der Aufgabe betraut, Bedingungen für die Rückgabe des afrikanischen Kulturerbes zu formulieren. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde Mitte 2020 im Parlament eingebracht. Und in Deutschland bot Ende 2016 eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums einen kompromisslosen Blick auf den Komplex rassischer und zivilisatorischer Überlegenheit, der den deutschen Kolonialimpuls prägte.

In geopolitischer Hinsicht bezieht das globale Spiel zunehmend Akteure ein, die gleichzeitig Partner und Rivalen sind. Selbst wenn sich die mittelfristigen Auswirkungen der Pandemie nicht vorhersagen lassen, ist es unwahrscheinlich, dass die globale Interdependenz abnimmt. Dauert die Pandemie an, dürfte dies zum Streit über Gesundheitsressourcen und zu verbreiteter Verarmung in der Welt führen.

In geopolitischer Hinsicht bezieht das globale Spiel zunehmend Akteure ein, die gleichzeitig Partner und Rivalen sind. Selbst wenn sich die mittelfristigen Auswirkungen der Pandemie nicht vorhersagen

lassen, ist es unwahrscheinlich, dass die globale Interdependenz abnimmt. Sollte ein wirksamer Impfstoff entwickelt werden, wird dies die Menschen wie zuvor zu internationalen Reisen und Geschäften veranlassen; dauert die Pandemie jedoch an, dürfte dies zum Streit über Gesundheitsressourcen und zu verbreiteter Verarmung in der Welt führen. Einige Regierungen sind schon jetzt dabei, sich den Zugriff auf den Impfstoff oder seine Produktionsfirmen zu sichern, wie bedrückende Meldungen über Cyberangriffe offenbart haben.

Darüber hinaus sind die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa im Wandel begriffen. Während Donald Trump in der ersten Jahreshälfte 2020 überraschend den Abzug von 12 000 US-Soldaten aus Deutschland ankündigte, unterscheidet er sich damit im Auftreten, nicht aber in der Absicht von seinem Vorgänger Barack Obama, der die Europäer mehrfach zu mehr militärischer »Lastenteilung« drängte. Denn die heutige Sicherheitslage ist vor allem ein Erfolg amerikanischer Politik: Vom Marshallplan über die Gründung der NATO bis hin zur Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung war es das Ziel der Vereinigten Staaten, den Kommunismus einzudämmen und gleichzeitig Europa zu stabilisieren.

Aber der schwindende Anteil von Menschen europäischer Herkunft an der amerikanischen Bevölkerung sowie die gesteigerte wirtschaftliche und strategische Bedeutung der Pazifikküste lassen vermuten, dass die Hinwendung der USA nach Asien von Dauer sein wird, ganz gleich wer in Washington das Sagen haben wird. Mit ihrer Bemerkung 2017 in Taormina, es sei an der Zeit, »dass Europa sein Schicksal selbst in die Hand nimmt«, hat sich Kanzlerin Merkel traditionellen französischen Vorstellungen angenähert. Aber noch fehlt es an ernsthafter Umsetzung. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU steckt nach wie vor in den Kinderschuhen und ist weit davon entfernt, den Herausforderungen gerecht werden zu können.

Was China betrifft, dachten die Europäer zunächst, das Milliardenvolk werde sich als Teilnehmer am internationalen Handel und mit der Übernahme der Regeln des westlichen Kapitalismus in eine liberale Demokratie verwandeln. Diese Illusion ist nun – auch offiziell – aufgegeben worden. Die von der Kommission um Jean-Claude Juncker im Frühjahr 2019 verabschiedete EU-Strategie erkennt dies ausdrücklich an: »China ist in einigen Bereichen ein Partner, mit dem die EU für ein gemeinsames Ziel zusammenarbeitet; in anderen ein Partner, mit dem sie verhandelt, um unter Achtung gegenseitiger Interessen ausgewogene Übereinkünfte zu erreichen; dann wiederum ein wirtschaftlicher Konkurrent im Wettbewerb um technologische Überlegenheit und ein systemischer Rivale, der alternative Gouvernance-Modelle fördert.«[9]

Die technologische Rivalität hat in manchen Kreisen in Deutschland deutliche Kritik gegenüber China ausgelöst, vor allem nach dem chinesischen Erwerb des Augsburger Roboter-Entwicklers Kuka. Auch in Frankreich werden die Stimmen lauter, die vor europäischer Verwundbarkeit gegenüber chinesischer Stärke warnen.

Die Formulierung ist gelungen, die Analyse eindeutig. Nun bleibt nur, die Herausforderungen anzunehmen. Ursula von der Leyens deutlichere Worte gegenüber der chinesischen Regierung und die »geopolitische« Ausrichtung der Europäischen Kommission sind ein Schritt in die richtige Richtung. Die technologische Rivalität hat in manchen Kreisen in Deutschland deutliche Kritik gegenüber China ausgelöst, vor allem, nachdem sich der chinesische Midea-Konzern den Augsburger Roboter-Entwickler Kuka einverleibt hat. Auch in Frankreich werden die Stimmen lauter, die angesichts der europäischen Verwund-

barkeit gegenüber chinesischer Stärke warnen.[10] Matthias Döpfner, der Vorstandsvorsitzende des Axel-Springer-Konzerns, forderte die Europäer kürzlich in einer bewegenden Rede auf, sich wegen Beeinträchtigung der Grundfreiheiten und mangelnder Demokratie in China eindeutig an die Seite Amerikas zu stellen.[11]

Bewahren, was uns wichtig ist

In Bezug auf Grundfreiheiten und Demokratie sind sich Frankreich und Deutschland also einig. Die Übereinstimmung in Wertvorstellungen ist umfassend: bei der Achtung der Menschenwürde, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, bei der Ablehnung jeder Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion oder sexueller Ausrichtung, bei der Abschaffung der Todesstrafe und sogar der Verpflichtung zur Einhaltung grundlegender wirtschaftlicher und sozialer Rechte (Sozialschutz, Schulen und Krankenhäuser, die allen ohne vorherige Bedürftigkeitsprüfung offenstehen). Unter dem Dach der Europäischen Menschenrechtskonvention, der EU-Grundrechtecharta und den Gemeinschaftsverträgen leben Franzosen und Deutsche in einer gemeinsamen Rechtsordnung. Der EU-Binnenmarkt und der Euro bilden den verlässlichen Rahmen für alle wirtschaftlichen Aktivitäten in unseren Ländern.

Diese Rechtsgarantien – über die wenig gesprochen wird, außer wenn sie vom Karlsruher Verfassungsgericht infrage gestellt werden – sind von unschätzbarem Wert. Sie schützten die Iren in den Brexit-Verhandlungen, und stützten damit den Frieden in Nordirland, der auf dem Karfreitagsabkommen von 1998 und den Rechtsregeln und Prinzipien beruht, die von der supranationalen Rechtsprechung Europas garantiert werden. Bedauerlicherweise stellen manche Politiker mit autoritären Neigungen in Mitteleuropa diese Rechtsprinzipien infrage,

leider ohne dass Frankreich und Deutschland dem immer mit dem nötigen Nachdruck entgegenwirken.

Dies ist umso nötiger, als die technologische Entwicklung skrupulösen Regimen immer neue Instrumente gegen die europäischen Grundfreiheiten an die Hand gibt, bis hin zu deren Unterdrückung. Die Datenmanipulation und der Einsatz aggressiver Cyberwerkzeuge erhöhen das Schadenspotenzial. Berichte aus den britischen und französischen Nachrichtendiensten machen insbesondere Russland dafür verantwortlich.[12] Die Europäer sind in manchen Bereichen der technischen Entwicklung offenbar ins Hintertreffen geraten; an der Spitze der Innovation stehen heute die USA, Asien mit China und Südkorea sowie Israel. Die Debatte um die Einführung der 5G-Technologie zeigt, in welchem Maße unsere Zerstrittenheit anderen Mächten Druckmittel in die Hand gibt. Trump hat kurzerhand beschlossen, die Huawei-Technologie nicht mehr zuzulassen. In Europa haben sich die Regierungen, vorsichtig ausgedrückt, für anderweitige Strategien entschieden.

Und sogar bei einfachen Handelsbeziehungen könnte sich die konfliktbeladene Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen für Deutschland und Frankreich nachteilig auswirken. Jede weitere Eintrübung dieser Beziehungen kann die Europäer in Mithaftung nehmen. Die Regierung Chinas nimmt sich jeden ungehemmt vor, der auch nur die leiseste Kritik an der Behandlung der Uiguren oder dem jüngsten chinesischen Vorgehen in Hongkong übt. Wenn die Europäer nicht zusammenstehen, verspielen sie die Werte, die sie so gern vor sich hertragen. Käme es zwischen den beiden Supermächten USA und China wieder zu einer Entspannung, stünden die Europäer ohne Mitspracherecht nicht unbedingt besser da. Nur durch den Ausbau multilateraler Institutionen können sie vermeiden, beiseitegedrängt zu werden.

Wenn die Europäer nicht zusammenstehen, verspielen sie die Werte, die sie so gern vor sich hertragen. Käme es zwischen den beiden Supermächten USA und China wieder zu einer Entspannung, wären die Europäer ohne Mitspracherecht nicht unbedingt besser dran. Nur durch den Ausbau multilateraler Institutionen können sie vermeiden, beiseitegedrängt zu werden.

Auch der Klimawandel stellt eine unaufhaltsame Bedrohung mit verheerenden Folgen für unseren Planeten, die Menschheit und die biologische Vielfalt dar. Die derzeitigen CO_2-Emissionskurven weichen bereits gefährlich weit vom Ziel der Pariser Vereinbarung von 2015 ab. Zusammen hätten die Europäer die nötige kritische Masse, um in der globalen Arena an Lösungen mitzuwirken, für die die Anstrengungen der USA, wie Joe Biden sie vorhat, von entscheidender Bedeutung wären. Vereinzelt und zerstritten allerdings werden sie nicht gehört werden.[13] Deswegen kommt es so sehr auf den Erfolg des von Kommissionspräsidentin von der Leyen angestoßenen Green New Deals an, flankiert von nationalen Bemühungen in Frankreich und Deutschland für grüne Anleiheemissionen, Übergangshilfen und so weiter. Eines der auffälligsten Defizite angesichts des Klimawandels ist, dass gemeinsame methodische Instrumente fehlen, um den CO_2-Fußabdruck eines Unternehmens oder einer Ware verlässlich zu bestimmen. In diesem Bereich, wie auch bei der Datenschutz-Grundverordnung, ist die Gesetzgebungskraft Europas entscheidend wichtig – die der EU-Steuerautonomie eingeschlossen. Hier zeigt sich: Europas normativer Einfluss reicht weit über seine Grenzen hinaus.

Mit Europa für eine bessere Zeit

Wenn es sie nicht schon gäbe, wäre es jetzt überfällig, die EU zu erfinden. Trotz ihrer unbestreitbaren Schwächen ist der Erhalt dieses institutionellen Rahmens von überragendem Wert. Und dennoch bleiben wir mit einem Paradox zurück: Einerseits erkennt man in europäischen Fragen den Willen zur Führung. Die deutsche Kanzlerin und der französische Staatspräsident haben im Mai 2020 mit ihrer Initiative für einen EU-Interventionsfonds einen wichtigen Schritt zur Überwindung der Corona-Krise und zur Konsolidierung der EU getan, wie ihn Macron seit seiner Wahl immer wieder vorgeschlagen hat.

Auf der anderen Seite neigt die jeweilige nationale Rhetorik dazu, Europa auszusparen. Das gilt sowohl für Frankreich als auch für andere EU-Staaten. Eine sorgfältige Lektüre der deutschen Debatte der letzten Jahre würde zu keinem wesentlich anderen Ergebnis kommen. Nationale Regierungen räumen nur ungern ein, dass die Instrumente für wirksames politisches Handeln vornehmlich auf europäischer Ebene liegen: im Binnenmarkt, in der Wettbewerbspolitik, den Handelsabkommen und verbindlichen Normen. Der nationale Zentralstaat kann also nicht das »Alpha und Omega« der Franzosen sein, ebenso wenig wie die Subsidiarität als Kompass für Deutschland, den Exportweltmeister, taugt. Zumindest muss neben dem Staat, dem Bund und den Ländern – die niemand aufgeben will – ein neuer, demokratischer Raum gefunden werden, der den Herausforderungen entspricht, vor denen wir stehen.

Angesichts der zahlreichen deutsch-französischen, oft grundsätzlichen Differenzen in der Vergangenheit könnten die beiden Länder heute mehr denn je als Laboratorium für europäische Interdependenz und geteilte Souveränität herhalten. Bereits der Elysée-Vertrag von 1963 wies ihnen »die Aufgabe zu, dem vereinten Europa zu dienen«, das beide Völker anstreben. 2019 unterzeichneten beide in Aachen einen

neuen Vertrag, der Fortschritte bei und für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit enthält und Chancen eines engeren Austauschs zwischen Bundestag und Nationalversammlung etabliert. Die Präsidenten beider Parlamente, Wolfgang Schäuble und Richard Ferrand, haben sich bereits dafür eingesetzt, die neu geschaffenen gemeinsamen Gremien mit Leben zu füllen. Schließlich sieht der Vertrag einen »Wirtschaftsraum mit gemeinsamen Regeln« vor, insbesondere für das Wirtschaftsrecht, um dadurch Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit ihrer beiden Volkswirtschaften zu verbessern.

Haben die beiden Regierungen aus den unilateralen Maßnahmen Lehren gezogen, die sie während der Pandemie ergriffen? Sollten wir nicht künftig die Schließung der Grenzen und andere zwar natürliche, aber bedauerliche Reflexe ausschließen? Und uns stattdessen darum bemühen, dass Menschen aus dem Krankenhaus in Straßburg, das angesichts einer lebensbedrohlichen Pandemie überfordert ist, in die nahe gelegene Stadt Kehl gebracht werden können?

Ohne den Wert dieser Fortschritte und verschiedener von den Außenministerien angekündigter Projekte – wie der Eröffnung gemeinsamer Kulturinstitute oder Programmen zum verstärkten Personalaustausch – schmälern zu wollen, ist es doch offenbar, dass mehr geschehen muss. Wäre es nicht an der Zeit, die Botschaften in Paris und Berlin in Vertretungen zwar verschiedener, aber weniger formeller Natur umzuwandeln, um den Unterschied zwischen dem Innenverhältnis in der EU und dem Außenverhältnis zur übrigen Welt hervorzuheben? Ergibt eine gemeinsame europäische Vertretung beim IWF im Kampf für die ökologische Revolution, die die Mobilisierung globaler Ressourcen er-

fordert, heute nicht mehr Sinn denn je? Welche Lehren haben die beiden Regierungen aus den unilateralen Maßnahmen gezogen, die sie während der Pandemie ergriffen? Sollten wir nicht künftig die Schließung der Grenzen und andere zwar natürliche, aber bedauerliche Reflexe ausschließen? Und uns stattdessen darum bemühen, dass Menschen aus dem Krankenhaus in Straßburg, das angesichts einer lebensbedrohlichen Pandemie überfordert ist, in die nahe gelegene Stadt Kehl gebracht werden können? Es mangelt nicht an Wegen, die auch jungen Menschen neue Horizonte eröffnen würden.

Wem die heutige EU nicht demokratisch genug ist, der könnte sich für Änderungen im EU-Vertrag einsetzen. Deutschland könnte hier, dank seines Ansehens, die Messlatte zum Wohle aller europäischen Bürger höher legen. Der völlig legitime Kampf für mehr Demokratie kann sich nicht auf die Stärkung der Rechte des Bundestages beschränken, in dem die Bürger anderer Mitgliedstaaten nicht vertreten sind.

Das europäische Einigungswerk wird immer noch nicht als hinreichend demokratisch und bürgernah wahrgenommen. Aber als Eckpfeiler der Rechtsstaatlichkeit und der Fairness zwischen allen europäischen Bürgern dient der Vorrang des EU-Rechts vor nationalem Recht, der kürzlich vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angefochten wurde – zum Glück unter Missbilligung auch einiger deutscher Juristen und Politiker. Da Deutschland sich für die EU entschieden hat und die Vorteile des Binnenmarktes und des Euro voll ausschöpft, müssen sich die nationalen deutschen Institutionen (wie diejenigen anderer Staaten, darunter auch Frankreich) als Teil eines umfassende-

ren Rechtssystems verstehen und einbringen. Wem in Deutschland die heutige EU angesichts der bemerkenswerten Errungenschaften Deutschlands in der Nachkriegszeit nicht demokratisch genug ist, der könnte sich für Änderungen im EU-Vertrag einsetzen. Das ist gewiss ein heikler Prozess. Aber Deutschland könnte hier, dank seines Ansehens, die Messlatte zum Wohle aller europäischen Bürger höher legen. Der völlig legitime Kampf für mehr Demokratie kann sich nicht auf die Stärkung der Rechte des Bundestages beschränken, in dem die Bürger anderer Mitgliedstaaten nicht vertreten sind.[14]

Deutsche und Franzosen stehen in diesem Jahrhundert vor der Aufgabe, aus äußeren Herausforderungen die Kraft zu schöpfen, unser so einzigartiges europäisches Projekt in all seiner Dynamik und seinen Widersprüchen zu festigen. Kann Europa darauf verzichten, eines Tages ein Staat sein zu wollen – in einer Welt, in der, außer in Europa, alle Versuche gescheitert sind, eine Rechtsordnung jenseits der Nationalstaaten zu etablieren? Einer Welt, in der Mächte (starke Staaten) heranwachsen, die unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise verurteilen? Wo ein nicht-nachhaltiges Wirtschaftsmodell die Existenz des Planeten bedroht? Auch hier kann die Covid-19-Krise ein Anstoß sein. Kurzfristig stellt sie die zentrale Rolle der öffentlichen Hand in unseren beiden Ländern wieder her. Aber auf lange Sicht zwingt sie uns, die Frage nach der richtigen Ebene des öffentlichen Handelns zu beantworten.

Nationale Vergleiche sind von gestern

Die Analyse der Besonderheiten beider Länder wird dadurch erschwert, dass neben den tatsächlichen Unterschieden die Wahrnehmung dieser Unterschiede immer ins Gewicht fällt. Ein interessanter Artikel der Pariser Korrespondentin Michaela Wiegel in der *Frankfur-*

ter Allgemeinen Zeitung vom 13. Juni 2020 schildert eine in manchen französischen Kreisen vorherrschende Mentalität, die in Deutschland nicht immer bekannt ist und deshalb hier erwähnt wird.[15]

Unter Bezugnahme auf das wenig bekannte Werk von Claude Digeon aus dem Jahr 1963 *Die deutsche Krise des französischen Denkens 1870–1914* erinnert Wiegel daran, dass damals viele Franzosen regelrecht besessen von Deutschland waren; sie fühlten sich durch die deutsche Überlegenheit im militärischen, aber auch im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich tief gedemütigt. Diese Besessenheit ebnete schließlich den Weg in den Ersten Weltkrieg.

Es stimmt, der Vergleich mit Deutschland ruft auch heute in Paris gelegentlich ein Echo dieses Unterlegenheitsgefühls hervor. Die Gefahr der Entfremdung ist nach wie vor real und führt dann zu Ressentiments auf der einen und Arroganz auf der anderen Seite. Frei nach den Worten Romain Garys: »Patriotismus ist Liebe zu den Seinen, Nationalismus ist Hass auf die anderen.«[16] In seiner großen Rede vor dem SPD-Kongress im Dezember 2011 erinnerte Altkanzler Helmut Schmidt an die Angst unter den europäischen Partnern vor deutscher Dominanz, die die Stabilität des Kontinents und Deutschlands selbst untergrabe.

Um zu verhindern, dass wir uns wieder rückwärts entwickeln, gibt es eine Reihe von Gegenmaßnahmen. Erstens muss auf französischer Seite alles getan werden, um die Wirtschaftsleistung des Landes zu verbessern. Dies ist durchaus möglich. Zu Beginn dieses Jahrhunderts sorgten deutsche Politiker, Arbeitgeber und Gewerkschaften sich um die Zukunft des »Standorts Deutschland« und setzten sich für Reformen ein. Frankreich ist gewiss ein reformunwilligeres Land. Aber inzwischen tragen die Anstrengungen zur Verbesserung von Arbeitsmarkt, Berufsausbildung und Schulbildung Früchte, die von der Regierung Philippe, aber auch vor ihr unter Hollande unternommen wurden. Als

die Covid-19-Pandemie ausbrach, war die Arbeitslosigkeit in Frankreich deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig warnten viele Ökonomen in Deutschland, dass fortgesetzte Haushaltsdisziplin Investitionen in die Zukunft gefährden könnte. Die Länder Südeuropas, insbesondere Portugal und Griechenland, hatten sich wirtschaftlich eindrucksvoll erholt.

Und auch sonst gibt es guten Grund, vorschnelle Schussfolgerungen zu meiden. 2021 werden Frankreich und Deutschland nicht so dastehen wie nach dem Krieg von 1870. Denn beide sind durch zahlreiche bilaterale und multilaterale Institutionen (EU, Europarat, NATO) eingehegt, die einen festen Rahmen für Zusammenarbeit und Rechtssicherheit bieten. Kein Teil Frankreichs wurde kürzlich annektiert, es steht kein Entschädigungsantrag aus. Die europäischen Institutionen garantieren faire Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten und sind weder konturlos noch unerreichbar. Die Europäische Kommission wird von einer Deutschen und die EZB von einer Französin geleitet. Die alten Ängste sind im Zeitalter des iPhone ebenso überholt wie diejenigen gegenüber dem analogen Telefon, mit dem Marcel Proust damals zur eigenen Überraschung seine Großmutter aus der Normandie anrufen konnte.

Seit die EU besteht, sind Vergleiche zwischen dem wirtschaftlichen Gewicht unserer beiden Länder ein Widerspruch in sich. Denn das Kernprinzip des europäischen Projekts ist es gerade, die Rivalitäten und die aus ihnen folgenden Machtunterschiede durch Kooperation im Rahmen gemeinsamer Regeln abzulösen.

Seit die EU besteht, sind Vergleiche zwischen dem wirtschaftlichen Gewicht unserer beiden Länder ohnehin ein Widerspruch in sich. Denn das Kernprinzip des europäischen Projekts ist es gerade, die Rivalitäten

und die aus ihnen folgenden Machtunterschiede durch Kooperation im Rahmen gemeinsamer Gesetze abzulösen. Wohlstand, Sicherheit oder Einfluss sind kein Kuchen, bei dem der Anteil des einen umso größer wäre, je kleiner der des anderen ausfällt. Und die Geschichte hat uns gelehrt, wie die Rivalitäten der Staaten zwischen 1870 und 1945 zum kollektiven Selbstmord führten.

Seit der Schuman-Erklärung von 1950 haben jüngere Generationen in Europa trotz der Hochs und Tiefs bei der Integration in Frieden gelebt. Schließlich liegt der Wert des Teams Europa darin, dass jeder – wie in einer Familie – unterschiedliche Talente mitbringt und unterschiedliche Aufgaben wahrnimmt. Im Geist der Nachahmung, aber auch der Zusammenarbeit. Natürlich ist es wichtig, die Leistung jedes Einzelnen zu messen, wertzuschätzen und dafür zu sorgen, dass er seinen Verpflichtungen nachkommt. Aber Statistiken haben auch ihre Grenzen, insbesondere wenn es darum geht, gleichwertige Völker zusammenzubringen. Es kann kein einheitliches Entwicklungsmodell für eine EU mit 470 Millionen Einwohnern geben, die noch dazu über ein großes, vielfältiges Gebiet verteilt sind. Korsika kann nicht wie Baden-Württemberg zum industriellen Zentrum werden, Mecklenburg-Vorpommern ist kein Ballungsgebiet wie die Île-de-France. Auch kann nicht jedes Land ein Nettoexporteur sein.

Vor allem verachtet der buchhalterische Ansatz den gesunden Menschenverstand: Das Konzept des *juste retour* in Bezug auf den europäischen Haushalt – jedes Land soll zurückbekommen, was es einzahlt – zeichnet nur die ein- und ausgehenden Finanzströme auf, berücksichtigt aber nicht die in Geld nicht messbaren Vorteile, die mit dem europäischen Stabilitäts- und Rechtsrahmen verbunden sind. Die jüngste Entscheidung der Bundeskanzlerin, eine verstärkte deutsche Beteiligung am europäischen Haushalt zu akzeptieren, entspricht einer langfristigen Vision im nationalen Interesse Deutschlands.

Wenn wir uns wie zur Zeit unserer tödlichen Rivalitäten ständig miteinander vergleichen, um herauszufinden, wer der Stärkste ist, welchen Sinn hat dann Europa?

Die deutschen Steuerzahler oder jene Länder, die sich als »sparsam« präsentieren, sind bei Weitem nicht die einzigen, die in die EU einzahlen; Franzosen oder Italiener tragen ebenfalls erheblich zum EU-Haushalt oder zum europäischen Finanzstabilitätsmechanismus bei. Es handelt sich dabei keineswegs um einen nicht rückzahlbaren »Transfer«, sondern um eine kollektive Investition in die gemeinsame Stabilität. Statt den Begriff »Solidarität« zu überfrachten, wäre es besser, von »aufgeklärtem Egoismus« zu sprechen, wie es der ehemalige italienische Premierminister Mario Monti vorgeschlagen hat. Tatsächlich stärken die EU-Mittel die Kaufkraft und öffentlichen Aufträge von Nachbarn, die zugleich Kunden sind. Und wenn es um Transfer geht, wie bei dem Recovery-Plan von Juli 2020, geht ein Teil des Geldes in Form von neuen Marktzugängen an die beitragenden Länder zurück. Längst schon hätten wir die Veröffentlichung von rein nationalen Statistiken abschaffen müssen, die die Existenz des Binnenmarktes und des Euro ausblenden. Wenn wir uns wie zur Zeit unserer tödlichen Rivalitäten ständig miteinander vergleichen, um herauszufinden, wer der Stärkste ist, welchen Sinn hat dann Europa?

Im Jahr 2021 stehen die Rivalen nicht auf der einen und der anderen Seite des Rheins. Die größte Gefahr besteht darin, durch den Mangel an technologischer Wertschöpfung in Europa überholt zu werden oder durch Cyberangriffe ferner Mächte angefeindet zu werden. Noch dazu sind die schweren Folgen des Klimawandels ernst zu nehmen. Das heutige Meinungsklima und die bedauernswerte Abwesenheit Europas im öffentlichen Bewusstsein sollte beide Länder dazu

veranlassen, den Sprung zu wagen und nach neuen Methoden des Wissenstransfers zu suchen. Gegenseitiges Lernen könnte den Weg weisen. Sollten wir Partnerschaften zwischen nationalen und lokalen Verwaltungen fördern, um ganz konkrete Lösungen zu finden? Sollten wir europäische Behörden an den EU-Grenzen für die Sicherheit, den Zoll, für einen Notfallgesundheitsdienst schaffen? Jedenfalls ist es nicht der Europäische Rat, der alles im Detail von oben entscheiden kann. Einstimmigkeit schützt nicht. Und wenn bestimmte europäische Partner in ihren Ländern die Grundsätze europäischer Rechtsstaatlichkeit infrage stellen, während sie gleichzeitig Subventionen aus Brüssel einstecken, verlangt dies eine entschlossene Reaktion.

Es muss alles versucht werden – mit allen 27 beziehungsweise 19 Ländern und, wenn nötig, auch nur zu zweit –, angesichts der äußeren Bedrohungen keine weitere Zeit zu verlieren. Im Jahr 2020 ist die deutsch-französische Verantwortung für Europa intakt. Gewiss neigen Völker bei globalen Umbrüchen dazu, sich zurückzuziehen. Und sicherlich trennen uns manche nationalen Besonderheiten. Aber gerade, weil unsere Nationen komplementär sind, ist ihre Dialektik fruchtbar. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg war die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich im Dienste eines geeinten Europas so entscheidend; ihre Uneinigkeit hätte fatale Folgen.

Anmerkungen

1 Da das Thema sehr weit gefasst ist, erhebt dieser Artikel keinen wissenschaftlichen Anspruch. Es ist allenfalls eine subjektive und ganz persönliche Einladung zum Nachdenken. Da der Essay sich an ein deutsches Publikum richtet, wird der Fall Frankreichs etwas ausführlicher behandelt, wobei die beiden Länder, wo immer es sinnvoll ist, vergleichend gegenübergestellt werden. Er gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autorin wieder.

2 Robert Picht, Jacques Leenhardt: *Au jardin des malentendus. Le commerce franco-allemand des idées*. Paris 1998.

3 Jérôme Fourquet: *L'aarchipel français – naissance d'une nation multiple et divisée – ou allons nous?* Paris 2019.
4 Die tatsächliche Zahl der Menschen auf der Straße schwankt je nach Tagen und Zählquellen zwischen 32 000 und 280 000. Vgl.: William Audureau: »Le difficile comptage des rassemblements de ›gilets jaunes‹«, in: *Le Monde* vom 21. 1. 2019. URL https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2019/01/21/le-difficile-comptage-des-rassemblements-de-gilets-jaunes_5412352_4355770.html (31.8.2020).
5 Déclaration de politique générale de M. Jean Castex, Premier ministre, à l'Assemblée nationale, 15.6.2020. URL https://www.gouvernement.fr/partage/11654-declaration-de-politique-generale-de-m-jean-castex-premier-ministre-assemblee-nationale (31.8.2020).
6 Alexis de Tocquevilles: *Der alte Staat und die Revolution*. Warendorf 2012 [1856].
7 Ebd.
8 Vgl.: Observatoire de la laïcité. URL https://www.gouvernement.fr/observatoire-de-la-laicite (31.8.2020).
9 European Commission and HR/VP contribution to the European Council: »EU-China – A strategic outlook«, in: *JOIN* 5 (2019). URL https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf (31.8.2020).
10 François Godement: *Europe's Pushback on China*. Policy Paper. June 2020. URL https://www.institutmontaigne.org/ressources/pdfs/publications/europes-pushback-china-intention-policy-paper.pdf (31.8.2020).
11 Mathias Döpfner: »The coronavirus pandemic makes it clear: Europe must decide between the US and China«, in: *Business Insider France* vom 3.5.2020. URL https://www.businessinsider.fr/us/coronavirus-pandemic-crisis-clear-europe-must-choose-us-china-2020-5 (31.8.2020).
12 Jean-Baptiste Jeangène Vilmer, Alexandre Escorcia, Marine Guillaume, Janaina Herrera: *Les manipulations de l'information. Un défi pour nos démocraties. Un rapport du Centre d'analyse, de prévision et de stratégie (CAPS, ministère de l'Europe et des Affaires étrangères) et de l'Institut de recherche stratégique de l'École militaire (IRSEM, ministère des Armées)*. August 2018. URL https://www.defense.gouv.fr/content/download/541267/9279617/Les_manipulations_de_l_information.pdf (31.8.2020).
13 Matt Viser, Dino Grandoni: »Biden, in new climate plan, embraces more aggressive steps«, in: *The Washington Post* vom 15.6.2020. URL https://www.washingtonpost.com/politics/biden-set-to-offer-newly-ambitious-climate-goals/2020/07/14/39ced8b8-c578-11ea-b037-f9711f89ee46_story.html (31.8.2020).
14 Sylvie Goulard, Mario Monti: *De la démocratie en Europe*. Paris 2012.
15 Michaela Wiegel: »Frankreichs Deutschland-Komplex«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13.6.2020. URL https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/macron-in-der-krise-frankreichs-deutschland-komplex-16810501.html (31.8.2020).
16 Romain Gary: *Pour Sganarelle.* Paris 1965.

Die deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte

Trotz aller Mythen und Verdrehungen der Wiedervereinigung

Von Richard Schröder

Zweifellos war das Ost-West-Verhältnis in Deutschland zum 25. Jahrestag von Herbstrevolution und Vereinigung weitaus entspannter als zum 30. Ausgelöst wurden diese neuen Spannungen und Kontroversen durch die unterschiedlichen Reaktionen auf die verstärkte Zuwanderung aus außereuropäischen Ländern, die ihren Höhepunkt 2015/16 erreichte.

Während im Westen eine Willkommenskultur dominierte, unterstützt von fast allen Medien und allen damaligen Parteien im Bundestag, zeigte sich im Osten massiver Widerspruch gegen diese Zuwanderung. Es kam zum Widerstand gegen Einquartierungen von Einwanderern in Flüchtlingsheime und sogar zu Brandstiftungen an Unterkünften. Und vom 20. Oktober 2014 an demonstrierte montags in Dresden PEGIDA, »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Das war bewusst als Anknüpfung an die Leipziger Montagsdemonstrationen des Herbstes 1989 gedacht. Auch der Ruf »Wir sind das Volk« wurde von PEGIDA übernommen. All das sollte suggerieren, die ge-

genwärtigen Verhältnisse seien mit denen in der DDR vergleichbar. Auch im Westen kam es zu PEGIDA-Demonstrationen, jedoch mit viel geringerer Beteiligung und nur kurzzeitig. Aber auch im Osten waren zumeist mehr Gegendemonstranten als PEGIDA-Anhänger auf der Straße – außer in Dresden. Parallel zur Entstehung von PEGIDA und verwandten Bewegungen änderte die AfD ihr Profil von einer eurokritischen westdeutschen Akademikerpartei zu einer migrationskritischen, die auch offen völkische Positionen in ihren Reihen duldete, ja förderte, und auch für rechtsextreme Wähler offen sein wollte. Obwohl das neue Führungspersonal überwiegend aus dem Westen kam, erlangte die AfD im Osten die größeren Wahlerfolge.

Was bewegt diese ostdeutschen »Wutbürger«, wie sie gerne bezeichnet werden? Es sind zumeist westdeutsche Ostexperten, die meinen, psycho-ethnologische Expeditionen in die Abgründe der ostdeutschen Seele unternehmen zu müssen. Oft entdecken sie dabei Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit, die sie als unbewältigtes Erbe aus der Nazizeit deuten. Daran knüpfen sie die bange Frage, ob neuerdings in Deutschland die Demokratie vom Osten her gefährdet sei. Ostdeutsche empfinden solche Befürchtungen als kollektive Diskriminierung, und das nicht zu Unrecht, weil die entdeckten Gefahrenpotenziale den Ostdeutschen pauschal oder doch mehrheitlich und »bis in die Mitte der Gesellschaft« hinein unterstellt werden. Das verschärft die Polarisierung.

Die neueren Ost-West-Verwerfungen lassen sich als unterschiedliche Reaktionen auf das Migrationsproblem aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen mit Ausländern in Ost und West zur Zeit der Teilung erklären. Erklären heißt nicht entschuldigen. Für tätliche Angriffe oder gar Mord und Brandstiftung gibt es überhaupt keine Entschuldigungen.

Es war wohl jedoch zuerst die ehemalige sächsische Ministerin für Integration, Petra Köpping, die 2018 in einer viel beachteten Streit-

schrift mit dem Titel *Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten* (inzwischen in fünfter Auflage) eine ganz andere Erklärung für ostdeutsche Wut vorgetragen hat.

Der »gedemütigte Osten«?

Demnach hätten, so Köpping, ostdeutsche Vorbehalte gegen Ausländer und Ausländerfeindlichkeit nichts mit den Erfahrungen in der DDR zu tun, sondern entstammten den Demütigungen, die Ostdeutsche nach der deutschen Vereinigung erfahren hätten, und zwar vor allem durch die Treuhandanstalt, die im Auftrag der westdeutschen Industrie die ostdeutsche Konkurrenz rücksichtlos kaputt gemacht und so die Lebensleistungen Ostdeutscher vernichtet habe. Dadurch sei bei manchen Ostdeutschen das Bedürfnis entstanden, ebenfalls jemanden zu demütigen und das sei der Grund für ostdeutschen Ausländerhass.

Köpping forderte zum Zweck der Versöhnung zwischen Ost- und Westdeutschen die Einrichtung von sogenannten »Wahrheitskommissionen«, die das den Ostdeutschen geschehene Unrecht aufklären und so den Weg zu einer innerdeutschen Aussöhnung ebnen sollen. Am Anfang müsse es dabei »ein Geständnis der westdeutschen Politik und der Wirtschaft geben: Ja, im Osten haben westdeutsche Unternehmen sich in hohem Maße eine potentielle Konkurrenz vom Halse gehalten. Die ostdeutsche Nachfrage war wichtig, das ostdeutsche Angebot wurde beiseitegedrängt.« Was Köpping völlig außer Acht lässt, ist die zeitliche Faktenlage beziehungsweise die Überlappung der Ereignisse. Gegen ihre Behauptung, die Demütigungen der Ostdeutschen im Einigungsprozess seien die Ursache ihrer Ausländerfeindlichkeit, sprechen nämlich schon allein die Daten: Die ersten ausländerfeindlichen Exzesse ereigneten sich bereits im September 1991 in Hoyerswerda – also nur

ein Jahr, nachdem die Treuhand überhaupt erst ihre Arbeit aufgenommen hatte. Es folgten die Vorfälle in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Im Westen kam es in Mölln im November 1992 und Solingen im März 1993 zu Brandanschlägen mit Todesopfern.

Der ostdeutsche Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk hat 2019 in seinem Buch *Die Übernahme* ebenfalls eine Interpretation der »Nachwendezeit« vorgelegt, die – was den Materialreichtum betrifft – Köppings Streitschrift haushoch überlegen ist, aber am Ende doch auf nahezu dieselbe Pointe hinausläuft: Die westdeutsche Politik habe es von 1990 an ausdrücklich und absichtlich auf die Demütigung der Ostdeutschen abgesehen. »Herabwürdigung als Staatsraison«, nämlich der Ostdeutschen durch die Westdeutschen, schreibt er einmal. »Besonders ungerecht freilich empfanden die meisten Ostdeutschen, dass ihre ganz persönliche Lebensleistung über Nacht kaum noch etwas wert war.« Und weiter: »Der rigide Austausch der gesamten ostdeutschen Elite, der Funktionärs- und Dienstklasse, der Führungskräfte, nicht nur der obersten Spitzen, trug erheblich zur Demütigung eines Teils der Ostdeutschen bei.«

Die Linke und die AfD forderten Mitte 2019 in je einem Antrag die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses des Bundestages zur Treuhandanstalt. Beide Anträge beginnen mit sehr ähnlichen Tatsachenbehauptungen. Die Linke erklärt in ihrem Antrag, die Treuhandanstalt habe »die weitgehende Zerstörung von Industrie und Wirtschaft in Ostdeutschland bis hin zu einem gesellschaftlichen Werteverlust bewirkt und völlige Desillusionierung geschaffen, etwa aufgrund des wirkungslosen Protestes Betroffener gegen Unternehmensstillegungen. Dies verhindert bis heute eine wirkliche soziale und ökonomische Einheit.« Die AfD erläutert: »Die Umsetzung der Leitlinien der Treuhandanstalt führte zur Zerstörung zum Teil hochprofitabler Unternehmen, zum Kahlschlag der Infrastruktur und zum Verlust eines großen

Teils der landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsmöglichkeiten. Von diesen strukturellen Verwerfungen hat sich Ostdeutschland bis heute nicht erholt.« Die Anträge wurden vor dem Hintergrund anstehender Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern gestellt. Beide Parteien rechneten damit, mit diesen Vorstößen bei den ostdeutschen Wählern zu punkten. Zwar haben die klimapolitische Bewegung *Fridays for Future* und das Coronavirus das Thema vollständig aus den Medien herausgefegt, aber keineswegs erledigt oder geklärt. Es kann jederzeit zurückkehren und erneut verwirren. Vielleicht wird es zur Zeit der Erscheinung dieses Buches im Herbst 2020 bereits zu neuem Leben entfacht sein.

Aus dieser Sichtweise ist es ein großes Verdienst, dass der deutsche Buchmarkt auch andere Lektüre bereithält, die sämtliche Mythen und Legenden, die ich im Folgenden darlege und mit Fakten widerlege, ausführlich erläutert. Das neueste Buch von Norbert Pötzl ist ebenfalls 2019 erschienen und ist die erste Publikation, die auf Einsicht der Treuhandakten beruht, die derzeit nach und nach ins Bundesarchiv übernommen werden. Mit viel Empathie für Einzelbiografien räumt der ehemalige *SPIEGEL*-Journalist mit den Demütigungsvorwürfen auf.

Im Herbst 1989 ging es um Ost-Ost-Auseinandersetzungen. Die Demonstranten forderten Reisefreiheit, freie Wahlen, »Stasi in die Produktion«, »Deutschland einig Vaterland«. Alle jene Forderungen sind erfüllt worden. Das neue Narrativ kennt nur noch Ost-West-Auseinandersetzungen. So wird die Herbstrevolution faktisch widerrufen.

Opfermythos Ost? Die Realität war anders

Die Publikationen von Köpping und Kowalczuk jedenfalls – und das bemerkt auch Pötzl – sind wohl keine Zufälle, sondern eher Indikatoren einer neuen Interpretation der Geschichte des wiedervereinten Deutschlands, nämlich als »Opfermythos Ost«.

Im Herbst 1989 ging es um Ost-Ost-Auseinandersetzungen. Die Demonstranten forderten Reisefreiheit, freie Wahlen, »Stasi in die Produktion«, »Deutschland einig Vaterland«. Alle jene Forderungen sind erfüllt worden. Das neue Narrativ kennt dagegen nur noch Ost-West-Auseinandersetzungen. So wird die Herbstrevolution faktisch widerrufen. Während im Herbst 1989 die von der SED behauptete Einheit von Volk und Partei bestritten und die Streichung der führenden Rolle der SED aus der Verfassung gefordert wurde, werden nun »die Ostdeutschen«, egal auf welcher Seite sie 1989 standen, erneut »vereinigt« – als vom Westen Erniedrigte und Betrogene. Sollte sich diese Sicht durchsetzen, wäre das ein später und ironischer Sieg der SED. Offensichtlich sind nicht wenige westliche Meinungsmacher bereit, dem neuen Narrativ zu folgen. Man ist gern Ankläger – das adelt moralisch – und das macht sehr schnell leichtgläubig im Schlechten.

Der Paradigmenwechsel, um den es hier geht, lässt sich auch so beschreiben: Die deutsche Einheit scheint kein gemeinsames Projekt von Ost und West zum Aufbau einer funktionierenden gesamtdeutschen Demokratie, Rechtstaatlichkeit und sozialen Marktwirtschaft mehr zu sein, sondern ein einseitiger Akt des Kolonialismus des mächtigen Westens – eben, wie Kowalczuks Buchtitel es nennt: eine Übernahme.

Wie wirkt sich das neue Narrativ vom ostdeutschen Opferstatus auf die Stimmung im Osten aus? Offenbar so gut wie gar nicht. Es gibt diesbezüglich viele Befragungen – etwa die jährliche des Sozioökonomischen Panels (SOEP) – mit annähernd gleichen Ergebnissen: 2014 wird die persönliche Lebenszufriedenheit auf einer Skala von null bis

zehn durchschnittlich mit 7,35 im Osten und im Westen mit 7,6 bewertet. Laut einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) von 2014 ist die deutsche Vereinigung für 67 Prozent der Westdeutschen und 72 Prozent der Ostdeutschen eher Anlass zur Freude als zur Sorge. 85 Prozent der Ostdeutschen und 90 Prozent der Westdeutschen halten die Demokratie für eine gute Regierungsform, wie eine Bertelsmann-Studie 2019 ergab. Übrigens: In den ersten zehn Jahren der deutschen Vereinigung ist die Suizidrate in Ostdeutschland um 72 Prozent auf das westdeutsche Niveau gesunken und die Lebenserwartung der 65-Jährigen um drei Jahre gestiegen.

Und wie steht es mit dem nationalen Zusammenhalt? Das klärt ein europäischer Vergleich. Nachdem die Tschechen und Slowaken ihre Freiheit erlangt hatten, haben sie sich getrennt. Nach blutigen Kämpfen im Baltikum haben sich auch die Länder der Sowjetunion friedlich getrennt. In Jugoslawien führte die Trennung zu einem brutalen Bürgerkrieg. Nur die Deutschen haben sich vereinigt und niemand stellt das infrage, obwohl diese Vereinigung über den tiefen Graben des Kalten Krieges hinweg erfolgte. Separatistische Tendenzen gibt es in Spanien, Italien, Frankreich, Belgien und Großbritannien, bloß nicht in Deutschland. Es gibt keine Partei, die die Wiederherstellung der Zweistaatlichkeit fordert. Mir ist bisher kein einziger separatistischer Zeitungsartikel begegnet.

Trotzdem ist der neue Opfermythos nicht ungefährlich, weil er Zwietracht sät, und dies mit erfundenen oder zumindest entstellten Tatsachenbehauptungen.

Seit 1990 bin ich ungezählte Male nach dem Stand der deutschen Einheit befragt worden. Die zweite, wenn nicht gar erste Frage lautete: Was ist falsch gemacht worden? Und nicht: Sind grobe Fehler gemacht worden? Die werden stillschweigend vorausgesetzt. Denn es ist im Zuge der Einigung zweifellos für viele Ostdeutsche zu schmerzlichen Über-

raschungen (»So habe ich mir die Einheit nicht vorgestellt!«) und zu biografischen Brüchen gekommen, und wenn so etwas passiert, muss ein Fehler vorliegen. Voraussetzung ist immer: Die richtige Politik kann alles Unangenehme vermeiden. Eine verchromte, realitätsferne Annahme, die alles Tragische des Lebens ausblendet.

Abrechnung mit Erinnerungslücken

Bei jeder Revolution kommt es unvermeidlich zu biografischen Brüchen, und zwar zum Teil zu Recht. Die bisherigen Machthaber müssen abtreten. Wenn ein Stasioffizier oder Dozent für Marxismus-Leninismus 1990 arbeitslos wurde, hält sich mein Bedauern in Grenzen. Sie sind zudem oft auf die Füße gefallen. Aber 1990 und danach wurden viele arbeitslos, die weder Stützen noch Nutznießer der Diktatur waren. Von denen haben manche sofort einen Neustart hingelegt, oft erfolgreich, aber andere, zumal Ältere, haben den Neustart nicht geschafft und verstanden sich zum Teil als unverschuldete Verlierer der Revolution, die sie ursprünglich begrüßt hatten. Nichts davon darf geleugnet werden.

Aber beruhten solche Schicksale tatsächlich auf (bewusst begangenen) Fehlern? Den führenden Wirtschaftsfunktionären der DDR war ohnehin klar, dass dringend überflüssige Arbeitsplätze in der DDR-Wirtschaft, namentlich ihrer Verwaltung, abgebaut werden müssen, um den Rückstand gegenüber der Bundesrepublik bei der Arbeitsproduktivität zu reduzieren, wie aus dem sogenannten Schürer-Gutachten vom 30. Oktober 1989 hervorgeht. Arbeitslosigkeit hätte es also auch ohne die deutsche Vereinigung gegeben, wie übrigens in allen ehemals sozialistischen Ländern.

Für die deutsche Einheit gab es keinen Duden. Vom Kapitalismus zum Sozialismus, dafür gab es ganze Bibliotheken, für den umgekehrten Weg aber so gut wie nichts. Da war *learning by doing* angesagt, und dies bei einer gehörigen Portion von unvermeidbarem Nichtwissen.

Was ein Rechtschreibfehler ist, lässt sich leicht feststellen. Es gibt ja den Duden, in dem steht, wie ein Wort richtig geschrieben wird. Für die deutsche Einheit gab es keinen Duden. Vom Kapitalismus zum Sozialismus, dafür gab es ganze Bibliotheken, für den umgekehrten Weg aber so gut wie nichts. Da war *learning by doing* angesagt, und dies bei einer gehörigen Portion von unvermeidbarem Nichtwissen. In jeder einzigartigen Situation können wir nicht »wie üblich« oder aufgrund bewährter Erfahrungen handeln. Wir müssen Risiken eingehen, weil wir vieles nicht wissen und manches gar nicht wissen können, etwa, wie die anderen Akteure reagieren werden.

Jeder Beipackzettel eines Medikaments warnt vor Nebenwirkungen, die nur zum Teil vermeidbar sind. Der Haarausfall bei der Chemotherapie gilt nicht als Fehler des Medikaments, sondern als das kleinere Übel, das in Kauf genommen wird. Darüber streitet niemand. Aber in der Politik – in der Menschen, mit all ihren Unzulänglichkeiten, die Akteure sind – wird stillschweigend vorausgesetzt: Die Politiker hätten alles vorhersehen können und wenn etwas anders ausgeht als erwartet, haben sie etwas falsch gemacht – oder gar finstere Absichten verfolgt. Genau hier setzen Verschwörungstheorien an.

Mit jeder Entscheidung fallen einige Optionen unter den Tisch, nämlich die verworfenen. »Wer A sagt, muss auch B sagen«, oder nach Goethe: »Im ersten sind wir frei, im zweiten sind wir Knechte«, nämlich unserer vorigen Entscheidungen. Wer heiratet, ist danach verheiratet, verwitwet oder geschieden, aber nie wieder ledig.

»Bei der nächsten Vereinigung machen wir alles besser«, pflegte Hans-Jochen Vogel einigermaßen ironisch zu sagen. Denn die beliebten Fehlerdiskussionen haben nur sehr begrenzten Nutzen. Immerhin bringt die genauere Erinnerung an die damaligen Umstände die Einsicht, dass damals keineswegs der Himmel offenstand und es, wie Thomas Fricke im *SPIEGEL* 2019 behauptete, womöglich »hundert andere Varianten« gegeben habe, es besser zu machen. Wichtiger noch ist hier die Frage: Beruhten die Unannehmlichkeiten, Härten und Enttäuschungen des Vereinigungsprozesses auf Schicksal, also unabänderlichen Vorgaben, auf Irrtümern und Fehlern oder auf böser Absicht? Für das deutsch-deutsche Klima macht das den entscheidenden Unterschied. Köpping und Kowalczuk unterstellen dem Westen ganz klar die böse Absicht.

Erinnern wir uns aber zunächst noch einmal an die Details. Mit dem Mauerfall bekamen die Deutschen die deutsche Einheit unerwartet als Sonderangebot, aber mit einigen abträglichen Sonderbedingungen, die man sich nach Lehrbuch nicht ausgesucht hätte, nämlich: sofort, unvorbereitet und unaufhebbar verwoben mit dem Ausstieg der DDR aus Diktatur und Planwirtschaft, der postrevolutionären Transformation. Und außerdem war das Sonderangebot auf unbestimmte Weise zeitlich befristet: nämlich nur so lange sich Michail Gorbatschow an der Macht hielt. Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse hat Mitte 1990 signalisiert, wir sollten uns mit der Einheit beeilen. Die Alternative hieß also: schnell oder womöglich gar nicht. Und »schnell« forderte seinen Preis.

Fehler Währungsunion?

Eine weitere Frage, die mir oft gestellt wurde, lautet: Wie konntet ihr in die Währungsunion einwilligen, wenn sie doch erkennbar viele DDR-Betriebe in größte Schwierigkeiten stürzen musste? Meine Antwort damals wie heute: Lieber mit ruinierter Wirtschaft in die deutsche Einheit gehen, als mit ruinierter Wirtschaft allein dastehen. Denn Gorbatschow hatte erklärt, die Sowjetunion könne der DDR aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht heraushelfen, sie habe selbst allergrößte Devisenprobleme. Es stimmt zwar, dass mit der Währungsunion der Westexport zusammenbrach und der Ostexport einbrach. Aber ohne Währungsunion wären fast dieselben Probleme, nur ein halbes Jahr später, entstanden, denn bereits Anfang 1990 hatte der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder COMECON) beschlossen, den Transferrubel ab dem 1. Januar 1991 abzuschaffen und den Handel im RGW auf Devisen umzustellen. Die Ungarn hatten danach zu entscheiden, ob sie für Devisen einen Trabant oder einen japanischen Kleinwagen erwerben wollten. Durch Kaufverweigerung wurde das Trabantwerk also in den Ruin getrieben und durch nichts sonst.

Drei weitere Faktoren haben den Weg zur deutschen Einheit samt Währungsunion präformiert. Die bundesdeutsche Rechtsordnung sah nur eine deutsche Staatsbürgerschaft vor. Alle DDR-Bürger, die bundesdeutsches Gebiet betraten, genossen ohne Visum sofort Niederlassungsfreiheit und alle bundesdeutschen Sozialleistungen. Sie konnten nicht zurückgewiesen werden. Deshalb ist die Losung der Montagsdemonstration vom 12. Februar 1990: »Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr« in Bonn zutreffend als Drohung verstanden worden. Oskar Lafontaine erklärte, es gehe nicht an, dass immer mehr Ostdeutsche in die westlichen Sozialsysteme einwandern. Das schaffe im Westen böses Blut und stärke die Republikaner. Damals haben 80 Prozent der Westdeutschen den massiven Flüchtlingsstrom

aus dem Osten sehr kritisch gesehen. Die Willkommensstimmung war gekippt.

Die Sozialhilfe betrug 1989/90 im Westen ungefähr 700 D-Mark. Bei einem Kurs von 1:7 (in Wahrheit lag er am 10. November 1989 bei 1:12 und ging sogar noch tiefer) hatten also Ostdeutsche die Wahl, als West-Arbeitslose mit Scheinadresse 700 DM in 4900 Ostmark umzurubeln oder zum Durchschnittslohn für 1100 Ostmark jeden Morgen auf der Arbeitsstelle zu erscheinen. Das wäre ein harter Test auf ostdeutsches Pflichtbewusstsein geworden und nicht lange durchzuhalten gewesen. Ohne Währungsunion wäre es in der DDR zur Ostmark-Inflation gekommen mit der D-Mark als heimlicher Leitwährung – für Rentner, den öffentlichen Dienst und die Sparguthaben eine Katastrophe, für Schwarzhändler ein Eldorado und für Westdeutsche ein Billigland ohnegleichen vor der Haustür: tanken für Pfennige pro Liter, worauf natürlich bald der DDR das Benzin ausgegangen wäre.

Manche behaupten außerdem, der Umtauschkurs 1:1 bei Einkommen und 1:2 bei Guthaben und Schulden sei falsch gewesen und hätte die DDR-Wirtschaft ruiniert. Für den richtigen Umtauschkurs konnte man entweder die Verkäuflichkeit ostdeutscher Waren oder die Auskömmlichkeit ostdeutscher Einkommen zum Maßstab nehmen – mit entgegengesetzten Ergebnissen. Das Durchschnittseinkommen Ost lag, 1:1 gerechnet, bei 30 Prozent West, bei Facharbeitern bei 48 Prozent West. Selbst bei einem Umtauschkurs 1:2 wäre das ostdeutsche Durchschnittseinkommen unter Sozialhilfeniveau gefallen und das Weglaufen erst richtig losgegangen.

Zurück zum Jahresanfang 1990. Nachdem Ministerpräsident Hans Modrow von der SED bei einem Treffen in Davos Helmut Kohl am 2. Februar 1990 erklärt hatte, es sei möglich, dass die DM die einzige Währung der DDR werde, bot die Bundesregierung Modrow bei seinem Bonn-Besuch am 13. Februar die baldige Währungsunion an. Zur

Vorbereitung wurde eine gemeinsame Expertengruppe eingesetzt. Mit der Ankündigung der Währungsunion sank die Zahl der Übersiedler von Ost nach West massiv.

Durch die unvorbereitete Maueröffnung für Personen, Geld und Waren waren alle Optionen für einen langsamen Weg zur Währungs- und Wirtschaftsunion hinfällig. Niemand wollte nach dem Fall der Mauer eine innerdeutsche Zollgrenze errichten.

Hätte man die Öffnung der Mauer umsichtig geplant, wäre zunächst nur der freie Verkehr für Personen eröffnet worden, nicht aber für Waren und Geld. Danach hätten Wirtschaftsreformen in der DDR stattfinden müssen, um die Unternehmen fit zu machen für den Weltmarkt. Und man hätte die Konvertibilität der Ostmark vorbereiten müssen. Solche Szenarien rechneten mit fünf Jahren Vorbereitung für eine Währungsunion. Für eine Übergangszeit hätten Ostwaren vor den attraktiveren Westwaren durch Zölle geschützt werden können, wie das unsere östlichen Nachbarn getan haben. Durch die unvorbereitete Maueröffnung für Personen, Geld und Waren aber waren alle Optionen für einen langsamen Weg zur Währungs- und Wirtschaftsunion hinfällig. Niemand wollte nach dem Fall der Mauer eine innerdeutsche Zollgrenze errichten.

Es wäre ja auch die Spitze der Absurdität gewesen, zum Schutz der Ostwaren und der Ostmark (einer reinen Binnenwährung, die nur bei Umtausch- und Exportverbot funktionieren konnte) die gefallene Mauer als Zollmauer wieder zu errichten, die Zahl der Übergänge zu reduzieren und wieder Grenzkontrollen einzuführen. Es war ganz richtig, dass das kaum jemand wollte. Aber diese Art von Grenzöffnung hatte unvermeidlich sehr abträgliche Konsequenzen für die DDR-Wirt-

schaft. Den meisten Ostdeutschen ist wohl nicht bewusst, dass ihre Forderung »die D-Mark sofort und 1:1« sehr viele ostdeutsche Arbeitsplätze kosten musste – völlig unabhängig von der Frage, ob die Treuhand ihre Arbeit gut oder schlecht gemacht hat. Aber Ostwaren produzieren und Westwaren konsumieren, das konnte auf Dauer nicht funktionieren.

Darüber hinaus war die deutsche Vereinigung unaufhebbar asymmetrisch. Ein Fünftel kam zu vier Fünfteln, ein postrevolutionärer Staat in Auflösung kam zu einem stabilen und wohlgeordneten. Ein verschuldeter Staat kam zu einem finanziell gefestigten. Und weil alles schnell gehen musste, gab es keine Zeit für eine breite gesamtdeutsche Diskussion über eine neue Verfassung – die übrigens keinem einzigen Ostdeutschen den Arbeitsplatzverlust hätte versüßen können. Für Verfassungsfragen interessierte sich in der DDR 1990 nur eine intellektuelle Minderheit. Die weit überwiegende Mehrheit hatte dafür gar nicht den Kopf frei, weil sie in der ersten Jahreshälfte von der Eigentumsfrage, dem Wechselkurs und der Zukunft ihrer Sparguthaben sowie Stasienthüllungen umgetrieben wurde, danach von der Sorge um ihren Arbeitsplatz.

Erbetene, ungeliebte Aufbauhelfer

Der DDR-Wirtschaft fehlten vor allem Kapital und Know-how für weltmarktfähige Produkte. Immer lauter wurde 1990 der Ruf nach westdeutschen Investoren. Und für den Neuaufbau von Justiz und Verwaltung waren westdeutsche Aufbauhelfer willkommen, um die Zeit des »wilden Ostens« zu reduzieren. Doch die damals Herbeigewünschten gelten inzwischen manchen Ostdeutschen als fremde Herren.

»Wer beherrscht den Osten?« Unter dieser Frage hat der Mitteldeutsche Rundfunk 2015 bei der Leipziger Universität eine Studie in Auftrag gegeben, die erheben sollte, wie Ostdeutsche in den ostdeutschen und

den gesamtdeutschen Eliten vertreten sind. »Nur 23 Prozent beträgt der Anteil Ostdeutscher innerhalb der Führungskräfte in den neuen Bundesländern – bei 87 Prozent Bevölkerungsanteil«, heißt es in den Ergebnissen, und weiter: »Nur 1,7 Prozent der betrachteten Spitzenpositionen auf Bundesebene sind von Ostdeutschen besetzt – bei einem Bevölkerungsanteil von bundesweit 17 Prozent.« Die Studie ist methodisch nicht zu beanstanden. Die Kategorien Führungskräfte und Spitzenpositionen sind allerdings sehr eng gefasst. In der Politik zum Beispiel wurden lediglich Regierungsmitglieder (in den östlichen Landesregierungen waren im Jahr 2004 75 Prozent Ostdeutsche und 2016 70 Prozent vertreten) und Staatssekretäre (2004 lag der Anteil der Ostdeutschen bei 26 Prozent und 2016 bei 46 Prozent) erfasst. Innerhalb der Justiz wurden exklusiv die Richter der obersten Gerichte berücksichtigt, beim Militär nur die Admirale und Generale (2004 gab es keinen ostdeutschen Admiral oder General, 2015 zwei, was einem Prozent entspricht).

Gerade auf den Feldern von Militär, Justiz und Medienbetrieb musste der postrevolutionäre Elitenwechsel besonders drastisch ausfallen. NVA-Generäle durften nicht und wollten nicht in die Armee des »Klassenfeindes« übernommen werden. Bei den Medien sind die Geschäftsführer 2016 überwiegend Westdeutsche. Sie sind jedoch für den wirtschaftlichen Erfolg der Konzerne zuständig, nicht aber für die Ausrichtung der Berichterstattung von Bedeutung. Und da gab es nach 1990 ein Problem, das durch die Fragestellung dieser Studie gar nicht erfasst wurde: Ostdeutsche Journalisten schrieben weiter in den von westdeutschen Verlagen übernommenen ehemaligen SED-Bezirkszeitungen und ließen oft allzu deutlich ihre Sympathien mit der DDR und nun der PDS erkennen. Mehrfach gab es nach 1990 spektakuläre Enthüllungen über Stasiverwicklungen ostdeutscher Journalisten. Hauptsache Ostdeutscher? So macht man sich die Sachlage in einer postrevolutionären Situation allzu einfach.

Hinzu kommt ein weiteres Problem der Studie, das schon in ihrem Titel deutlich wird: »Wer beherrscht den Osten?« Diese Vokabel weckt Assoziationen mit Unterdrückung und Fremdbestimmung und setzt einen gemeinsamen »Willen« der Herrschenden gegen die »unterdrückten« Beherrschten voraus. Davon kann hier gar keine Rede sein. Man gehörte verschiedenen Parteien an, ja. Aber man war kein Statthalter eines fernen Herrn, sondern der ostdeutschen Landesregierung oder dem Landesparlament unterstellt oder unterstützte die Interessen einer Universität. Einige mögen im Osten eine Karriere gemacht haben, die ihnen im Westen nicht möglich war. Aber konnte der Osten denn wirklich den Anspruch begründen, dass für ihn nur westdeutsche Spitzenkräfte gerade gut genug sind? Und: In Monarchien und Diktaturen ist entscheidend, wer herrscht. In einem demokratischen Rechtsstaat herrscht aber nicht jemand, sondern etwas, nämlich Recht und Gesetz. Entscheidend ist dann, ob Amtspersonen Recht und Gesetz korrekt anwenden. Woher sie stammen, ist irrelevant.

Die Fangfrage: »Wer beherrscht den Osten?« setzt voraus, dass es da zwei Völker gab, von denen eines das andere beherrschte. Aber das Volk der Ostdeutschen erstand erst nach der deutschen Wiedervereinigung.

Die Fangfrage: »Wer beherrscht den Osten?« setzt voraus, dass es da zwei Völker gab, von denen eines das andere beherrschte. Aber das Volk der Ostdeutschen erstand erst nach der deutschen Wiedervereinigung. Zuvor hatten sich die einen Ostdeutschen als Deutsche im geteilten Deutschland verstanden; diese Haltung hielt an der deutsch-deutschen Zusammengehörigkeit fest und war deshalb durchaus aufsässig oder gar subversiv gegenüber der SED. Die anderen Ostdeutschen verstanden

sich im Sinne der SED als sozialistische Internationalisten und teilten Erich Honeckers Theorie von einer kapitalistischen und einer sozialistischen Nation auf deutschem (!) Boden, die sich unversöhnlich gegenüberstanden. Die Einheit von Volk und Partei, die die SED so gern beschwor, zerbrach zudem für alle sichtbar in der Herbstrevolution.

Wie sind denn Westdeutsche auf die Chefsessel gelangt? Ein beachtlicher Teil ist gewählt worden – von Ostdeutschen, nämlich Ministerpräsidenten, Richtern oberster Landesgerichte, Bischöfen, und zwar deshalb, weil Ostdeutsche sie für die besseren Kandidaten hielten.

Schließlich muss gefragt werden: Wie sind denn Westdeutsche auf die Chefsessel gelangt? Ein beachtlicher Teil ist gewählt worden – von Ostdeutschen, nämlich Ministerpräsidenten, Richtern oberster Landesgerichte und Bischöfen, und zwar deshalb, weil Ostdeutsche sie für die besseren Kandidaten hielten. Wer in freier Wahl seinen Repräsentanten bestimmt, kann nicht geltend machen, er sei unterrepräsentiert. Auch bei der Wahl Westdeutscher zu ostdeutschen Universitätsrektoren dürfte die Mehrheit der Wahlberechtigten ostdeutscher Herkunft gewesen sein. Es stimmt, dass sehr viele Professoren im Osten Westdeutsche sind. Das hat aber in beachtlichem Umfang mit dem postrevolutionären Elitenwechsel zu tun und lag im Interesse der Studierenden, namentlich in den ideologiebelasteten Fächern Philosophie, Ökonomie, Jura, Geschichte und Germanistik. Mit einem Examen in sozialistischer Ökonomie waren die Berufsaussichten nach 1990 düster. Überhaupt ist zu konstatieren, dass die Ostdeutschen nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung stellen. Es wird deshalb für interessante Posten immer mehr westdeutsche als ostdeutsche Bewerber geben. Das liegt daran,

dass die Bundesrepublik aus drei, die DDR aber aus nur einer Besatzungszone hervorgegangen ist – Schicksal also.

Dass Ostdeutsche in den höchsten Positionen angemessen vertreten sind, ist zweifelsohne wünschenswert. Aber: »Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt«, heißt es in Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes. Damit sind Benachteiligungen – aber auch Bevorzugungen – aufgrund der Herkunft schlicht verboten. Ein Skandal läge vor, wenn Ostdeutsche zugunsten von Westdeutschen übergangen wurden. Dagegen könnten sie vor Gericht ziehen. Die entscheidende Frage ist also die: Werden Ostdeutsche in ihrer Karriere tatsächlich behindert oder haben sie ein geringeres Interesse an einer Karriere? Aus der DDR jedenfalls brachten sie eine gewisse Karrierescheu mit. Die Leipziger Studie nennt als möglichen Grund die Abwanderung von Fachkräften in den Westen: »Damit ist dem Osten Deutschlands erhebliches Potenzial für nachfolgende Elitepositionen verloren gegangen.« Es konnte nicht folgenlos bleiben, wenn seit 1945 und auch nach 1990 die Agilsten gegangen sind.

Zumal man 1990 im Osten nach westdeutschen Investoren rief. Gesucht wurden Unternehmer, die sich in der Marktwirtschaft bewährt hatten sowie Kapital und Know-how mitbrachten, denn all dies fehlte in der DDR. Zur Einladung wurden riesige Gewerbegebiete eingerichtet, oft zu groß, weil weniger kamen als erhofft. Heute aber beklagt der eingangs erwähnte Kowalczuk »ortsfremde Investoren«. Man fragt sich: Ist es nicht gleichgültig, wem ein Unternehmen gehört, wenn es vor Ort Arbeitsplätze schafft? Die Waggonbauer in Görlitz haben noch nie deshalb gestreikt, weil das Werk zum Siemens-Konzern gehört, sondern als die Schließung drohte. Bei Siemens sind übrigens nur 31 Prozent der Aktien überhaupt in (west)deutscher Hand, 69 Prozent gehören »Ortsfremden«, sprich: Ausländern. Das stört aber offenbar niemanden.

Feindbild Treuhandanstalt

Nun zur Treuhandanstalt. Die »Treuhandpolitik führte letztlich dazu, dass 85 Prozent der von der Treuhand verwalteten Betriebe an westdeutsche Eigentümer gingen«, behauptet Köpping in ihrem Buch. Demnach hätten Westdeutsche, so die Insinuation, Ostdeutschland ausgeplündert und die Ostdeutschen leer ausgehen lassen. Es wäre furchtbar, wenn es tatsächlich so gewesen wäre. Aber es ist auch furchtbar, wenn es nicht so war, aber die Mehrheit mit Köpping fälschlich darin übereinstimmt, dass es so gewesen sei.

In Wahrheit haben Ostdeutsche die Hälfte aller Betriebe erworben, aber nur sieben Prozent des Kapitals. Und das erklärt sich wie folgt: Die größten DDR-Unternehmen sind nicht an natürliche Personen (Westdeutsche) verkauft worden, sondern an (in- und ausländische) Kapitalgesellschaften oder Konzerne wie Siemens, Bombardier oder BASF. Im Osten gab es keine Konzerne, die als Käufer hätten auftreten können, denn die Kombinate wurden schließlich verkauft. Wie hoch der Anteil von Kapitalgesellschaften am Erwerb von Treuhandunternehmen war, ist wohl nicht erhoben worden.

Im Zug der sogenannten »kleinen Privatisierung« von Einzelhandelsgeschäften, Apotheken, Gaststätten, Hotels sind 22 340 Einheiten an Ostdeutsche gegangen, meist an die bisherigen Leiter der Einrichtungen. In diesen Fällen war der Kaufpreis für Ostdeutsche erschwinglich und wurde auch kreditfinanziert. Kein Ostdeutscher war jedoch finanziell in der Lage, einen Großbetrieb zu erwerben. Dies war letztlich Ergebnis einer »Reichtumsvermeidungspolitik«, die zu den erklärten Zielen des DDR-Regimes gehörte. Und sie wirkte: Es fehlte am Schluss massiv an Kapital.

Bei der »großen Privatisierung« von 11 000 Unternehmen, von der meist exklusiv die Rede ist, sind etwa 25 Prozent durch Management-Buy-outs (MBOs) beziehungsweise Management-Buy-ins (MBIs)

privatisiert worden (etwa 2700 Unternehmen). Dabei hat oft ein ostdeutscher Geschäftsführer oder Betriebsleiter (s)ein Unternehmen übernommen (so wie im prominenten Fall der Sektkellerei Rotkäppchen). Die exakte Anzahl der ostdeutschen Management-Buy-outs ist wohl nicht bekannt.

Unter Honecker wurden 1972 die bis dahin verbliebenen, privaten und halbstaatlichen, Unternehmen enteignet, insgesamt 11 400. Noch unter Modrow wurden diese Enteignungen rückgängig gemacht (die »Reprivatisierung«, nach dem Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung«, das sogenannte Modrow-Unternehmensgesetz). Allerdings sind nur etwa 3000 Unternehmen tatsächlich reprivatisiert worden. In den anderen Fällen haben entweder die ostdeutschen Alteigentümer auf die Rücknahme verzichtet, oder die Betriebe existierten inzwischen nicht mehr. Bei diesen Reprivatisierungen sind exklusiv Ostdeutsche zum Zug gekommen. Allerdings sind diese nicht alle wirtschaftlich erfolgreich ausgegangen. 25 Prozent hatten bis 1997 aufgegeben, von den 2700 verbleibenden Betrieben galten 1997 nur 500 als hoffnungsvoll. Der Vorgang zeigt plastisch, dass die Übergabe von Unternehmen an Ostdeutsche als solche keine Erfolge garantierte.

Die Vorstellung, die DDR-Wirtschaft hätte auch nach der Währungsunion wie bisher weiterfunktioniert, wenn die Treuhand nicht störend eingegriffen hätte, ist vollkommen abwegig.

Indes ist die Aussage, nur sieben Prozent des Kapitals der ostdeutschen Wirtschaft seien an Ostdeutsche gegangen, auch irreführend, weil suggeriert wird, es habe sich um Werte gehandelt, die Werte erzeugen. Das etwa versteht man doch unter Kapital: Das Haus bringt Mieten ein und die Fabrik Gewinne. In Wahrheit handelte es sich im Osten meistens

um »gelähmtes Kapital«, das man erst durch kräftige Investitionsspritzen wieder ankurbeln musste. Dazu waren pro Arbeitsplatz, der erhalten werden sollte, im Durchschnitt sechsstellige Investitionen nötig. Die Vorstellung, die DDR-Wirtschaft hätte auch nach der Währungsunion wie bisher weiterfunktioniert, wenn die Treuhand nicht störend eingegriffen hätte, ist vollkommen abwegig. Das »lebendige Kapital« vor Ort war doch vor allem das Humankapital, die Fertigkeiten und die Lernfähigkeit der Ostdeutschen. Wären die ostdeutschen Unternehmen tatsächlich so, wie sie zum Angebot standen, Goldgruben gewesen, wären sie sprichwörtlich weggegangen wie warme Semmeln. In Wahrheit war die westdeutsche Wirtschaft bei der Übernahme östlicher Betriebe sehr zögerlich. Und selbst mancher Alteigentümer hat nach der Besichtigung ernüchtert auf einen Rückgabeantrag verzichtet.

Kurzum: Auch die zentralen Behauptungen von Petra Köpping zur Treuhand sind falsch beziehungsweise grob irreführend. Ilko-Sascha Kowalczuk ist zwar besser informiert als Köpping, aber auch er verbreitet falsche Behauptungen zur Treuhandanstalt ohne überzeugende Belege. Er behauptet, »dass westlichen Käufern die ›Altschulden‹ oft einfach erlassen worden sind. Ostdeutsche Investoren hatten das Nachsehen – sie verfügten über nichts. Und ihnen wurde auch nichts erlassen.« Dazu Norbert Pötzl in seinem Buch *Der Treuhandkomplex*: Käufern sind tatsächlich Altschulden erlassen worden – wenn sie verbindlich Investitionen in erheblicher Millionenhöhe zugesagt hatten, wozu ostdeutsche Erwerber allerdings nie in der Lage waren. Die Treuhandanstalt hatte aber den Erwerb mittlerer Unternehmen durch die ostdeutschen Betriebsleiter (durch Management-Buy-outs) ausdrücklich gefördert, durch MBO-Messen und Erleichterungen bei der Finanzierung, die manchen sogar zu weit gingen. Pötzl weiter: »Die Treuhand-Niederlassungen gewährten […] regelmäßig Rabatte für kaufwillige Geschäftsführer, um die ostdeutsche Eigeninitiative zu

fördern. Die Berliner Zentrale sah das freilich nicht gerne. ›Wenn wir 30, 40 Prozent Abschlag für den MBO gewähren‹, wurde ein Partner der Unternehmensberatung Roland Berger zitiert, ›wäre jeder Investor aus dem Westen dumm, der sich keinen Geschäftsführer als Strohmann sucht.‹ Statt Nachlässe zu gewähren, stundete die Treuhand-Zentrale lieber den Kaufpreis, verlängerte die Bürgschaften oder verkaufte das Anlagevermögen nicht gleich, sondern verpachtete es nur. Damit erleichtere man den Ostdeutschen die Finanzierung, wurde argumentiert.«

Es gab in der DDR ja bis zuletzt private Handwerksbetriebe, die nach 1990 oft mächtig expandierten. Mit der Treuhandanstalt hatten diese ostdeutschen Betriebe überhaupt nichts zu tun und kamen deshalb in ihrer Bilanz gar nicht vor. Von 1990 bis 1998 hat es nach Recherchen von Klaus Schroeder 1700 000 Gewerbeanmeldungen von Ostdeutschen gegeben, davon 800 000 Unternehmen. Allerdings musste die Hälfte aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben. 1996, also nachdem die Treuhandanstalt ihre Arbeit beendet hatte, waren drei Viertel der ostdeutschen Betriebe in ostdeutscher Hand, mit der Hälfte der Beschäftigten. In »westdeutscher Hand« waren 11,8 Prozent mit 19,4 Prozent der Arbeitnehmer in diesem Bereich. Fazit: Von einer Ausplünderung der Wirtschaft des Ostens durch den Westen kann nicht die Rede sein, wohl aber von einem gewaltigen Kapitalmangel im Osten – und einem gewaltigen Kapitaltransfer von West nach Ost.

Dennoch führt Petra Köpping in ihrem Buch ausführlich ein Beispiel für die angeblichen Machenschaften der Treuhand an: die Margarethenhütte in Großdubrau. Diese habe sehr erfolgreich Hochspannungsisolatoren aus Porzellan produziert und zu 80 Prozent exportiert, auch in den Westen. Sie verfügte über moderne Maschinen aus der Schweiz. »Plötzlich hieß es aber über Nacht, der Betrieb müsse geschlossen werden. Es wurde behauptet, alles sei völlig veraltet und marode. Doch

das ist nicht alles: Die damaligen Ingenieure erzählten mir, wie nachts die wichtigsten Betriebsunterlagen und Porzellanrezepturen sowie die letzten Mitarbeiterlöhne samt Tresor weggeschleppt wurden. Ich kann nur wie die ganze Belegschaft vermuten: das geschah zugunsten der Konkurrenz.«

Köppings Erzählung lässt sich überprüfen. Bündnis 90 richtete 1992 eine Anfrage zur Margarethenhütte an die Bundesregierung, die diese auf neun Seiten beantwortet hat. Ergebnis: Köppings Erzählung ist völlig frei erfunden. Gleichlautende Mythen und Legenden werden übrigens von vielen DDR-Betrieben erzählt: Der westdeutsche Käufer habe den Betrieb geschlossen und Maschinen sowie Auftragsbücher in den Westen geschafft. Belegt ist kein einziger Fall. Ohne Genehmigung der Treuhand durften Erwerber die Unternehmen nämlich gar nicht schließen.

Die Schließung der Margarethenhütte hatte weder mit Verkauf oder Privatisierung noch mit westdeutscher Konkurrenz zu tun. Sie gehörte zum VEB Keramische Werke Hermsdorf, aus dem 1990 die Keramische Werke Hermsdorf – Tridelta AG wurde, mit insgesamt 18 Standorten, davon drei für Elektrokeramik. Bis zur Währungsunion war das ein sehr erfolgreiches DDR-Unternehmen, das sogar den Börsengang vorbereitete. Zu dem Zweck wurde eine Standortkonzentration vorgenommen. Aber infolge der Währungsunion kam es zu massiven Einbrüchen im Absatz. Der Börsengang musste aufgegeben werden, weil die Banken bei defizitärer Bilanz ihre Unterstützung zurückzogen. In der Antwort der Bundesregierung heißt es: Im Dezember 1990 »wurde einvernehmlich mit den Arbeitnehmern im Aufsichtsrat und dem Betriebsrat der Margarethenhütte der Stilllegungsbeschluss gefasst«, der dann im Mai 1991 – und nicht über Nacht – vollzogen wurde.

Die Währungsunion erzeugte für ostdeutsche Produkte ein Preisproblem, das sich als Rückgang des Absatzes seit dem 2. Juli 1990

bemerkbar machte. Insofern waren volle Auftragsbücher vor der Währungsunion gar kein Beweis dafür, dass die Nachfrage nach der Währungsunion stabil bleiben würde. Köpping verschweigt das Preisproblem und behauptet stattdessen, die Treuhandanstalt habe wahrheitswidrig erklärt, die Maschinen seien Schrott. In den jetzt im Bundesarchiv zugänglichen Treuhandakten steht freilich korrekt das Gegenteil: Die Maschinen sind hochmodern. Indem Köpping eine falsche Begründung unterstellt, erscheint die Schließung als willkürlich, irrational und interessengesteuert und ist daher allein mit Bosheit und finsterer Absicht zu erklären. Wieder steht das Tor für Verschwörungstheorien weit offen.

Tridelta produziert übrigens bis heute Elektroporzellan. Die modernen Maschinen wurden in das Zweigwerk nach Sonneberg in Thüringen gebracht (und nicht in den Westen!) und laufen dort vermutlich noch heute. Auch Tridelta Hermsdorf ist nicht an einen Westdeutschen verkauft worden, sondern wurde 1992 von Lothar Späths Gründung Jenoptik in Jena übernommen.

Das Gerede von verkannten Lebensleistungen

Wenn es also neuerdings landauf, landab heißt, die Lebensleistung Ostdeutscher sei nicht genügend gewürdigt oder gar vernichtet worden, und dies offenbar schuldhaft durch Westdeutsche, muss man entgegnen: Wer im Aufbau des Sozialismus seine Lebensleistung gesehen hat, dem ist mit dem Ende der SED-Herrschaft allerdings der bisherige Lebenssinn abhandengekommen. Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen gehört aber nicht zu dieser Gruppe. Ostdeutsche Facharbeiter, Ingenieure, Ärzte sind überall in Deutschland anerkannt. Ihre Lebensleistung ist ihre Berufserfahrung. Ostdeutsche können zudem stolz sein auf das, was sie in Familie und Beruf unter den er-

schwerenden Bedingungen von Diktatur und Mangelwirtschaft geleistet haben, aber bitte nicht stolz sein wollen auf die erschwerenden Bedingungen, die sich keiner freiwillig ausgesucht hat. Das Verhältnis der Beschäftigten zu ihrem Betrieb war einerseits eng, das Arbeitskollektiv war wichtiger als im Westen. Es war aber anderseits ambivalent, Hassliebe sozusagen. Mal fehlten Materialien, mal Ersatzteile, aber der Plan musste erfüllt werden – also wurde getrickst. Stolz konnte man doch vor allem auch deshalb sein, den Laden trotzdem am Laufen gehalten zu haben. Denn über die Hälfte der Industrieanlagen war verschlissen und hätte eigentlich erneuert werden müssen.

Wer im Aufbau des Sozialismus seine Lebensleistung gesehen hat, dem ist mit dem Ende der SED-Herrschaft allerdings der bisherige Lebenssinn abhandengekommen. Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen gehört nicht zu dieser Gruppe.

Das Gerede von vernichteten Lebensleistungen ist Unsinn. Was viele Westdeutsche nicht genügend würdigen, sind die gewaltigen Umstellungsleistungen, die allen Ostdeutschen beim Ausstieg aus Diktatur und Planwirtschaft abverlangt wurden, während sich für Westdeutsche zunächst kaum etwas änderte.

Patriotismus als missgedeuteter Nationalismus oder gar Rechtsextremismus

Die neueren Ost-West-Kontroversen werden stark genährt von den hohen Wahlerfolgen der AfD im Osten. Da wird nicht selten der Eindruck erweckt, der Osten sei insgesamt rechtsextrem. Dabei wird allerdings völlig übersehen, dass fast die gesamte Führungsriege der

AfD aus dem Westen kommt. Im Osten findet sie mehr Wähler als im Westen. Aber im südlichen Westen kommt sie auf zehn Prozent. Zehn Prozent in Bayern geht in Ordnung, aber zwanzig Prozent im Osten ist ein Skandal? Übrigens war das in den Hochzeiten der tatsächlich rechtsextremen Parteien NPD und DVU auch schon so: Da kamen aus dem Westen die Köpfe, aus dem Osten das Wahlvolk. Was ist mit dem Westen los, dass er hier immer die Köpfe liefert?

Man kann es auch so sehen: Nach 70 Jahren Demokratie, überwiegend verbunden mit Wohlstandszuwachs, wählen in Bayern 10 Prozent AfD, während im Osten nach nur 30 Jahren Demokratie, verbunden mit einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, lediglich 20 Prozent AfD wählen und also die weit überwiegende Mehrheit die AfD nicht wählt. Aber fernab jeder Zahlenspielerei: Die AfD ist ein gesamtdeutsches Problem und der Rechtspopulismus ein gesamteuropäisches, ja globales Problem. Als Hauptunterschied zwischen Ost und West taugt sie schlecht.

Es gibt, scheint mir, auf diesem Feld ein deutsch-deutsches Missverständnis, das mit dem Verhältnis von Patriotismus und Nationalismus zu tun hat. Patriotismus ist die Liebe zum eigenen Vaterland, so wie andere das ihre lieben. Nationalismus ist der Wahn von der Überlegenheit des eigenen Volkes über andere. Im Westen halten nicht wenige, zumal unter den Meinungsmachern, bereits den Patriotismus für Nationalismus. Im Mai 1990 fand in Frankfurt am Main eine beachtliche Demonstration unter der Losung »Nie wieder Deutschland« statt. Das ist eine gefährlich übertriebene Konsequenz aus einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem schwarzen Kapitel deutscher Geschichte. Sie kann zu einem neuen deutschen Sonderweg führen, der unsere Nachbarn nicht erfreut. »Ich fühle mich nicht als Deutscher, ich bin Europäer«, dazu sagen viele, nicht nur in Europa, typisch deutsch.

In Ostdeutschland war das Bekenntnis zur Einheit der Nation seit Honeckers Machtantritt von Staats wegen unterdrückt, zugunsten des sozialistischen Internationalismus, der allerdings nur behauptet und nicht gelebt wurde. Der Text der DDR-Nationalhymne wurde erst im Februar 1990 wieder zugelassen, weil es dort hieß: »Deutschland einig Vaterland«. Es war durchaus aufmüpfig, als Leipziger Montagsdemonstranten am 6. November 1989 diese drei Worte skandierten. Weit verbreitet ist im Osten eine unbefangene Art, sich als Deutscher im Sinne des Patriotismus zu verstehen. Aber es gibt auch nicht selten das Unvermögen oder auch die Unwilligkeit, zwischen Patriotismus und Nationalismus gehörig zu unterscheiden.

Und nun kommt das ärgerliche Missverständnis. So mancher Westdeutscher aber auch einige Antifa-Gruppen im Osten, sind äußerst freigiebig mit dem Vorwurf »Nazi« oder »Rassist«. Wer im Osten angesichts der zunächst ungebremsten außereuropäischen Zuwanderung nach Deutschland ab etwa 2014 Angst vor Überfremdung bekam, dem wurden nicht beruhigende Argumente angeboten, sondern es traf ihn der Bannstrahl: Nazi, Rassist. Worauf der so Geächtete zu sagen pflegte: Ich sage gar nichts mehr. Durch dieses Aburteilen ist im Osten ein gewaltiger Vertrauensverlust gegenüber Presse und Regierung entstanden, den die AfD auf ihre Mühlen leiten kann. Sie hat inzwischen die Linke als Protestpartei überholt.

Es wird immer wieder eingewendet, dass es doch im Osten kaum Ausländer gab. Der Einwand ist ahnungslos. Niemanden erregt das, was er gewohnt ist, wohl aber erregen unerwartete Veränderungen. Und mit denen verbinden sich besonders oft Befürchtungen, auch übertriebene, die dann bis zu Verschwörungstheorien auswuchern können (»Umvolkung« heißt die perfideste unter ihnen). Wenn es vor Ort fünf Migranten gab und nun 50, ist das eine Steigerung auf 1000 Prozent. Es gab in der DDR nicht den Ausländer, der nebenan

wohnte und in derselben Fabrik arbeitete. Gastarbeiter waren kaserniert und arbeiteten zumeist in geschlossenen Betriebsabteilungen. Auch im Osten gibt es viele, die Zuwanderer willkommen heißen. Aber bitte nicht zu schnell zu viele auf einmal und bitte nicht ohne rechtsstaatliche Verfahren. Das würde überall auf der Welt schnell für Ärger sorgen.

Um es kurz und bündig zusammenzufassen: Der Stand der deutschen Einheit ist besser als ihr Ruf. Deutschland erzählt seit 1989/90 eine Erfolgsgeschichte. Die Bereitschaft allerdings, Unterschiede unverzerrt wahrzunehmen, ohne in blinde Wut zu geraten – die ist ausbaufähig.

Literatur

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 12/1996. Bonn 1992. URL http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/019/1201996.pdf (15.10.2020).

Michael Bluhm, Olaf Jacobs: »Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundertnach der deutschen Wiedervereinigung«, in: Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft 2015. URL https://www.mdr.de/heute-im-osten/wer-beherrscht-den-osten-studie-100.html (15.10.2020).

Fraktion Alternative für Deutschland: *Einsetzung eines Untersuchungsausschusses »Treuhand«.* Drucksache 19/11126. Köln 2019. URL https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/111/1911126.pdf (15.10.2020).

Fraktion DIE LINKE: *Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Treuhandanstalt.* Drucksache 19/9793. Köln 2019. URL https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/097/1909793.pdf (15.10.2020).

Thomas Fricke: »Ist doch alles echt super gelaufen», in: *DER SPIEGEL* vom 4.10.2019. URL https://www.spiegel.de/wirtschaft/ostdeutschland-und-mauerfall-ist-doch-alles-super-gelaufen-oder-etwa-nicht-kolumne-a-1289927.html (15.10.2020).

Dierk Hoffmann (Hrsg.): *Transformation einer Volkswirtschaft – Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt.* Zeitgeschichte im Gespräch Band 31. Berlin 2020.

Ilko-Sascha Kowalczuk: *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik Wurde.* München 2019.

Petra Köpping: *Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten.* Berlin 2018.

Karl-Heinz Paqué, *Richard Schröder: Gespaltene Nation? Einspruch!* Basel 2020.

Thomas Petersen: ›Das Ende der »Mauer in den Köpfen‹. Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Nr. 269 vom 19. November 2014«, in: *Institut für Demoskopie Allensbach.* URL https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_November_Mauer.pdf (15.10.2020).
Gert Pickel: »Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt«, in: *Bertelsmann Stiftung.* Gütersloh 2019. URL https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Religionsmonitor_Vielfalt_und_Demokratie_7_2019.pdf (15.10.2020).
Norbert Pötzl: *Der Treuhandkomplex. Legenden. Fakten. Emotionen.* Hamburg 2019.
Maximilian Priem, Jürgen Schupp: »Alle zufrieden – Lebensverhältnisse in Deutschland«, in: *DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Wochenbericht 40/2014.* URL https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.483786.de/14-40-9.pdf (15.10.2020)
Klaus Schroeder: *Der Preis der Einheit. Eine Bilanz.* München 2000.
Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck, Ernst Höfner, Arno Donda: *SED-olitbürovorlage: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 30. Oktober 1989.* URL https://www.chronik-der-mauer.de/system/files/dokument_pdf/58553_cdm-891030-analyse-oekonomische-lage.pdf (15.10.2020)
André Steiner: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR.* München 2004.

Stadt versus Land?!

Eine neue Annäherung

Von Kerstin Faber

Komplexe gesellschaftliche Veränderungen bewirken, dass in vielen ländlich geprägten Regionen nicht nur immer weniger Menschen leben; auch das Verhältnis zwischen Stadt und Land, Alten und Jungen gerät immer stärker aus dem Lot. Vor diesem Hintergrund entstehen neue regionale Kooperationen zwischen Stadt und Land, die durch Vernetzung Ressourcen bündeln. Sie engagieren sich für Mobilität, Bildung, Kultur, Wirtschaft und Soziales und stiften durch den kollektiven Gestaltungsprozess neuen Gemeinsinn. Das bindet nicht nur Menschen stärker an die Region, es fördert durch die Organisation von Wissen und Teilhabe auch das demokratische Verständnis und Selbstbewusstsein vor Ort. Dies ist umso wichtiger, je polarisierender die räumlichen Entwicklungen sind.

Blick nach Thüringen

Aus Bad Tennstedt sind es nur ein paar Kilometer, vorbei an den Bruchwiesen, bis zu einer Kreuzung, die nach rechts weist. Die Straße wird hier schmaler, die Kurven schärfer und es wird für die eher fla-

che Gegend nahezu hügelig. Mit dem Auto steuert man durch die Gemeinde Sundhausen bis nach Kirchheilingen weiter nach Blankenburg und im Bogen über Bruchstedt durch Urleben und Tottleben wieder zurück. Alle Orte liegen im Landkreis Unstrut-Hainich, in dem auch einer der Mittelpunkte Deutschlands liegt. Zusammengenommen haben sie etwa 2100 Einwohner*innen und sind eingebettet in eine von Präzisionsackerbau geprägte Landschaft, die zu den trockensten Regionen Deutschlands zählt. Städte wie Nordhausen, Eisenach oder Erfurt liegen etwa eine Autofahrtstunde entfernt. Der Betrieb der Bahnlinie wurde Ende der 1960er-Jahre eingestellt, es folgte die Stilllegung von Buslinien, die Schließung von Läden und Gaststätten, von Poststelle und Sparkasse. Im Jahr 2011 machte die Schule in Kirchheilingen zu.

Alle Gemeinden liegen im Freistaat Thüringen. Insgesamt 2,13 Millionen Menschen leben hier verteilt auf 634 Gemeinden. Fast zwei Drittel haben weniger als 1000 Einwohner*innen, in nur zwei Städten gibt es mehr als 100 000 Menschen. Erfurt, Jena und Weimar gewinnen an Bevölkerung, während eine Vielzahl an mittelgroßen, historischen Residenzstädten, kleinen Landstädten und Dörfern, die in ihrer Dichte und Größe nahezu gleichmäßig über den gesamten Freistaat verteilt sind, Einwohner*innen verliert. Etwa 30 000 Kulturdenkmale und 1000 Denkmalensembles prägen das baukulturelle Erbe des Freistaates. Es gibt über 200 Museen, 270 öffentliche Bibliotheken, vier Universitäten, sieben Hochschulen und eine Musikhochschule. Mit acht großen Theatern hat Thüringen nahezu genauso viele staatliche Bühnen wie Berlin – bei einer etwa halb so großen Bevölkerungszahl.

In der historisch ländlichen Siedlungsstruktur vollziehen sich nicht erst in den letzten drei Jahrzehnten große Veränderungen. Parallel zur fortschreitenden Urbanisierung bestehen das Ländliche, das Industrielle und das Urbane als sich überlagernde soziale Formationen fort – eine kulturpolitische und raumstrukturelle Herausforderung.

In dieser historisch ländlichen Siedlungsstruktur, für die Thüringen nur beispielhaft steht, vollziehen sich nicht erst in den letzten drei Jahrzehnten große Veränderungen. Der französische Soziologe und Philosoph Henri Lefebvre hat in den 1970er-Jahren eine Unterscheidung im Urbanisierungsprozess formuliert, und zwar »diejenige zwischen Urbanisierung und urbaner Gesellschaft: Die Urbanisierung ist ein Prozess, der mit der Industrialisierung verbunden ist und eine grundlegende Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen mit sich bringt. Dies bedeutet indessen nicht, dass daraus notwendigerweise auch eine urbane Gesellschaft hervorginge. Das Urbane ist vielmehr eine Möglichkeit, ein Potential, das in der Urbanisierung angelegt ist, das zu seiner Verwirklichung aber grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen bedarf – einer urbanen Revolution.«[1] Parallel zur fortschreitenden Urbanisierung bestehen jedoch das Ländliche, das Industrielle und das Urbane als sich überlagernde soziale Formationen fort.[2] Und hier liegt eine kulturpolitische und raumstrukturelle Herausforderung.

Stadt und Land zwischen Angleichung und Entfremdung

Mit der fortschreitenden Industrialisierung und Modernisierung der letzten 200 Jahre hat sich der ursprünglich Stadt-Land-Gegensatz nahezu aufgelöst. Während das traditionelle Landleben von einer ganzheitlichen Landbewirtschaftung geprägt war, trat mit der Industria-

lisierung der Produktion eine neue Ära ein. Arbeitsteilung und Spezialisierung, Motorisierung und Mechanisierung veränderte fortan die Agrarwirtschaft und damit auch das Verhältnis zwischen Mensch und Natur, Stadt und Land. Der Arbeitsaufwand reduzierte sich um mehr als 90 Prozent, der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft ist von 80 auf weniger als zwei Prozent geschrumpft. Gleichzeitig ist die Produktivität gestiegen: Ernährte ein Landwirt vor etwa 100 Jahren noch vier Menschen, sind es heute 140. Und die Optimierung hält an. Mit Smart Farming, fahrerlosen Traktoren, eigenständigen Melk- und Stallrobotern und der zunehmend digitalen Vernetzung aller Arbeitsprozesse im Betrieb ist die Zukunft auf dem Acker längst Realität. Hinter scheinbar alten Fassaden ist das Land industrieller und moderner geworden als die Stadt.

Mit der Modernisierung und dem geschrumpften Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften setzte gleichzeitig die Abwanderung in die Städte ein. Landflucht war schon im 19. Jahrhundert ein Thema, als sich die armen Bauernfamilien, befreit von der Feudalherrschaft, aber ohne Grundbesitz, in ein vermeintlich besseres Leben in die Stadt aufmachten. In den 1960er-Jahren geriet die Abwanderung aus dem ländlichen Raum erneut in den Blick, der man diesmal mit einer Modernisierung der sozialen, kulturellen und technischen Infrastruktur entgegenzuwirken versuchte. Man brachte praktisch das »neue« Stadtleben auf das »alte« Land, die Kultur veränderte sich, Dorfschulen wurden zentralisiert, die Wege wurden weiter. Werner Bätzing, Alpenforscher und emeritierter Professor für Kulturgeografie, betont in seinem Buch zur Geschichte und Zukunft des Landlebens, »dass die große säkuläre Zäsur beim Landleben erst sehr spät, mit Beginn der 1960er-Jahre einsetzt. Deshalb steht das Landleben der 1950er-Jahre dem mittelalterlichen Leben noch sehr viel näher als den heutigen Lebensverhältnissen.«[3] Gleichzeitig modernisierten das Auto und die

neuen Medien nicht mehr nur die Stadt, sondern auch das Land. Die Lebensstile kamen sich auf eine völlig neue Weise immer näher.

Die Gewinnung qualifizierter und engagierter Ausbildungs- und Arbeitskräfte ist eine der größten Herausforderungen beim Generationswechsel nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im ländlichen Handwerk. Nicht mehr nur junge, sondern auch ältere Menschen zieht es in größere Städte mit vielfältigeren Angeboten und kurzen Wegen. Aus dem kooperativen Stadt-Land-Verhältnis wurde ein konkurrierendes um (neue) Einwohner*innen und Aufmerksamkeit.

Mit der Jahrtausendwende und den anhaltenden Innovationen in den Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen, aber auch vor dem Hintergrund der Angleichung von Lebensstilen in Stadt und Land setzte die Abwanderung erneut ein. Die Gewinnung qualifizierter und engagierter Ausbildungs- und Arbeitskräfte ist mittlerweile eine der größten Herausforderungen beim Generationswechsel nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im ländlichen Handwerk. Auch steigen die individuellen Lebens- und – mit zunehmender Wichtigkeit – Pflegeansprüche. Nicht mehr nur junge, sondern auch ältere Menschen zieht es in größere Städte mit vielfältigeren Angeboten und kurzen Wegen. Aus dem kooperativen Stadt-Land-Verhältnis wurde ein konkurrierendes um (neue) Einwohner*innen und Aufmerksamkeit.

Vor diesem Hintergrund sehen sich viele ländliche Regionen mit der Ausdünnung bestehender Infrastrukturen und Angebote konfrontiert: Der öffentliche Busverkehr wird zunehmend auf den Schülertransport reduziert, während die Bildungs-, Kultur-, Pflege- und Verwaltungs-

institutionen weiter zentralräumlich gebündelt werden. Jedoch ist nicht jeder ländlich periphere Raum gleichzeitig »abgehängt«, noch ist nicht jeder dünn besiedelte Raum gleichzeitig strukturschwach. Auch ist dies längst nicht mehr nur ein Problem der neuen Bundesländer. Die Herausforderungen des strukturellen Wandels betreffen das Wendland genauso wie die Altmark, den Harz genauso wie den Odenwald, Klein- und Mittelstädte genauso wie Dörfer. Eine geringfügig steigende Geburtenrate wird daran nur wenig ändern, denn es sterben immer noch mehr Menschen, als geboren werden. Auch profitieren die ländlichen Regionen in der Regel weniger von Zuwanderung. Zusammen mit einer weiter steigenden Lebenserwartung führt dies zu demografischen Herausforderungen, die zwischen Stadt und Land, aber auch regional sehr unterschiedlich ausfallen – und für die es unterschiedliche Antworten braucht.

Gutes Leben auf dem Land

Frank Baumgarten ist Landwirt und im Vorstand der Agrargenossenschaft e.G. Kirchheilingen. Er lebt schon immer auf dem Land und will auch in Zukunft hier gut leben. Aber nicht nur er wird älter, auch die gesamte Region wird es. Und die Menschen werden weniger. Der*die Durchschnittsbürger*in ist in Thüringen mit 47 Jahren neun Jahre älter als noch im Jahr 1990. Gleichzeitig ziehen junge Menschen in die größeren Städte, den höheren Bildungsabschlüssen und neuen Berufszweigen hinterher, während vornehmlich die älteren zurückbleiben. Was aber bedeutet ein gutes Leben auf dem Land vor diesem Hintergrund? Und wie wird man hier »gut« alt, wenn alle anderen auch älter werden?

Diese Fragen haben sich die vier Gemeinden Blankenburg, Kirchheilingen, Sundhausen und Tottleben vor zehn Jahren gemeinsam mit

der Agrargenossenschaft gestellt und die Stiftung Landleben gegründet, deren Vorsitzender Frank Baumgarten heute ist. Stiftungsziele sind die Umsetzung altersgerechten Wohnens und die Wiederbelebung der ländlichen Bausubstanz sowie, ganz allgemein, die Versorgung des ländlichen Raums. Kurz: Man kümmert sich um Fragen der Daseinsvorsorge und Lebensqualität einfach selbst. Bis heute hat die Stiftung barrierefreien Wohnraum auf innerörtlichen Brachen geschaffen, Sanierungsprojekte für leer stehende Häuser angestoßen und ein ehrenamtliches Mobilitätsangebot für ältere Menschen eingeführt. Sie kämpfte für die Neueröffnung der geschlossenen Schule als Freie Grundschule im Jahr 2014 und gründete mit Mitstreiter*innen den Förderverein zum Erhalt und Betrieb des Freibades. Und der Erfolg gibt ihnen Recht: Heute gehen 120 Kinder in die Schule und der Leerstand hat sich reduziert.

Dass sich eine Agrargenossenschaft als Teil einer sorgenden Gemeinschaft versteht, mag durchaus daran liegen, dass sich bereits in den 1970er-Jahren die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in der DDR zunehmend mit um das Gemeinschaftsleben der Dörfer kümmerten. In Thüringen wurde in den 1950er-Jahren die erste LPG der DDR gegründet – eine zunächst freiwillige, später vom Staat erzwungene Kollektivierung der Bauern, die zu einer Umstellung der bäuerlichen hin zu einer sehr großflächigen, industriellen Landwirtschaft in der gesamten DDR führte. Die Agrargenossenschaft e.G. Kirchheilingen, die aus zwei LPGs entstand und zusammen 700 Mitglieder führte, hat heute 150 Beschäftigte, ist weiterhin eines der größten Unternehmen in der Dorfregion und betreibt unter anderem Präzisionsackerbau auf 3300 Hektar mit GPS-gesteuerten Maschinen. Aber nicht die Größe oder die Geschichte des modernen Unternehmens sind hier ausschlaggebend für das aktive Interesse an der gemeinschaftlichen Gestaltung von mehr Lebensqualität. Es ist

vielmehr das Bedürfnis der Menschen, sich im ländlichen Raum nicht »zweitrangig«, »abgehängt« und »fremdbestimmt« zu fühlen.

Von Selbstversorgung zur Abhängigkeit

In seinen Ursprüngen war das Leben auf dem Land ein bedarfsorientiertes, autonomes und sehr einfaches Leben. Die frühere bäuerliche Gemeinschaft war eine in sich geschlossene Einheit, deren Prinzip auf der Subsistenzwirtschaft fußte und die durch sie geprägte Kulturlandschaft nutzbar hielt. Über kulturelle Riten und Bräuche gab man die gemachten Erfahrungen weiter, die Gemeinschaft stand über dem Einzelnen. Kleinere Flurstücke wurden von den jeweiligen Bauernfamilien allein bewirtschaftet und größere Wald- und Weideflächen gemeinsam – die Allmende. Die dezentral gelegenen Siedlungen mit ihren Fluren waren damit geprägt von kulturell, strukturell und wirtschaftlich selbstständigen und selbstversorgenden Gemeinschaften entsprechend ihrer Erfordernisse und in Abhängigkeit von Boden und Klima.[4]

Vor dem Hintergrund von Revolutionen und Reformen und mit Entstehung der Industrialisierung passte sich das Land der Arbeitsteilung und den Anforderungen der Stadt an und wurde gleichzeitig von ihr abhängig.

Während das Landleben ohne Ausdifferenzierung in der Gemeinschaft verlief, entstand mit den Städten das Prinzip von Kapitalismus mit seinen verschiedenen Formen von Arbeitsteilung und Lohnarbeit. Vor dem Hintergrund von Revolutionen und Reformen und spätestens mit Entstehung der Industrialisierung passte sich das Land der

Arbeitsteilung und den Anforderungen der Stadt an und wurde gleichzeitig von ihr abhängig. Mit der Nähe zu Rohstoffen entwickelte sich produzierendes Gewerbe auf dem Land, mit der Erschließung neuer Energiequellen wuchsen neue Industriestandorte heran.

Das bekannteste Beispiel ist die Eisendynastie im ländlichen Coalbrookdale in England. Hier wurde um 1740 durch die Familie Darby der erste Eisenbarren mithilfe von Steinkohle geschmiedet, 1767 die ersten Eisenbahnschienen gegossen und damit der Grundstein der industriellen Produktion gelegt.[5] Der Bau der Eisenbahnlinien unterteilte den Raum derweil in zentrale und dezentrale Räume neu, während durch die neuen Transportmittel die engere wirtschaftliche Abhängigkeit von Stadt und Umland durch globale Importe und Exporte abnahm. Damit veränderte sich nicht nur der Raum, sondern auch das Prinzip der bäuerlichen Lebensweise von der einst lokalen, gemeinschaftlich organisierten Selbstversorgung hin zur globalen, fremdbestimmten Marktwirtschaft – und mit ihr verschwand auch die Allmende.

Neue Identitäten durch neue Grenzen

Weitergetrieben wurden die Veränderungen des Stadt-Land-Verhältnisses auch durch die Raumplanung. In den 1930er-Jahren entwickelt, aber erst nach dem zweiten Weltkrieg an Bedeutung gewinnend, wurde die »funktionale Stadt« zum Leitbild zukünftiger Entwicklungen mit dem Ziel, Wohnen, Arbeiten und Erholung räumlich klar voneinander zu trennen. Die Umweltverschmutzungen durch die Industrien waren damals groß und die Wohnbedingungen schlecht. Dem Ideal der Funktionsteilung folgend, wurden nach dem Krieg jedoch nicht nur die zerstörten Städte neu aufgebaut und erweitert, sondern auch das zunehmend urbanisierte Umland in die funktionale Unterteilung mit-

einbezogen. Man arbeitete fortan nicht mehr im Umland, sondern wohnte im »suburbanen« Raum, während man als Arbeiter*innen und Angestellte in die Städte einpendelte. Gleichzeitig entstanden durch Gemeinde- und Gebietsreformen neue Grenzen und Hierarchien, die nicht nur Fragen räumlicher Zugehörigkeit aufwarfen, sondern auch administrativ zu weiteren Wegen führten.

Die Mittelgebirgsregion Harz stellt heute ein Paradebeispiel für das Aufeinandertreffen von fünf Landkreis- und drei Landesgrenzen dar, die den ursprünglich historischen Raum politisch-administrativ, infrastrukturell und sozioökonomisch zerteilen. Als Denkmodell wurde im Jahr 2010 das fiktive Zukunftsszenario *Republic of Harz* entwickelt, um die Potenziale einer »grenzenlosen« Region aufzuzeigen.[6] Danach soll sich die gesamte Mittelgebirgsrepublik in Selbstverwaltung auf ihre Ressourcen und gemeinsamen Potenziale der Kulturlandschaft, der Gesundheit und des Tourismus besinnen und kooperative regionale Wertschöpfungsketten aufbauen. Unterschiedliche Zuständigkeiten und Gesetze, die durch die Landesgrenzen entstehen, werden im Zukunftsszenario neu verhandelt und regionale Projektkooperationen über ehemalige Landkreisgrenzen in der Umsetzung vereinfacht: So fährt im Jahr 2050 die Harzer Ringbahn im Zehnminutentakt, die Gebirgsregion ist dank gemeinsamer Investitionen in den Ausbau von Windenergie energieautark, der Harzer Süden aufgrund des Klimawandels Weinanbaugebiet und die gesamte Region als »Toskana des Nordens« beliebtes Urlaubsziel.

Dass regionale Kooperationen besonders wertschöpfend sein können, erprobt das Bundesland Nordrhein-Westfalen bereits seit Beginn der Jahrtausendwende. Hier existiert mit der *Regionalen* ein Strukturförderprogramm des Landes, um regionale Standortentwicklung auf bau- und landschaftskultureller, wirtschaftlicher und infrastruktureller Basis über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg gezielt

zu unterstützen. Das Land fördert im Rahmen eines Wettbewerbs dazu alle drei Jahre Regionen mit ihren Konzepten der interkommunalen Zusammenarbeit. Mit der *Regionalen* in Ostwestfalen-Lippe wird so beispielsweise bis 2022 unter dem Motto »Wir gestalten das neue UrbanLand« an der regionalen Vernetzung von Stadt und Land gearbeitet.

Regional experimentieren, nicht zentral verordnen

Ab den 1970er-Jahren erfolgte mit den Gemeinde- und Gebietsreformen auch der Aufbau des Systems der *Zentralen Orte* mit dem das Ziel, »gleichwertige Lebensverhältnisse« in allen Räumen raumordnungspolitisch umzusetzen. Orientiert hat man sich am bestmöglichen Angebot – dem der Stadt. Seitdem prägen Oberzentren, Mittelzentren und Unterzentren mit diversen Differenzierungen je nach Bundesland die Raumordnung, in dem diese städtischen Zentren, hierarchisch abgestuft, jeweils die Angebote rund um die soziale, kulturelle und infrastrukturelle Versorgung füreinander wie auch den ländlichen Raum bereitstellen sollen.

Das System der *Zentralen Orte* – in den 1930er-Jahren vom Geografen Walter Christaller entwickelt und später Grundlage der NS-Raumplanung für deren rassistische Expansionspolitik – war jedoch ein vor allem auf die Binnenwirtschaft ausgerichtetes Instrument der Raumplanung und eher für vorindustriell geprägte Räume, Produktions- und Lebensweisen konzipiert.[7] Unter Betrachtung der Siedlungsstruktur Deutschlands damals wie heute und ihrer industriellen wie globalen, auf Export orientierten Entwicklung wird jedoch sofort klar, dass die Standortentwicklung im Ruhrgebiet anders funktionieren muss als in Franken oder in der Prignitz. Ab Mitte der 1990er-Jahre wurde jedoch mit zunächst fünf, heute elf Metropolregionen die zentralistische För-

derpolitik fortgeschrieben, von der nur die ländlichen Räume und Landkreise nahe den Metropolen profitieren.

Deutschlandweit wechseln sich damit nun Wettbewerbsförderung und »Mindeststandards«, Wachstum und Schrumpfung, Urbanisierung und Suburbanisierung, Landlust und Landfrust ab. Mit Letztgenanntem kämpfen vor allem sehr ländliche und strukturschwache Regionen im Osten, später auch im Westen, während die Metropolregionen und Großstädte nicht nur durch Binnenzuzug, sondern mit der Bankenkrise ab 2008 und der Migrationskrise 2015 auch verstärkt junge Menschen aus dem Ausland gewinnen.

Wir leben längst nicht nur in vielfältigen Regionen, sondern handeln täglich in einem regionalspezifischen und gleichzeitig global vernetzten Kontext. Der Versuch von standardisierten Raumzuschreibungen wird den dynamischen Entwicklungen vor Ort nicht mehr gerecht. Die Zukunft von Räumen liegt deshalb nicht in der Erfüllung von Normen, sondern in der gemeinsamen Aushandlung von regionalspezifischen Entwicklungszielen und ihrer sozialgerechten Umsetzung.

Mittelstädte in Ost wie West, Nord wie Süd gewinnen seit ein paar Jahren (wieder) Zuwachs sowohl aus den Großstädten wie auch dem Umland. Günstigere Mieten gegenüber den Metropolen, aber auch gute Sozial-, Kultur- und Bildungsangebote sowie Gesundheits- und Pflegeversorgung machen sie attraktiv für Jung und Alt. Die Entwicklung von Kleinstädten fällt regional gesehen sehr unterschiedlich aus, die Spanne zwischen Schrumpfung und Wachstum ist hier am größten. Und auch das Pendlerverhalten verändert sich je nach Raum: »Ein Arbeitsplatzwachstum in Merseburg führt zum Einwohnerzu-

wachs in Leipzig, ein Arbeitsplatzwachstum in Amberg-Sulzbach zu mehr Einwohnern in Nürnberg. Die ländlichen Regionen, traditionelle Auspendlerregionen, werden auch zu Einpendlerregionen.«[8]

Wir leben also längst nicht nur in vielfältigen Regionen, sondern handeln täglich in einem regionalspezifischen und gleichzeitig global vernetzten Kontext. Der Versuch von standardisierten Raumzuschreibungen wird den dynamischen Entwicklungen vor Ort nicht mehr gerecht. In Wahrheit sind sie noch differenzierter. Die Zukunft von Räumen liegt deshalb auch nicht in der Erfüllung von Normen, sondern in der gemeinsamen Aushandlung von regionalspezifischen Entwicklungszielen und ihrer sozialgerechten Umsetzung. Eine großräumige Betrachtung ist derweil nicht ausschlaggebend für erfolgreiche regionale Entwicklungen. Auch ist die rein wirtschaftliche und infrastrukturelle Stärke eines Raumes nicht automatisch ausschlaggebend für eine bessere Zukunft. Relevant ist vielmehr die Ermöglichung von mehr eigenverantwortlichen Entwicklungsoptionen, damit eine Vielzahl von Akteur*innen die regionalspezifischen Perspektiven gemeinsam definieren und für sich und andere nachhaltig ausgestalten können.

Das erfordert, dass der Staat sich nicht aus der Fläche zurückzieht, sondern auch neue kooperative Verhältnisse zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft ermöglicht. Gleichzeitig muss die Zersplitterung in eine Vielzahl unabhängiger, oft konkurrierender Räume, Interessen und Verantwortlichkeiten überwunden werden. Arbeitsteilig zu handeln, Synergien und Ressourcen gemeinsam zu nutzen, Wissen zugänglich zu machen, gleichzeitig ein hohes Maß an Eigenverantwortung für die Ausgestaltung zuzulassen und zu fördern, wäre eine Chance vor allem für ländlich strukturschwache Räume.[9]

Raumpioniere für mehr ländliche Lebensqualität

Eine besondere Form der regionalen Kooperation auf Mikroebene sind pionierartige und zivilgesellschaftliche Netzwerke für mehr Lebensqualität in Räumen mit besonderem Bedarf an Entwicklung. »Raumpioniere« stöbern hier Probleme wie Potenziale gleichermaßen auf und entwickeln spezifische statt gängige Lösungsmuster. Sie engagieren sich für die Wasser-, Gas- und Stromversorgung, für Verkehr, Gesundheit, Schulbildung, Freizeit und Kultur. Damit bilden sie in vom Umbruch geprägten Räumen relevante Akteursgruppen, die das Potenzial haben, Perspektiven zu schaffen und den ländlichen Abwanderungsprozess abzufedern.[10]

Kultur

Regionale Kooperationen im Bereich der Kulturarbeit wirken dabei als zivilgesellschaftliches Labor für die Zukunftsfähigkeit von Gemeinschaften. Eine Region, die ihr kulturelles Leben mitgestaltet, bietet ihren Bewohner*innen zudem Grund zu bleiben. Mit diesen Überzeugungen arbeiten beispielsweise im brandenburgischen Ort Klein Leppin, 80 Kilometer nordwestlich von Berlin, Akteur*innen aus Stadt und Land an dem Projekt *Dorf macht Oper*. Seit 2003 engagieren sich Sänger*innen aus Hochschulen, Mitglieder des Rundfunk-Sinfonieorchesters Berlin und der Klein Leppiner Opernchor gemeinsam mit den Menschen der Region für das jährliche Festspiel. Als Opern- und Festspielhaus dient ein ehemaliger Schweinestall, weitere Bühnen befinden sich auf der angrenzenden Wiese. Organisiert werden die Aktivitäten vom Verein FestLand e.V., der aus dem 70-Seelen-Dorf heraus das kulturelle Stadt- und Landnetzwerk koordiniert. Der Gewinn liegt in der Belebung des Gemeinwesens durch den inklusiven Realisierungsprozess: Er beginnt jeweils im Januar mit den ersten Proben, gefolgt von einer Opernwerkstatt für Kinder an Ostern sowie

verschiedenen Projekten, die auf die Aufführung im Sommer einstimmen. Etwa 150 Aktive sind jährlich involviert; wer nicht auf der Bühne steht, hilft als Kostümbildner*in, Bühnenbauer*in oder beim Kochen.[11]

Mit den Inszenierungen werden aktuelle Gesellschaftsthemen aufgegriffen und im Ländlichen verortet. 2016 wurde *Don Quichotte* gemeinsam mit syrischen Flüchtlingen aufgeführt, 2019 ging man mit der *Schöpfung* von Joseph Haydn der Rolle des Individuums in der Gesellschaft nach. Was hier als Oper inszeniert wird, sind globale Themen, die auf die lokale Lebenswirklichkeit der Menschen treffen und mittels Musiktheater neu verhandelt werden. Mehr noch: Durch den wiederkehrenden jährlichen Austausch und die Teilhabe am Prozess entstehen nachhaltige soziokulturelle Bindungen, die mehr Lebensqualität vor Ort bedeuten.

Mobilität

Regionale Projektkooperationen zu unterstützen oder sie gar selbst zu initiieren, bedeutet, neue Sichtweisen, Gestaltungsspielräume und Verfahren zu erproben. Mehr Möglichkeiten der Vernetzung in die Verwaltung und der Abbau von Ressortdenken befördern wiederum die Umsetzung. Nicht zuletzt gilt es, für die Realisierung auch das Scheitern von Experimenten nicht zu scheuen. Das hat sich auch das Land Nordrhein-Westfalen gedacht und unterstützt die Arbeit von selbst organisierten, ehrenamtlichen Bürgerbusvereinen mit einer Organisationspauschale von mindestens 6500 Euro sowie der Anschaffung von Kleinbussen.

Bürgerbusvereine arbeiten nach dem Prinzip »Bürger*innen fahren Bürger*innen«. Sie bedienen dabei Strecken, die das Konzessionsunternehmen nicht oder nicht mehr bedient. Damit ergänzen sie das lokale öffentliche Verkehrsangebot, ersetzen es aber nicht. Das ist wichtig, da

das Prinzip auf Freiwilligkeit basiert. Da die wenigsten Bürgerbusse ihre Kosten selbst abdecken, braucht es Unterstützung durch die Gemeinden, schließlich erbringen die Bürgerbusvereine eine Leistung der Daseinsvorsorge. Der erste Bürgerbus nahm 1985 seine Fahrt auf, mittlerweile gibt es über 250 Bürgerbusvereine deutschlandweit, über 100 davon allein in Nordrhein-Westfalen. Mit der Gründung des Dachvereins Pro Bürgerbus NRW im Jahr 1999 bildete sich erstmals eine Interessensvertretung und Beratergemeinschaft, die sowohl die Entstehung neuer Vereine unterstützt als auch deren Anliegen gegenüber der Politik vertritt.

Ein anderes Beispiel zeigt, dass Carsharing nicht nur ein Thema von Städten sein muss. Nach dem Motto »Jedes Auto ist ein Anbieter« startete der Verein Vorfahrt für Jersberg e.V. in Hessen sein Angebot unter anderem mit der Nutzung eines Zweitwagens. Gegründet im Jahr 2016 baute er sein Sharingangebot in der Gemeinde aus und bietet heute Pedelecs und Lastenfahrräder zur gemeinsamen Nutzung sowie E-Fahrzeuge über einen Dienstleister an. Mitfahrerbänke ergänzen das Sharingangebot.

Gesundheit

Die Gestaltung von mehr Lebensqualität in ländlichen Regionen hängt also von der Schaffung von Synergien ab. Dazu müssen einerseits räumlich konkurrierende Interessen und Verantwortlichkeiten berücksichtigt, andererseits diese durch den Aufbau neuer Partnerschaften überwunden werden. Viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen stoßen dabei nicht selten an ihre Grenzen und verbringen mitunter Jahre im Aufbau der Projekte. Nicht wenige geben zwischenzeitlich auf. Erfolgreich sind vor allem die Kooperationen, die neue Synergien zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat aufbauen und die Verantwortung für die Regionalentwicklung teilen.

So erneut in Thüringen: Die Stiftung Landleben in Kirchheilingen unterstützt neben ihrer Stiftungsarbeit seit 2017 den Verein Landengel e.V., der ein neues, übergemeindliches Pflege- und Gesundheitskonzept umsetzt. Der zunehmend entfernte Zugang zu Gesundheits- und Pflegedienstleistungen und die schlechtere Anbindung an die gesundheitliche Primärversorgung durch den Rückbau der öffentlichen Mobilitätsstrukturen bei gleichzeitig alternder Bevölkerung vermindert die Lebensqualität. Zusätzlich fehlen Ansprechpartner*innen, die bedarfsgerecht informieren und unterstützen. Das gemeindeübergreifende Konzept Landengel will deshalb ein neues Gesundheits-, Pflege- und Versorgungsnetzwerk in der Dorfregion aufbauen. Dazu gehören ein zentrales »Landambulatorium« mit verschiedenen Gesundheitsangeboten und Dienstleistungen unter einem Dach sowie »Gesundheitskioske« als Anlaufstelle und dezentraler Treffpunkt für Versorgungsfragen der beteiligten Orte. Im Mittelpunkt des Vorhabens stehen nicht nur die Dorfbewohner*innen als Patient*innen, sondern als Bürger*innen mit Bedürfnissen nach Beratung und Austausch.

Mit Unterstützung des Freistaates arbeitet seit Januar 2019 eine »Dorfkümmerin« als Landengel für die Menschen aus der Region. Dazu führt sie regelmäßige Sprechstunden in den Dörfern durch, erarbeitet Lösungen für Probleme in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Pflege und Gesundheit und leistet Unterstützung bei bürokratischen Fragen. Mit diesem Angebot werden sukzessive bürgernahe Gesundheitsangebote etabliert. Mittelfristig soll eine Gemeindeschwester dazukommen, ergänzt durch weitere, telemedizinische und zivilgesellschaftliche Angebote. Der Verein wird beherzt und engagiert geführt und aufgebaut von Christopher Kaufmann, gelernter Krankenpfleger und Betriebswirt und mittlerweile Bürgermeister der Gemeinde Sundhausen. Das Vorhaben hat bislang 16 Partner*innen, der Verein 250 Mitglieder – Ten-

denz steigend. Etwa 300 Menschen wurden seit Januar 2019 beraten, unterstützt und versorgt. Ein Bürgerfahrservice ergänzt die Maßnahmen um Fahrangebote beispielsweise zu Arzt- und Therapieterminen oder seit 2020 auch in die städtischen Bibliotheken.

Ländlicher Raum: Nährboden für rechte Parteien?

Die hier skizzierten Entwicklungen von Stadt und Land und die strukturellen wie demografischen Herausforderungen stehen derweil nicht in einem unpolitischen Raum. Mit den zunehmend antidemokratischen Erscheinungen rückt ebenso die Frage in den Mittelpunkt, wie unter den beschriebenen Veränderungen demokratische Grundlagen unserer Gesellschaft wieder breitenwirksam als gemeinsames Interesse bewusst gemacht werden können. Das Gefühl vieler Menschen von Benachteiligung und Abgehängtsein ist durchaus ernst zu nehmen. Denn nicht die objektive soziale Lage allein habe Einfluss darauf, dass Menschen rechtsextrem eingestellt sind. Einflussreicher sei die subjektive Wahrnehmung der sozialen Lage.[12]

Eine Studie des Thünen-Instituts in Braunschweig hat anhand der Zweitstimmenergebnisse bei der Bundestagswahl 2017 untersucht, ob die Alternative für Deutschland (AfD) in ländlichen Räumen besonders erfolgreich ist.[13] Dabei wurde ein Ost-West-Unterschied auf mehreren Ebenen deutlich. Während im Osten »eher ländliche Räume« ein deutlich höheres AfD-Wahlergebnis aufwiesen, zeigte sich im Westen in »eher sehr ländlichen« und »eher urbaneren« Gemeinden ein höheres AfD-Wahlergebnis. Während für Ostdeutschland ein Zusammenhang zwischen einem hohen Pro-Kopf-Haushaltseinkommen und einem hohen AfD-Wahlergebnis festgestellt wurde, wurde im Westen ein Zusammenhang zwischen unterdurchschnittlichem Haushaltseinkommen und überdurchschnittlichem AfD-Wahlergebnis erkennbar.

Zusammenfassend ist man fast geneigt zu sagen, dass im Osten ein Kulturkampf herrscht, im Westen dagegen ein Klassenkampf.

Besonderheiten des ländlichen Raums sind jedoch seine Möglichkeiten und Ausdrucksformen für die Lebenswirklichkeiten völkischer Gruppierungen. Burgen und Schlösser, aber auch Nationaldenkmäler werden zu rechtspopulistischen Repräsentationszwecken und völkischen Gemeinschaftserfahrungen neu angeeignet.

Besonderheiten des ländlichen Raums sind jedoch seine Möglichkeiten und Ausdrucksformen für die Lebenswirklichkeiten völkischer Gruppierungen. Burgen und Schlösser, aber auch Nationaldenkmäler werden zu rechtspopulistischen Repräsentationszwecken und völkischen Gemeinschaftserfahrungen neu angeeignet.[14] Nicht ohne Grund organisierte der völkische Flügel der AfD unter dem Titel »Kyffhäusertreffen« genau an diesen Orten seine Jahrestreffen mit Bundesprominenz. Der ländlich periphere Raum bietet darüber hinaus Möglichkeiten, Gemeinschaften zu etablieren, deren Motto auf der »Blut und Boden«-Ideologie fußt. Die sogenannten völkischen Siedler unterwandern dabei vorhandene Strukturen, engagieren sich in Vereinen, der Kinderbetreuung, in Jugendangeboten, dem Natur- und Tierschutz, der Biolandwirtschaft und dem traditionellen Handwerk. Die Themen dieser Gruppierungen sind der linksalternativen und ökologischen Szene dabei sehr ähnlich. Der Einsatz kultureller Mittel dient hier jedoch einem rechtsextremen politischen Ziel: dem Aufbau einer völkischen Gemeinschaft und eines ausschließlich nach innen gerichteten nationalen Wirtschaftsnetzwerks.[15]

Die Codes und Strategien muss man lesen und erkennen lernen, um sie auseinanderhalten zu können. Die Politologin Andrea Röpke

und der Sozialökonom Andreas Speit formulieren dazu: »Die politische Raumgewinnung für antiemanzipatorische und antihumanistische Ressentiments durch alte ›Sippen‹, junge rechtsextreme Siedler und braune Ökos ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Sie beginnt im Privaten und endet nicht in den Parlamenten.«[16]

Wie schwer es im ländlich peripheren Raum ist, sich öffentlich gegen Neonazis zu positionieren, zeigt das bekannte Beispiel in Jamel, Mecklenburg-Vorpommern. Das ursprünglich aus Hamburg stammende Ehepaar Birgit und Horst Lohmeyer leistet hier seit mehr als 15 Jahren lautstark Widerstand gegen die Neonazis. Zur letzten Kommunalwahl trat Birgit Lohmeyer als SPD-Kandidatin an und verlor gegenüber dem Wahlkandidaten aus der Neonaziszene, der in den Gemeinderat einzog. Das Ergebnis zeigt, wie schwer es gerade Akteur*innen von außen haben, die sich in Dorfgemeinschaften einbringen wollen, wenn sie örtliche Vorstellungen öffentlich und kritisch hinterfragen. Homogenisierung und Sozialkontrolle innerhalb alteingesessener Gemeinschaften stehen dem ebenso entgegen wie die Skepsis gegenüber »Zugereisten« und »Expert*innen« von außen.

Deswegen ist ein Dorf jedoch noch lange nicht automatisch und insgesamt rechtsextrem. Wenn es rechtsextremistischen Akteur*innen von außen aber gelingt, Verantwortung für diese Gemeinschaft aufzubauen und sich dafür zu engagieren, können deren Positionen Wurzeln schlagen. Einsprüche von Personen, die diese Einstellungen nicht teilen, gibt es dann kaum mehr.[17]

In dieser Lage kann eine zentralistische Strukturpolitik verstärkend wirken. Nicht nur räumlich nehmen die Entfernungen zu, auch der Bezug der Lokalpolitik zur Bürgerschaft schwindet. Umso wichtiger ist es, dass sich die demokratischen Parteien, aber auch öffentliche Behörden, Verwaltungen und Institutionen, Kirchen, Schulen und Verbände nicht weiter aus der Fläche zurückziehen. Es braucht

viele »Alltagsdemokraten«, um die Demokratie zu pflegen und zu erhalten. Nachhaltige Förderungen und Beratungen sind unerlässlich, um diese Pflegenden zu unterstützen. Das betrifft nicht nur die Programme zur Demokratieförderung von Bund, Ländern oder öffentlichen Stiftungen. Auch die Unterstützung von Projekten, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt im weiteren Sinne befördern, ist bedeutsam für die Entwicklung von Räumen. Genannt seien hier die *Neulandgewinner* der Robert Bosch Stiftung oder das Programm *Trafo – Modelle für Kulturen im Wandel* der Kulturstiftung des Bundes genauso wie der Förderverein Land in Sicht aus Sachsen, in dem Künstler*innen aus Leipzig selbst vielfältige Kulturprojekte auf dem Land befördern.

Tatsächlich kommt Kunst- und Kulturprojekten eine besondere Rolle zu. Sie können den Austausch zwischen den Meinungspolen fördern, damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und gleichzeitig neue, identitätsstiftende Narrative erzeugen. Ein Beispiel dafür ist auf der Schwäbischen Alb zu finden. Die Gemeinde Hohenstein gibt es hier erst seit dem Zusammenschluss von fünf verschiedenen Dörfern. Die Dörfer haben zwar eine gemeinsame Geschichte, aber keinen Zusammenhalt als Gemeinschaft. Im Rahmen des Programms *Kunst im Dorf* des Landes Baden-Württemberg entstand daher das Projekt *HohensteinTisch* von Ulrike Böhme, das mithilfe eines wandernden Tisches – und zwölf Stühlen, die für die Gemeindevertretungen aller Ortsteile stehen – Zusammenhalt in der Gemeinschaft aufbauen will. Dazu wird der Tisch seit 2003 jährlich im Rahmen einer Feier als Gastgeschenk gemeinsam von einem Dorf zum anderen gebracht und verbleibt dort für ein Jahr symbolisch für die neue Mitte der Gemeinschaft.

Hybrides Land, hybride Stadt

Digitale Nomaden, solidarische Freizeitbauern, Landromantiker, Neo-Countrysiders, Sommerfrischler, Großstadt- und Corona-Flüchtige, sie tragen alle auf ihre Weise zur Veränderung ländlicher Räume bei, genauso wie neue Logistikhallen neben riesigen Rechenzentren und sanierungsbedürftige Shoppingmalls neben alternden Freizeitparks das Raumbild verändern. Der Städter zieht sich Auberginen, Tomaten, Gurken und Bienen auf dem Balkon, und auf dem Land wird auf dem Weg vom Büro nach Hause – oder umgekehrt – im Supermarkt auf der Wiese Rindersteak aus Argentinien zum Sonderpreis gekauft.

Über 50 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe werden heute als Nebenerwerb geführt und der Trend zum Zweitwohnsitz steigt. Zukunftsszenarien sehen die Ernährung 4.0 als chemisch simulierte Pflanzen, Proteine, Fette und Kohlenhydrate oder Menüs auf Basis von Bakterien, hergestellt von 3-D-Druckern. Food Tracker analysieren derweil Nährstoffe aus nicht verwendeter Nahrung, die für neue Produkte recycelt werden.[18]

Aus Sicht der globalen Agrarwirtschaft handelt es sich bei ländlichen Räumen keineswegs um »abgehängte« Regionen. So wird das (patentierte) Saatgut in Amerika und Asien entwickelt, die Anzucht erfolgt in Holland, der Torf stammt aus der Taiga und die Erntehelfer*innen kommen aus Osteuropa.

In der Vielfalt wird die Zukunft liegen. Das gilt für die Entwicklung unserer Siedlungsräume genauso wie für unsere Landschaften. Das wertvolle Gut Boden ist jedoch begehrt, Energie- und Nahrungsmittelproduktion, Gewerbe, Logistik- und Straßenbau, Natur-, Hochwasser-, Landschafts- und Ressourcenschutz genauso wie der Tourismus kon-

kurrieren darum. Gleichzeitig bestimmen die EU-Subventionspolitik, der globale Weltmarkt, der (gestiegene) Energiebedarf und der Klimaschutz das Gesicht der Landschaft – je nach Förderperiode. Der Acker selbst wird wiederum zunehmend Renditeobjekt internationaler Lebensmittel- und Chemiekonzerne.

Aus Sicht der globalen Agrarwirtschaft handelt es sich bei ländlichen Räumen also keineswegs um »abgehängte« Regionen. So wird das (patentierte) Saatgut in Amerika und Asien entwickelt, die Anzucht erfolgt in Holland, der Torf stammt aus der Taiga und die Erntehelfer*innen kommen aus Osteuropa.[19] Das gleiche Prinzip gilt für die Weiterverarbeitung bis hin zum Verkauf. Während die Land(wirt)schaft in globale Verflechtungen eingebunden ist, sind Besiedlung und Landschaft zunehmend voneinander entkoppelt.

Regionales Wirtschaften nachhaltig aktualisieren

Wenn wir aber von regionalen Entwicklungen zwischen Stadt und Land sprechen, müssen wir uns nicht nur mit unseren Siedlungsräumen und ihren sozioökonomischen Verbindungen zueinander beschäftigen, sondern auch mit der Entwicklung unserer Kulturlandschaften und Ressourcen. Kurz: Wie können wir besser regionaler und nachhaltiger wirtschaften?

Eine mögliche Antwort: die Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG für die Region Freiburg in Baden-Württemberg. Gegründet wurde sie im Jahr 2006 vom Gärtnermeister und Landwirt Christian Hiß mit dem Ziel eines »lokal-konvivialen Versorgungswirtschaftens«[20], das an die bäuerliche Land- und Subsistenzwirtschaft anknüpft, diese aber modernisiert. Die Regionalwert AG vergibt durch Verpachtung oder Beteiligung Startkapital an Unternehmen der regionalen Landwirtschaft, der Produktverarbeitung, Vermarktung und Dienstleistung.

Im Vordergrund der Investition steht nicht die wirtschaftliche Gewinnorientierung, sondern die sozialökologische Wertentwicklung und der Aufbau einer neuen, wirtschaftlich tragfähigen Regionalökonomie zwischen Produzenten und Konsumenten, Stadt und Land. Dazu werden mit den Unternehmen Kriterien vereinbart.

Die Entwicklung der Bürgeraktie zeigt, dass sich die Idee auszahlt: Bereits 2008 wurde eine Kapitalerhöhung durchgeführt, an der sich knapp 300 Bürger*innen mit einer Summe von über 960 000 Euro beteiligten. Eine Aktie kostet 500 Euro, die ohne die Zustimmung der Gesellschaft nicht an Dritte verkauft werden kann. Im Netzwerk der Regionalwert AG befinden sich mittlerweile über 20 sozialökologisch wirtschaftende Unternehmen der Region. Weitere Regionalwert AGs folgten in der Region Isar/Inn, Rheinland, Köln, Hamburg/Schleswig-Holstein und Berlin/Brandenburg.

Mit fortschreitender Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft entstehen jedoch auch immer größere Agrarunternehmen. Sie haben sich auf einzelne Agrarprodukte spezialisiert, die in großen Mengen direkt als Rohstoff zu Weltmarktpreisen verhandelt und verkauft werden. Gleichzeitig suchen regionale Lebensmittelunternehmen hauptsächlich vorverarbeitete Waren in größeren Mengen, die aber aus der Wertschöpfungskette der Landwirtschaft vor Ort längst ausgegliedert wurden. Die hocheffizienten Agrarunternehmen, die kaum Personal haben, aber einen umfangreichen Fuhrpark betreiben, unterliegen sehr volatilen Weltmarktpreisen und können langfristige strukturelle Änderungen aus eigener Kraft kaum vorantreiben.

Das heutige System birgt dabei wenig Resilienz bei Ernteausfall, Schädlingsbefall oder ökologisch langfristigen Schäden. Gleichzeitig verändert sich das Klima. Für Deutschland lässt sich der Wandel in Hinblick auf die Landwirtschaft mit einer veränderten Niederschlagsverteilung mit mehr Winter- und weniger Sommerniederschlägen sowie

deutlich heißeren Sommern beschreiben. Unwetter und Wetterextreme nehmen zu. Das beeinflusst auch die Grundwasserneubildung negativ – in Stadt und Land.

Wie größere konventionell wirtschaftende Agrarunternehmen sich auf eine klimaangepasste Landwirtschaft mit gleichzeitiger Stärkung der regionalen Wertschöpfung umstellen könnten, wird im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen untersucht. Die Antwort ist auch hier in einer regionalen Kooperation zu finden – und zwar zwischen den Landwirt*innen untereinander sowie den lokalen Verarbeitungsfirmen. Dazu wurde das Konzept von raumbezogenen *Klimalandschaftstypologien mit überbetrieblichem Fruchtfolgemanagement* für die Region entwickelt.[21] Der Fruchtwechsel soll hier nicht nur betriebsintern, sondern überbetrieblich und regional ausgerichtet werden, um auch bei kleineren Schlägen und der Erhöhung der Feldfruchtsortenanzahl größere Abnahmemengen der Verarbeitungsfirmen gewährleisten zu können. Dies reduziert bei den Landwirt*innen das Investitionsrisiko, weil sie erst einmal klein anfangen können, und gibt den Abnehmer*innen mehr Sicherheit durch Stabilität der Feldlieferungen, weil aus der Summe der kleinen Teile ein großes Ganzes wird. Wissen, Personal und Technik können ebenfalls geteilt werden.

Das Neue an dieser Kooperation ist jedoch, dass es nicht nur um eine von der Lebensmittelindustrie gewünschte Abnahmemenge und die allgemeine Erhöhung der Wertschöpfung geht, sondern um die ökologische und gleichzeitig sozioökonomische Stabilisierung einer klimagerechten Land(wirt)schaftsregion. Die Landschaft gibt die Regeln vor, nicht die Industrie.

Die Zukunft: Kooperative Stadt-Land-Wirte

Landschaften sind nicht nur Natur- oder Wirtschaftsräume, sondern auch kulturelle Güter, und sie sind Grundlage unserer Siedlungsstrukturen. Wie wir sie pflegen und bewirtschaften, hat entscheidende Wirkung auf unsere Raumentwicklung und das zukünftige Leben in Stadt und Land. Stadt und Land müssen deshalb wieder aus ihren Landschaften heraus neu zusammen gedacht und gestaltet werden. Eine zentrale Rolle spielt die nachhaltige Entwicklung der Land(wirt)schaft für die Versorgungswirtschaft, genauso wie die Forstwirtschaft für die Bauwirtschaft. Die Zukunft liegt hier in aktualisierten Formen der regionalen, klimagerechten Zusammenarbeit von Produktion und Verarbeitung. Damit können Wertschöpfungsketten vor Ort aufgebaut werden, die wieder direkte Bezüge zwischen Stadt, Land und Landschaft sowie zwischen Produzent*innen und Konsument*innen generieren und somit neue Perspektiven für ländliche Räume ermöglichen.

Das raumordnungspolitische Prinzip »Stärken stärken« mit Fokus auf die Metropolen steht im Konflikt mit den vielfältigen Entwicklungen von Stadt-Land-Regionen. Nicht zuletzt wird mit der Corona-Pandemie die Normalisierung dezentraler Arbeitsformen beschleunigt, die damit aufzeigen, welche vielfältigen Perspektiven das Ländliche zukünftig bieten könnte. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nicht mehr nur aus der Perspektive der Stadt zu betrachten, sondern muss regionalspezifisch ausgehandelt werden.

Differenziertere Diskurse zu den Herausforderungen des strukturellen und demografischen Wandels und der Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zeigen wiederum, dass eine neue Aufmerksam-

keit für die Entwicklung ländlicher Räume entsteht. Spätestens mit den Auswirkungen der Bankenkrise 2008, dem Einfluss populistischer Parteien und der Fridays-for-Future-Bewegung ist offensichtlich, dass das raumordnungspolitische Prinzip »Stärken stärken« mit Fokus auf die Metropolen im Konflikt mit den vielfältigen ökonomischen, ökologischen und demografischen Entwicklungen von Stadt-Land-Regionen und ihren Landschaften steht. Nicht zuletzt wird mit der Corona-Pandemie die Normalisierung dezentraler Arbeitsformen beschleunigt, die damit aufzeigen, welche vielfältigen Perspektiven des Zusammenlebens und -arbeitens zwischen Stadt und Land mittlerweile möglich sind. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist nicht mehr nur aus der Perspektive der Städte und vor dem Hintergrund standardisierter Normative zu betrachten, sondern sollte regionalspezifisch ausgehandelt und die Umsetzung vor Ort sozialgerecht ermöglicht werden.

Um neue, kooperative Raum- und Gestaltungsstrategien zu erproben, sind proaktive Landesentwicklungsinstrumente wie die hier beschriebenen *Regionalen* in Nordrhein-Westfalen oder die Internationale Bauausstellung (IBA) in Thüringen bedeutsam. Im Fall der IBA Thüringen werden unter dem Motto »StadtLand« etwa 40 Vorhaben qualifiziert, die anhand von landschafts- und baukulturellen Projekten Antworten auf regionalspezifische Fragestellungen entwickeln. Die IBA Thüringen unterstützt daher auch die Landengel in Kirchheilingen: Während die lokalen Akteur*innen sich um den Aufbau des dezentralen Gesundheitskonzeptes kümmern, gestaltet die IBA mit ihnen den Prozess der baukulturellen Umsetzung in den Gemeinden. Gemeinsam wird so raumbezogen Wissen generiert, diskutiert, verhandelt und umgesetzt. Durch die kooperative Schaffung neuer Narrative wird der gesellschaftliche Zusammenhalt sichtbar gemacht und Gemeinschaft neu gebildet. Die Größe der jeweiligen Ko-

operationen sind dabei genauso vielfältig wie es die Projekte selbst sind.

Neue regionale Kooperationen zu ermöglichen bedeutet auch, andere Standards zuzulassen, Bürokratie abzubauen und langfristigere staatliche Unterstützung zu vereinfachen. Vor allem gilt es, Akteur*innen auf gleicher Augenhöhe einen offenen Aushandlungsprozess und Ansprechpartner*innen in den Verwaltungen zu bieten. Partizipation muss man lernen, genauso wie man sie erlauben muss. Selbstständig verwaltete Regionalbudgets oder auch die Gründung von Bürgerräten in Ergänzung zu den lokalen Gremien können diese motivieren. Es ist Aufgabe demokratischer Politik, ein Spektrum von Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, damit Menschen den vielfältigen Bedingungen entsprechend lebenswerte Räume gestalten können. Die Ausgestaltung wiederum hängt von uns allen ab. Packen wir's an!

Anmerkungen

1 Zitiert nach Christian Schmid: »Urbanisierung und urbane Gesellschaft. Henri Lefebvres Thesen zur Aufhebung des Stadt-Land-Gegensatzes«, in: *Arch+* 228 (2017), S. 22–27, hier S. 27.
2 Anh-Linh Ngo: »Editorial«, in: *Arch+* 228 (2017), S. 1–3.
3 Werner Bätzing: *Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform*. München 2020, S. 153.
4 Werner Bätzing: *Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform*. München 2020.
5 Sigfried Giedion: *Raum, Zeit, Architektur: Die Entstehung einer neuen Tradition*. Berlin 1976, S. 131.
6 Stefan Rettich, Kai Dolata: »Republic of Harz: Rurale Republiken und urbane Cluster«, in: Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): *Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen*. Berlin 2019, S. 830–841.
7 Karl R. Kegler: *Deutsche Raumplanung. Das Modell der »Zentralen Orte« zwischen NS-Staat und Bundesrepublik*. Paderborn 2015.

8 Harald Simons: *Wohnen und Bauen nicht nur in Metropolen. Hintergrundpapier zum gleichnamigen Positionspapier Baukultur und dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs-und Immobilienunternehmen*. Berlin 2017, S. 6.
9 Philipp Oswalt: »Der ländliche Raum ist kein Baum. Von den zentralen Orten zur Cloud«, in: Kerstin Faber, Philipp Oswalt (Hrsg): *Raumpioniere in ländlichen Regionen*. Leipzig 2013, S. 6–16.
10 Ulf Matthiesen: »Raumpioniere und ihre Möglichkeitsräume«, in: Kerstin Faber, Philipp Oswalt (Hrsg.): *Raumpioniere in ländlichen Regionen*. Leipzig 2013, S. 153–160.
11 Christina Tast: »Dorf macht Oper«, in: Donatella Fioretti (Hrsg.): *Dorf macht Oper*. Berlin 2015, S. 3.
12 Heinrich Best, Steffen Niehoff, Axel Sahlheiser, Lars Vogel: *Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Zusammenfassung des Thüringen-Monitors*. Jena 2017, S. 9.
13 Larissa Deppisch, Andreas Klärner, Torsten Osigus: »Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?« in: *Wissen schafft Demokratie* – Ländlicher Raum 5 (2019), S. 75–87.
14 Stephan Trüby: »Rechte Räume. Über die architektonische ›Metapolitik‹ von Rechtspopulisten und Extremisten in Deutschland«, in: *Arch+* 228 (2017), S. 154–161.
15 Timo Reinfrank: »Vorwort« in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): *Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien*. Berlin o.J., S. 3.
16 Andrea Röpke, Andreas Speit: »Völkische Landnahme« in: *Arch+* 235 (2019), S. 190–195, hier S. 195.
17 Titus Simon: »Was begründet rechtspopulistische Wahlerfolge in ländlichen Räumen?« in: *Ländlicher Raum: Rechtspopulismus im ländlichen Raum. Verstehen-Sensibilisieren-Handeln. ASG-Frühjahrstagung* 2 (2017), S. 32–34.
18 Rem Koolhaas: »Future Food. Louise Fresco interviewed by Rem Koolhaas«, in: Ders.: *Countryside, A Report*. Köln 2020, S. 80–83.
19 Christian Hiß: *Regionalwertökonomie*. Vortrag vom 27.1.2017.
20 Christian Hiß: »Die Bürgeraktiengesellschaft: Kapital aus der Region für die Region«, in: *eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft* 23 (2011). Zu den aktuellen Entwicklungen vgl. auch https://www.regionalwert-ag.de/ (18.8.2020).
21 Bernhard König, Lisa-Maria Enzenhofer, Birgit Birnstingel-Gottinger: *Klima-Kultur-Landwirtschaft. 1.500 ha Zukunft Kannawurf.* Machbarkeitsstudie IBA Thüringen 2020. Vgl. auch URL https://www.iba-thueringen.de (31.8.2020).

Marktwirtschaft und demokratischer Zusammenhalt – Gegensatz oder notwendige Ergänzung?

Von Michael Hüther

Der Blick voraus in die 20er-Jahre des neuen Jahrtausends ist getrübt. Die drei großen Krisen der vergangenen Dekaden sind dabei, sowohl die Zustimmung zur Marktwirtschaft wie auch das Vertrauen in die Demokratie zu unterhöhlen. Die Verletzungen durch diese Krisen sitzen tief, der jeweils resultierende Kontrollverlust begründet eine lange nachwirkende Prägekraft. Was früher als gegenseitige Bestärkung wirkte, erscheint heute vielen als unüberbrückbarer Gegensatz und möglicher Spaltpilz gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Diese Entwicklung begann vor über zehn Jahren mit der globalen Finanzkrise, die das marktwirtschaftliche Koordinationsversprechen fundamental Glaubwürdigkeit kostete. 2015 dann die sogenannte Flüchtlingskrise, die eigentlich eine Fluchtkrise ist und die das verfassungsrechtliche Souveränitätsversprechen Deutschlands für viele in ernsten Zweifel zog. Seit dem Frühjahr 2020 stellt die Corona-Pandemie das Unversehrtheitsversprechen auf den Prüfstand, das moderne Gesellschaften jedem Einzelnen so bereitwillig geben.

Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Gesellschaft wurde durch die Finanzkrise von 2009 ursprünglich und grundsätzlich getroffen und führte zu einer dramatisch sinkenden Vertrauenskurve in das kapitalistische Wirtschaftsmodell und seine Akteure. Die beiden anderen Krisen hatten beziehungsweise haben nur peripher ökonomische Ursachen, beanspruchen die wirtschaftliche Anpassungsflexibilität aber in ganz besonderer Weise – einmal im Hinblick auf die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und derzeit die Kompensation der Folgen des Lockdowns. Waren in der Finanzkrise die Wirtschaftsakteure für den Kontrollverlust ursächlich verantwortlich, so waren es in der Fluchtkrise die politischen Entscheidungen und in der Pandemie ein exogenes Ereignis.

Globalisierung als empfundene Bedrohung

Trotz fundamentaler Unterschiede der drei Krisen finden sich zunehmend Rahmenerzählungen, welche die eigentliche Verantwortung der beiden neueren jeweils doch »der Ökonomie« und im Besonderen der ökonomischen Globalisierung zuweisen und daraus ihr unausweichliches Ende ableiten wollen. Das Unbehagen an einer intransparenten Fernbeeinflussung der heimischen Lebensumstände führt dazu, die Ursache der Fluchtkrise im Klimawandel und weniger in politischer Instabilität, Korruption sowie militärischen Konflikten in den Herkunftsregionen zu suchen und die Pandemie der (ökonomischen) Grenzenlosigkeit globaler Verflechtungen anzulasten. Das Ökonomische wird zum Treiber: Es schleife Grenzen und stelle nationale Schutzräume und Wohlstandspositionen infrage, ohne selbst einen Halt zu bieten.

Wendet man den Blick auf die Folgen der drei Krisen und darauf, wie wir mit ihnen umgehen, dann helfen jedoch stereotype Globalisierungs- und Kapitalismuskritik nicht nur nicht weiter, sie führen auf

Abwege. Statt die Gemengelage der gesellschaftlichen Bindungswirkung und die demokratische Verfahrensweise differenziert zu beleuchten, wird gerne gebetsmühlenartig die These bemüht, dass die »Schere zwischen Arm und Reich« unaufhörlich auseinandergehe und dass hier die Probleme lägen. Tatsächlich stimmt das so für die vergangenen drei Jahrzehnte für Deutschland nicht, das Bild hat deutlich mehr Graustufen als die »Schwarz-Weiß-Maler« zu sehen bereit sind: Eine wesentliche Erhöhung der Ungleichheit für die verfügbaren Haushaltseinkommen ist von 1999 bis 2005 zu beobachten – eine Phase hoher Arbeitslosigkeit und geringer werdender Aufstiegschancen, insbesondere im Osten Deutschlands (IW-Verteilungsreport 2020). Seit dem Jahr 2005 aber hat sich die Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen stabilisiert, entsprechend gilt dies für die wesentlichen verteilungspolitischen Indikatoren. Ähnlich hat sich die Armutsgefährdungsquote seit der Wende entwickelt: In den letzten drei Jahren zeigt sich eine Stabilisierung, wobei große Unterschiede zwischen Ost und West und noch größere zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu konstatieren sind. Und für die Einkommensmobilität im Lebensverlauf gilt, dass sie für die 20 Prozent am unteren Einkommensrand – insbesondere im Westen – zuletzt gestiegen ist und höher ausfällt als nach der Wende 1990. Zwischen 2009 und 2017 gelang rund 60 Prozent der Personen aus der untersten Einkommensgruppe der Aufstieg in eine höhere Gruppe, während dies von 1991 bis 1999 für 54 Prozent galt.

Besonders bedeutsam für die Entspannung dieser Verteilungslage und die verbesserten Aufstiegsperspektiven seit 2005 ist die über längere Zeit gestiegene Erwerbsintegration. Seit der Finanzkrise hat sich die Beschäftigung fortlaufend erhöht. Waren in Deutschland im Jahr 2009 fast 41 Millionen Menschen erwerbstätig, so sind es zum Jahresbeginn 2020 über 45,2 Millionen gewesen. Und lag seinerzeit die Ar-

beitslosigkeit bei 3,4 Millionen Menschen, so erreichte sie vor dem Ausbruch der Pandemie einen Wert von nur 2,2 Millionen. Dass dies alles mit guten Löhnen verbunden ist, lässt sich recht einfach an der Entwicklung der Steuern und Abgaben ablesen: Nie waren das reale Steueraufkommen je Einwohner und die gesamtwirtschaftliche Steuerquote seit 1990 höher als in den vergangenen Jahren.

Die Sorge, dass die über drei Jahrzehnte fortschreitende internationale Arbeitsteilung in den entwickelten Staaten zu dauerhafter Unterbeschäftigung – vor allem im Bereich geringerer Qualifikationen – führen könnte, hat sich für unser Land nicht bestätigt.

Die Finanzkrise konnte gemäß ökonomischer Theorie und Erfahrung unter tätiger Mithilfe der Politik in weltweit konzertierten Maßnahmen bereinigt und so der Weg frei gemacht werden für eine Phase wirtschaftlicher Erholung und Beschäftigungsintegration, die ohne inflationäre Verspannungen blieb. Die Verringerung unfreiwilliger Arbeitslosigkeit ist und bleibt das zentrale Leistungsversprechen einer funktionsfähigen Wirtschaftsordnung – und keine hat das bisher überzeugender geleistet als die Marktwirtschaft mit dem Aufbau wettbewerbsfähiger Beschäftigung. Daraus leiten sich die Möglichkeiten staatlicher Intervention und Kompensation ab, und für dieses Ziel lassen sie sich legitimieren. Die Sorge, dass die über drei Jahrzehnte fortschreitende internationale Arbeitsteilung in den entwickelten Staaten zu persistenter Unterbeschäftigung – vor allem im Bereich geringerer Qualifikationen – führen würde, hat sich für unser Land nicht bestätigt. Und auch in der Europäischen Union konnte nach zehn Jahren ebenfalls das Vorkrisenniveau an Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wieder erreicht und sogar im Positiven übertroffen werden.

Dies ist darüber hinaus in einer Zeit gelungen, in der die europäischen Gesellschaften ab Mitte des letzten Jahrzehnts durch die Fluchtmigration unter Stress gerieten. Während der Druck sich seit geraumer Zeit in den europäischen Anrainerstaaten des Mittelmeeres immer stärker aufgebaut hatte, blieb das Thema im Norden und in der Mitte Europas lange unbemerkt oder bewusst verdrängt. Schließlich explodierte die Anzahl der Migranten, sodass die Lage im Sommer 2015 eskalierte und zu einem gravierenden Kontrollverlust staatlicher Institutionen führte: Das europäische Grenzregime (Schengener Übereinkommen) und die Regelung der Zuständigkeiten im Asylfall (Dubliner Übereinkommen) waren nicht mehr zu halten, der nationale Ausnahmezustand herrschte über ein halbes Jahr. Ökonomisch ist die Gesellschaft dennoch nicht auseinandergebrochen, wie Arbeitsweltstatistiken und Verteilungsdaten gleichermaßen verdeutlichen.

In der Pandemie waren zuerst und vor allem die Nationalstaaten gefordert, es ging um die Abwehr einer drohenden gesellschaftsweiten Gefahr für das Lebenswohl einer anfangs exponentiell zunehmenden, aber für den weiteren Verlauf nicht zu prognostizierenden Anzahl von Menschen. Der temporäre Lockdown traf deshalb auf breite Zustimmung, weil er fast absolute Sicherheit verhieß.

Die Pandemie hat das Potenzial, die Gesellschaft zu spalten – auf der einen Seite die Ängstlichen, weniger Innovativen, genügsamen Entschleuniger und Globalisierungskritiker, auf der anderen die mutiger Vorwärtsschreitenden, Innovativen, flexibel Anpassungsfähigen und globalisierungsgeneigten Anpassungswilligen.

Sehr viel schwieriger erwies sich das politische Handling der Lockerung, die unweigerlich neue Risiken eröffnete. Schnell wurde deshalb

um falsche Alternativen – wie Geld oder Leben und Arbeit oder Gesundheit – gestritten und die Ökonomie gegen das Lebenswohl gestellt. Dabei musste, und muss nach wie vor, geleistet werden, was im Alltag stets zu leisten ist: Risikomanagement. Dieser Herausforderung stellen sich nach der Stillstanderfahrung nicht alle gleichermaßen. Den einen ermöglichte die Lockdown-Grenzsituation als willkommene Entschleunigung den ersehnten Ausstieg aus der dynamischen Wettbewerbswelt, den anderen hingegen schmälerte sie den Gewinn aus innovativer Arbeitsteilung oder stellte gar die ökonomische Existenzfrage.

Die Pandemie hat das Potenzial für eine gesellschaftliche Spaltung, die auf der einen Seite die Ängstlichen, weniger Innovativen, genügsamen Entschleuniger sowie Globalisierungskritiker versammelt und auf der anderen Seite die mutig Vorwärtsschreitenden, Innovativen, flexibel Anpassungsfähigen sowie globalisierungsgeneigt Anpassungswilligen. Damit mutiert der exogene globale Schock Covid-19 zu einem ökonomisch definierten Überspannungsproblem für Politik und Gesellschaft. Zwar verschieben sich die Gewichte zwischen den beiden Gruppen mit dem dynamischen konjunkturellen Verlauf hin zu den Mutigen, doch reflektiert sich dies im politischen Diskurs nur begrenzt, da Ängstlichkeit und die Präferenz unbedingter Sicherheit als Wohlstandsphänomene bis in bürgerliche Schichten hinein eine hohe positive Konnotation und Akzeptanz genießen.

»In der Krise beweist sich der Charakter« – Helmut Schmidts Worte gewinnen heute politisch eine besondere Bedeutung, da die darin enthaltene Intention für die praktische (pragmatische) Vernunft nicht mehr unumstritten ist. Nicht auf den Mut zur Veränderung, auf Zuversicht und auf wirtschaftlichen Fortschritt wird – wie von Schmidt angedacht – in der Krise selbstverständlich gesetzt, sondern ebenso auf Verzagtheit, Besitzstand und Umverteilung. Wirtschaftlicher Zusam-

menhalt und Wirtschaft werden dadurch entkoppelt, ohne dass eine Alternative mit größerer Funktionalität und Flexibilität erkennbar wäre.

Ausgehöhlte Verheißungen

Die Wachstumsverheißung und damit das Resilienzversprechen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung ist für viele zweifelhaft geworden, weil die Verzinsung des Sparkapitals kaum noch Erträge verspricht. Deutsche Staatsanleihen werden mit Blick auf ihre Sicherungsfunktion so hoch bewertet, dass die Anleger dafür einen Preis zahlen. Auch Unternehmensanleihen im besten Investment-Grade-Bereich rentieren nahe null. Wer nicht bereit ist, in risikobehaftete Wertpapiere oder privates Beteiligungskapital zu investieren, wird mit Nullzinsen auskommen müssen. Das Sparbuch ist in seiner Bedeutung als Sehnsuchtsort der Deutschen bedroht.

Die Zinsentwicklung ist jedoch kein besonderes deutsches Phänomen, sondern weltweit zu beobachten. Seit Anfang der 1990er-Jahre bewegen sich die Zinsen in nahezu allen OECD-Staaten – nominal wie real – auf die Nulllinie zu. Deshalb empfiehlt sich bei der Suche nach den Ursachen und Treibern dieser Entwicklung ein globaler Blick – der nicht nur auf die Geldpolitik abstellt: Sie allein verantwortlich zu machen, greift zu kurz, auch wenn es in Deutschland mitunter bis in bildungsbürgerliche Kreise zur Mode geworden ist, der Europäischen Zentralbank einen Angriff auf das eigene Sparbuch, gar die Enteignung der (deutschen) Sparer vorzuwerfen.

Der Zins und das darin liegende Versprechen, dass der Verzicht auf heutigen Konsum zugunsten von zukünftigem Konsum durch eine Prämie entgolten wird, besitzt eine ungeheure kulturelle und habituelle Bedeutung. Ein positiver Realzins spiegelt die Tatsache, dass Menschen

normalerweise den Gegenwartskonsum bevorzugen, also eine hohe Zeitpräferenz haben. Wer dennoch spart, wird durch den Zins für seine Vorsorgeleistung und Voraussicht belohnt. Wer nicht spart, der bekommt wenigstens ein schlechtes Gewissen, weil er wissentlich und willentlich auf diesen Zinsertrag verzichtet. Die Ethik der Sparsamkeit reagiert darauf, dass Menschen dazu neigen, zukunftsvergessen zu handeln, und erhebt das Gegenteil zur guten Norm. International dagegen differieren die Sparquoten stark und reflektieren eine unterschiedliche Bereitschaft, mit den Risiken und Herausforderungen der Zukunft umzugehen.

Es kann der kapitalistischen Wirtschaftsweise, vor allem der protestantischen Ethik (Max Weber) zugeschrieben werden, dass Sparen und Vermögensbildung sowie Investieren und Kapitalbildung – wie dies mit der industriellen Revolution möglich wurde – auch handlungsleitende Kraft entfalten konnten. Die Beharrlichkeit individueller Genügsamkeit eröffnete mit der industriellen Revolution immer breiteren Gesellschaftskreisen die Möglichkeit, an dem Produktivitätsfortschritt trotz wachsender Bevölkerung teilzuhaben und damit Raum für Ersparnis zu gewinnen. Fleiß, Arbeitsdisziplin und eine solide Vorsorge prägen seit zwei Jahrhunderten die bürgerliche Welt der Moderne und tragen damit zur wirtschaftlichen Dynamik bei: »Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.«

Das freilich beschreibt nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht der Drang, sich nicht mit den Bedingungen der Gegenwart zufriedenzugeben, sondern nach neuen Optionen zu streben, die das Leben attraktiver, berechenbarer und länger machen. Die Vision, durch die Befriedigung allenfalls latent vorhandener Wünsche und Bedarfe neue gesellschaftliche Horizonte und materielle Chancen zu eröffnen, beruht auf der Verfügbarkeit von Kapital. Dessen Angebot gründet auf der Aussicht, im Falle des Gelingens eine

besondere Prämie zu gewinnen, aber auch in der realistischen Einschätzung, dass bei Misserfolg der totale Wertverlust resultieren kann.

Die Bereitschaft, solche Risiken einzugehen, beruht auf der grundsätzlichen Zuversicht in das Gelingen menschlicher Bemühungen, mehr erreichen zu können. Das wird unterstützt durch die Einsicht, dass der Ansporn, Neues zu finden und zu erfinden, weiter und schneller voranzukommen, zur grundsätzlich menschlichen Daseinsform gehört – solange er nicht zur blanken Gier wird.

Mit diesen Erwägungen hat der österreichische Kapitaltheoretiker Eugen von Böhm-Bawerk erklärt, wann und warum es einen positiven Realzins gibt. Er sprach von der systematischen Minderschätzung künftiger Bedürfnisse (der hohen Zeitpräferenz) und von der Mehrergiebigkeit produktionstechnischer Umwege (Produktivität). Die Bedeutung beider Argumente hat sich verschoben, und zwar über alle OECD-Länder hinweg. In alternden Gesellschaften, in denen das Alter sowie der Prozess des Alterns alltäglich eine ganz andere Präsenz haben, gewinnt der Bedarf an finanzieller Vorsorge erstens eine höhere Selbstverständlichkeit; im Grenzfall werden künftige Bedürfnisse gegenüber heutigen nicht mehr geringer geschätzt. Zweitens haben sich die Investitionsbedarfe und die Produktivitätsgewinne in der digitalen Transformation verändert; während der Anteil der Investitionen in Maschinen und Anlagen in der OECD seit der Jahrtausendwende um zwei Prozentpunkte gesunken ist, stieg der Anteil der Investitionen in geistiges Eigentum um anderthalb Prozentpunkte an.

Das tradierte deutsche Verhaltensmuster des braven Sparers, der gut entgolten wird, hat keine praktische Relevanz mehr. Die hohe Sicherheitspräferenz der Deutschen – als Anleger, Investoren und Steuerzahler – wendet sich nun gegen sie.

Kurzum: Die Zeit der Kapitalknappheit scheint vorbei zu sein. Dafür und für die daraus resultierenden Niedrigzinsen sind wir weder theoretisch noch mental gut vorbereitet. Denn die Ableitung daraus bedeutet, dass die Risikofreudigen (die darauf wetten, dass die Gewinnchancen an der Börse das Risiko des Verlusts überwiegen) gegenüber den Zaghaften und Risikoaversen (die auf Sparbuch und Bundesanleihen setzen) immer größere finanzielle Vorteile erringen. Das tradierte deutsche Verhaltensmuster des braven Sparers, der gut entgolten wird, hat keine praktische Relevanz mehr. Die hohe Sicherheitspräferenz der Deutschen – als Anleger, als Investoren, als Steuerzahler – wendet sich nun erkennbar gegen sie. Mittelschicht und Mittelstand – Stabilitätsanker der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft – sehen sich bedroht.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft wird demnach nicht nur durch die Folgen der drei spürbaren Krisen der vergangenen Dekaden bedroht und belastet, sondern ebenso durch den grundlegenden ökonomischen Trend zu Niedrigzinsen, und wiederum entlang der Trennlinie zwischen Zuversicht und Mut einerseits, Sorge und Verzagtheit andererseits. Die demografische Alterung, die den Sparüberhang ganz wesentlich verursacht, verlangt entweder, dass der Staat verstärkt investitionsorientierte Kredite aufnimmt und damit das Ungleichgewicht am Kapitalmarkt ausgleicht oder dass der einzelne Anleger seine Risikoscheu aufgibt und mutiger in Aktien, Risikokapital oder privates Beteiligungskapital investiert. Während dies in anderen Gesellschaften üblicher ist, steht dem hierzulande die historisch-kulturelle Prägung durch die zwei Hyperinflationen im 20. Jahrhundert entgegen. Diese Erfahrungen haben sich mental und habituell über Generationen eingeprägt.

Selbstverwirklichung und Interdependenz im Widerstreit

Sowohl die Krisenerfahrungen der vergangenen Dekade als auch die strukturelle Verfestigung der Niedrigzinsen begünstigen einen prononcierten Rückzug in eine überbetonte Privatheit, die den öffentlichen Raum (Hannah Arendt) vor allem als verlässliche Rahmung der individuellen Lebensbedingungen sieht und der dadurch den Wunsch nach Sicherheit sowie Stabilität bedienen soll.

Damit öffnet sich ein tiefer Widerspruch zwischen den – allgemeinen – sozialen Bedingungen und den – persönlichen – Lebensgestaltungswünschen der Menschen. Denn wenn Sicherheit und Stabilität im öffentlichen Raum Priorität erhalten sollen, dann verlangt das zugleich die Bereitschaft, die individuellen Wünsche und Vorstellungen dadurch einschränken zu lassen. Die daraus folgenden Konflikte sind deshalb so bedeutsam, weil der Fortschritt bei der Gestaltung verlässlicher Öffentlichkeit durch Rechtsstaat, Sozialstaat, Gewährleistungsstaat und Daseinsvorsorge in den zurückliegenden zwei Jahrhunderten so weit vorangekommen ist, dass – wie Francis Fukuyama analysiert – nun die Stunde absoluter individueller Identitätsverwirklichung gekommen zu sein scheint.

Der Widerspruch zwischen den sozialen Bedingungen und den Lebensgestaltungswünschen der Menschen vertieft sich. Denn wenn Sicherheit und Stabilität im öffentlichen Raum Priorität erhalten sollen, dann verlangt das zugleich die Bereitschaft, die individuellen Wünsche und Vorstellungen dadurch einschränken zu lassen.

Moderne Staaten sind immer stärker durch öffentliche Infrastrukturen mit Netzwerkcharakter geprägt. Dies führt einerseits zu fortschrei-

tender, am Ende supranationaler Integration und andererseits zur Notwendigkeit, für öffentliche Systeme gemeinsame Standards zu definieren, um ihre Anschlussfähigkeit und Leistungsfähigkeit zu sichern. Die netzwerktechnischen Voraussetzungen heutiger Gesellschaften erzwingen gemeinschaftliche Lösungen dort, wo Systeme aufeinandertreffen, Abhängigkeiten entstehen und Bedingungen für das Schnittstellenmanagement definiert werden müssen. Sie wirken damit der Individualisierung entgegen.

Gleichzeitig haben die Leistungsfähigkeit des Gewährleistungsstaats und die Integrationskraft der Marktwirtschaft durch Mehrung und Sicherung des Wohlstandes immer mehr Differenzierungen in den Lebensstilen ermöglicht. Die globale informatorische Vernetzung durch die Digitalisierung hat diese Potenziale in ihrer Wirkungsmacht durch Individualisierung und sozialraumspezifische Fragmentierung der Kommunikation gestärkt. Im Ergebnis hat der wirtschaftliche Fortschritt den gesellschaftlichen Raum immer vielgestaltiger gemacht und für viele Formen der Individualisierung geöffnet.

Das ist zweifellos von hohem Wert. Das Risiko liegt dort, wo die Übersteigerung der eigenen Lebenswirklichkeit zwar nicht zur Norm für andere, aber doch zum relevanten Standard im sozialen Raum erhoben wird. Der kommunikativen Fragmentierung folgen die soziale Segmentierung und Abschottung. Die Identität der Gruppe oder Gemeinschaft wird bedeutsamer als die der Gesellschaft als Ganzes (Helmuth Plessner) und stellt damit die Funktionsfähigkeit gemeinschaftlicher Institutionen und die Wirksamkeit staatlicher Handlung infrage.

Häufig spiegelt sich diese Entwicklung in einem gesellschaftlichen Riss zwischen autochthoner Bevölkerung und Zugewanderten. Denn ein pointiertes Auftreten von Minderheiten, das den gesellschaftlichen Bindungsrahmen für die (vermeintlich) nicht gesehene und kaum ar-

tikulierte Mehrheit ignoriert, schlägt sich häufig in steigender Ablehnung der Migration nieder, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt schnell überbelasten kann. Individualität und Differenzierung, die Einheimischen grundsätzlich zugebilligt werden und ihre Identität definieren, werden bei Außenstehenden zum Stigma und führen zur Ablehnung. Die Identitätsbindung der engeren Gemeinschaft oder Gruppe im Gegensatz zur prinzipiell offenen Gesellschaft ist dabei kein grundsätzlich neues Phänomen, sondern ist vielfältig soziologisch sowie sozialpsychologisch belegt und erlangt in historischen Schüben wiederkehrend seine besondere gesellschaftsweite Bedeutung.

Moderne Gesellschaften müssen Minderheiten ernst nehmen und schützen, aber ebenso über Aushandlung und Abwägung einen Konsens über gemeinsame Ziele für alle erreichen. Nur dann kann es gelingen, über Institutionen den Ausgleich zwischen den Gruppen und Gemeinschaften zu erreichen sowie Akzeptanz für gemeinsames, koordiniertes Handeln.

Francis Fukuyama hat darauf hingewiesen, dass moderne Gesellschaften natürlich die Pflicht haben, Minderheiten ernst zu nehmen und zu schützen, dass sie aber ebenso über Aushandlung und Abwägung einen Konsens über gemeinsame Ziele für alle erreichen müssen. Nur dann kann es gelingen, über Institutionen den Ausgleich zwischen den Gruppen und Gemeinschaften zu erreichen sowie eine Akzeptanz für gemeinsames, koordiniertes, kooperatives Handeln zu erzielen. Ein wichtiger Hebel kann ein grundlegendes Verständnis von Solidarität sein, ein Verständnis, das nicht bei den Mechanismen der Umverteilung beginnt, sondern bei der Einsicht, dass es gemeinsame Standards für die infrastrukturelle Ausstattung des öffentlichen Raums braucht.

Diese scheinbare Banalität des öffentlichen Raums ist indes in ihrer basalen Voraussetzung für eine gelingende Lebensgestaltung nicht zu unterschätzen. Was dort nicht gelingt, das wird anders – über Umverteilung beispielsweise – nur begrenzt zu realisieren sein.

Die Migration der vergangenen Dekade im Sinne einer Fachkräftezuwanderung hat die politische Öffnung unseres Landes zur Einwanderungsgesellschaft motiviert und, im Sinne einer Fluchtbewegung, die politisch schwierige Aufgabe der Integration beschworen. Stets wird daraufhin gefragt, wie weit die Solidarität reicht, wenn es um den Zugang zu den Ressourcen des »eigenen« Gemeinwesens geht. Solidarität stellt plötzlich die Frage danach, »wer für wen« solidarisch ist – wer dazugehört und wer nicht, wem man im Zweifel beisteht und wem man besondere Lasten (etwa Abgaben oder eine Wehrpflicht) zumuten kann. Man kann zuspitzen: Solidarität setzt Zugehörigkeit voraus, und zwar auf beiden Seiten, bei den Gebern und bei den Empfängern. Eine »eigene« Identität der Fremden kann dann stigmatisierend und gerade nicht befreiend wirken, wie es in den gesellschaftlichen Öffnungs- und Differenzierungsprozessen der westlichen Demokratien über die vergangenen Dekaden erfahren wurde (Martha Nussbaum).

Der Vorschlag Fukuyamas, die Einbürgerung an strenge Vorschriften zu binden, setzt hier an: Dadurch schwinde die Stigmatisierung als Fremder, zugleich verlange dieses Vorgehen eine Klärung der nationalen Identität unter der Prämisse der Zugehörigkeit und nicht der der Ausgrenzung. Oft wenden sich diejenigen, die innergesellschaftlich ihre eigene Identität ganz besonders herausstellen und respektiert wünschen, gegen strenge Regeln der Einwanderung. Dahinter verbirgt sich die Einstellung, dass es eine übergreifende gesamtgesellschaftliche Identität nicht gebe. Doch schon der Wunsch, mit Minderheiten respektvoll umzugehen, kann nicht anders gedeutet werden denn als Teil einer gesellschaftlichen Identität. Dieser Widerspruch ist öffentlich zu

erörtern, weil er ungelöst die Möglichkeiten gesellschaftlicher Integration schmälert und dann gerade das verhindert, was auch diejenigen wollen, die nur individuelle Identitäten akzeptieren.

Umso mehr bedarf es vermittelnder Institutionen, die unabhängig von der jeweiligen Identität von den Menschen akzeptiert werden. Nur dann lassen sich Möglichkeiten der Solidarität mobilisieren und ausschöpfen. Diese Institutionen müssen hinsichtlich der Identitätsmuster selbst neutral sein, aber allen gewählten oder zugeschriebenen Identitäten den gleichen Status der Mitwirkung und der Beteiligung verlässlich zusagen. Tragfähig wird dieser Ansatz, wenn die vielfältigen und heterogenen gesellschaftlichen Gruppen bereit sind, diese prinzipielle Gleichstellung zu akzeptieren und nicht ihre Identität isoliert sehen wollen.

Gerne wird betont, dass zügelloser Individualismus gesellschaftlicher Solidarität entgegenstehe – gemeint ist dann regelmäßig der wirtschaftliche Egoismus. Das muss jedem plausibel erscheinen, der den methodologischen Individualismus des ökonomischen Mainstreams normativ deutet und nicht als notwendige methodische Vereinfachung versteht. Im Ökonomischen jedenfalls wirkt dem der Wettbewerb entgegen, der im Grenzfall sogar zur Enteignung des eingesetzten Kapitals führen kann, und zwar zu Recht, wenn die Wettbewerbsbedingungen fair und das Vertragsrecht diskriminierungsfrei sind. Gerade das deutsche (ordnungspolitische) Verständnis betont den Charakter der Marktwirtschaft als Wettbewerbsordnung, die als systematischer Korrekturmechanismus den Individualismus einhegt.

Doch wie ist es mit den Identitätsegoismen unserer Zeit, die sich nicht dem Wettbewerb stellen, sondern immer umfangreichere, exklusive Statusrechte verlangen, die schnell zum Vorranganspruch degenerieren können? Solidarität wird damit zur wertlosen Fiktion deklamatorischer Bekenntnisse; das emanzipatorische Versprechen durch

traditionelle Sozialpolitik kann oder soll gar nicht mehr eingelöst werden. Rechte und Pflichten gehören aber überall und für alle zusammen, um das Zusammenleben im öffentlichen Raum täglich zu ermöglichen und die dafür notwendigen gemeinsamen Institutionen zu schaffen. Über die Identität begründete gruppenspezifische Regelungen widersprechen dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Die Definition der Rechte und der Pflichten bedarf deshalb der demokratischen Legitimation.

Demokratie und Marktwirtschaft?

Die dreifache Krisenerfahrung der vergangenen Dekaden, das Umfeld persistenter Niedrigzinsen, die Identitätsegoismen moderner Gesellschaften: Die Bewältigung der darin liegenden Herausforderungen verlangt eine Antwort auf die elementare Frage, ob und inwieweit Demokratie und Marktwirtschaft sich unter diesen Bedingungen funktional zusammenfügen.

Dieses Narrativ jedoch suggeriert, dass sich zwei Feinde gegenüberstehen: das eine System beruhe auf Gemeinsinn und Kooperation, das andere auf Egoismus und Wettbewerb, und im Kampf der beiden laufe es unvermeidlich auf einen dystopischen Hybrid hinaus, eine marktkonforme Demokratie oder eine demokratiekonforme Marktwirtschaft. Einen nicht unerheblichen Beitrag zur Einschätzung, dass es nur den »Sieg« der marktkonformen Demokratie geben könne, hat die Ökonomik selbst geliefert, indem sie die historische Unbedingtheit ihres Denkens immer stärker profiliert und die sozialen Voraussetzungen des Wirtschaftssystems immer stärker beiseitegeschoben hat.

Gerade die Pandemie hat deutlich gemacht, dass der Staat in seiner ganz elementaren Funktion wirksam wurde: als Versicherung gegen Gefahren für Leib und Leben. Nichts von dem, was in den letzten Dekaden durch die ökonomische Globalisierung an Vernetzung und Marktintegration entstanden war, hat den Staat handlungsunfähig gemacht.

Nun sind Krisenzeiten immer auch Phasen, in denen sich erweist, wer kollektiv wirksam und handlungsstark ist. Gerade die Pandemie hat deutlich gemacht, dass der Staat in seiner ganz elementaren Funktion wirksam wurde: als Versicherung gegen Gefahren für Leib und Leben. Nichts von dem, was in den letzten Dekaden durch die ökonomische Globalisierung an Vernetzung und Marktintegration entstanden war, hat den Staat also handlungsunfähig gemacht oder unwirksam werden lassen. Die Souveränität des Staates zeigt sich im Ausnahmezustand ungemindert. Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat das nicht infrage gestellt. Wenngleich das Gesundheitssystem teilweise nach marktwirtschaftlichen Mechanismen funktioniert, hat sich seine besondere Förderung in Deutschland als robust, effizient, nicht-diskriminierend und wirksam erwiesen.

Mit diesem speziellen Befund ist die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Demokratie und Marktwirtschaft kompatibel sind, natürlich nicht beantwortet. Diese Frage kann man zum einen auf die normativ-konzeptionelle Ebene beziehen, zum anderen auf die systematische Wirkungsinteraktion und Legitimität beider Systeme und schließlich ebenso auf die Ebene der realen Phänomene, der Faktizität.

Beginnen wir mit dem letztgenannten Aspekt, mit den ermittelbaren Fakten, der Ebene der Faktizität: Zwar gilt unbestritten, dass die Globalisierung unerwartete Erfahrungen bringt, neue und oft nicht einfach zu durchschauende Abhängigkeiten begründet sowie Stabili-

täten infrage stellt. Doch tatsächlich zeigt die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die intensiv durch die ökonomische Globalisierung geprägt waren, dass es nicht per se oder zwangsläufig, sondern aufgrund politischen Willens zu einer Priorisierung des Ökonomischen gegenüber dem Politischen kam. Die Nationalstaaten verfügen unverändert über große Spielräume der Differenzierung, eine Angleichung der Institutionen an ökonomische Bedingungen ist weder im Guten noch im Schlechten der überragende Befund.

Das westliche Konzept der Staatlichkeit, das auf der im Westfälischen Frieden von 1648 begründeten Souveränität über das Hoheitsgebiet beruht (Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes, Grundsatz der Gleichheit der Staaten im internationalen Recht unabhängig von ihrer Größe und ihrer inneren Verfasstheit), und dessen innere Ausfüllung in den frühneuzeitlich verankerten Modernisierungsprozessen in Europa (»innere Souveränität«) tragen unverändert – auch im frühen 21. Jahrhundert. Der so verstandene Staat – der »rationale Staat« des Westens im Sinne Max Webers – dient wirksam der Sicherheit, dem Wohlergehen und der Selbsterhaltung der Bürger.

Offenkundig sind kulturelle Prägungen, habituelle Gewohnheiten und institutionelle Beharrlichkeit stärker als der Druck des Marktwettbewerbs in seinen unterschiedlichen Dimensionen. So war eine Angleichung der wirtschaftspolitischen Systeme und der regulatorischen Ordnungen allenfalls ansatzweise und nur in bestimmten Kontexten zu beobachten. Allenfalls in der Steuerpolitik hat der internationale Wettbewerb um Finanzkapital und Humankapital dazu geführt, die Steuersätze graduell anzugleichen und das Steuersystem strukturell stärker hin zu den indirekten Steuern zu verschieben. Damit haben sich aber die grundsätzlichen Unterschiede in den etablierten Volkswirtschaften hinsichtlich der Gestaltung, Ausstattung und Finanzierung der

sozialen Sicherung nicht geändert. Anders gewendet und beispielhaft: Es liegt in den USA nicht an mangelnder staatlicher Finanzkraft, dass es eine umfassende Gesundheitsversorgung auch mit Obamacare nur rudimentär gibt: Die gesellschaftliche Bereitschaft zu einer Versicherungspflicht trifft unverändert auf hohe kulturelle und mentale Hürden.

Es gibt keine zwangsläufige Erosion demokratischer Strukturen und Institutionen durch den kapitalistischen Wettbewerb. Eher lässt sich umgekehrt fragen, ob nicht die Interaktion der Systeme zu einer Stärkung beider führt und damit deren jeweilige Legitimität stärkt, weil die Defizite auf beiden Seiten kompensiert werden.

Es gibt keine zwangsläufige Erosion demokratischer Strukturen und Institutionen durch den kapitalistischen Wettbewerb. Eher lässt sich – damit sind wir beim zweitgenannten Aspekt – umgekehrt fragen, ob nicht die Interaktion der Systeme zu einer Stärkung beider führt und damit deren jeweilige Legitimität stützt, weil die Defizite auf beiden Seiten kompensiert werden. Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die Feststellung, dass die Demokratie eine zentrale Entscheidungsfindung aufweist, die grundsätzlich alle willkürfrei bindet und sich durch systematische Langsamkeit auszeichnet. Die Langsamkeit resultiert einerseits aus der Rücksicht auf die Wünsche und Ansprüche der Bürger und andererseits aus der Verfahrensgerechtigkeit mit ihrer institutionellen Bindung, die alle berechtigten Interessen auf dem Weg zur Kompromissfindung einzubeziehen versucht. Veränderungen finden inkrementell, nach Versuch und Irrtum statt, um Gesellschaften nicht zu überfordern und zu spalten.

Dagegen steht die Marktwirtschaft, in der Präferenzen dezentral artikuliert, Entscheidungen koordiniert und Handlungen angeregt wer-

den. Sie neigt dazu, schnell und wiederholt Neues hervorzubringen, das – weil es nicht auf Mehrheiten, sondern auf Kaufkraft zielt – zügig die Chance des Gelingens oder das Risiko des Scheiterns realisiert. Die Innovation des Marktes setzt die Veränderungsbereitschaft von Politik und Gesellschaft unter Druck, weil schon kleine Sprünge im zugeschriebenen Nutzen eine Zahlungsbereitschaft hervorbringen, die weniger voraussetzt als der Prozess demokratischer Mehrheitsbeschaffung.

Durch die Akzeptanz einer Innovation mittels effektiver Nachfrage ändern sich die Einstellungen und die Präferenzen der Bürger und erweitern dadurch die gesellschaftliche Bereitschaft, etwas anders zu machen als bisher. Ökonomische Innovationsimpulse können dabei sehr unterschiedlicher Art, Qualität und Quantität sein. Die Veränderungen der Haushaltstechnik – um ein alltagstaugliches Beispiel zu wählen – haben sehr weitgehend die soziale Konstruktion der Familie und damit gesellschaftliche Strukturen geändert, die sich in der Erwerbsbeteiligung, der öffentlichen Debatte, der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung niedergeschlagen haben. Der Wettbewerb und die Innovationskraft der Marktwirtschaft haben damit die Funktionsbedingungen der Demokratie – die offene, partizipative, inklusive Gesellschaft – gestärkt; freilich nicht voraussetzungslos, denn Innovationen benötigen eine prinzipielle Resonanz und Aufnahmebereitschaft.

Präferenzveränderungen finden in einer offenen Gesellschaft permanent statt, weil aus dem Zusammenspiel aus Erfahrung, Erleben und Erwartung Neubewertungen resultieren. Die demokratischen Regeln und Verfahren führen dazu, dass diese Veränderungen mit Verzögerung in politischen Entscheidungen münden.

Die Freiheit der Wahlentscheidung trifft in beiden Systemen – Demokratie und Marktwirtschaft – auf unterschiedliche Wirkungsmechanismen, die sich im Ergebnis gegenseitig zu stabilisieren vermögen. Denn die Demokratie bedarf exogener Impulse, um der Erstarrung zu entgehen, und die Marktwirtschaft bedarf des stabilen und willkürfreien Rahmens für die Wirkung ihrer Impulse.

Das grundsätzliche Versprechen der Marktwirtschaft – die Koordinationsprobleme beider Marktseiten informationseffizient und effektiv zu lösen – generiert die Erwartung auf mehr; zugleich beruht sie als System auf der impliziten Zusage, ständig etwas anders machen zu können als bisher. Freiheit der Wahlentscheidung trifft mithin in beiden Systemen – Demokratie und Marktwirtschaft – auf unterschiedliche Wirkungsmechanismen, die sich im Ergebnis gegenseitig zu stabilisieren vermögen. Denn die Demokratie bedarf exogener Impulse der Präferenzveränderung, um der Erstarrung zu entgehen, und die Marktwirtschaft bedarf der stabilen und verlässlich willkürfreien Rahmung für die Wirkung ihrer Impulse.

Wohin es führt, wenn saturierte Gesellschaften den vordergründigen Eindruck, der erreichte Wohlstand sei hinreichend und müsse nur gesichert werden, als Realität umdeuten und dabei verkennen, dass dieser Wohlstand jeden Tag neu zu begründen ist, kann man in westlichen Staaten beobachten: Der Innovationsimpuls des Wettbewerbssystems wird zunehmend als unwillkommene Störung begriffen. Das gilt umso mehr, je stärker die Märkte sich global integrieren und sich die internationale Arbeitsteilung intensiviert. Denn damit wird die Wahrnehmung befördert, einer nicht einschätzbaren Fernbeeinflussung ausgesetzt zu sein. Die ökonomische Globalisierung begründet

so ein Legitimitätsproblem für die Marktwirtschaft im naturgemäß nationalen Diskurs mit der jeweiligen Demokratie. In dem Maße, in dem die nationale Souveränität durch globale Marktintegration infrage gestellt wird, entsteht zunehmend ein Problem für das funktionale Gleichgewicht zwischen Demokratie und Marktwirtschaft. Die Antwort darauf liegt in der Etablierung supranationaler Institutionen und Regelwerke, die den Grundsatz der Willkürfreiheit auf das Miteinander von Staaten übertragen: Staatenverbünde und multilaterale Ordnung.

Demokratie und Marktwirtschaft fügen sich – damit sind wir beim erstgenannten Aspekt angelangt – auch normativ-konzeptionell zusammen, weil sie sich historisch beide in der revolutionären Epoche zwischen 1750 und 1850 herausbildeten und dem Drang entstammen, die Selbstermächtigung des Individuums kollektiv nutzbar zu machen. Beide Institutionen – Demokratie und Marktwirtschaft – sind eine »Open Access Order« und beruhen darauf, individuelle Vorteile sowie Machtpositionen bestreitbar zu machen und unter Wettbewerbsdruck – durch Parteienvielfalt oder in Märkten bei Vorherrschaft des Rechts – zu setzen. Das verweist auf einen Kodex gemeinsamer Werte: auf das Gewaltmonopol des Staates als Schutz vor illegitimer Gewalt und damit als Sicherung der Freiheit sowie auf den Rechtsstaat als Garant der Willkürfreiheit und der Verfahrensgerechtigkeit. Die moderne, mit Adam Smith aufkommende Art ökonomischen Denkens war eng verbunden mit dem politischen Liberalismus, da jeweils die Konsistenz und die Eindeutigkeit der Regeln einen ergebnisoffenen Rahmen für die Freiheit setzen.

Liberalismus und Marktkapitalismus sind untrennbar miteinander verbunden, der politische Liberalismus bleibt ohne die ökonomische Perspektive blutleer.

Liberalismus und Marktkapitalismus sind untrennbar miteinander verbunden, der politische Liberalismus bleibt ohne die ökonomische Perspektive blutleer. Das ist die Botschaft von Smith: Der Mensch kann in Freiheit und bei guten Regeln Ressourcen über Märkte bereitstellen und Wohlstand bilden. Die ökonomischen Denker der Klassik haben stets gefragt, wie das Miteinander der Menschen auskömmlich sowie gedeihlich organisiert werden könne und was dafür Bedeutung habe. Die Sorge um die Entsolidarisierung durch Marktwirtschaft ist also keine spätmodern nachvollzogene Erfahrung, sondern bereits in der theoretischen Entstehung und Reflexion des marktökonomischen Denkens selbstverständlich gewesen.

Das führt zu der zentralen Argumentation, die hilft, zwischen den beiden Extremen – der Marktkonformität der Demokratie und der Demokratiekonformität der Marktwirtschaft – zu vermitteln. Der historische Entstehungskontext legt den Gedanken nahe, dass es sich nicht nur um eine faktische, sondern ebenso um eine normative Koevolution von Marktwirtschaft und Demokratie handelt. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass Marktwirtschaft und Demokratie beide auf das Individuum und seine Entscheidungssouveränität setzen, wobei insbesondere auf die notwendige Legitimierung der Bürgerpräferenzen als Quelle gesellschaftlicher Werte durch Verfahren einer minderheitsresistenten und argumentoffenen Demokratie verwiesen wird. Als gesellschaftlicher Wert zeigt sich dabei auch die Marktwirtschaft, die deshalb die Demokratie voraussetzt, deren besondere Legitimität für den Eingriff in Präferenzen der Bürger sich aus dem Wettbewerb als dem dafür zugrunde liegenden Verfahren ergibt.

Identitätsegoismus darf unsere Gesellschaft nicht spalten

Der Blick voraus in die 20er-Jahre des neuen Jahrtausends ist getrübt. Wenn freilich Marktwirtschaft und Demokratie weder normativ noch faktisch einen Gegensatz markieren, sondern ein konstruktives Miteinander, dann verschiebt sich die Sorge, die aus den drei Krisen der letzten Dekaden erwächst: Die diagnostizierte gesellschaftliche Spaltung muss im öffentlichen Raum beantwortet und kuriert werden, indem Wege gefunden werden, den Identitätsegoismus in einer verantwortlichen Freiheit durch Ordnung und Stabilität einzuhegen. Marktwirtschaft und Demokratie greifen dafür grundsätzlich ineinander. Und machen den Blick in die Zukunft zuversichtlicher.

Der Feststellung, dass politischer und ökonomischer Liberalismus gemeinsamen Wurzeln und Werten entspringen und eine normative Koevolution durchlebt haben, sollte indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies nicht zu jeder Zeit, also in allen gesellschaftlichen Entwicklungsphasen in der europäischen Moderne der Fall war. Es gab Zeiträume, in denen waren zwar die Bürgerrechte durch Verfassung und Rechtsstaat weitgehend gewährleistet, eine politische Partizipation aber nur sehr begrenzt möglich. Die heutigen Demokratien sind im 19. Jahrhundert durch einen langen Entwicklungsprozess gegangen, im 20. Jahrhundert gab es Perioden, in denen die Demokratie an Zuspruch, Unterstützung und Stärke verlor. Im noch jungen 21. Jahrhundert erleben wir dies – nicht ohne Erstaunen – erneut: Das freiheitliche Versprechen auf Selbstbestimmung hat an Glaubwürdigkeit verloren, weil seine Verwirklichung mehr voraussetzt, gerade beim Einzelnen.

Demokratien mussten und müssen einerseits lernen, keine Gruppen auszuschließen, und andererseits prüfen, mit welcher Regulierungslogik sie sinnvollerweise in das ökonomische Geschehen intervenieren, um die potenziellen Synergien von Demokratie und Marktwirtschaft für das Kollektiv wie das Individuum umzusetzen.

Demokratien mussten und müssen einerseits lernen, keine Gruppen auszuschließen, und andererseits prüfen, mit welcher Regulierungslogik sie sinnvollerweise in das ökonomische Geschehen intervenieren, um die skizzierten potenziellen Synergien von Demokratie und Marktwirtschaft für das Kollektiv wie das Individuum faktisch werden zu lassen. Beide Makrosysteme beruhen darauf, dass bei prinzipieller Gleichheit aller Teilnehmer niemand strukturell ausgeschlossen wird und es deshalb einer fairen Repräsentation sowie effektiver Instrumente der Teilhabesicherung bedarf. Dies gilt heute umso mehr, da das Gefühl der Machtlosigkeit unter der Fernbeeinflussung durch Globalisierung, Digitalisierung, Migration und Pandemie zunimmt.

Diesem zweifachen Anspruch der freiheitlichen Ordnung – im Politischen wie im Wirtschaftlichen – stehen die skizzierten Herausforderungen entgegen, die zu einer Spaltung der Gesellschaft entlang ungewohnter Linien führen: nicht entlang von Einkommensunterschieden oder Verteilungsfragen, wie sie bis hin zur These des Verteilungskampfs debattiert wurden, sondern entlang von Haltungen zur Gesellschaft, zur Zukunft, zur Identität und zur Fremdheit. Die Frage nach wirtschaftlicher Dynamik und Zusammenhalt in Staat sowie Gesellschaft muss deshalb aus den tradierten ideologischen Disputen befreit werden. Die Frage, wie marktwirtschaftliche Dynamik und ge-

sellschaftliche Kohäsion sich zusammenfügen, steht unter anderen Voraussetzungen, als dies gewöhnlich diskutiert wird.

Damit wird der Sozialstaat nicht obsolet, nur liegt in seinem weiteren Ausbau nicht die Antwort auf die hier beschriebenen Herausforderungen. Zumal das deutsche System der sozialen Sicherung grundsätzlich in den zurückliegenden Dekaden mit Blick auf den volkswirtschaftlichen Strukturwandel, die wachsende gesellschaftliche Heterogenität und die demografische Alterung stabilisiert wurde und deshalb selbst stabilisierend wirkt. Die demokratische Qualität der deutschen Republik muss sich im Sinne von Hannah Arendt daran messen lassen, ob es durch Verfassung und Politik gelingt, die Freiheit des Einzelnen im sozialen und ökonomischen Kontext zu sichern. Das ist der Sinn von Politik. Daran ist angesichts der anders gelagerten sozialen Spaltung besonders zu erinnern. Freiheit muss als voraussetzungsstarkes interpersonelles Bezugssystem wirken.

Stabilität und Resilienz der Ordnungen und Leistungssysteme werden nur zu sichern sein, wenn der individuelle Beitrag zum Kollektiven nicht als Absage, sondern als Voraussetzung der Individualität gesehen wird. Es geht um die Vermittlung individueller Identität, aber ebenso um die Einhegung des Identitätsegoismus.

Stabilität und Resilienz der Ordnungen und Leistungssysteme werden nur zu sichern sein, wenn der individuelle Beitrag zum Kollektiven nicht als Absage, sondern als Voraussetzung der Individualität gesehen wird. Das stark gesunkene institutionelle Vertrauen – vor allem in den neuen Bundesländern – ist dafür eine besondere Hürde. Es geht deshalb um staatliche Leistungsverlässlichkeit bei den klassischen öffentlichen Gütern, der Daseinsvorsorge und des Gewährleistungs-

staats. Optimismus ist begründet, weil die ökonomische Globalisierung dem nicht entgegensteht, sondern nur dadurch nachhaltig möglich wird. Gestiegen ist freilich der Druck, die staatlichen Systeme zukunftsfähig zu machen, was einerseits die nachhaltige Finanzierung relevanter öffentlicher Güter erfordert und andererseits das leichtgängige Ineinandergreifen der föderalen Handlungsebenen, wie es sowohl in der Fluchtkrise als auch in der Pandemie deutlich wurde.

Es geht ebenso um die Verlässlichkeit unserer demokratischen Verfahren. Das verlangt den selbstbewussten, vor allem aber verantwortungswilligen Bürger, der aus Einsicht und Emotion das Vertrauen in die Institutionen des Staates gewinnt. Dazu muss das Gespräch im öffentlichen Raum geführt werden. Die deliberative Demokratie, die Jürgen Habermas vor vier Jahrzehnten ins Gespräch brachte, gewinnt eine neue Bedeutung, nicht als zusätzlicher Transmissionsweg vorhandener Meinungen und Einstellungen in die legislativen Prozeduren, sondern als zivilgesellschaftlicher Austausch über die Bedingungen und Perspektiven des alltäglichen öffentlichen Raums, wie er von Hannah Arendt skizziert wurde. Die Verantwortung des Einzelnen geht damit explizit über Haftung und Selbstverantwortung hinaus und bezieht sich auf die tägliche Mitverantwortung für das Gemeinsame: Die von Martha Nussbaum so bezeichneten »Praktiken der Hoffnung« – Künste, Zweifel, Religion, Protest, Gerechtigkeit – gewinnen so an Relevanz.

Menschen benötigen nach den erlebten Kontrollverlusten und dem beharrlichen Bedeutungszuwachs der Zukunft mehr als Koordinationsroutinen und pauschale Wohlstandsversprechen. Es muss gelingen, den Bedarf der Menschen den heutigen Bedingungen angemessen zu adressieren, der sich aus dem Verlust übergeordneter institutioneller, emotionaler und religiöser Bindungen sowie deren Ersatz durch individualisierte Freiheitsräume ergeben hat. Es geht um die Vermittlung individueller Identität, aber ebenso um die Einhegung des Iden-

titätsegoismus. Dabei hilft, dass die Suche nach einer Besserung der Lebensbedingungen und einer Erhöhung der Partizipationschancen den marktlichen Wettbewerb mit dem politischen Wettbewerb um Präferenzen der Bürger eint. Das Ringen um die Ausgestaltung guter staatlicher und guter ökonomischer Ordnung kommt nie an einem ruhenden Endpunkt an. Nun sind wir in einer Phase, die Investitionen in den physisch greifbaren und ideell wirksamen öffentlichen Raum erfordert: selbstverantwortlich disziplinierter zivilgesellschaftlicher Diskurs sowie angemessene Leistungsfähigkeit und Innovationskraft des Staates.

Literatur

Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. 10. Auflage. München 2011.

Francis Fukuyama: *Identity. Contemporary Identity Politics and the Struggle for Recognition*. London 2018.

Jürgen Habermas: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung/Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt am Main 1981.

Michael Hüther: »Public Valley: Marktwirtschaft und Demokratie in der digitalen Transformation«, in: Udo Di Fabio (Hrsg.): *Die Politische Ideologie des Silicon Valley*. Tübingen 2020.

Michael Hüther, Matthias Diermeier, Henry Goecke: *Die erschöpfte Globalisierung. Zwischen transatlantischer Orientierung und chinesischem Weg*. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 2019.

Martha Nussbaum: *Königreich der Angst. Gedanken zur aktuellen politischen Krise*. Darmstadt 2019.

Helmuth Plessner: *Die Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus*. Frankfurt am Main 2002.

Maximilian Stockhausen, Mariano Calderón: *Stabile Verhältnisse trotz gewachsener gesellschaftlicher Herausforderungen*. IW-Verteilungsreport 2020. IW-Report Nr. 8, Köln.

Max Weber: *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. Vollständige Ausgabe eingeleitet von Dirk Kaesler. 4. Auflage. München 2013.

Carl Christian von Weizsäcker: »Die normative Ko-Evolution von Marktwirtschaft und Demokratie«, in: *Ordo – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* 65 (2014), S. 13–44.

Carl Christian von Weizsäcker, Hagen Krämer: *Sparen und Investieren im 21. Jahrhundert: Die Große Divergenz*. Wiesbaden 2019.

Meinungsvielfalt braucht Meinungsfreiheit

Über die Grenzen des Sagbaren und die Toleranz der Vielfalt

Von Susanne Schröter

In der Bundesrepublik Deutschland erleben wir zurzeit eine Debatte um Sprechweisen und die Grenzen des Sagbaren, die sich stark aufheizt. Dabei geht es um Begriffe, die als politisch korrekt oder unkorrekt verstanden werden, um politische und gesellschaftliche Sachverhalte, die artikuliert werden können oder auch nicht, und welche Themen in der Wissenschaft erforscht werden dürfen. Während einige der Ansicht sind, dass unsere Gesellschaft an einem Zuviel der Meinungsfreiheit kranke und Reden, die als diskriminierend empfunden werden, durch strikte Maßnahmen unterbinden möchten, sprechen andere von einem Klima der Angst, in dem es zunehmend schwieriger werde, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen, ohne von Repression betroffen zu sein.

Paradoxerweise fallen die Diskussionen um Sprachregulierung und Einschränkungen der Meinungsfreiheit mit einer zunehmenden Diversität unserer Gesellschaft zusammen. Deutschland wird vielfältiger, doch der Meinungspluralismus schwindet. Debattenkulturen aus

den USA oder Großbritannien, die um »Safe Spaces« oder Maßnahmen zur Verhinderung von »Mikroaggressionen« kreisen, kommen mit einiger Verspätung bei uns an und künden von der Sehnsucht nach einer diskriminierungsfreien Realität und einer von Anstößigem bereinigten Rede. Neue und sich ständig verändernde Termini, deren Bedeutung nur noch Eingeweihten vertraut ist, schließen diejenigen aus, die sich nicht bereits durch einen purifizierten Duktus als Mitglieder einer bestimmten Diskursgemeinschaft offenbart haben.

Paradoxerweise fallen die Diskussionen um Sprachregulierung und Einschränkungen der Meinungsfreiheit mit einer zunehmenden Diversität unserer Gesellschaft zusammen. Deutschland wird vielfältiger, doch der Meinungspluralismus schwindet.

Während das linke, liberale und bürgerlich-konservative Milieu im Ausdruck bis vor Kurzem durch eine zunehmende Floskelhaftigkeit der Rede glänzte, polterten Extremisten jedweder Couleur in anderen abgeschlossenen Zirkeln ungehemmt gegen jede Form von politischer Korrektheit. Nicht nur im Internet verbreiten sie antisemitische, rassistische, muslim-, frauen- und homosexuellenfeindliche Ansichten, sprechen dem politischen Gegner seine Menschlichkeit ab und rufen oft genug dezidiert zu Gewalt auf. Dass sie damit Erfolg haben, zeigen Anschläge und enttarnte Anschlagsvorbereitungen, Morddrohungen und Übergriffe auf Menschen, die von diesem Hass betroffen sind.

Die Frage, ob die Meinungsfreiheit eingeschränkt werden muss, um Gewalt zu verhindern, ist daher legitim. Wie weit solche Einschränkungen gehen sollten, steht auf einem anderen Blatt. Vor allem, wenn es nicht um Extremismen geht, sondern um Auffassungen, die aus anderen Gründen delegitimiert werden.

Der lange Weg zur Meinungsfreiheit

Die Freiheit, eine persönliche Meinung in Wort, Schrift und Bild zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu unterrichten, stellt ein in der Verfassung verankertes Grundrecht dar. Es schließt auch die Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit ein. Historisch betrachtet sind diese Freiheitsrechte späte Produkte der kulturellen Evolution, wenngleich das Streben nach Freiheit bereits in früheren Zeiten evident war. Der britische Philosoph John Stuart Mill (1806–1873) hielt den Freiheitswunsch sogar für einen Bestandteil der menschlichen Natur und seine Entfaltung für die notwendige Grundlage individueller und gesellschaftlicher Entwicklung.

Dass aus einem Freiheits*wunsch* ein verbürgtes Freiheits*recht* entsteht, ist keine Selbstverständlichkeit. Kritik an der Obrigkeit und die Infragestellung der herrschenden Ordnung waren in der Vergangenheit lebensgefährlich. Das galt vor allem den Zweifeln an religiösen Dogmen. Durch Inquisitionstribunale und Hexenprozesse wurden in Europa Tausende Menschen gefoltert und hingerichtet, die man der Häresie bezichtigte. Die Wissenschaft hatte sich dem christlichen Weltbild zu beugen. Wer naturwissenschaftliche Erkenntnisse vorlegte, die diesem widersprachen, wurde im besten Falle genötigt abzuschwören.

Mit der beginnenden Neuzeit stand nicht nur die Repression gegen unliebsame Weltauffassungen in voller Blüte, sondern es entwickelte sich parallel dazu ein Bewusstsein für den Wert von Freiheitsrechten. Moses Mendelsohn (1729–1786), ein wichtiger Vertreter der jüdischen Aufklärung, plädierte für die Religionsfreiheit und Immanuel Kant (1724–1804) wetterte in seinem berühmten Aufsatz »Was ist Aufklärung?« im Jahr 1784 gegen die Zensur. Im liberalen England wurde die Rede- und Meinungsfreiheit zwar bereits seit 1689 gewährt – jedoch ausschließlich für Parlamentarier. Danach ging es steil bergauf. 1789 wurde die amerikanische *Bill of Rights* verabschiedet, die auf einer Vor-

läuferversion aus Virginia basierte, und im gleichen Jahr die französische *Erklärung der Menschen und Bürgerrechte*. Beide verankerten die Meinungsfreiheit der Bürger zumindest auf dem Papier.

Heute ist das Recht auf Meinungsfreiheit sowohl in der 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedeten *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* als auch in der *Europäischen Menschenrechtskonvention* verankert. In die Praxis wurde es jedoch nur in wenigen Teilen der Welt umgesetzt.

In Deutschland wurde die Meinungsfreiheit als Folge des französischen Einflusses in einigen Staaten des Rheinbundes durchgesetzt, später aber wieder zurückgenommen. Bis zur Gründung der Bundesrepublik gab es stets Phasen, in denen sie gewährt wurde, und andere, in denen Zensur stattfand, häufig verbrämt als notwendige Einschränkung, um dem Wohl von Individuen und Gesellschaft zu dienen. Die Paulskirchenverfassung von 1848 und die Weimarer Reichsverfassung enthielten klare Artikel zur Meinungs- und Pressefreiheit. Während der Zeit des Nationalsozialismus waren diese, wie alle Freiheitsrechte, außer Kraft gesetzt. Heute ist das Recht auf Meinungsfreiheit sowohl in der 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedeten *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* als auch in der *Europäischen Menschenrechtskonvention* verankert.

In die Praxis wurde es jedoch nur in wenigen Teilen der Welt umgesetzt. In vielen muslimisch geprägten Ländern ist die Meinungsfreiheit beispielsweise durch Blasphemiegesetzgebungen empfindlich eingeschränkt. Wer beschuldigt wird, den Islam, den Koran oder den Propheten Mohammed beleidigt zu haben, muss mit drakonischen Strafen rechnen. In Indonesien wurde der Bürgermeister von Jakarta, Basuki

Tjahaja Purnama, nachdem er als Christ von Islamisten angegriffen worden war, im Jahr 2017 wegen einer konstruierten Blasphemieklage abgesetzt und zu einer Haftstrafe verurteilt; in Pakistan verurteilte ein Gericht im Jahr 2010 die Christin Asia Bibi aufgrund eines angeblichen Blasphemievorwurfes zum Tode. Nach acht Jahren Haft wurde das Urteil revidiert und sie konnte das Land verlassen. Salman Taseer, der damalige Gouverneur des Punjab in Indien, und der Minister für Minderheiten, Shahbaz Bhatti, wurden ermordet, weil sie die Freilassung der jungen Frau gefordert hatten. Aktuell sollen mehr als 70 Personen wegen eines Verstoßes gegen den Blasphemieparagraphen in Pakistan inhaftiert sein.

Auch jenseits solch öffentlich aufsehenerregender Fälle steht es weltweit nicht zum Besten um die Meinungsfreiheit. In vielen Ländern werden Presse und Internet zensiert, Journalisten bedroht und angegriffen, verschwinden Oppositionelle in Gefängnissen. Dem jährlich erscheinenden Bericht von *Reporter ohne Grenzen* zufolge bestehen die größten Defizite in Asien und Russland, in großen Teilen Afrikas und einigen Staaten Lateinamerikas. Selbst in Europa, so die Organisation, habe sich die Situation verschlechtert, wofür autoritäre Parteien verantwortlich gemacht werden. Die ersten vier Plätze einer Liste derjenigen Länder mit der größten Pressefreiheit belegen Norwegen, Finnland, Dänemark und Schweden; Deutschland liegt auf Platz 11. Einschränkungen von Freiheitsrechten dienen angeblich stets höheren Zielen. Für den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan stand eine Verschärfung der Kontrolle von Onlinediensten, die im Juli 2020 vom türkischen Parlament verabschiedet wurde, im Dienst des Kampfes gegen die »Unmoral«.

Der Staat als Meinungspolizist?

Aus diesen Gründen also sollte sorgfältig geprüft werden, wenn Forderungen erhoben werden, die Meinungsfreiheit zu beschneiden, um vermeintlich »richtige« Ziele durchzusetzen. Beispielsweise, wenn Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Minderheiten berührt werden. In Italien wurde im Juli 2020 ein Gesetzentwurf debattiert, der Homophobie unter Strafe stellen soll, da Homosexuelle nachweisbar massiver Gewalt ausgesetzt sind. Gegner des Vorhabens, zu denen besonders die katholischen Bischöfe gehören, argwöhnten, dass damit katholische Positionen von Zensur betroffen sein könnten. Sie argumentieren mit der Angst vor einer Einschränkung der Meinungsfreiheit. Man könne strafrechtlich belangt werden, so fürchteten sie, wenn man die katholische Definition von Familie öffentlich vertrete. Rechtlichen Schutz vor Gewalt und Verunglimpfung gäbe es ohnehin bereits.

Ähnliche Diskussionen um die Kontrolle sogenannter Hassrede im Internet werden derzeit auch in Deutschland geführt. Besonders das Netzwerkdurchsetzungsgesetz findet ein geteiltes Echo. Es zielt auf Anbieter sozialer Netzwerke im Internet und erlegt ihnen auf, die Verbreitung von Hassreden zu unterbinden sowie auffällige Akteure dem Bundeskriminalamt zu melden. Bei Zuwiderhandlungen werden hohe Bußgeldzahlungen verhängt. Kritiker befürchteten die Etablierung einer kaum kontrollierbaren Zensurinfrastruktur und einen Angriff auf elementare Bürgerrechte.

Faktisch sprechen diejenigen, die eine stärkere Kontrolle fordern, nahezu ausschließlich vom Rechtsextremismus. Aber ist es nicht einsichtig, warum Islamismus nicht ebenso wie Rechtsextremismus auf der Agenda derjenigen steht, die Hassreden in den sozialen Netzwerken einzudämmen versuchen.

Juristisch gesehen sind Einschränkungen der Meinungsfreiheit auch ohne Zusatzgesetze möglich. Die Meinungsfreiheit gilt nämlich nicht schrankenlos und ist an spezielle Bedingungen geknüpft. Sie kann beispielsweise beschnitten werden, wenn ihr Gebrauch andere Rechtsgüter verletzt. Die Europäische Menschenrechtskonvention nennt unter anderem die nationale und öffentliche Sicherheit, den Schutz vor Straftaten oder die Rechte anderer. Ein Staat ist daher legitimiert, das Recht auf die Verbreitung der eigenen Meinung bei denjenigen einzuschränken, die es für Hassreden und Aufrufe zur Gewalt missbrauchen. Theoretisch müsste dies also jede Art des Extremismus tangieren. Faktisch sprechen diejenigen, die eine stärkere Kontrolle fordern, aber nahezu ausschließlich vom Rechtsextremismus.

Verständlich wird diese Fokussierung, wenn man sich die jüngsten Gewalttaten aus dem rechtsextremen Spektrum vor Augen führt. Am 19. Februar 2020 wurden bei Angriffen auf zwei Shishabars in Hanau neun Menschen erschossen. Am 9. Oktober 2019 versuchte ein schwer bewaffneter Mann, die Synagoge von Halle zu stürmen. Sein Ziel war es, unter den dort Jom Kippur feiernden Juden ein Massaker anzurichten. Als er an der verschlossenen Tür scheiterte, tötete er eine Passantin und einen Gast in einem türkischen Imbiss. Am 2. Juni 2019 wurde in Kassel der Regierungspräsident Walter Lübcke erschossen. Alle Täter waren Rechtextremisten. Zwischen 2000 und 2007 ermordeten Mitglieder des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds zehn Personen, neun Migranten und eine Polizistin. Hinzu kommen zahlreiche Brandanschläge auf Flüchtlingseinrichtungen und Morddrohungen gegen Personen des öffentlichen Lebens.

Das rechtsextreme Spektrum umfasste nach Angaben des Verfassungsschutzes im Jahr 2019 32 080 Personen. Allerdings verzeichnet das Amt auch 28 020 Islamisten. Immer wieder werden Anschlagspläne enttarnt, wie im November 2019 in Offenbach. Ein Mitglied der örtlichen

salafistischen Szene hatte ein Attentat auf eine Gaststätte vorbereitet, bei dem er nach eigenen Angaben viele »Ungläubige« töten wollte. Im selben Monat wurde in Berlin ein syrischer Staatsangehöriger festgenommen, nachdem er sich in einer mit dem sogenannten Islamischen Staat (IS) sympathisierenden Chatgruppe über die technischen Details zur Durchführung eines Anschlags ausgetauscht hatte. Wenige Monate zuvor wurden im Rhein-Main-Gebiet mehrere Männer festgenommen, die ebenfalls vorhatten, wahllos Menschen zu ermorden. Hinzu kommen Rückkehrer aus den Kriegsgebieten in Syrien und dem Irak, die sich dem IS angeschlossen hatten und über militärische Erfahrungen verfügen. Nicht immer verlief alles so glimpflich. Im Jahr 2016 wurden fünf Anschläge erfolgreich durchgeführt, darunter derjenige auf den Berliner Weihnachtsmarkt.

Gewaltbereite Islamisten haben zur Meinungsfreiheit ein gespaltenes Verhältnis. Einerseits nutzen sie die Freiheitsrechte für ihre Zwecke, andererseits bekämpfen sie die Ansichten liberaler und progressiver Muslime, Ex-Muslime und muslimischer Kritiker des Islamismus wegen angeblich »falscher« Islamvorstellungen.

Gewaltbereite Islamisten organisieren sich in starkem Maße in sozialen Netzwerken. Zur Meinungsfreiheit haben sie ein gespaltenes Verhältnis. Einerseits nutzen sie die Freiheitsrechte für ihre Zwecke, andererseits bekämpfen sie liberale und progressive Muslime, Ex-Muslime und muslimische Kritiker des Islamismus wegen ihrer angeblich »falschen« Islamvorstellungen. Als Seyran Ateş im Jahr 2017 in Berlin die liberale Ibn Rushd-Goethe Moschee gründete, erhielt sie noch in der Nacht mehr als 100 Morddrohungen aus den sozialen Netzwerken. Dass solche verbalen Angriffe ernst zu nehmen sind, weiß man, weil wieder-

holt Menschen ermordet wurden, denen eine Beleidigung des Islam oder Mohammeds vorgeworfen worden war.

Dem Regisseur Theo van Gogh wurde 2004 in Amsterdam auf offener Straße die Kehle durchtrennt. Er hatte, zusammen mit der aus Somalia stammenden Autorin Ayaan Hirsi Ali, einen Film über sexuelle Gewalt gegen muslimische Frauen produziert. Der Zeichner Kurt Westergaard, der eine Mohammed-Karikatur für die dänische Zeitschrift *Jyllands Posten* anfertigte, überlebte nur knapp einen Mordanschlag. Er steht unter Polizeischutz. Die Redaktion des Pariser Satiremagazins *Charlie Hebdo* wurde 2015 durch ein dschihadistisches Kommando ausgelöscht, weil man sie der Verunglimpfung des Islam bezichtigte. Das erste im Westen bekannte Opfer des islamistischen Terrors war der Schriftsteller Salman Rushdie, dem man Blasphemie vorgeworfen hatte. Ayatollah Khomeini hatte 1989 in einer Fatwa zu seiner Ermordung aufgerufen und dem potenziellen Mörder eine Million Dollar Belohnung in Aussicht gestellt. Khomeini starb wenige Monate nach Verkündung, doch von Entspannung ist keine Rede. Das Kopfgeld wurde mittlerweile auf vier Millionen Dollar erhöht.

Diese Ereignisse zeigen auch in Deutschland Wirkung. Während Papst-Karikaturen keinerlei Aufsehen erregen und die Komödie *Das Leben des Brian* zum Kultklassiker werden konnte, ist hierzulande äußerste Vorsicht geboten, wenn es um Kritik am Islam geht. Aus Furcht, ins Visier radikaler Islamisten zu geraten, übt man sich allenthalben in Selbstzensur. Allzu Verfängliches erscheint weder im Fernsehen oder Kino, noch ist es Thema von Ausstellungen oder Publikationen. Die Satire spart das Muslimische sorgsam aus. Sachbuchautoren wie Hamed Abdel-Samad oder Ahmad Mansour, die ihre kritische Perspektive nicht selbst zensieren, zahlen dafür den hohen Preis eines Lebens ohne Freizügigkeit und unter ständiger Polizeibegleitung. Aus all diesen Gründen ist es nicht einsichtig, warum Islamismus nicht ebenso wie Rechtsex-

tremismus auf der Agenda derjenigen steht, die Hassreden in den sozialen Netzwerken einzudämmen versuchen.

Kampfbegriffe im Meinungsstreit

Insgesamt scheint die Bestimmung dessen, was durch Maßnahmen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit eingedämmt werden soll, unzureichend ausbuchstabiert und zu einem gewissen Grad zufällig zu sein. Es ist eklatant, dass die vier Kategorien des Extremismus, die das Bundesamt für Verfassungsschutz auflistet (rechts, links, islamistisch und ausländisch), unterschiedlich bewertet werden, ohne dass dafür nachvollziehbare Kriterien vorliegen. Hinzu kommt, dass diejenigen, die Einschränkungen der Meinungsfreiheit fordern, mit Begriffen arbeiten, die nicht klar definiert, sondern von medienstarken gesellschaftlichen Gruppen stetig neu mit Bedeutungen aufgeladen werden.

Rassismus ist der wohl wichtigste Begriff der gegenwärtigen Debatte. Ursprünglich bezeichnete er die Kategorisierung von Menschen aufgrund bestimmter äußerer Merkmale von »Rassen«. In der Geschichte legitimierten rassistische Ideologien Sklaverei und viele andere Formen extremer Gewalt und Ausbeutung, da den rassistisch Abgewerteten die Menschenwürde abgesprochen wurde. Klassische Beispiele rassistischer Gesellschaften sind der südafrikanische Apartheidstaat und die USA bis in die 1960er-Jahre hinein. In diesen Gesellschaften war der Rassismus Staatsideologie. Eine gesetzlich verordnete Rassentrennung untersagte es Schwarzen, neben Weißen im Bus oder Restaurant zu sitzen. Wohngebiete waren getrennt, Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten für die schwarze Bevölkerung starken Restriktionen unterworfen. Heute gibt es weder in Südafrika noch in den USA einen derartigen Staatsrassismus. Dafür haben Bürgerrechtsbewegungen gesorgt.

In Deutschland stand Rassismus historisch zunächst im Kontext des Kolonialismus und später des Nationalsozialismus, der den Antisemitismus zur zentralen Staatsideologie machte. Heute stellt das Grundgesetz unmissverständlich klar, dass diese Zeiten vorbei sind. »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, besagt der erste Artikel. »Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt«. Der staatlich legitimierte Rassismus gehört also auch in Deutschland der Vergangenheit an.

Das heißt allerdings nicht, dass es keinen Rassismus mehr gibt. Rassistische Vorurteile halten sich in den Köpfen der Bevölkerung bekanntlich länger als in Gesetzbüchern. Wenn sie bei Personen auftreten, die staatliche Machtpositionen innehaben, wie beispielsweise Polizisten oder Richter, dann wohnt dem eine zusätzliche Brisanz inne. Daher muss in einem Rechtsstaat besonders eindringlich darauf geachtet werden, dass Repräsentanten des Staates die Gesetze beachten. In den USA gibt es ganz offensichtlich nach wie vor rassistische Haltungen innerhalb der Polizei, doch diese Problematik lässt sich nicht umstandslos auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen.

Antirassistische Aktivisten sprechen gern von einem »institutionellen« oder »strukturellen Rassismus«. Damit sind etwa Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungssektor und eine geringe Repräsentation in Bereichen gemeint, die mit Status, Einfluss oder Wohlstand assoziiert werden. Kurz: Es geht um soziale Ungleichheit. Unbestritten lassen sich bei bestimmten Gruppen der Gesellschaft schlechtere Bildungsabschlüsse nachweisen. Auch sind jene Gruppen seltener in den Vorstandsetagen von Großkonzernen anzutreffen. Doch ist das bereits Rassismus? Historisch war Rassismus, wie dargelegt, an die Idee von »Rassen« gebunden, und »Rassen« wiederum wurden – wenn man den Antisemitismus ausnimmt – durch Hautfarben konstruiert. Aus diesem Grund haben Verweise auf das Schwarzsein oder

Weißsein in der gegenwärtigen Antirassismusdebatte durchaus ihre Berechtigung. In den USA sind Schwarze stärker von Armut betroffen als Weiße. Doch lässt sich das auf Deutschland übertragen? Verlässliche empirische Befunde, dass Schwarze in Deutschland in Schulen, Universitäten oder auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden, gibt es bis dato nicht. Sicherlich ist dies bei Geflüchteten aus afrikanischen Ländern der Fall, was dann aber primär auf mangelnde Bildung und Sprachkenntnisse zurückzuführen ist. Schwarze Menschen beklagen allerdings Beleidigungen im öffentlichen Raum. Das sind Indikatoren eines persönlichen Rassismus, aber kein strukturelles Problem.

Fast immer wird das Eigene als das Bessere verstanden, und nicht selten schreibt man dem Fremden negative Attribute zu oder betrachtet es mit feindseligen Gefühlen. Wäre dies bereits Rassismus, dann müsste Rassismus zum Menschsein an sich gehören und jegliche Versuche, ihn einzudämmen oder abzuschaffen, wären zum Scheitern verurteilt.

Außer dem Konzept des »strukturellen Rassismus«, das eine ungebrochene Kontinuität von der Kolonialzeit bis zum heutigen Tag impliziert, wird gegenwärtig die These eines »Rassismus ohne Rassen« oder eines »kulturalisierten Rassismus« in die Debatte eingebracht. Was ist damit gemeint? Der Migrationsforscher Mark Terkessidis bezeichnet bereits die Unterscheidung zwischen einer »Wir-Gruppe« und einer Gruppe von Anderen als rassistisch. Ich halte das für eine problematische These. Als komparativ arbeitende Ethnologin weiß ich, dass diese Unterscheidung zwischen dem Eigenen und dem Fremden eine anthropologische Konstante darstellt. Es gibt keine Gesellschaft, die diese Unterscheidung nicht vornimmt. Mehr noch, fast immer wird das Ei-

gene als das Bessere verstanden, und nicht selten schreibt man dem Fremden negative Attribute zu oder betrachtet es mit feindseligen Gefühlen. Wäre dies bereits Rassismus, dann müsste Rassismus zum Menschsein an sich gehören und jegliche Versuche, ihn einzudämmen oder abzuschaffen, wären zum Scheitern verurteilt.

Doch diese globale Perspektive haben weder Terkessidis noch andere Vertreter dieses Konzepts mitbedacht. Sie zielen vielmehr explizit auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft oder – wenn der Bogen weiter gespannt wird – auf westliche Gesellschaften. Deren Mitgliedern wird unterstellt, Angehörige von Minderheiten aufgrund ihrer Kultur, Religion oder anderer Merkmale zu klassifizieren und zu stigmatisierten. Zweifellos gibt es Menschen, die andere pauschal abwerten. Doch dies gilt weder für die gesamte Mehrheitsgesellschaft, noch ist es etwas für Mehrheiten Spezifisches.

Wenn sich die Gelegenheit bietet, diskriminieren in Deutschland lebende Minderheiten auch öfter Angehörige der Mehrheit – sofern diese in der Unterzahl sind. Evident ist außerdem, dass Minderheiten sich gegenseitig abwerten. Man denke nur an Kurden und Armenier, an Jesiden und orientalische Christen, die sich primär von Angehörigen derjenigen Gruppen drangsaliert fühlen, die in ihren Heimatländern das Sagen haben, in Deutschland aber zu den Minderheiten gehören. Wissenschaftler wie Kemal Bozay weisen seit Jahren darauf hin, dass Rassismus und Rechtsextremismus bei ultranationalistischen türkeistämmigen Minderheiten in Deutschland nicht nur auf individueller Ebene vorkommt, sondern straff organisiert ist. Im gegenwärtigen Rassismusdiskurs wird dies sorgsam ausgeblendet, weil es der Vorstellung eines ausschließlich »weißen« westlichen Problems zuwiderläuft. Dazu passt, dass die Autorin Kübra Gümüşay in ihrem Buch *Sprache und Sein*, das zurzeit als Offenbarung eines poetischen Antirassismus gefeiert wird, zur antirassistischen Bildung im Schulunterricht die Lektüre eines

Schriftstellers vorschlägt, der zuvor als Islamist und Antisemit aufgefallen war und in einem seiner Werke aufgerufen hatte, Aleviten, Jesiden und Drusen zu vernichten.

Statt sich dem Problem des Rassismus in all seiner Vielfältigkeit ernsthaft zuzuwenden, bevorzugen viele Antirassismusaktivisten einen einfachen Weg und arbeiten an einer Purifizierung der Sprache, an einer Reglementierung der Alltagskommunikation und an der Konstruktion neuer Feindbilder.

Statt sich dem Problem des Rassismus in all seiner Vielfältigkeit ernsthaft zuzuwenden, bevorzugen viele Antirassismusaktivisten einen einfachen Weg und arbeiten an einer Purifizierung der Sprache, an einer Reglementierung der Alltagskommunikation und an der Konstruktion neuer Feindbilder. Dabei kommt es zu einer ungeahnten Renaissance der Bedeutung körperlicher Merkmale. Die Kategorie »schwarz« wird dabei von der Hautfarbe gelöst und kann jetzt auch von Personen angeeignet werden, die oder deren Vorfahren aus Asien, Lateinamerika oder Ozeanien stammen. Die solchermaßen konstruierte Gemeinsamkeit sehr unterschiedlicher Personen besteht primär darin, sich selbst als »nicht weiß« zu definieren und dadurch an ein Unterdrückungsnarrativ anzuschließen, das sie selbst als Ausgeschlossene markiert. Dafür steht der Begriff »People of Color«, der zwar mit dem Element der Farbe spielt, tatsächlich jedoch allgemein für eine Minderheitenposition steht. Als theoretischer Hintergrund dieser neuen Kategorisierungen von Menschen gelten die sogenannte postkoloniale Theorie und der intersektionale Feminismus.

Die postkoloniale Theorie ist ursprünglich eine von Intellektuellen aus den ehemaligen Kolonien getragene Strömung, die Wissenschaft, Li-

teratur und politischen Aktivismus miteinander verband und eine kritische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte einforderte. Unter anderem ging es dabei um die Entzauberung der westlichen Überlegenheitsrhetorik, mit der koloniale Herrschaftsverhältnisse gerechtfertigt worden waren.

Einer der wichtigsten Vertreter war der Literaturwissenschaftler Edward Said, der mit dem Gegensatzpaar »Orient« und »Okzident« arbeitete und in einer 1978 erschienenen Monografie westlichen Forschern, Malern und Literaten vorwarf, das Zerrbild eines Orients als defizitäres Gegenbild des Westens erschaffen zu haben. Das Verhältnis zwischen Okzident und Orient sei das einer Herrschaftsbeziehung, schrieb er, wobei der dominante Westen den Orient als gleichermaßen bedrohliches wie exotisch-verführerisches Anderes konstruiert habe. Das Ergebnis dieses Schöpfungsprozesses spiegele den Überlegenheitsanspruch des Westens über den Orient wider und liefere die Rechtfertigung für koloniale und postkoloniale Formen der Herrschaft über ihn.

Den Vertretern der postkolonialen Theorie geht es schon lange nicht mehr allein um die analytische Bewältigung der Kolonialzeit, sondern um die Beschreibung der Gegenwart. Dass der Westen maßgeblich auf der Ausbeutung des »globalen Südens« basiere und sich orientalisierender und rassistischer Konstruktionen des »Anderen« bediene, um seine Hegemonie abzusichern, gehört zu ihren zentralen Paradigmen.

Saids Thesen wurden mittlerweile vielfach wegen seiner schwachen Datenbasis und seiner plakativen Schlussfolgerungen kritisiert, doch der »Orientalismus« stellt noch immer eine der wichtigsten Denkfiguren der postkolonialen Theorie dar. Ihren Vertretern geht es schon lange

nicht mehr allein um die analytische Bewältigung der Kolonialzeit, sondern um die Beschreibung der Gegenwart, die in mehrfacher Weise als ungebrochenes Kontinuum der Vergangenheit verstanden wird. Die Idee, dass der Westen maßgeblich auf der Ausbeutung des »globalen Südens« basiere und sich orientalisierender und rassistischer Konstruktionen des »Anderen« bediene, um seine Hegemonie abzusichern, gehört zu ihren zentralen Paradigmen. In den USA, in denen der Postkolonialismus zuerst an den Universitäten Fuß fasste, verband er sich in den 1960er- und -70er-Jahren mit der Bürgerrechtsbewegung schwarzer Aktivisten. Vor dem Hintergrund eines grassierenden Rassismus gegen Afroamerikaner entstand auch die Metapher des »Schwarzen« als diskriminiertem Anderen gegenüber einem diskriminierenden »Weißen«, das in der neuen Antirassismusbewegung virulent geworden ist.

Der »intersektionale Feminismus« geht auf eine Abspaltung in der internationalen Frauenbewegung zurück, die sich unter dem Einfluss postkolonialer Theoretikerinnen und schwarzer Bürgerrechtlerinnen in den USA entwickelte. Diese kritisierten das universalistische Paradigma »weißer« Feministinnen, da es ihren eigenen Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus nicht mitberücksichtige. Diejenigen, die sich im »globalen Süden« verorteten, bezeichneten sich als »Women of Color« und legten damit den definitorischen Grundstein für die Kategorie der »People of Color«. Statt einer Orientierung auf Frauenrechte und die Unterdrückungskategorie »Geschlecht« forderten sie die Berücksichtigung weiterer Kategorien, insbesondere »Klasse« und »Rasse« – letztere im Sinne von »nicht weiß«. Da sowohl die postkoloniale Theorie als auch der Feminismus immer bürgerliche Bewegungen blieben, führte die Betonung von »Klasse« weder zu einem eigenen Klassenstandpunkt noch zur Herausbildung einer identitären Gruppe, wie es bei »schwarzen Frauen« oder »Women of Color« geschah.

Die postkoloniale Theorie wie der intersektionale Feminismus beanspruchen eine radikale Kritik bestehender Herrschaftsverhältnisse, die sie als rassistisch, westlich, weiß und patriarchalisch definieren. Die Dekonstruktion gesellschaftlicher Asymmetrien kann ihrer Ansicht nach nur von denen geleistet werden, die davon als Opfer betroffen sind.

Sowohl die postkoloniale Theorie als auch der intersektionale Feminismus beanspruchen eine radikale Kritik bestehender Herrschaftsverhältnisse, die sie als rassistisch, westlich, weiß und patriarchalisch definieren. Die Dekonstruktion gesellschaftlicher Asymmetrien kann ihrer Ansicht nach nur von denen geleistet werden, die davon als Opfer betroffen sind. Bereits im Jahr 1978 verfasste die Soziologin Maria Mies ein methodisches Postulat, in dem sie eine Abkehr vom wissenschaftlichen Primat der Objektivität forderte. Wissenschaftlerinnen, die sich nicht in den Dienst einer Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen begeben wollten, sollten sich mit den Nöten und Wünschen der Beforschten identifizieren und sich ihre Sichtweise zu eigen machen.

Nur Frauen können über Frauen forschen, war das daraus abgeleitete Programm der Frauenforschung, nur Frauen seien autorisiert, über Frauen zu sprechen. Postkolonial und intersektional erweitert hieß dies, nur Schwarze seien legitimiert, über Schwarze zu sprechen, nur People of Color dürften über People of Color sprechen und so fort. Mittlerweile wurden weitere Merkmale in das intersektionalistische Tableau integriert, darunter unter anderem homosexuell, transsexuell und muslimisch.

Die aus dem Letztgenannten abgeleitete Diskriminierungskategorie nennt sich »antimuslimischer Rassismus« oder »Islamophobie«. Da

ich selbst Erfahrungen mit Zuschreibungen des »antimuslimischen Rassismus« machen musste, möchte ich hier eine persönliche Geschichte einflechten, die illustriert, wie gut Gemeintes in einer kruden Repressionspose enden kann.

Im Mai 2019 veranstaltete ich an der Goethe-Universität Frankfurt eine Konferenz zum Thema »Das islamische Kopftuch. Symbol der Würde oder der Unterdrückung?«. Auslöser war eine Ausstellung im Museum für angewandte Kunst, die die islamisch begründete Verhüllung des weiblichen Kopfes und Körpers unter dem Aspekt der Mode zeigte. Gegen diese Ausstellung protestierten feministische Musliminnen, die in ihren Heimatländern erlebt hatten, wie Frauen und Mädchen mit außerordentlicher Gewalt gezwungen wurden, sich den islamistischen Bekleidungsvorschriften unterzuordnen. Seit Monaten rebellierten damals Frauen im Iran gegen die Diktatur der religiösen Elite, indem sie das staatlich verordnete Kopftuch ablegten, ein Bild mit dem Mobiltelefon machten und es im Internet veröffentlichten. Wurden sie entdeckt, drohte ihnen Folter, Inhaftierung und weitere drakonische Strafen. Zeitgleich mit der Ausstellungseröffnung wurde die Anwältin Nasrin Sotoudeh, die diese Frauen verteidigt hatte, zu 38 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt. In anderen Ländern sperrte man unverhüllte Frauen ebenfalls ins Gefängnis, schüttete ihnen Säure ins Gesicht, schor ihnen den Kopf kahl, verprügelte oder vergewaltigte sie.

Mir erschien die einseitige Darstellung der islamisch begründeten weiblichen Verhüllung als »Modest Fashion«, wie sie die Ausstellung zeigte, angesichts dieser Befunde nicht vertretbar, ja als zynisch. Ein begleitender mehrtägiger Workshop am Museum löste das Problem nicht auf, da die geladenen Musliminnen das Kopftuch als ein Zeichen des Empowerments anpriesen. Von Kritik an Zwangsverschleierungspraxen war keine Rede.

Mein Anliegen war daher, im Rahmen des *Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam*, das ich seit 2014 leite, die bislang unterrepräsentierten Aspekte der Thematik zu diskutieren. Für die Konferenz wurden ein muslimischer Theologe und eine kopftuchtragende muslimische Theologin eingeladen, um das Publikum über koranische Aussagen zu Bekleidungsvorschriften zu informieren. Eine ebenfalls kopftuchtragende muslimische Verbandsvertreterin sollte erörtern, warum sie das Kopftuch für eine von Gott auferlegte Pflicht hielt, während einer säkularen türkeistämmigen Wissenschaftlerin die Gegenposition zufiel. Die Rolle einer entschiedenen Kopftuchgegnerin war Alice Schwarzer zugedacht, eine Schulleiterin sollte über ihre Erfahrungen mit kopftuchtragenden Mädchen im Schulalltag berichten und ich selbst plante einen Beitrag über weibliche Mode in der islamischen Welt des 20. Jahrhunderts. Meine Assistentin – ebenfalls Kopftuchträgerin – moderierte.

Im Vergleich zu den eingangs genannten Veranstaltungen empfand ich diese Konferenz als ausgewogen und war daher umso überraschter, als ich von einer Instagram-Kampagne gegen mich erfuhr, in der unter dem Hashtag »#Schroeter–raus« gefordert wurde, die Konferenz abzusagen und mich aus der Universität zu entfernen. Die Argumentation war schlicht. Man warf mir »antimuslimischen Rassismus« vor, kritisierte, dass ich als Nichtmuslimin Stellung zu einem »muslimischen Thema« bezog und Kopftuchkritikerinnen eingeladen hatte. Ganz offensichtlich hatte ich gegen das Dogma verstoßen, dass nur Betroffene autorisiert seien, über den Gegenstand zu sprechen, von dem sie sich betroffen fühlen.

Nachdem zunächst gerätselt wurde, wer denn hinter dieser anonymen Aktion stünde, bezeichneten sich die Aktionistinnen und Aktionisten später als »Studis gegen rechte Hetze«. Da sie das Logo der Goethe-Universität verwendeten, wurde der Eindruck suggeriert, es

handele sich um Studierende der Universität, an der auch ich lehre. Spätere Recherchen zeigten jedoch, dass es weder Studierende noch primär Frankfurter waren, die sich zusammengefunden hatten. Eine kleine Demonstration zählte weniger als 20 Teilnehmende, und sowohl der ASTA als auch die Universitätsleitung verteidigten gegenüber der Presse die Wissenschaftsfreiheit. In den Medien empörten sich Journalisten aller politischen Lager über den Versuch, die Meinungsfreiheit an einer deutschen Universität einzuschränken, und eigentlich hätte ich mich zufrieden zurücklehnen können.

So absurd die Vorwürfe auch waren, hatten sie jedoch Konsequenzen, die ich mir vor einem Jahr nicht hätte vorstellen können. Immer wieder erlebe ich, dass man mich mit dem Verweis auf eben jene Konferenz rufschädigend als »antimuslimische Rassistin« denunziert, gegen Einladungen meiner Person zu Podiumsdiskussionen und Vorträgen vorzugehen oder meine wissenschaftliche Arbeit zu behindern versucht. Manchmal lassen sich diese Angriffe durch Diskutieren positiv wenden. Das geschah beispielsweise im Februar 2020 an der Universität Marburg. Dort hatte eine Gruppe linker Organisationen, von denen einige die Begriffe des intersektionalen Feminismus und der »People of Color« im Namen trugen, gegen eine Veranstaltung mobil gemacht, auf der ich über den politischen Islam sprechen sollte. Eine Resolution, mit der man eine Rücknahme der Einladung erreichen wollte, war mit »antimuslimischem Rassismus keine Bühne bieten« betitelt.

Die »linke Fachschaft« des einladenden Fachbereichs hielt jedoch dagegen und setzte sich für die Durchführung des Vortrags ein. Auch die einladenden Professorinnen blieben standhaft hinsichtlich des Wagnisses einer möglicherweise eskalierenden Veranstaltung. An die Diskussion in der vollkommen überfüllten Universitätsbibliothek erinnere ich mich gerne. Sie war erwartungsgemäß kontrovers, aber respekt-

voll, und alle bemühten sich, gute Argumente für ihre jeweiligen Positionen vorzutragen. So kann und sollte Universität meiner Meinung nach sein.

Mit den Begriffen des »antimuslimischen Rassismus« und der »Islamophobie« werden gegenwärtig Kritik am Islamismus, das heißt an einer illiberalen und antidemokratischen Spielart des Islam verunglimpft. International werden sie von der in Saudi-Arabien ansässigen Islamischen Weltliga, der iranischen Führung und einem Kreis um den türkischen Präsidenten Erdoğan verwendet.

Mit den Begriffen des »antimuslimischen Rassismus« und der »Islamophobie« werden gegenwärtig Kritik am Islamismus, das heißt an einer illiberalen und antidemokratischen Spielart des Islam, verunglimpft. International werden sie von der in Saudi-Arabien ansässigen Islamischen Weltliga, der iranischen Führung und einem Kreis um den türkischen Präsidenten Erdoğan verwendet. In der Türkei hat sich die AKP-nahe Stiftung Seta dabei besonders hervorgetan. Unter ihrer Schirmherrschaft erscheint jährlich ein »European Islamophobia-Report«, in dem liberale Muslime, Islamismuskritiker und oppositionelle türkische Journalisten zusammen mit Rechtsradikalen an den Pranger gestellt werden.

Im Jahr 2019 wurde auch mir sowie anderen kritischen Wissenschaftlern und muslimischen Aktivisten wie Mouhanad Khorchide, Necla Kelek, Kenan Güngör, Kamel Daoud, Ahmad Mansour und Seyran Ateş die zweifelhafte Ehre zuteil, in die Liste der Islamophoben aufgenommen zu werden. Es ist nachvollziehbar, dass Islamisten und illiberale Eliten in der islamisch geprägten Welt versuchen, sich gegen

Kritik zu immunisieren und »Islamophobie« und »antimuslimischen Rassismus« als Delikt der Hasskriminalität zu einem Strafdelikt machen wollen. Dass die Begriffe aber selbst in Deutschland oft unhinterfragt übernommen werden, ist fatal, weil dadurch Antidemokraten in die Hände gespielt und die Meinungsfreiheit ausgehöhlt wird.

Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit zugleich!

Eine pluralistische Gesellschaft braucht Meinungspluralismus, wenn sie Probleme, die alle betreffen, gemeinsam lösen möchte. Gegenwärtig entzünden sich Kontroversen vor allem in der Migrations- und Islamdebatte, dem Diskurs um Rassismus oder um Geschlechtergerechtigkeit. In allen genannten Feldern ist die Meinungsfreiheit nicht gefährdet, soweit es Eingriffe seitens des Staates betrifft. Wenn Repressionen berücksichtigt werden, die auf einer nicht staatlichen Ebene erfolgen, sieht dies anders aus.

Ich habe einige persönliche Beispiele geschildert, um zu verdeutlichen, wie Denunziationen verlaufen und welche Wirkungen sie zeigen. Ich selbst hatte stets das Glück, dass sich Studierende, Universitätsleitungen und Veranstalter für die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit aussprachen und mir den Rücken stärkten. Das war bei anderen Kollegen aus der Wissenschaft nicht der Fall. Denunziationen und Mobbing benötigen keine Fakten. Ein vager Verdacht, einige Schlagworte oder die Abstempelung, jemand sei »umstritten«, reichen oft aus, um eine Person öffentlich zu beschädigen.

Das betrifft nicht nur die Wissenschaft. Einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2019 zufolge gaben 78 Prozent der Befragten an, sich zu bestimmten Themen gar nicht oder nur mit Vorsicht zu äußern. Andere Umfragen kamen zu ähnlichen Ergebnissen. Viele Menschen haben Angst vor Rufschädigungen und

den damit verbundenen Konsequenzen, die durchaus existenzbedrohend sein können.

Dass selbst vollkommen absurde Vorwürfe zum Auslöser für Diskriminierungen werden können, zeigen darüber hinaus Beispiele aus dem Ausland. In Großbritannien traf es jüngst den schwarzen Labour-Abgeordneten Trevor Phillips, der jahrelang Vorsitzender einer Kommission für Menschenrechte und Gleichstellung war. Er hatte den Umstand, dass ein Viertel aller britischen Muslime die Einsetzung der Scharia forderten, öffentlich problematisiert, genauso wie den Missbrauchsskandal von Rotherham, bei dem zwischen 1997 und 2013 etwa 1400 Mädchen von britisch-pakistanischen Banden vergewaltigt, verkauft und zur Prostitution gezwungen worden waren. Behördenmitarbeiter hatten systematisch weggesehen, weil sie fürchteten, als Rassisten denunziert zu werden. Phillips wurden seine klaren Worte zum Verhängnis: Die Partei, der er drei Jahrzehnte lang angehört hatte, schloss ihn aus. In den USA geriet Steven Pinker, Professor für Psychologie und Linguistik an der Harvard-Universität, unter den Druck von Personen, die seine Absetzung als Mitglied der *Linguistischen Gesellschaft Amerikas* forderten. Sie warfen ihm vor, Menschen, die unter rassistischer und sexistischer Gewalt litten, nicht ernst zu nehmen. Die Petition wurde nach vielfachen Solidaritätsbekundungen abgelehnt.

In den Feuilletons wird nicht nur über Straßenumbenennungen und Denkmalstürze gestritten, sondern auch darüber, ob westliche Wissenschaften wegen rassistischer, antisemitischer und frauenfeindlicher Äußerungen ihrer Vordenker abzulehnen sind, ja ob nicht schon das Rekurrieren auf die Vernunft eine nicht akzeptable Priorisierung westlicher Werte sei.

Nachdem diejenigen, die von numerisch meist überschaubaren antirassistischen oder intersektionalen Lobbygruppen beschuldigt wurden, jahrelang nur selten auf Unterstützung hoffen konnten, sind Gegenreaktionen mittlerweile deutlich vernehmbar. An den Universitäten schließen sich Wissenschaftler zusammen, um die Verengung von Forschung und Lehre auf vermeintlich politisch korrekte Themen zu verhindern, und in den Feuilletons ist eine hitzige Debatte um die Aufklärung und ihre Konsequenzen entbrannt. Dabei wird nicht nur über Straßenumbenennungen und Denkmalstürze gestritten, sondern auch darüber, ob westliche Wissenschaften wegen rassistischer, antisemitischer und frauenfeindlicher Äußerungen ihrer Vordenker abzulehnen sind, ja ob nicht auch das Rekurrieren auf die Vernunft bereits eine nicht akzeptable Priorisierung westlicher Werte sei.

Der moralisch aufgeladene Furor löst auf der anderen Seite Hohn und Spott aus. Der Schriftsteller Maxim Biller machte sich jüngst in der Wochenzeitung *DIE ZEIT* über »retromuslimisch anmutende Überempfindlichkeit« und »zensurgeile Kleinbürger« lustig und erste Stimmen raunen bereits von einer Selbstabschaffung der Geisteswissenschaften. Was die einen als notwendige Durchsetzung der Perspektive derjenigen bezeichnen, die von Diskriminierung betroffen sind, sehen die anderen als linke Identitätspolitik. Unübersehbar kristallisieren sich Pole der Debatte heraus, die sich unversöhnlich gegenüberstehen.

Gespräche zwischen den Lagern tun not, wenn man keine tiefgreifende Spaltung der Gesellschaft in Kauf nehmen möchte. Versuche, unliebsame Stimmen zu verbannen, sind kontraproduktiv. Probleme verschwinden nicht deshalb, weil man nicht mehr über sie spricht, und Diskussionen werden nicht gestoppt, wenn man Themen und Positionen als unmoralisch diskreditiert. Sie verlagern sich lediglich in geschlossene Räume, in sogenannte Echokammern. Hier können sie dann ohne Einspruch absonderliche Blüten treiben.

Natürlich ist die Meinungsfreiheit nicht grenzenlos. Einschränkungen extremistischer Propaganda und menschenverachtender Rhetorik sind legitim und notwendig. Doch man sollte genau darauf achten, wo Grundrechte gefährdet sind, die zu den Fundamenten unserer Demokratie gehören.

Literatur

Hamed Abdel-Samad: *Aus Liebe zu Deutschland: Ein Warnruf*. München 2020.

Enes Bayrakli, Farid Hafez: »European Islamophobia Report 2019«, in: SETA – Foundation For Political, Economic And Social Research. Berlin 2019. URL https://www.islamophobiaeurope.com/wp-content/uploads/2020/06/EIR_2019.pdf (19.10.2020).

Maxim Biller: »Das eiskalte Aufklärungsmanifest«, in: *DIE ZEIT* vom 4.6.2020. URL https://www.zeit.de/2020/24/identitaetspolitik-opfergruppen-zensur-kunst-moral (19.10.2020).

Kemal Bozay, Thomas Rammerstorfer, Thomas Schmidinger, Christian Schörkhuber: *Grauer Wolf im Schafspelz. Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft*. Grünbach (A) 2012.

Bundesamt für Verfassungsschutz: *Rechtsextremistisches Personenpotenzial.* URL https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-rechtsextremismus/zahlen-und-fakten-rechtsextremismus/rechtsextremistisches-personenpotenzial-2019 (19.10.2020).

Kübra Gümüşay: *Sprache und Sein*. München, Berlin 2020.

Renate Köcher: »Grenzen der Freiheit. Der Raum für die Meinungsfreiheit wird kleiner, so sieht es eine Mehrheit der Bürger. Denn mehr Themen werden zu Tabuzonen«, in: *FAZ* vom 23.5.2019. Dokumentation unter URL https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/user_upload/FAZ_Mai2019_Meinungsfreiheit.pdf (19.10.2020).

Ahmad Mansour: *Solidarisch sein! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass*. Frankfurt am Main 2020.

Maria Mies: »Methodische Postulate zur Frauenforschung-dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen«, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, (7) 1984, Heft 11, S. 7–25.

Reporter ohne Grenzen: *Rangliste der Pressefreiheit. Journalistinnen und Journalisten unter Druck von vielen Seiten*. URL https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/rangliste-2020 (19.10.2020).

Edward Said: *Orientalismus*. Frankfurt am Main 2009.

Mark Terkessidis: *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*. Bielefeld 2015.

Migration als Demokratietest

Wie wir ihn bestehen können

Von Reiner Klingholz

Im Jahr 2019 gab die Mehrheit der Deutschen (56 Prozent) in einer regelmäßigen Umfrage der R+V-Versicherung zu Protokoll, dass ihre größte Sorge eine Überforderung der Gesellschaft durch Flüchtlinge sei. Auf Platz zwei rangierte die Furcht vor Spannungen durch den Zuzug von Ausländern. Interessanterweise war die Sorge vor dem Fremden dort am größten (in Brandenburg und in Thüringen), wo es im Bundeslandvergleich nur wenige Ausländer gab. Im April 2020 hatten sich die Sorgen der Deutschen grundlegend verändert: Jetzt fürchteten sich 58 Prozent der Deutschen vor einer schlechteren Wirtschaftslage infolge der Corona-Krise; das Gesundheitsrisiko oder eine drohende Arbeitslosigkeit hatten die Ängste vor Einwanderern verdrängt. Später im Jahr drängte sich dann die Furcht vor »einer gefährlicheren Welt durch Trump-Politik« in den Vordergrund.

Zu dieser Zeit kamen allerdings kaum neue Migranten nach Deutschland, weil die Grenzen coronabedingt weitgehend geschlossen waren. Das wird sich wieder ändern. Denn Migranten verlegen ihren Lebens-

mittelpunkt in der Regel an einen Ort, von dem sie sich günstigere Bedingungen für ein besseres Leben versprechen. Und wenn sich der Schrecken der Pandemie eines Tages gelegt haben wird, dürfte sich die Zahl der Menschen, denen es schlechter geht als jenen in Deutschland, vergrößert haben.

Kaum zu vereinbarende Herausforderungen: Deutschland muss im Ausland um Zuwanderung werben und nach der Genfer Flüchtlingskonvention Menschen, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt werden, zumindest vorübergehend Aufnahme gewähren. Aber die Zahl der Wanderungswilligen übersteigt bei Weitem Nachfrage und Aufnahmekapazität.

Migration wird deshalb ein drängendes Thema für die Politik bleiben. Ein Thema allerdings, mit dem sich die Verantwortlichen in Regierung und Parlament nur wenige Freunde machen können, denn was auch immer sie in diesen Fragen entscheiden, wird unbefriedigend bleiben. Das liegt nicht nur daran, dass die verschiedenen Parteien im Bundestag höchst unterschiedliche Vorstellungen von einer Migrationspolitik haben. Sondern auch daran, dass die Politik Ansprüche erfüllen muss, die kaum zu erfüllen sind: Sie muss im Ausland um Zuwanderung werben, denn Deutschland braucht aufgrund der Alterung der Gesellschaft Arbeitskräfte, Steuerzahler und Einzahler in die Sozialkassen. Sie muss außerdem, als Unterzeichnerin der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, Menschen, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt werden, zumindest vorübergehend Aufnahme gewähren. Sie kann aber, aus rein praktischen Gründen, nicht alle, die auf der Flucht vor Gewalt, Vertreibung, vor schlechten Lebensbedingungen

oder wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit sind, die Grenzen passieren lassen, denn das internationale Angebot an Wanderungswilligen übersteigt bei Weitem die Nachfrage und auch die Aufnahmekapazität.

Die Politik muss deshalb entscheiden, nach welchen Kriterien sie die Türen des Landes öffnet, und zwar sowohl für Personen, die aus wirtschaftlichen Motiven kommen, als auch für solche, die auf der Flucht sind. Dabei ist es gar nicht einfach, eindeutige Regeln für die reguläre Einwanderung festzulegen und gleichzeitig die irreguläre Migration zu unterbinden, weil die Grenzen zwischen beiden Kategorien zunehmend verschwimmen. Bei alledem muss die deutsche Politik ihre eigene Migrations- und Flüchtlingsstrategie mit jener der Europäischen Union abstimmen, deren Mitglieder bekanntlich konträre Vorstellungen in dieser Frage haben.

Also geht die Politik immer Kompromisse ein, die den einen viel zu weit gehen und den anderen zu eng gefasst sind. Dieser Spagat hat das Potenzial, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben, wie die sogenannte Flüchtlingskrise 2015/16 gezeigt hat: Zuwanderung und Flüchtlinge hatten einen entscheidenden Einfluss auf die Wahlergebnisse in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien, wo populistische, zum Teil ausländerfeindliche Parteien große Gewinne verbuchen konnten. Und sie war ein wichtiger Faktor bei der Abstimmung über den Brexit.

In dieser Situation hat Politik die schwierige Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern eine hochkomplexe Sachlage mit allen Herausforderungen zu vermitteln und Lösungen anzubieten, sodass sie sich selbst ein Urteil bilden können. Und das fällen sie im Zweifel bei der nächsten Wahl.

Migration ist deshalb ein Dauertest für unsere Demokratie und den Zusammenhalt in Deutschland. Aber dieser Test kann bestanden werden. Die Voraussetzung dafür ist zunächst einmal eine nüchterne Ein-

schätzung der Fakten, eine klare Vorstellung vom derzeitigen Migrationsgeschehen und vom heutigen wie auch künftigen Migrationsbedarf sowie vom internationalen Migrationsdruck auf Deutschland und Europa. Dabei geht es nicht nur um Fakten und Zahlen, sondern auch um die banale Erkenntnis, dass Migration ein ganz normaler Teil des Lebens ist. Gesellschaften waren nie statisch und werden es niemals sein.

Wie viele werden kommen?

An den wichtigsten Gründen für Migration hat sich seit Jahrhunderten wenig geändert: Die meisten Menschen wandern entlang eines Wohlstands-, Einkommens- und Sicherheitsgefälles. Sie sind auf der Suche nach einem besseren Leben für sich und ihre Kinder. Sie suchen Arbeit, eine Ausbildung oder sie wollen mit ihrer Familie zusammenziehen. Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen für Migration über die Jahre massiv gewandelt: Neue Transportmöglichkeiten haben Langstreckenreisen einfacher, billiger und schneller gemacht. Moderne Kommunikationsmittel verbreiten Informationen über fremde Länder, Arbeitsmärkte und Entfaltungsmöglichkeiten in Lichtgeschwindigkeit. Vor allem: Heute leben knapp acht Milliarden Menschen auf dem Planeten – zehnmal so viele wie noch im Jahr 1750. Und es gibt keine dünn besiedelten Ländereien mehr, auf denen sich Zugewanderte ohne große Widerstände der Alteingesessenen ausbreiten könnten.

Das amerikanische Markt- und Meinungsforschungsinstitut Gallup interviewt regelmäßig Menschen zu ihren Migrationswünschen und -plänen. Die letzte Untersuchung mit weltweit über 450 000 Befragten in 152 Ländern stammt aus dem Jahr 2018 und zeigt eine wachsende Bereitschaft, auszuwandern.

Auf die Frage »Würden Sie dauerhaft in ein anderes Land ziehen, wenn Sie die Möglichkeit dazu hätten?« antworteten 15 Prozent der

befragten Erwachsenen weltweit mit »Ja«. In Afrika südlich der Sahara waren es über 60 Prozent. Innerhalb der EU beschäftigten sich immerhin 21 Prozent mit dem Gedanken an einen Umzug in ein anderes Land. In Ost- und Südostasien waren die Migrationsabsichten am geringsten. Insgesamt gaben die meisten potenziellen Migranten als Wunschland die USA an. Immerhin 5,6 Prozent aller Befragten nannten Deutschland als Ziel, hochgerechnet wären das etwa 41 Millionen, halb so viele Menschen, wie das Land Einwohner hat.

15 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung bedeuten 750 Millionen Menschen. Aber längst nicht jede Person, die bei einer Befragung einen Migrationswunsch äußert, setzt diesen auch in die Tat um. Die Menschen brauchen Informationen über ihr Zielland und über den Weg dorthin, sie sind auf Netzwerke und Kontakte angewiesen. Sie brauchen Papiere wie Pass und Visum, wenn sie auf legalem Weg reisen wollen, oder Schlepper, wenn sie irregulär unterwegs sind. In jedem Fall brauchen sie eine Menge Geld, um die Migration zu finanzieren. Gerade in den armen Ländern haben das die wenigsten. Aus all diesen Gründen machen jährlich nur 75 Millionen, also ein Zehntel aller Menschen mit Wanderungswunsch, *wirkliche Pläne* für eine Migration. Schlussendlich unternehmen jährlich nur 23 Millionen Menschen, also kaum ein halbes Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung, *konkrete Schritte* für eine Wanderung. Noch weniger machen sich dann *tatsächlich* auf den Weg.

Die Treiber der Migration

Tendenziell ist zu erwarten, dass die Zahl der Menschen mit Migrationswunsch in Zukunft steigen wird und damit Wanderungen zwischen Ländern und Kontinenten wahrscheinlicher werden. Das liegt allein schon daran, dass die Weltbevölkerung jährlich um etwa 80 Mil-

lionen Menschen wächst und dass sie vor allem dort stark wächst, wo es gute Gründe gibt, auszuwandern.

Die Welt erlebt derzeit die größten demografischen Ungleichgewichte der Geschichte: Überall dort, wo die sozioökonomische Entwicklung weit fortgeschritten ist, wo sich Bildung und Wohlstand ausgebreitet haben, wo soziale Sicherungssysteme entstanden sind und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorangekommen ist, sind die Geburtenziffern gesunken. Mehr als 80 Länder weltweit verzeichnen bereits Kinderzahlen je Frau von 2,1 oder darunter – mit Ausnahme von Israel sind das sämtliche Industrienationen sowie eine Reihe von Schwellenländern, von Brasilien über China bis Thailand und Vietnam. Unterhalb dieser sogenannten Reproduktionsziffer hört eine Bevölkerung mittelfristig auf zu wachsen und beginnt zu schrumpfen. Gleichzeitig altert sie, nicht nur, weil der Nachwuchs fehlt, sondern auch weil sich die Lebensbedingungen verbessert haben und die Menschen ein immer höheres Alter erreichen. Zuwanderung kann das Schrumpfen verhindern und die Alterung dämpfen. Alternde und (bald schon) schrumpfende Länder finden sich in Ostasien, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, in Europa und dort vor allem im Osten des Kontinents.

Deutschland als Vorreiter im demografischen Wandel ist dabei ein Sonderfall: Hierzulande ist die Geburtenziffer schon 1972 unter 2,1 gefallen, früher und vor allem deutlicher als in anderen Ländern. Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer, die heute maßgeblich den Wohlstand erwirtschaften, werden sich bis 2035 nahezu komplett aus dem offiziellen Arbeitsleben verabschiedet haben. Länger zu arbeiten ist eine Option, die Lücken zu füllen. Aber den wesentlichen Teil werden Zuwanderer leisten müssen.

Selbst bei einer jährlichen Zuwanderung von im Saldo 260 000 Personen wird die Zahl der Menschen im typischen Erwerbsalter in Deutschland bis 2035 von heute knapp 50 Millionen auf etwa 44 Millionen sinken.

Selbst bei einer angenommenen mittleren jährlichen Netto-Zuwanderung von 260 000 Personen dürfte die Zahl der Menschen im typischen Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren bis 2035 von heute knapp 50 Millionen auf etwa 44 Millionen sinken.

Auf der anderen Seite der demografischen Weltkarte stehen die wenig entwickelten Länder, die in West- und Südasien, vor allem aber in Afrika südlich der Sahara zu finden sind. Dort sind die Kinderzahlen je Frau noch sehr hoch. In Afrika insgesamt hat sich allein zwischen 2000 und 2015 die Bevölkerungszahl um 400 Millionen auf 1,2 Milliarden erhöht, ein Plus von 50 Prozent. Die Hochrechnungen der Vereinten Nationen gehen davon aus, dass es bis 2050 rund 2,5 Milliarden sein werden. Nigeria dürfte von heute 205 auf 410 Millionen anwachsen, die Demokratische Republik Kongo von 90 auf 216 und der weitgehend aus Wüste bestehende Niger von 24 auf 63 Millionen.

Landläufiger Vorstellung nach sind es die Ärmsten der Welt, die sich aus reiner Not auf Wanderschaft begeben und sich kaum von Zäunen und Kontrollen aufhalten lassen, wenn sie sich den Weg nach Europa bahnen wollen. Doch diese Annahme ist falsch. Arme Menschen können eine Migration über lange Distanzen weder planen noch finanzieren. Eine nennenswerte Migration über Ländergrenzen hinweg beginnt nach der *Migration Hump Theory* erst in Ländern, deren jährliches Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf 2000 kaufkraftbereinigte US-Dollar überschreitet, ein Wert, den die ärmsten Länder der Welt gar nicht erreichen. Erst bei einem Wert von 7000 bis 13 000 US-Dollar gelangt die Migrationswahrscheinlichkeit an ihren Höhepunkt. Danach sinkt

sie wieder, weil Menschen in ihrer angestammten Heimat gute Lebensbedingungen erwarten können. Die meisten der wenig entwickelten Länder haben ihre großen Auswanderungswellen also noch vor sich.

60 Prozent der Afrikaner sind jünger als 25 Jahre und sie brauchen sofort oder in absehbarer Zeit eine Beschäftigung. Die Gruppe der jungen Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis 24 Jahren dürfte in Subsahara-Afrika von 2020 bis 2030 um 65 Millionen auf dann 282 Millionen anwachsen. In Nordafrika ist ein Zuwachs von 10 auf 51 Millionen zu erwarten. Bis 2030 müssten allein südlich der Sahara pro Jahr 18 Millionen neue Jobs geschaffen werden, es entstehen derzeit jährlich aber gerade mal 3 Millionen formelle Arbeitsplätze.

Wirtschaftliche Entwicklung und bessere Verdienstmöglichkeiten im Heimatland, erklärte Ziele der afrikanischen Regierungen wie auch der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und die Grundidee der Politik der »Fluchtursachenbekämpfung«, werden vielen Menschen überhaupt erst Migrationsoptionen eröffnen. Sie werden Migration fördern und nicht bremsen. Dennoch ist die Verbesserung der Lebensbedingungen in den armen Ländern ohne Alternative: Ohne Fortschritte würde das hohe Bevölkerungswachstum anhalten und die Armut zementiert.

Wirtschaftliche Entwicklung und bessere Ausbildung in den Herkunftsländern von Migranten werden Migration fördern und nicht bremsen. Dennoch ist die Verbesserung der Lebensbedingungen ohne Alternative: Andernfalls würde das hohe Bevölkerungswachstum anhalten und die Armut zementiert.

In der Regel sind es die besser Qualifizierten, die sich auf den Weg machen. Über die Hälfte der Migranten aus Ländern südlich der Sahara,

die zwischen 2000 und 2017 nach Europa kamen, hatte einen Abschluss einer weiterführenden Schule oder einer Hochschule. Investitionen in Bildung beschleunigen somit die Migration. Erst längerfristig können sie den Migrationsdruck reduzieren. Denn in den wenig entwickelten Ländern bekommen Frauen, die länger eine Schule besucht oder einen Universitätsabschluss haben, deutlich weniger Nachwuchs als ihre Geschlechtsgenossinnen, die wenig oder gar keine Bildung genießen konnten. Mehr und bessere Bildung hat den Nebeneffekt, dass in den Herkunftsländern von Migranten mehr Menschen mit Qualifikationen heranwachsen, die der steigenden internationalen Nachfrage nach Fachkräften entsprechen.

Wer seine Heimat verlässt, hält in der Regel Kontakt zu Freunden und Verwandten. So entstehen Netzwerke zwischen Diaspora und Herkunftsregion. Über diese fließen Informationen und Finanzmittel. Menschen, die über eine Migration nachdenken, gewinnen so Eindrücke über das potenzielle Zielland, sie erfahren, welche legalen und illegalen Migrationskanäle es gibt. Deutschland hat eine starke Diasporabevölkerung aus der Türkei, den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und seit einigen Jahren auch aus Syrien.

Solche Netzwerke machen weitere Zuwanderung wahrscheinlich – aber nicht zwingend, wie das Beispiel Türkei zeigt: Nach 1961 kamen über das bundesdeutsche Anwerbeabkommen vier Millionen Menschen aus dem Land am Bosporus nach Deutschland, von denen die Hälfte später wieder in die Türkei zurückkehrte. Ölkrise und Rezession ließen die Bundesregierung 1973 einen Anwerbestopp verhängen. Fortan waren die Grenzen für türkische Arbeitskräfte dicht, nicht aber für die Familien, die ihren Angehörigen nachzogen, sodass die türkischstämmige Bevölkerung in Deutschland weiter wuchs. In den 2000er-Jahren wurde auch der Familiennachzug durch verschärfte Regelungen weitgehend unterbunden. Heute leben in Deutschland immer-

hin 2,9 Millionen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Trotz dieser großen Diaspora gibt es praktisch keine Zuwanderung aus der Türkei nach Deutschland mehr. Der Wanderungssaldo zwischen beiden Ländern ist nahezu ausgeglichen.

Flucht vor Krieg und Gewalt

Heutzutage sterben deutlich weniger Menschen in zwischenstaatlichen Kriegen und bewaffneten Konflikten als nach dem Zweiten Weltkrieg oder zu Zeiten des Kalten Krieges. Dafür hat die nicht staatliche Gewalt seit 2007 stark zugenommen: Bürgerkriege sowie der Terror durch Milizen wie den sogenannten Islamischen Staat (IS), Al Kaida oder Boko Haram spielen hier eine Rolle. Die meisten dieser Konflikte konzentrieren sich in Ländern, die ohnehin unter Entwicklungsstress stehen, unter anderem durch hohes Bevölkerungswachstum – etwa in Mali, Jemen oder Süd-Sudan. Der Index der fragilen Staaten des unabhängigen Forschungsinstituts Fund for Peace zeigt, wo sich diese Krisenstaaten häufen: Unter den 20 Ländern mit »alarmierendem« Zustand finden sich fast ausschließlich Länder südlich der Sahara. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung notiert für 2019 weltweit 15 Kriege und 23 begrenzte Kriege, insgesamt 196 gewaltsame Konflikte. Die meisten Kriege fanden vor Europas Haustür, im Nahen Osten und in Nordafrika, statt.

Die Flüchtlingshilfsorganisation der Vereinten Nationen UNHCR vermeldet Anfang 2020 weltweit 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Davon waren 41,3 Millionen Vertriebene im eigenen Land, 25,9 Millionen internationale Flüchtlinge und 3,5 Millionen Asylsuchende. Wie immer suchen diese Menschen zunächst Schutz in benachbarten Regionen, in der Hoffnung, möglichst bald zurückkehren zu können. Erst längerfristig wird daraus eine internationale Migra-

tion, erst einmal in sichere Nachbarländer und später über größere Distanzen.

Der bald zehn Jahre dauernde syrische Bürgerkrieg zeigt exemplarisch, wie sich eine solche Wanderung entwickelt: 2013 gab es in Syrien rund 6,5 Millionen intern Vertriebene, gut zwei Millionen hatten sich in die Nachbarländer Libanon, Türkei, Jordanien und Irak abgesetzt. In Deutschland hatten zu diesem Zeitpunkt gerade mal 12 000 Syrer einen Asylerstantrag gestellt. 2019 hatte sich die Zahl der intern Vertriebenen kaum verändert, aber bereits rund sieben Millionen Syrer hatten ihr Land verlassen. Davon lebten allein 3,7 Millionen in der Türkei und 800 000 in Deutschland.

Zwar lässt sich kaum voraussagen, wo auf der Welt künftig autoritäre Regime oder neue Konfliktherde entstehen. Angesichts der Tatsache, dass vielen Staaten ein funktionsfähiges politisches System fehlt, dass dort häufig nicht staatliche Gruppen nach der Macht greifen und neue Krisen wie die Corona-Pandemie die Stabilität zusätzlich gefährden, dürfte das Konfliktrisiko weiter steigen, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die regionale und zeitverzögert auch die internationale Migration. Allerdings ist auch bei steigenden Flüchtlingszahlen zu beachten, dass Flucht gerade für Europa kein grundsätzlich neues Phänomen ist: So ist es gerade einmal 75 Jahre her, dass der Zweite Weltkrieg 40 Millionen Europäer zu Flüchtlingen gemacht hat, darunter 12 bis 14 Millionen Deutsche.

Ruinierte Umwelt, zerstörte Zukunft

Globale menschengemachte Umweltveränderungen verschlechtern die Lebensbedingungen vielerorts auf der Welt. Grundwasserspiegel sinken, Ackerflächen erodieren, Weltmeere werden geplündert, Naturräume zerstört. Der Klimawandel zeigt seine ersten Folgen. Schon heute führt

die Schädigung der Ökosysteme zu Versorgungskrisen und dazu, dass Menschen ihre Lebensräume verlassen müssen. In der Regel sind davon ohnehin schon marginalisierte Teile der Bevölkerung in ländlichen Gebieten betroffen. Mangels anderer Möglichkeiten suchen sie im eigenen Land nach einer neuen Bleibe und landen meist in den Armutsvierteln der großen Städte.

Diese Binnenmigration kann andere Migrationsursachen verstärken, Verteilungskonflikte schüren und Regierungen destabilisieren. Auch hierfür bietet Syrien ein Beispiel: In der Zeit von 2006 bis 2011 hatte die Levante eine ungewöhnlich lange, vermutlich klimabedingte Trockenperiode erlebt. Die Erntemengen brachen ein, die Nahrungsmittelpreise explodierten und 1,5 Millionen Landbewohner zogen in die Städte, wo bereits ebenso viele Menschen aus dem benachbarten Bürgerkriegsland Irak Schutz gesucht hatten. In den Zentren kam es zu sozialen Spannungen, die 2011 in Protesten gegen das Regime Bashar al-Assads gipfelten und später in Krieg und IS-Terror eskalierten.

Bisher fehlen verlässliche Daten zur umweltbedingten Migration über Staatsgrenzen hinweg. Allerdings leiden in der Region Naher Osten/Nordafrika (Mena) schon heute 60 Prozent der Bevölkerung unter Wassermangel. 70 Prozent der Wirtschaftsleistung sind durch Wasserknappheit gefährdet. Nach den Prognosen der Klimaforscher wird sich die Lage erheblich verschärfen. Die Vereinten Nationen sagen für das Gebiet bis 2030 ein Bevölkerungswachstum von 13 Prozent respektive 72 Millionen Menschen voraus. Und die Mena-Region weist das weltweit höchste Konfliktpotenzial auf. Aus all diesen Gründen ist zu erwarten, dass der Migrationsdruck von dort ins nahe Europa steigen wird.

Zwischen Blockieren und Öffnen: das Dilemma der Politik

Die hiesige Politik steht also vor einem Dilemma: Sie kann nicht ausschließlich hochproduktive Wunscharbeitskräfte ins Land holen und Asylsuchende außen vor lassen. Tatsache ist, dass die Zahl der Zugewanderten in der EU in den letzten Jahren gestiegen ist. Und die beschriebenen Migrationsfaktoren deuten darauf hin, dass sich auf absehbare Zeit mehr Menschen als je zuvor ein Leben in Europa und dort vor allem in Deutschland wünschen. Trotzdem sind Zuwanderungszahlen wie auch Asylgesuche seit dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015/16 deutlich zurückgegangen. Stellten 2015 gut 1,2 Millionen Menschen einen Erstantrag auf Asyl in den Ländern der EU, waren es 2018 nur 549 000. In Deutschland lag der Höhepunkt im Jahr 2016, als 722 000 Personen erstmals um Asyl ersuchten. Danach wurden es rasch weniger. 2019 waren es noch 143 000. 2020 gingen die Zahlen noch einmal zurück, was allerdings mehr mit der Seuchenpolitik als mit der Migrationspolitik zu tun hat.

Der generelle Rückgang vor der Corona-Pandemie liegt nicht etwa daran, dass in den Krisenregionen plötzlich Frieden ausgebrochen wäre, sondern an europäischen Abschottungsmaßnahmen. Sie sind das Resultat wachsender Widerstände gegen eine Zuwanderung, die in der jüngeren Vergangenheit nicht immer geregelt verlaufen ist. Die Abschottung manifestiert sich in Grenzzäunen in Ungarn, im EU-Flüchtlingspakt mit der Türkei, in überfüllten Lagern auf griechischen Inseln, in der Überwachung des Mittelmeers oder fragwürdigen Deals mit libyschen Milizen. Als die Grenzen zu Corona-Zeiten nahezu komplett geschlossen wurden, sank die EU-weite Zahl der Asylanträge im April 2020 auf nur noch 8730.

Die Politik kann die Zuwanderung beeinflussen, indem sie die Außengrenzen verschiebt, Hürden fernab der EU aufbaut oder das Asylrecht einschränkt. Dass dabei die Menschenrechte mitunter auf der Strecke bleiben, nimmt sie mehr oder weniger stillschweigend in Kauf.

Der Rückgang der Flüchtlingszahlen zeigt, dass die Politik die Zuwanderung beeinflussen kann – auch jene aus humanitären Gründen –, indem sie die Landesgrenzen sperrt, Außengrenzen verschiebt, Hürden fernab der EU aufbaut oder das Asylrecht einschränkt. Dass dabei die Menschenrechte mitunter auf der Strecke bleiben, nimmt sie mehr oder weniger stillschweigend in Kauf. Auch die deutsche Unterschrift unter dem 2018 verabschiedeten Globalen Migrationspakt der Vereinten Nationen wirkt eher wie eine Bekundung guten Willens denn als wirkliche Engagementabsicht. EU-Länder wie Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn haben gegen den Pakt gestimmt, andere wie Italien und Österreich enthielten sich bei der Abstimmung. Der Pakt hat sich zum Ziel gesetzt, dass Wanderungen aus Not gar nicht mehr stattfinden müssen, dass Migration auf sichere, reguläre und geordnete Bahnen gelenkt wird und die Staaten international in der Migrationspolitik kooperieren.

Heute, auch verursacht durch die Covid-19-Pandemie, ist die Weltgemeinschaft von diesen Zielen weiter entfernt als je zuvor. Ohnehin war die geordnete Zuwanderung durch die Flüchtlingsdiskussion in der öffentlichen Debatte lange in den Hintergrund geraten. Angesichts der rekordhohen Zuwanderungszahlen nach 2015/16 erschien es kaum mehrheitsfähig, über zusätzliche – wenn auch geordnete – Anwerbungen zu diskutieren. Zu groß war der innenpolitische Streit, zu steil der Aufstieg rechtpopulistischer Parteien.

Ungeachtet dieser Vorbehalte ist der Bedarf an Fachkräften aus dem Ausland immer größer geworden. Nahezu flächendeckend ver-

meldete die Bundesagentur für Arbeit Ende 2019, also vor dem Beginn der Corona-Pandemie, einen Fachkräfteengpass bei Ingenieuren, Heizungs- und Klimatechnikern, Berufskraftfahrern sowie in allen Bau-, Gesundheits- und Pflegeberufen. Auch deshalb hat die Bundesregierung mit dem Fachkräftezuwanderungsgesetz einen Schritt getan, um die regulären Einwanderungswege auszubauen. Das Gesetz erweitert und vereinfacht die bereits existierenden Möglichkeiten der Erwerbszuwanderung. Es ermöglicht Personen aus Drittstaaten, in Deutschland zu arbeiten, so sie einen Arbeitsvertrag vorweisen können und ihre Qualifikation anerkannt ist. Es schafft die Vorrangprüfung ab, wonach ein Zuwanderer bei anerkannter Qualifikation und Arbeitsvertrag eine Stelle nur antreten darf, wenn sich dafür keine einheimische Kraft finden lässt. Zusätzlich können Akademiker und Personen mit anerkannter Berufsausbildung sowie junge Schulabsolventen für sechs Monate ins Land kommen, um sich einen Arbeits- respektive Ausbildungsplatz zu suchen.

Mit dem Fachkräftezuwanderungsgesetz und den Abschottungsmaßnahmen hat die Bundesregierung für etwas Ruhe in der Zuwanderungsdebatte gesorgt. Die Zäune sind höher gezogen und die kleinen Türen lassen neben Asylberechtigten Wunschmigranten hindurch.

Der unhaltbare Status quo

Aber damit sind die langfristigen Probleme nicht gelöst. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Migrationszahlen schnell wieder steigen können: Nach dem Ende des Kalten Krieges erlebte Deutschland einen steilen Anstieg der Flüchtlingszahlen. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs kamen zwischen 1988 und 1998 rund 2,5 Millionen Spätaussiedler, aus dem zerfallenden Jugoslawien 350 000 Flüchtlinge ins Land. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 und die Personenfreizügig-

keit innerhalb der EU brachten für eine Weile jährlich über eine Million Jobsuchende aus Süd- und Osteuropa nach Deutschland. Mit dem Ausbruch des arabischen Frühlings kamen viele Nordafrikaner. Der Syrienkrieg brachte fast 800 000 Schutzsuchende.

Zwar sind viele der Migranten längst wieder in ihre alte Heimat zurückgekehrt – freiwillig oder gezwungenermaßen, weil das Asyl verweigert wurde und das Asylrecht ohnehin nur vorübergehend gewährt wird. Aber weil sich die Schlagzahl der internationalen Krisen erhöht, weil die Weltwirtschaft durch die Corona-Krise extrem angeschlagen ist, weil sich Nationalismen und autoritäre Regime ausbreiten, kann die Politik nicht weiter auf Sicht fahren und sich von Krise zu Krise hangeln. Welches Lösungsmodell sollte sie wählen? Fünf kämen infrage:

- »**Alles-wird-gut«:** Die großen Krisen können eingedämmt werden, die internationale Zusammenarbeit wird besser und die armen Länder entwickeln sich so gut, dass die meisten Menschen vorziehen, dort zu bleiben, wo sie kulturell und sozial verankert sind. Migration verläuft weitgehend so geregelt, wie sie sich die Vereinten Nationen mit ihrem *Global Compact for Migration* vorstellen. Dieses Modell ist nach heutigem Kenntnis- und Erwartungsstand gänzlich unrealistisch.
- »**Offene Grenzen«:** Migration findet ohne Restriktionen statt. Ein solches Modell gab es einmal bis ins 20. Jahrhundert für Europäer, die nach Kanada oder in die USA auswandern wollten. Aber es verträgt sich kaum mit dem heutigen Prinzip europäischer Wohlfahrtsstaaten, insbesondere Deutschlands, die allen Bürgern Sozialleistungen gewähren. Es würde den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Aufnahmeland wie auch die öffentlichen Finanzen extrem belasten. Die Herkunftsländer der Migranten würden einen großen Teil ihrer Leistungsträger verlieren. Was das bedeutet, lässt sich längst

bei der Migration von Ärzten, Ingenieuren oder Pflegekräften aus Polen, Bulgarien und Rumänien nach Deutschland beobachten: Der Fachkräftemangel wird nach Osten verlagert.

- »**Löchrige Grenzen**«: Deutschland versucht, seine Grenzen zu schließen, kann sie aber nicht wirkungsvoll abriegeln, auch weil die kreative Schleuserbranche immer alternative Wege findet. Das Land erlebt eine zweite und dritte Migrations- und Flüchtlingswelle wie 2015/16, muss im Schnitt jährlich über eine Million Menschen aufnehmen. Die Integrationsfähigkeit der Aufnahmegesellschaft stößt an ihre Grenzen, es entstehen Parallelgesellschaften mit schlechten Teilhabechancen. Große Zahlen von Zuwanderern finden keine reguläre Beschäftigung, sie konkurrieren mit sozial Schwachen, darunter anderen Migranten, und schüren Konflikte zwischen einzelnen Herkunftsgruppen. Migranten selbst werden zu den größten Verlierern von weiterer Migration. Es kommt zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht nur gegen, sondern auch unter Zuwanderern. Deutschland geht der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren, es büßt an Wohlstand ein und verliert damit ironischerweise das Kapital, das es ursprünglich für Migranten aus aller Welt so attraktiv gemacht hat. Die Fremdenfeindlichkeit wächst, Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte häufen sich. Der Rechtsstaat stößt an seine Grenzen.
- »**Deutschland macht dicht**«: Um die irreguläre Zuwanderung besser zu kontrollieren, werden die Zäune weiter hochgezogen, die Grenzanlagen militärisch überwacht. Wer es trotzdem über die Grenze schafft und wen die Sicherheitskräfte aufgreifen, wird umgehend zurückgeschickt, über die Landesgrenze oder das Mittelmeer. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex agiert bis tief in den Nahen Osten und in die Sahelzone, die EU finanziert die Grenzsicherung Tausende Kilometer von Europa entfernt. Zuwanderung

erfolgt nur noch auf dem Luftweg und für die wenigen Personen, die eine Einreiseerlaubnis vorweisen können – als Arbeitskräfte oder Asylbewerber, die ihr Verfahren in einer deutschen Botschaft absolviert haben. Alles, was Europa einst an Menschenrechten, Gerechtigkeit, Moral und christlichen Werten für sich reklamiert hat, ist Vergangenheit. Die Uhr der Zivilisation in Europa wird um 75 Jahre zurückgestellt. In der fragmentierten Welt werden weder die Entwicklungsziele der armen Länder erreicht, noch lässt sich das dortige Bevölkerungswachstum reduzieren. Vielmehr sinken dort die Pro-Kopf-Einkommen, die Zahl der Frustrierten wächst und die Spannungen entladen sich zunehmend in sozialen Konflikten und religiösem Fanatismus, ein Zustand, der mehr Verzweifelte in Richtung der »gelobten Länder« aufbrechen lässt, egal wie hoch deren Zäune sind.

- **»Modell Kanada«:** Das nordamerikanische Land nimmt, bei nicht einmal halb so vielen Einwohnern wie Deutschland, pro Jahr rund 350 000 Zuwanderer auf, unabhängig von konjunkturellen Zyklen. Die Zuwanderung ist nach einem Punktesystem organisiert und im Volumen begrenzt. Mithilfe dieses Systems nimmt Kanada pro Jahr auch ein Kontingent von über 50 000 Geflüchteten auf. Multikulturalismus ist seit 1988 in der Verfassung festgeschrieben und bedeutet, dass Zuwanderer möglichst schnell vollwertige Mitglieder der Gesellschaft werden sollen, mit allen Rechten und Pflichten, ohne dafür die Identität ihrer Herkunft aufgeben zu müssen. Kanada ist zudem stark um die Integration seiner neuen Bürger bemüht. Das zeigt sich unter anderem an der Tatsache, dass die zweite Generation der Zuwanderer im Schnitt besser qualifiziert ist als die alteingesessene Bevölkerung.

Keines der beschriebenen Modelle kann eine Lösung für Deutschland bieten. »Alles wird gut« widerspricht aller Realität, »Offene Grenzen« der gesellschaftlichen und finanziellen Tragfähigkeit der Aufnahmeländer. »Löchrige Grenzen« taugt nicht gegen potenziell massive Einwanderungswellen. »Deutschland macht dicht« steht unseren Werten und unserer Demokratie entgegen. Das »Modell Kanada« passt nicht auf Deutschland, das eben nicht durch zwei Weltmeere vor irregulärer Zuwanderung geschützt ist. Die Szenarienananlyse macht jedoch deutlich, dass es eine Patentlösung nicht geben kann, nur annähernde Schritte dazu. Zwei Einsichten ragen heraus: unsere wachsende Abhängigkeit von einer Fachkräfteeinwanderung zu akzeptieren und die Integration der bereits Angekommenen zu priorisieren. Wenn man die bisherigen Erfolge betrachtet, ist die Hoffnung nicht ganz unberechtigt, dass wir das schaffen können.

Der kommende Wettbewerb um Einwanderer

Deutschland muss sich somit aktiv um die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften kümmern. Es kann nicht mehr – wie früher – davon ausgehen, dass sich die ökonomischen Helfer im Wesentlichen aus Europa rekrutieren lassen. Die europäische Binnenwanderung ist ein Nullsummenspiel: Des einen Landes Gewinn ist des anderen Verlust. Überall zwischen Portugal und Bulgarien altern die Belegschaften in den Unternehmen und der eigene Nachwuchs kann die immer größer werdenden Lücken in den Arbeitsmärkten nicht mehr schließen. Ganz Europa muss sich deshalb auf eine verstärkte Zuwanderung aus Drittstaaten einstellen – zum Erhalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, aber auch zur Versorgung der alternden Bevölkerungen. Gerade das wirtschaftlich erfolgreiche Deutschland muss sich und seine Jobangebote besser und offensiver vermarkten.

Bisher lernen potenzielle Zuwanderer auf der Internetseite *Make it in Germany* einiges darüber, dass Migranten wichtig für die Wirtschaftskraft des Landes sind, wie viele Zuwanderer schon hier leben, wie Gesundheits- und Versicherungssysteme hierzulande funktionieren oder ob der ausländische Führerschein anerkannt wird. In der Jobbörse erfahren sie, dass Tausende von Arbeitgebern Mitarbeiter suchen, von der Bankkauffrau über den Metallbauer bis zum Dachdecker und immer wieder Pflegekräfte. Während die Sprache der Website von Albanisch bis Vietnamesisch eingestellt werden kann, bleiben die Stellenausschreibungen grundsätzlich auf Deutsch formuliert.

Geht dieselbe Person aus Indien oder dem Senegal auf die offizielle Seite der kanadischen Regierung *Work in Canada*, ist in der Jobbörse – auf Englisch oder Französisch – auf einen Blick und nach einem einheitlichen Muster ersichtlich, wo es Arbeit gibt, welches Gehalt gezahlt wird und welche Anforderungen gestellt werden. Darüber hinaus findet sie sofort eine Art Checkliste: »Welche Papiere brauche ich?«, »Wo kann ich die bekommen?« und vor allem »Welche Vorbereitungen kann ich schon in meinem Heimatland erledigen, um eine Einwanderung zügig zu organisieren?«.

Der Wettbewerb um Einwanderer in unseren Arbeitsmarkt wird sich verschärfen. Denn die begehrten IT-Experten und Ingenieure aus Indien oder China wandern nicht nur bevorzugt in englischsprachige Gebiete, sie finden vermehrt auch gute Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in ihren Heimatländern.

Bei dem wachsenden internationalen Wettbewerb um Fachkräfte dürfte das kanadische Modell, schon aus sprachlichen Gründen, im Vorteil sein. Dieser Wettbewerb wird sich in Zukunft verschärfen. Denn

gerade die begehrten IT-Experten und Ingenieure aus Indien oder China wandern nicht nur bevorzugt in englischsprachige Gebiete, sie finden vermehrt auch gute Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in ihren Heimatländern. Und wenn sie auswandern wollen, brauchen sie sich gar nicht auf weite Wege zu machen: Das Bevölkerungswachstum in Ost- und Südostasien klingt langsam aus und dürfte in einigen Ländern bald schon in ein Schrumpfen übergehen. In Japan ist das längst der Fall. China ist der nächste Kandidat für eine massive Alterung und könnte dann auf dem internationalen Markt für Fachkräfte ähnlich aggressiv auftreten wie heute schon im Rohstoffsektor.

Arbeit als Integrationsschub

Wie wäre es also, Flüchtlinge, die ohnehin schon im Land sind – zum Teil seit Jahren –, mehr als bisher unter dem Blickwinkel zu betrachten, dass sie für unseren Arbeitsmarkt gewinnbringend sein können und dass ein Job die wichtigste Voraussetzung für eine Eingliederung in unsere Gesellschaft ist? Die Menschen sind nach Deutschland gekommen, um ihr Leben zu verbessern, und haben allein schon durch die aufwendige und oft leidvolle Flucht gezeigt, dass sie bereit sind, große Opfer zu tragen. Bei den meisten muss man unterstellen, dass sie sich in der neuen Heimat nützlich machen wollen. Aber viele finden nur schwer einen Platz in unserer Gesellschaft.

2019 lebten in Deutschland gut 1,7 Millionen Schutzsuchende, das entspricht ungefähr der Einwohnerschaft Hamburgs. Sie sind nicht zuvorderst als Arbeitskräfte gekommen. Doch wer als Flüchtling anerkannt ist, sollte so bald wie möglich einer Ausbildung oder einer Beschäftigung nachgehen – zu seinem eigenen Wohl wie auch dem der Aufnahmegesellschaft. Arbeit ist die beste und einfachste Form der Integration. Wer hingegen keine Arbeitserlaubnis bekommt und kein

eigenes Einkommen erwirtschaften darf, driftet leicht in Frustration, oft in die Illegalität und manchmal gar in die Kriminalität ab.

Von den 1,7 Millionen Schutzsuchenden hatten 1,3 Millionen einen anerkannten Schutzstatus und damit in der Regel Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Fördermaßnahmen. 245 000 warteten noch auf eine Entscheidung im Asylverfahren. 191 000 waren abgelehnte Asylbewerber, durften aber als »Geduldete«, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt wurde, weiter im Land bleiben. Bei den beiden letztgenannten Gruppen ohne längerfristige Bleibeperspektive ist politisch umstritten, ob sie überhaupt auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen sollen.

Rund drei Viertel der Personen, die in der jüngeren Vergangenheit Asyl beantragt haben, waren jünger als 30 Jahre. Aus demografischer Sicht sind sie also ein großer Gewinn. Gerade weil Flüchtlinge oft recht jung sind, können sie hierzulande noch ihre Schule oder Ausbildung nachholen. Das sind gute Voraussetzungen für eine Integration. Im Idealfall wären sie genau dann fit für den Arbeitsmarkt, wenn die Verrentung der Babyboomer in großen Zahlen beginnt.

Aus ökonomischer Sicht haben die Flüchtlinge zunächst aber nur theoretisches Potenzial. Sie bringen selten Fähigkeiten mit, die sich eins zu eins auf dem deutschen Arbeitsmarkt nutzen ließen. Manche sind zu jung, um schon einen Beruf erlernt zu haben. Generell ist der Anteil der Geringqualifizierten hoch. Es muss also Zeit vergehen, bis diese Menschen vollwertige Mitglieder der Gesellschaft werden können. Wobei dem in Deutschland zwei große Hürden entgegenstehen:

Die Neuankömmlinge sprechen in der Regel kein Deutsch. Das ist aber die Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch, eine Ausbildung oder ein Studium und für fast jede Art von Beschäftigung. Zudem können die wenigsten Flüchtlinge einen Berufsabschluss vorweisen. Viele haben zwar Berufserfahrung, aber keinerlei Zeugnis, das dem dualen System Deutschlands entspricht. In den meisten Herkunfts-

ländern von Flüchtlingen ist ein Erwerbsleben ohne Ausbildungszertifikate die Regel. Hochschulabschlüsse werden selten anerkannt. Bei Ärzten ist das vergleichsweise einfach, bei Juristen quasi unmöglich.

Es ist also klar, dass das sprachliche Ausdrucksvermögen ganz am Anfang jeder Unterstützung stehen muss. Integrationskurse sollen Geflüchtete in 400 bis 900 Unterrichtseinheiten auf das Niveau der »fortgeschrittenen Sprachverwendung« heben, sodass sie also im Wesentlichen verstehen und berichten können, um was es in der Schule oder bei der Arbeit geht. Diese Kurse sind mittlerweile weit verbreitet und haben durchaus Erfolg. Immerhin spricht rund die Hälfte der Geflüchteten nach drei Jahren gut bis sehr gut deutsch.

Aber dann gibt es noch die bürokratischen Hürden, die den Übergang von Geflüchteten in Ausbildung, Nachqualifizierung und Beschäftigung erschweren. Das Ausländerrecht gehört zu den komplexesten Bereichen des deutschen Rechts. Bei der Rechtsprechung und -auslegung ist eine Vielzahl von Ministerien, Behörden und anderen Stellen involviert. Allein die Verfahrenshinweise der Berliner Ausländerbehörde umfassen weit über 800 Seiten. Zusätzlich ändern sich die Gesetze laufend, sodass auch Behördenmitarbeiter oft nicht wissen, welche Bestimmungen gerade gelten. Die Migrationsgesetzgebung ist so kompliziert, dass der Nationale Normenkontrollrat ihn als »Ad-hoc-Reparaturbetrieb« bezeichnet, in dem diejenigen, welche die Gesetze machen, jenen zu wenig Gehör schenken, die sie umsetzen müssen. Auch Unternehmen, die Flüchtlinge beschäftigen, und zivilgesellschaftliche Initiativen, die deren Integration erleichtern wollen, wissen in diesem Behördendschungel nicht immer, mit wem sie in welcher Frage eigentlich kommunizieren müssen.

Das Ausländerrecht gehört zu den komplexesten Bereichen des deutschen Rechts. Oft wissen selbst Behördenmitarbeiter nicht, welche Bestimmungen gerade gelten. Auch Unternehmen, die Flüchtlinge beschäftigen wollen, sind in dem Behördendschungel verloren.

Dabei ist zu bedenken, dass Personen mit eingeschränktem Schutzstatus, also solche in laufenden Asylverfahren, Geduldete oder Gestattete, keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu Sprachkursen, Ausbildung und Arbeitsmarkt haben, auch wenn sie oft jahrelang in Deutschland leben. Drei Monate nach Antragstellung auf Asyl können Flüchtlinge eine Arbeitserlaubnis beantragen. Allein das Asylverfahren dauert dann im Schnitt anderthalb Jahre, auch weil abgelehnte Anträge häufig gerichtlich angefochten werden. Arbeitgeber sind in dieser Situation oft unsicher und stellen Flüchtlinge – auch bei geeigneter Qualifikation – vorsichtshalber nicht ein.

Die Absicht des Staates hinter diesen Hindernissen ist, ein klares Signal zu senden. Unmissverständlich deutlich zu machen, dass irreguläre Migration nicht belohnt wird. Von den Integrationsmaßnahmen sollen nur diejenigen profitieren, die eine längerfristige Aufenthaltsperspektive in Deutschland haben. Alle anderen, so die Logik, reisen ja bald wieder aus und haben Integration nicht nötig. In der Realität bleiben viele aber sehr lange in Deutschland, etwa Geduldete, die aus irgendwelchen Gründen nicht abgeschoben werden können, und gut integrierte Geduldete, die nach acht Jahren sogar einen legalen Aufenthaltstitel beantragen können.

Generell ist in den Behörden die Furcht groß, dass Deutschland bei zu großzügiger Förderung von Geflüchteten noch stärker als bisher von der restriktiven Praxis anderer EU-Länder abweicht und Asylsuchende

anzieht, die sich bislang in einem anderen europäischen Land aufhalten. Mitarbeiter des Innenministeriums warnen etwa davor, zu attraktiv für Flüchtlinge zu werden.

An den Erfolgen orientieren

Dabei kann Deutschland bei allen Problemen auf eine Erfolgsgeschichte, auf eine über die Jahre verbesserte Integration von Migranten und Flüchtlingen zurückblicken. So haben sich die Integrationswerte von Zugewanderten Anfang der 2000er-Jahre gegenüber jener der Gastarbeitergeneration merklich erhöht. Das lag zum einen an erleichterten Einreisemöglichkeiten für Arbeitsmigranten und zum anderen daran, dass sich die Qualifikationen der Zugewanderten über die Zeit verbessert haben. Es lag aber auch an einem Arbeitsmarkt, der im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 gute bis sehr gute Beschäftigungsmöglichkeiten bot. Vor allem die Unternehmen haben der Politik und der Bevölkerung klargemacht, dass die heimische Wirtschaft ohne die Unterstützung von Menschen aus anderen Ländern nicht mehr lange wettbewerbsfähig sein wird. Selbst konservative Politiker haben sich damals von der ohnehin unzutreffenden Vorstellung verabschiedet, dass Deutschland kein Zuwanderungsland sei.

Auch die Integration der Geflüchteten klappt besser, als von vielen und gemeinhin befürchtet. So zeigt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dass 49 Prozent der seit 2013 in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge innerhalb der ersten fünf Jahre eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefunden haben. Auch wenn diese Zahlen nicht berauschend klingen, so sind sie doch in der Norm: Zu früheren Zeiten, etwa während der Jugoslawienkriege, hatten im Zuzugsjahr acht Prozent der Geflüchteten Arbeit ge-

funden, nach fünf Jahren knapp 50 Prozent. Erst nach 15 Jahren glich sich die Quote an die der normalen Erwerbszuwanderer an.

Für diese relativen Erfolge hat es viel Umdenken und viele Anstrengungen gebraucht. Aber möglich und notwendig ist noch mehr. Vor allem ein Ausbau transparenter Einwanderungsverfahren, etwa in Richtung des Modells Kanada. Trotzdem: Wir haben einiges auf dem Weg schon geschafft. Die Akzeptanz für Einwanderung und Einwanderer hat in Deutschland stetig zugenommen, es gibt einen weitgehenden Konsens für einen kontrollierten Zugang. Wenn wir dies als Erfolg verbuchen, sind wir für weitere Aufgaben besser gewappnet.

Literatur

Steffen Angenendt: *Entwicklungspolitische Perspektiven temporärer und zirkulärer Migration*. Hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Berlin 2014.

Jana Aresin, Adrián Carrasco Heiermann, Reiner Klingholz, Alisa Kaps: *Europa als Ziel? Die Zukunft der globalen Migration*. Hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2019.

Herbert Brücker, Yuliya Kosyakova, Eric Schuß: *Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem macht weitere Fortschritte*. Hrsg. vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg 2020.

Stephen Castles, Hein de Haas, Mark J. Miller: *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*. Basingstoke 2014.

Neli Esipova, Anita Pugliese, Julie Ray: »More Than 750 Million Worldwide Would Migrate If They Could«, in: *Gallup News* vom 10.12.2018. URL https://news.gallup.com/poll/245255/750-million-worldwide-migrate.aspx (31.08.2020).

Hein de Haas: *Migration and Development. A Theoretical Perspective*. Oxford 2018.

Ruth Müller, Stephan Sievert, Reiner Klingholz: *Krisenregion Mena. Wie demografische Veränderungen die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet*. Hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2016.

Frederick Sixtus, Tanja Kiziak, Reiner Klingholz: *Von individuellen und institutionellen Hürden. Der lange Weg zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter*. Hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2019.

Manuel Slupina, Susanne Dähner, Lena Reibstein, Julia Amberger, Frederik Sixtus, Jennifer Grunwald, Reiner Klingholz: *Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig*

Deutschlands Regionen sind. Hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2019.
Franziska Woellert und Reiner Klingholz: *Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*. Hrsg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2014.
Charles Martin-Shields, Benjamin Schraven, Steffen Angenendt: *More Development – More Migration? The »Migration Hump« and Its Significance for Development Policy Cooperation with Sub-Saharan Africa*. Hrsg. vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Bonn 2017.

Soziale Medien im demokratischen Diskurs

Hoffnung, Enttäuschung, Zuversicht

Von Marina Weisband

Als im 19. Jahrhundert mehr und mehr europäische Länder durch die Eisenbahn verbunden wurden, sprach man vermutlich von der »Eisenbahnisierung Europas«. So stelle ich mir das jedenfalls vor, wenn ich alte Zeitungsartikel darüber lese, welche Geschwindigkeit für einen menschlichen Körper gesund sei und welche Vorzüge eine Reise mit der Kutsche böte. Man diskutierte, sozusagen, über Endgeräte. Über die gegenständlichen Ausprägungen einer neuen Technik.

Weniger sprach man über die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen günstigerer und schnellerer Reisen für Menschen und Güter; über die Geschwindigkeit der Industrialisierung und die damit einhergehenden politischen Zerwürfnisse, neu entstehende Klassen und die Verteilung der Macht. Das ist keineswegs eine Verfehlung – aus der jeweiligen Zeit heraus ist die historische Dimension einer Entwicklung sehr schwer zu bewerten.

Heute treibt uns die Digitalisierung um und ja, man könnte die kulturelle und machtpolitische Einordnung sozialer Netzwerke und

fortschreitender digitaler Kommunikation als verfrüht betrachten. Doch es handelt sich keineswegs um ein neues Phänomen. Ein Fünftel des 21. Jahrhunderts ist bereits vorbei. Menschen, für die der Umgang mit digitalen Medien ab früher Kindheit völlig selbstverständlich war, sind heute erwachsen. Es ist deshalb erlaubt, hier waghalsig den Versuch zu machen, die Auswirkungen zu bewerten, die die stetig wachsende Abhängigkeit von digitalen Verfahren und digitaler Kommunikation für unser Land und seinen gesellschaftlichen Zusammenhalt mit sich bringt.

Seit gut 20 Jahren gibt es Veranstaltungen, die ähnlich titeln, wie »Internet – Fluch oder Segen?«. Es scheint ein Bedürfnis danach zu geben, der immer raumgreifenderen Präsenz sozialer Netzwerke und der dahinter agierenden Algorithmen eine Bewertung aufzustempeln, um sie dann entweder fördern oder bekämpfen zu können. Dass diese Präsenz natürlich Vor- und Nachteile hat, ist nicht nur eine Binsenweisheit, sondern wahrscheinlich einfach keine zielführende Betrachtung. Eine einmal erfundene Technik kann nicht zurückgenommen werden. Die Frage, ob soziale Netzwerke eine Gesellschaft eher zusammenbringen oder spalten, ob sie Demokratie befördern oder ihr abträglich sind, ist gar nicht aus der Debatte um die Technik heraus zu beantworten. Es muss vielmehr eine Debatte um die Rahmenbedingungen sein, unter denen vernetzte Kommunikation stattfindet. Wir werden deshalb hier nicht von der Technik, sondern von der Kultur des Digitalen sprechen, von dem Wesen von Hierarchien und Netzwerken und von Besitzverhältnissen.

Die Hoffnung

Beginnen wir mit einem Geständnis: Ich begann meine politische Bewertung des Internets mit blauäugiger Begeisterung. Als ich 2009 in die Piratenpartei eintrat, schien die Verbindung von Internet und Politik eine wunderschön-utopische zu sein. Praktisch zwangsläufig musste allein die Existenz des Internets zu mehr Demokratie, mehr Egalität, zu breiterer Partizipation und folglich auch mehr Gerechtigkeit führen.

Menschen, die ihre Meinung sofort, von jedem Ort aus, in Echtzeit kundtun können, lassen sich umso besser in einen demokratischen Prozess involvieren. Vernetzte Echtzeitkommunikation erlaubt sogar ganz neue Formen der Demokratie!

Die Folgerung erschien damals ziemlich einleuchtend: Menschen, die es gewohnt sein werden, einen Zeitungsartikel nicht nur zu konsumieren, sondern sofort und spontan auch zu kommentieren, werden zwangsläufig aktiver in die gesellschaftliche Debatte eingreifen. Menschen, die nicht – wie beim Fernsehen – in ein laufendes Programm zuschalten, sondern beim Aktivieren des Mediums zunächst eine leere Browser-Seite finden und als ersten Schritt selbst aktiv entscheiden müssen, was sie sehen wollen, werden über mehr Selbstwirksamkeit verfügen. Menschen, die ihre Meinung sofort, von jedem Ort aus, in Echtzeit kundtun können, lassen sich umso besser in einen demokratischen Prozess involvieren. Vernetzte Echtzeitkommunikation erlaubt sogar ganz neue Formen der Demokratie!

Lewis Carroll hat sich bereits 1884 in *The Principles of Parliamentary Representation* Gedanken darüber gemacht, wie man mit freiwilliger Stimmdelegation mehr Menschen an einem politischen Prozess teilhaben lassen und diesen demokratisch gestalten könne, da insgesamt

systematisch mehr Stimmen abgegeben werden können. Der*die Einzelne müsse nicht direkt abstimmen, sondern könne seine Stimme an eine beliebige Person übertragen, die diese wiederum weiterübertragen oder zurücknehmen kann. Natürlich war die Idee sehr unpraktikabel. Schon bei Experimenten in Schulklassengröße geht die Übersicht über die Stimmen dabei schnell verloren.

Etwa 120 Jahre später gelangte die Grundidee zurück in die Diskussion, dank vernetzter Computer, die diesen Prozess ermöglichen – nicht für Wahlen, aber für transparente Abstimmungen. Das Konzept *Liquid Democracy* wurde unter anderem von der Piratenpartei empfohlen, weil es viele demokratische Vorteile bietet. Auch heute findet es in einzelnen Kommunen sowie in der politischen Bildung praktische Anwendung und wird politikwissenschaftlich erforscht.

Es war also der optimistische Blick für die neuen Möglichkeiten, der so unendlich zuversichtlich auf ein gut vernetztes, egalitäres, neutrales Internet schauen ließ.

Durch die neue Technologie ist also ein gesellschaftlicher Umbruch möglich geworden, so, wie die Erfindung des Buchdrucks einen breiteren Zugang zu Bildung und Quellen eröffnete und damit eine universelle Neubewertung des Anrechts auf Bildung und Wissen nach sich zog. Wir stehen am Beginn einer neuen Aufklärung.

Die Commons – also die gemeinsam genutzten Ressourcen und Plattformen –, die plötzlich durch das und im Netz hierarchiefrei existierten und von allen verwendet und weiterentwickelt werden konnten, eröffneten unglaubliches Potenzial. Weltweit legten Menschen gemeinschaftlich und unentgeltlich die ausführlichste Enzyklopädie der Welt an. Sie arbeiteten an interaktiven Karten, sie kreierten neue Musik, neue Kunst,

neue Kulturformen, wie zum Beispiel Memes, also wiedererkennbare Bilderschnipsel oder -witze. Gerade die Hierarchiefreiheit förderte die Kreativität. Dass diese sich aus dem Netz heraus in die reale Welt übertragen müsse, schien damals gar nicht anders denkbar.

Menschen haben heute Zugriff auf mehr Informationen über größere Reichweiten und mehr Austausch als jede Generation zuvor. Durch die neue Technologie ist also ein gesellschaftlicher Umbruch möglich geworden, der sich nach und nach, aber grundlegend vollzieht. Ähnlich, wie die Erfindung des Buchdrucks einen breiteren Zugang zu Bildung und Quellen eröffnete und damit eine universelle Neubewertung des Anrechts auf Bildung und Wissen nach sich zog. Wir stehen am Beginn einer neuen Aufklärung.

Die, lernen wir nun aber, vollzieht sich eben nicht automatisch. Denn während sich die Nutzer*innen der Plattformen hierarchiefrei bewegen können – die Plattformen selbst sind es nicht.

Die Enttäuschung

Das Internet heute, wie die breite Basis der Nutzer*innen es kennengelernt hat und inzwischen skeptisch betrachtet, ist nicht mehr das offene, freie und egalitäre Netz der Jahrtausendwende. Was als Verbindung universitärer Netzwerke begann und in erster Linie dem Austausch von Wissen diente, wurde zum meistumkämpften Schlachtfeld des Kapitalismus. Seitdem geistern die Begriffe seiner Schrecken durch das Feuilleton: Filter Bubbles, Hatespeech, Fake News. Die Maschinerie, die Menschen half, plötzlich hörbar zu werden, hat diesen Dienst auch Menschen mit zweifelhaften Meinungen erbracht – das große Netzwerk vernetzt – nicht überraschend – eben auch Menschen mit streitbaren, radikalen, rassistischen, antisemitischen Ansichten. Politiker*innen waren beflügelt von einem Aufbruch, der erlaubte,

online plötzlich ganz direkt und unmittelbar erreichbar zu sein. Ihre Wähler*innen allerdings waren daran noch nicht gewöhnt und überschütteten sie mit Beleidigungen, Beschimpfungen und allgemeinem Gebrüll. Daraufhin zogen sich viele der ersten politischen Pionier*innen wieder zurück und überließen ihre Onlinepräsenz Social-Media-Teams. Vielleicht hatten wir es in unserer gutmütigen Naivität auch einfach nicht besser verdient.

Was als Verbindung universitärer Netzwerke begann und in erster Linie dem Austausch von Wissen diente, wurde zum meistumkämpften Schlachtfeld des Kapitalismus Die Maschinerie, die Menschen half, plötzlich hörbar zu werden, hat diesen Dienst auch Menschen mit zweifelhaften Meinungen erbracht – das große Netzwerk vernetzt – nicht überraschend – eben auch Menschen mit streitbaren, radikalen, rassistischen, antisemitischen Ansichten.

Zu Prominenz im Netz kamen stattdessen Personen, von denen der Großteil der Gesellschaft dies nicht unbedingt wünschen würde. Eine ganze Reihe rechter Influencer*innen, die weltweit gut vernetzt sind, bauen eine wachsende Fangemeinde um sich auf, um ihren Hass zu verbreiten. Extremistische Gruppen haben heutzutage weniger eingetragene Mitglieder als vielmehr scharenweise Follower*innen, Tausende Abonnent*innen und unzählige Hashtags. Über Videos und Memes erreichen radikalisierende Zirkel zunehmend auch Jugendliche. Deren Eltern wissen nicht unbedingt, was sie da auf dem Gerät machen – oder sind nicht medienkompetent genug, dem etwas entgegenzusetzen. Ganz zu schweigen davon, dass die meisten radikalen Falschnachrichten auf Facebook geteilt werden – von der Generation 50+. Social Media

scheint also nicht nur das Beste – Eigeninitiative, Austausch, Kreativität, Engagement –, sondern auch das Schlimmste im Menschen hervorzuholen – Frustration, Aggression, Hass. Und alles kann so einfach verstärkt werden.

Was also tun? Oft wird erklärt, die Anonymität im Internet sei schuld an dieser Entwicklung. Man zeige sein Gesicht nicht, müsse nicht mit direkten Reaktionen oder Konsequenzen umgehen, daher traue man sich auch, wüst und rau im Umgang zu sein.

Ich persönlich allerdings erhalte die meisten antisemitischen Zuschriften mit echtem Namen und Adresse in der Signatur. Zweifelhaft also, dass allein die Anonymität den Ton so scharf macht. Die geforderte Aufhebung der Anonymität im Netz birgt deshalb, meiner Meinung nach, viel größere Risiken. Es werden Räume für Menschen vernichtet, die Schutz brauchen. Nehmen wir an, Sie sind depressiv und suchen Rat, ohne dass Ihr*e Arbeitgeber*in gleich davon erfahren soll. Oder Sie sind homosexuell und noch nicht geoutet und suchen dennoch den stärkenden Zusammenhalt einer Community. Oder Sie leben in einem autoritären Staat und wollen die Regierung kritisieren.

Die Anonymität im Internet abzuschaffen, ist ein Projekt, das von verschiedenen Akteur*innen bereits angestrebt wird. Es muss unbedingt verhindert werden. Denn sein Erfolg würde direkt in die Falle der totalen Überwachung führen.

Über bargeldlose Zahlung, Fingerabdrucksensoren, smartes Kinderspielzeug, Versicherungskarten, Staubsaugerroboter und öffentliche Überwachungskameras mit Gesichtserkennung hinterlassen wir auf Schritt und Tritt unfassbar viele Daten, ohne auch nur einen einzigen Bildschirm eingeschaltet zu haben. Würde man alles bündeln, was wir bei verschiedenen Unternehmen und Ämtern oder auf unterschiedlichen Geräten an Daten hinterlassen, ließe sich daraus ein erschreckend akkurater Datenschatten unseres Selbst ableiten. Dieser Schatten wäre

vielleicht kein lückenloses Abbild unserer Identität, er wüsste nicht alles, was wir über uns wissen, dafür wüsste er aber auch ein paar Dinge, die wir nicht wissen. Es sollte im Interesse aller aufgeklärten Demokrat*innen sein, diese Daten niemals an zentraler Stelle zu vernetzen und realen Personen zuzuordnen.

Das große Tauziehen des 21. Jahrhunderts findet schon statt. Denn wie dieses Internet gestaltet sein wird, auf das wir zunehmend unsere sozialen Kontakte, unsere Wirtschaft, unsere Infrastruktur und unsere Demokratie stützen, wird gerade noch geformt.

Genau um diese Fragen findet aber das große Tauziehen des 21. Jahrhunderts statt. Denn wie das zukünftige Internet gestaltet sein wird, auf das wir zunehmend unsere sozialen Kontakte, unsere Wirtschaft, unsere Infrastruktur und unsere Demokratie stützen, wird gerade noch geformt. Sehr vereinfacht gesagt, konkurrieren zwei Entwürfe miteinander. Auf der einen Seite das möglichst hierarchiefreie, dezentrale Netz mit vielen Knotenpunkten, wie auch die Piratenpartei es sich seinerzeit gewünscht hat. Auf der anderen Seite ein möglichst zentrales Netz mit wenigen Knotenpunkten, über die möglichst alle Information läuft. Daran haben – natürlich, wenn auch aus verschiedenen Gründen – autoritäre Staaten genauso wie große Unternehmen ein Interesse. Wenn alle Datenströme über wenige, möglichst zentrale Punkte laufen, lassen sie sich besser filtern. Autoritären Staaten ermöglicht das Überwachung, Informationskontrolle und zentrale Propaganda. Für große Unternehmen bedeuten miteinander verknüpfte Daten echtes Geld echter Personen.

Facebook verfolgt zum Beispiel seit Jahren die Strategie, möglichst die einzige Seite zu sein, die seine Nutzer*innen brauchen. Hier finden

die User*innen ihre Kontakte, werden mit Nachrichten versorgt, können Videos schauen, Verabredungen treffen, und wenn sie sich entfernen, dann bitte möglichst nur zu Instagram und WhatsApp – beides in Facebook-Unternehmenshand. Und tatsächlich wird in einigen Teilen der Welt, beispielsweise in Indonesien, »Facebook« synonym zu »Internet« benutzt.[1] Unnötig zu erklären, wie problematisch es ist, wenn sich die wichtigste Kommunikationsinfrastruktur in der Hand eines im Ausland ansässigen Unternehmens befindet. Zumal auch Datensammlungen in privater Hand wiederum vom Staat abgegriffen werden können, es spielt also nicht wirklich eine Rolle, wer sammelt.

Diese Entwicklung beobachtet man leider nicht nur bei Facebook. So kritisch man das Unternehmen sehen muss – sein Tun resultiert einfach nur aus der Systemlogik. Denn soziale Plattformen neigen per definitionem zur Monopolisierung – jeder will dort sein, wo die Freunde auch sind. Es gibt nur wenig Interesse an der Existenz vieler paralleler sozialer Netze, oder wer segregiert schon seine Freundeskreise?

Wer Werbung verkaufen will, muss möglichst viel Aufmerksamkeit auf seine Seite lenken und dafür fesselnde Inhalte anbieten – möglichst krass, möglichst schrill. Jede Interaktion bringt Gewinn. Darum verbreiten sich nicht die ausgewogensten Nachrichten in diesen Netzwerken am schnellsten, sondern die reißerischsten.

Der Netzwerkeffekt macht im Internet einige Unternehmen groß und lässt andere sterben. Die größten Unternehmen finanzieren sich hauptsächlich durch Werbung – was einer der Gründe für viele der oben beschriebenen negativen Effekte ist. Denn wenn ich Werbung verkaufen will, muss ich möglichst viel Aufmerksamkeit auf meine Seite lenken und dafür fesselnde Inhalte anbieten – möglichst krass,

möglichst schrill, möglichst außergewöhnlich. Jede Interaktion ist ein Gewinn für mich – auch Streit. Darum verbreiten sich in diesen Netzwerken nicht die ausgewogenen Nachrichten am schnellsten, sondern die reißerischen. Die klassischen – privaten – Medien folgen diesem Trend, weil sie ebenso werbefinanziert sind und ebenfalls Klicks brauchen. Also liefern sie Facebook, Twitter und Co. aufdringliche Überschriften und auffällige Bilder. Einer demokratischen Debatte tut das nicht gut. Es spaltet.

Private kommerzielle Plattformen sind nicht nur deshalb keine gute Basis für demokratischen Diskurs, weil sie werbeorientiert sind. Sie sind es auch deshalb nicht, weil sie Nutzer*innen glauben machen, sie können das Produkt als Kund*innen kostenlos nutzen. Nutzer*innen sind aber keine Kund*innen, sondern sie selbst sind das Produkt. Die Daten, die sie hinterlassen, ihre Stimme und die Kaufkraft, die sie mitbringen – all das wird ausgewertet und vermarktet. Die Kund*innen, das sind Werbetreibende, kommerziell oder politisch. Eine freie Gesellschaft kann nicht auf einer Plattform entstehen, auf der Menschen keine eigenen Rechte haben, nicht einmal als Kund*innen behandelt werden, sondern nur als lukratives Produkt. Da diese Unternehmen nicht nur Geld verdienen müssen, sondern auch wollen, und zwar viel, ist es keine gute Idee, den wesentlichen Austausch von Informationen, Wissen, Nachrichten, Wirtschaft und Meinungen diesen gewinnorientierten Plattformen zu überlassen.

Das ist eine Lehre, die wir mitnehmen können und sollten. Wenn wir über die Gestaltung des Internets und sozialer Medien sprechen, müssen wir nicht zuletzt die Besitzverhältnisse in den Blick nehmen. Besitz der Daten, des Contents, der Software und der physischen Infrastruktur mit Kabeln und aller Hardware, die daran hängt. Denn Macht hat, wer besitzt – und das jetzige System steht für problematische, illegitime Macht.

Menschenwerk und Menschenverantwortung

Alles, was ich an Problemen aufgelistet habe, hat Bestand. Und doch erscheint es, als würden soziale Medien, neben den ökonomischen Aspekten, vor allem deshalb als Gefahr für die Demokratie angesehen, weil damit auf Technik geschoben wird, was eigentlich in der Verantwortung des Menschen liegt.

Sicher, im Internet gibt es Filter Bubbles – man unterhält sich lieber mit Leuten, mit denen man ähnliche Lebensansichten und Interessen teilt. Aber ist das im analogen Alltag anders? Zum Stammtisch treffen wir uns mit Leuten, die im Kern ähnlich sind wie wir. Wo tauschen wir uns schon groß aus über Politik, wo debattieren wir wirklich? An den wenigen Orten, wo das passieren könnte – beispielsweise im Büro – gilt sogar die Etikette, dass man über Politik oder Religion lieber nicht reden solle. Gefährde den Betriebsfrieden. Der Mensch baut sich eben schon immer seine Filterblasen. Dabei ist für soziale Medien erwiesen, dass die Anhänger*innen der meisten Parteien mehr oder weniger die gleichen Texte lesen und viel Austausch untereinander pflegen. Ausreißer sind hier die extremen Rechten.[2] Projekte wie »Deutschland spricht!« nutzen die digitale Infrastruktur, um bewusst Menschen zusammenzubringen, die dezidiert unterschiedliche Meinungen haben.

Gewiss, über Memes kommunizieren auch rechte Gruppen und ziehen durch scheinbar unbedenklichen Humor Jugendliche in Netze aus Menschenverachtung und Verschwörungsspinnereien. Aber die meisten Memes sind lustig, kreativ und bringen junge Menschen auf der ganzen Welt zusammen. Häufig bildbasiert, stehen sie als Codes für Ideen, die nicht viele Worte brauchen. Über diese Ideen sprechen Jugendliche, wenn sie Memes verbreiten, bearbeiten, kombinieren oder verwerfen. Das geschieht häufig nicht nur aus Zeitvertreib oder Spaß – Jugendliche kreieren dadurch ihr Weltbild.

Und häufig beobachtet man eine Diskussion über Werte: Von der Frage »Wie gehe ich damit um, wenn meine Freundin mich betrügt?« bis »Wodurch zeichnet sich eigentlich ein guter Mensch aus?« wird vieles über Memes angesprochen und zum Ausdruck gebracht. Diese Unterhaltung findet ihren Weg dann zwischen indischen, japanischen, südamerikanischen, afrikanischen und europäischen Jugendlichen. Man kann noch so viel bemängeln, dass sie keine elaborierten Texte schreiben, sondern sich nur dumme Bildchen oder Videos hin und her schicken. Aber elaborierte Texte haben noch nie derart schnell und niedrigschwellig einen internationalen Diskurs ermöglicht.

Wenn die Gesellschaft sich emotionalisiert, liegt das nicht an den sozialen Medien, sondern an der Vielzahl von Krisen, vor denen wir stehen. Die Unsicherheit, die eigene Rolle in der Welt zu finden, bereitet Menschen Sorgen und lässt den allgemeinen politischen Ton wieder härter werden.

Es ist richtig, dass im Netz Hass und Beleidigungen direkter zutage treten als im analogen Alltag. Aber es macht streng genommen nur etwas sichtbar, was ohnehin vorhanden ist. Ein Fünftel aller Deutschen hat latent antisemitische Überzeugungen.[3] Wir erleben eine Welle von Terrorismus aus rechten Netzwerken. Wenn die Gesellschaft sich emotionalisiert, liegt das nicht an den sozialen Medien, sondern an der Vielzahl von Krisen, vor denen wir stehen: eine technologisch disruptive Welt, Klimakatastrophen und Klimawandel, wachsende Unterschiede zwischen Arm und Reich, der Wandel von Geschlechter- und Familienbildern, ganze Berufsbranchen, die aussterben. Die Unsicherheit, die eigene Rolle in der Welt zu finden, bereitet Menschen Sorgen und lässt den allgemeinen politischen Ton wieder härter werden, als

er während des stabilen wirtschaftlichen Wachstums in den vergangenen friedlichen Jahrzehnten war. Gewiss, durch ihre effektheischende Art tragen soziale Medien nicht zu sprachlicher Abrüstung bei, sie sind aber auch nicht Ursache, sondern eher ein Indikator für gesellschaftliche Spannungen.

Das Digitale ist der große Verstärker. Anstatt eigene Strömungen zu erschaffen – demokratische oder antidemokratische –, verstärkt Digitalisierung vielmehr die schon vorhandenen. Soziale Medien helfen dabei, sowohl radikale Netzwerke zu bilden, die Menschen bedrohen, als auch solidarische Gemeinschaften zu bauen, um einander zu helfen.

Selbst wenn wir es wollten, können wir nicht in die 1990er-Jahre zurückkehren. Der Wandel von der Industrie- in die Informationsgesellschaft vollzieht sich unaufhaltsam. Es ist in unserem Interesse, ihn so zu gestalten, dass alle in der kommenden Gesellschaft einen würdigen Platz haben. Gerade weil wir für Bildung, Weiterbildung, Austausch, gegenseitiges Zuhören und Debattieren arbeiten müssen, kann das Internet eine unserer mächtigsten Waffen werden.

Denn das Digitale ist der große Verstärker. Anstatt eigene Strömungen zu erschaffen – demokratische oder antidemokratische –, verstärkt Digitalisierung vielmehr die schon vorhandenen. Soziale Medien helfen dabei, sowohl radikale Netzwerke zu bilden, die Menschen bedrohen, als auch solidarische Gemeinschaften zu bauen, um einander zu helfen. Sie können Überwachung ebenso befördern wie demokratischen Austausch und Protestbewegungen. Sie vernetzen Nazis und Klimaaktivist*innen gleichermaßen. Sie schaffen Öffentlichkeit und geben Menschen dadurch mehr Macht. Wie Menschen diese Macht nutzen, ist ihnen selbst überlassen und ist Ausdruck unserer Kultur, un-

serer Konventionen und unserer Einstellung zueinander und zur Welt. Daran müssen wir arbeiten, um die technologische Erweiterung unserer Sinne in positive Bahnen zu lenken.

Überhaupt müssen wir aufhören, digitales und analoges Miteinander streng zu unterscheiden. Wir unterscheiden ja auch nicht zwischen »Telefonbeziehungen« und »echten Beziehungen«. Ich selbst bin gar nicht mehr »online« oder »offline«. Ich habe mein Smartphone jederzeit in der Tasche und kommuniziere darüber ebenso, wie ich mit Menschen von Angesicht zu Angesicht spreche. Unsere Beziehungen sind nicht entweder »digital« oder »analog« (und schon gar nicht »real«). Sie sind Beziehungen. Wenn mein Mann mir das Emoji einer Rose schickt, habe ich genau die gleiche innere Freude, das gleiche Lächeln, die gleichen Endorphine, wie wenn er mir eine echte Rose schenkt. Denn ich weiß, er denkt an mich und liebt mich. Das Digitale ist real, es ist ein Teil von uns, es ist Teil unserer Gesellschaft. Es hat keinen Zweck, sich darüber zu streiten, ob es gut oder böse ist. Wir müssen nur darüber nachdenken, wie wir selbst gut und nicht böse sein können.

Zuversicht für morgen

Es ist nicht alles unproblematisch mit oder an der Digitalisierung. Es ist sogar gar nichts unproblematisch. Es ist dringend notwendig, dass wir als Gesellschaft einen breiten Diskurs darüber in Gang setzen, wem »das Internet« eigentlich »gehört« und über welche Mechanismen es gestaltet und verwaltet wird. Wir müssen die Algorithmen identifizieren, die dazu führen, dass Nutzer*innen mit immer radikaleren Inhalten konfrontiert werden – und über den Sinn und Zweck dieser Algorithmen streiten. Wir müssen darüber diskutieren, welche Moderation auf Plattformen stattfindet. Und darüber, wer überhaupt eine

Plattform erhält und wer nicht. Unter diesen Gesichtspunkten darf man soziale Medien nicht aus der Verantwortung nehmen.

Doch viele der Probleme, die wir auf das »Neuland Internet« (Angela Merkel) schieben, liegen in Wirklichkeit bei uns selbst, den Menschen. Wann immer ich an einem Panel teilnehme, wo über »Digitalisierung von X« gesprochen wird, sprechen wir in Wirklichkeit über »X«. Wir kommen schnell vom digitalen Journalismus hin zu einer Diskussion über das Wesen und die Verwertungsmodelle von Journalismus. Aus einer Diskussion über Digitalisierung der Bildung wird eine Diskussion über Bildung, wie sie auch in den 1980er-Jahren hätte geführt werden können. Digitalisierung zwingt uns dazu, vieles zu überdenken, woran wir gewöhnt waren. Und das ist gut so. Die Welt dreht sich weiter, die technologischen Möglichkeiten schreiten voran und mit ihnen unsere Kultur.

Im großen Tauziehen des 21. Jahrhunderts stehen quasimonopolistische Konzerne und autoritäre Staaten auf der einen Seite, weil sie verwandte Interessen haben. Aber wer steht eigentlich auf der anderen Seite? Das sind wir, eine globale Zivilgesellschaft. Es ist in unserem Interesse, das Internet zu einem möglichst egalitären, freien, solidarischen und offenen Ort zu machen. Also so, wie wir unsere Gesellschaft seit der Aufklärung zu gestalten anstreben. Die sozialen Medien und das Internet allgemein in diesen Prozess einzubeziehen, ist Teil unseres gesellschaftlichen Bestrebens, fairer und demokratischer zu werden.

Zu viele Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren und für Bürgerrechte, Bildung, Kunst und politische Teilhabe eintreten, sehen das Internet immer als Bedrohung dieser Errungenschaften und meiden die Arbeit damit. Das führt an Schulen zum Beispiel zu Smartphone-Verboten, sodass die Jugendlichen völlig allein gelassen werden mit der digitalen Welt. Sie sind auf sich gestellt, wenn sie beurteilen müssen, was in ihrem Interesse ist oder wo sie manipuliert werden. Sie ha-

ben ein Werkzeug in der Hand, das sie zu visionären Gestalter*innen machen könnte, doch wenn sie keine Vorbilder im kritischen Umgang haben, bleiben sie Konsument*innen. Denn im Gegensatz zur Zivilgesellschaft stehen Unternehmen sehr aktiv im Austausch mit Jugendlichen und haben ein direktes Interesse daran, deren Konsum zu fördern.

Wir sind alle in einer Art digitaler Pubertät, in der wir erst lernen, mit uns und unseren Mitmenschen umzugehen.

Je skeptischer demokratische Akteur*innen dem Netz begegnen, desto schädlicher entwickelt es sich für ihre Ziele. Weil sie es eben nicht mitgestalten. Und was sie am Mitgestalten hindert, ist oft nur zum Teil inhaltliche Skepsis. Weit häufiger ist es die heimliche Befürchtung, Kontrolle zu verlieren in einer Welt, die man noch nicht ganz versteht. Die keiner von uns ganz versteht, weil ihre Normen sich gerade erst formen. Weil ihre ungeschriebenen Vereinbarungen gerade erst geschlossen werden. Wir sind kollektiv in einer Art digitaler Pubertät, in der wir erst lernen, mit uns und unseren Mitmenschen umzugehen. Nur dass wir keine Erwachsenen haben, an denen wir uns orientieren können.

Es geht nicht nur darum, die Nutzung bestimmter sozialer Netzwerke zu erlernen. Sondern um einen Weg, zu lernen, welche Kultur wir damit etablieren wollen: Wie entwickeln wir eine Kultur der Digitalität, in der es weniger Fertiges und Festes gibt, dafür mehr Agiles, Verbindendes? Eine Kultur, die nicht mehr erwartet, dass perfekt vorbereitete Papiere nach mehreren Korrekturschleifen veröffentlicht werden, sondern die zeigt, dass Arbeit an einem Inhalt stets ein lebendiger

Prozess ist? In der Fehler entsprechend als Chance für Verbesserung genutzt werden?

Feste Gruppenzugehörigkeiten werden immer mehr punktuellen Zweckbündnissen weichen. Nationalstaaten werden an Bedeutung verlieren. Die Vernetzung zwischen Großstädten weltweit wird zunehmen und die Rolle der Kommune gestärkt werden. Es ist ja der kommunale Raum, in dem wir uns gegenseitig analog begegnen und politische Energie entfalten. Wenn wir das demokratisch nutzen wollen, müssen wir kommunale Räume schaffen, in denen Menschen sich offen begegnen können. Beziehungsarbeit bleibt in der Kultur der Digitalität nicht nur unverzichtbar, sie wird wichtiger. Die Kommunikation wird stets eine hybride Mischung aus analog und digital sein, die Grenze dazwischen wird mit der Entwicklung neuer Technologien zunehmend verschwimmen und unwichtig werden.

Das Bildungssystem in dieser Kultur wird sich wandeln. Klassenräume werden sich öffnen und Fremdsprachen im internationalen Austausch erworben. Im Projektlernen würden Schüler*innen selbst Materialen erstellen, mit deren Hilfe andere wiederum lernen können. Die Städte werden zu spontanen Begegnungsorten mit Lernangeboten auch für Erwachsene, zum gegenseitigen Austausch und persönlicher Fortentwicklung. Soziale Netze sind lokal und international.

Ein paralleles Netz von Kabeln und Sendemasten wird aufgezogen, das seinen Nutzer*innen gehört. Es wird genossenschaftlich verwaltet und ist weder in staatlicher noch in privater Hand. Daten liegen lokal bei den Nutzer*innen und werden nur dann abgerufen, wenn sie gebraucht werden. Meine Utopie des Digitalen ist nicht mehr naiv. Sie ist konkret.

Wir Menschen sind auf Zusammenarbeit angelegte Wesen. Wir wollen die Gemeinschaft. Wir haben uns selbst eine Technologie gegeben, mit der wir unabhängig von räumlicher Entfernung kommunizieren

und mit der wir Material beinahe ohne Kosten vervielfältigen können. Wenn wir dieses Geschenk nicht für Zusammenarbeit nutzen, nicht für die Gestaltung einer gerechteren, freieren, inklusiveren Welt – wofür dann?

Anmerkungen

1 Taylor Hatmaker: »Facebook is becoming synonymous with ›Internet‹ to global users«, in: *Dailidot.com* vom 1.3.2020. URL https://www.dailydot.com/debug/facebook-internet-perception-global/ (31.8.2020).

2 Markus Reuter: »Treue Gefolgschaft – so twittert die AfD«, in: *Netzpolitik.org* vom 18.4.2017. URL https://netzpolitik.org/2017/treue-gefolgschaft-so-twittert-die-afd/ und Jenni Rieger: »Kleine Gruppe in großer Gefahr«, in: *Tagesschau.de* vom 28.1.2020 URL https://www.tagesschau.de/faktenfinder/filterblasen-101.html (31.8.2020).

3 Deutscher Bundestag: »Etwa jeder fünfte Deutsche ist latent antisemitisch«, in: *Bundestag.de* vom 23.1.2012. URL https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37499490_kw04_antisemitismusbericht-207504 (31.8.2020).

Über die Herausgeber und die Autor*innen

Christoph Bertram, geb. 1937, ist Jurist und Politologe. Von 1974 bis 1982 war er Direktor des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London, 1982–1998 Redakteur und Diplomatischer Korrespondent der Wochenzeitung *DIE ZEIT* und 1998–2005 Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. 2014/15 war er Berater des damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier. Zahlreiche Veröffentlichungen zur internationalen Politik, darunter *Europa in der Schwebe* (1997) und *Partner, nicht Gegner – für eine andere Iran-Politik* (2008).

Kerstin Faber, geb. 1977, ist Projektleiterin der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen, Planerin und Moderatorin von regionalen Entwicklungsprozessen. Sie lebt in Berlin und Weimar. Gemeinsam mit Philipp Oswalt erschien zuletzt *Raumpioniere in ländlichen Regionen*. Für das Architekturmagazin *Arch+* übernahm sie die Gastredaktion der Ausgabe *Stadtland. Der neue Rurbanismus*.

Sylvie Goulard, geb. 1964, ist Politologin und Publizistin. Von 2009 bis 2017 war sie Mitglied des Europaparlaments und im Mai/Juni 2017 französische Verteidigungsministerin im ersten Kabinett von Édouard Philippe.

Michael Hüther, geb. 1962, ist Direktor des Instituts für deutsche Wirtschaft in Köln, Kurator des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung und der Stiftung der Deutschen Wirtschaft. 2009 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Zuletzt erschien *Die erschöpfte Globalisierung: Zwischen transatlantischer Orientierung und chinesischem Weg* (gemeinsam mit Matthias Diermeier und Henry Goecke).

Reiner Klingholz, geb. 1953, ist Bevölkerungsforscher, Journalist und Chemiker. Von 2003 bis 2019 war er geschäftsführender Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Zuletzt hat er in Afrika an einem Projekt zu sprunghaften Entwicklungsmöglichkeiten gearbeitet. Dazu erschien zuletzt *Schnell, bezahlbar, nachhaltig. Wie in Afrika große Entwicklungssprünge möglich werden* (gemeinsam mit Sabine Sütterlin, Alisa Kaps und Catherina Hinz).

Thomas Mirow, geb. 1953, aufgewachsen in Paris, promovierte in Bonn bei Karl Dietrich Bracher über Frankreichs Europapolitik (1975) und arbeitete anschließend viele Jahre für Willy Brandt. Nach über einem Jahrzehnt als Senator in Hamburg wurde er Staatssekretär im Bundesfinazministerium und später Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau in London. Thomas Mirow ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Nationalstiftung.

Richard Schröder, geb. 1943, ist Philosoph, Theologe und ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Er engagiert sich zeitlebens für die Demokratie und gegen Legenden- und Mythenbildung rund um das wiedervereinigte Deutschland. Dazu erschien zuletzt zusammen mit Karl-Heiz Paqué *Gespaltene Nation? Einspruch!*

Susanne Schröter, geb. 1957, ist Professorin für Ethnologie im Exzellenzcluster Herausbildung normativer Ordnungen an der Goethe-Universität Frankfurt. Dort ist sie ebenfalls Direktorin des Forschungszentrums Globaler Islam. Zuletzt erschien *Politischer Islam. Stresstest für Deutschland*.

Marina Weisband, geb. 1987, ist Diplompsychologin und Expertin für digitale Partizipation und Bildung. Von 2011 bis 2012 war sie politische Geschäftsführerin der Piratenpartei Deutschland. Heute engagiert sie sich bei den Grünen in den Themenbereichen Digitalisierung und Bildung. Zuletzt erschien *Wir nennen es Politik: Ideen für eine zeitgemäße Demokratie*.

Heinrich August Winkler, geb. 1938, ist Historiker und lehrte von 1991 bis 2007 an der Humboldt Universität zu Berlin. Zu seinen Hauptwerken gehören die zweibändige deutsche Geschichte *Der lange Weg nach Westen* und die vierbändige *Geschichte des Westens*. Zuletzt erschien *Wie wir wurden, was wir sind. Eine kurze Geschichte der Deutschen*.